

Alfred Traber

Ich war der

«Träumergeneral»

Rückblick auf mein Leben



Stadt Zürich  
Stadtarchiv



Alfred Traber

## Ich war der «Träumlergeneral»

Rückblick auf mein Leben

Ausgewählt und bearbeitet von Mario Florin  
Nachworte von Nicola Behrens und Mario Florin

Herausgegeben vom Stadtarchiv Zürich

Gestaltung: Mario Florin  
Korrektorat: Andrea Linsmayer  
Druck: Geoprint, Zürich

**Bildnachweise:**

Fast alle Bilder sind dem Bestand Alfred Traber im  
Stadtarchiv Zürich (Signatur VII.148.2.4.) entnommen.  
Baugeschichtliches Archiv Zürich (Seiten 38, 49, 75)  
Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte (Seite 63)  
Schweizerisches Sozialarchiv Zürich (Seiten 17, 27, 28,  
31, 42, 83, 84, 111)  
Zentralbibliothek Zürich (Seiten 43, 48, 52, 145)

**Eine Publikation des Stadtarchivs Zürich**

© Zürich, November 2011  
1. Auflage  
ISBN 3-908060-14-1



## INHALT

Anna Pia Maissen	<b>Archive, Gedächtnis und Wirklichkeit:</b> Alfred Trabers Lebenserinnerungen	5
Mario Florin	<b>Zu diesem Buch</b>	7
Alfred Traber	<b>Lebenslauf</b>	9
Alfred Traber	<b>Rückblick auf mein Leben</b>	17
	Vorbemerkung	17
	Die Entscheidung zur Abstinenz	18
	Meine Annäherung an den Sozialismus	19
	Musterung und Rekrutenschule	19
	Das Aufgebot zum «Sicherungsdienst»	20
	Ich werde Sozialdemokrat	22
	Heirat und Umzug nach Zürich	24
	Im Sozialistischen Abstinentenbund	25
	Ein kritischer Genossenschaftsrat	26
	Der Generalstreik vom 12. Juli 1912	27
	Der Internationale Sozialistenkongress	29
	Bebels Beerdigung in Zürich	30
	Der Erste Weltkrieg beginnt	31
	Der «Burgfriede» zwischen den Parteien	34
	Dichterische Tätigkeit in politisch stiller Zeit	35
	Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz	36
	Ich werde Grosstadtrat und Präsident der «Trämli»	37
	«Ein sozialdemokratischer Schulmeister mit düsteren Fanatikeraugen»	39
	Die Teuerungsdemonstrationen 1917	41
	Oktoberrevolution in Russland, Novemberunruhen in Zürich	45
	Der lange Kampf gegen die Teuerung	49
	Die Obstruktionsrede im Grossen Stadtrat	54
	Eine «musterhafte Besoldungsverordnung»	57
	Wie die Strassenbahner den freien 1. Mai erkämpften	60
	Der Bankenstreik (1. Oktober 1918)	65
	Der Landesstreik	68
	Die Wahlen von 1919	95
	Polizeivorstand der Stadt Zürich	103
	Die Nacht vom 13. Juni 1919	106
	Ich erhalte ein neues Departement	113
	Der Rückschritt auf dem Vormarsch	115
	Die Parteispaltung	118
	Lieber Kollege zu lieben Kollegen	124
	Die Stadtratswahlen 1922	127
	Redaktor beim «Kämpfer»	130
	Literarische Tätigkeit	131
	Die Städtischen helfen mir, und ich helfe den Städtischen	134

	Der Kampf gegen den Lohnabbau	136
	Wieder Sozialdemokrat	140
	Sozialpolitik	141
	Das Personalrecht der Stadt Zürich	143
	Der Kampf um ein rotes Zürich	147
	Bezirksrichter	152
	Epilog	156
Nicola Behrens	<b>Ein Revolutionär in der Regierung</b>	<b>159</b>
	Revolutionäre Taktik ...	159
	... contra Regierungsverantwortung	160
	Das Personalrecht der Stadt Zürich	161
Mario Florin	<b>Der aufrechte Gang in die politische Einsamkeit</b>	<b>163</b>
	Eine Rechenschaft vor sich selbst	163
	Harmonisches Familienleben	165
	Ein Mann von tiefen Empfindungen	165
	Alfred Traber und Karl Gerber	168
	Enthaltensamkeit als Selbstbestimmung	173
	Menschentum und Persönlichkeit	178
	Im Reich des Geistes	181
	Sozialismus als Kulturbewegung	183
	Charakter und Karriere	185
	Trabers politisches Come back	187
	Enttäuschungen und Rückzüge	188
	Traber als Polemiker	190
	«Die Seligkeit der weihevollen Stunden»	191
	<b>Personen</b>	<b>193</b>
	<b>Organisationen und Ereignisse</b>	<b>202</b>

## ARCHIVE, GEDÄCHTNIS UND WIRKLICHKEIT

### Alfred Trabers Lebenserinnerungen

Archive haben sich schon immer mit dem Phänomen «Gedächtnis» auseinandergesetzt – über Jahrhunderte, Zivilisationen und Zeitalter, über ihre Wandlung vom Ort der Rechtssicherung und des Nachweises von Macht, Privilegien und Besitz zur Basis von politischen und gesellschaftlichen Systemen. Archive haben zu jeder Zeit Antworten auf Fragen und Anforderungen wirtschaftlicher, administrativer, konfessioneller, politischer und gesellschaftlicher Art geliefert. So bilden sie nicht nur Quellen zur Formierung der kollektiven und individuellen Erinnerung; sie liefern auch Grundlagen für das (Selbst-)Bewusstsein einer Gesellschaft und determinieren damit ihre Gegenwart. Denn – wie Marcel Proust dies formuliert hat – «erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit».

In diesem Sinne möchte das Stadtarchiv Zürich einen Beitrag zur Wirklichkeitsformung leisten und die bereits bestehende Publikationstradition weiterverfolgen. Mit der Veröffentlichung der Lebenserinnerungen des ungewöhnlichen und eigenwilligen Zürcher Stadtrats, Gewerkschafters und Schriftstellers Alfred Traber (1884–1970) liegt uns ein echtes «Archivbuch» vor: Dieser autobiografische Rechenschaftsbericht mit einer zeithistorischen Einleitung und politischen Einordnung von Nicola Behrens und einem psychogrammatishen Nachwort von Mario Florin entstand vollumfänglich auf der Basis von Archivmaterial aus dem Stadtarchiv Zürich, wo sich Trabers Nachlass befindet. Die Illustrationen stammen ebenfalls aus dem Stadtarchiv Zürich und dem Schweizerischen Sozialarchiv.

Das Buch konnte nur dank der Initiative und dem Einsatz von Mario Florin entstehen; er hatte sich bereits seit Längerem mit der Person Alfred Trabers beschäftigt und zusammen mit dem Stadtarchiv Zürich und dem Schweizerischen Sozialarchiv 2005 eine szenische Lesung zum Thema «Alfred Traber, der Trämlergeneral» mit Texten von Traber konzipiert, welche im Zürcher sogar theater erfolgreich aufgeführt wurde.

Im Namen des Stadtarchivs geht mein Dank deshalb in erster Linie an Mario Florin für die Konzipierung und Durchführung der Idee einer Publikation, für die Illustrierung und das schöne Layout, für die Editionsarbeiten und das Nachwort. Nicola Behrens danke ich für den Beitrag zum politischen Umfeld, und Liselotte Traber, der Tochter Alfred Trabers, für die finanzielle und ideelle Unterstützung dieses Projekts. Dem Autorenteam des Historischen Lexikons der Schweiz gebührt Dank für die zahlreichen biografischen Hinweise. Und wie immer sei der Stadt Zürich gedankt, welche diese Publikation erst möglich gemacht hat.

Anna Pia Maissen, Stadtarchivarin

«Ich wagte es, mich zum Überbrachten in Gegensatz zu stellen, ich mied die Landstrasse der Gedankenlosen und der Streber, ich hatte Freude am eigenen Weg – aber führt denn nicht jeder eigene Weg in die Einsamkeit?» (Seite 17)

«Meine wachsende sozialistischen Überzeugung sagte mir nichts anderes, als dass als Forderung der Gerechtigkeit jedem Menschen die volle Entwicklung seiner geistigen Kräfte ermöglicht und gesichert werden solle, womit erst die Bahn für die Höherbildung des Menschengeschlechtes dem Übermenschen entgegen geöffnet sei.» (Seite 19)



## ZU DIESEM BUCH

Alfred Trabers zwischen 1957 und 1963 geschriebener «Rückblick auf mein Leben» liegt als Manuskript in sechs Bänden vor. Er schrieb es als Geschenk für seine Töchter Anneliese und Liselotte von Hand auf Büttenpapier und liess es von seinem Freund Josef Veselić in Pergament binden. Dieses Manuskript wurde vom Zürcher Staatsarchiv auf Mikrofilm fotografiert und vom Stadtarchiv digitalisiert. Auf Papier ausgedruckt umfasst es 580 eng beschriebene Seiten (etwa 1,086 Millionen Zeichen). Die vorliegende Auswahl entspricht etwas mehr als einem Viertel des Originals.

Schon der Länge wegen war die vollständige Wiedergabe des Manuskripts in einem Buch ausgeschlossen. Aber auch Trabers Erzählweise und sein Stil sprachen dagegen. Er will immer genau sein und ist darum oft trocken bis pedantisch. In den Beschreibungen politischer Abläufe unterscheidet er kaum zwischen Wichtigem und Unwichtigem.

Dank seines grossen Fleisses wurde Traber in alle möglichen Gremien und Vorstände gewählt. In den Kommissionen von Partei, Gewerkschaft und dem Grossen Zürcher Stadtrat – so hiess der Gemeinderat vor der zweiten Eingemeindung 1934 – nahm er mit seinen Detailkenntnissen eine herausragende Stellung ein. Ausführliche Beschreibungen von Kommissionsarbeit und Wahlkämpfen bestimmen darum einen grossen Teil seines «Rückblicks». Ein allgemeines Interesse an all diesen Vorgängen konnte ich nicht voraussetzen. Ich musste also auswählen und stark kürzen. Dabei liess ich mich von den folgenden zwei Gesichtspunkten leiten:

1. Die gekürzte Fassung soll sowohl dem Original als auch den Ansprüchen der Lesenden gerecht werden, d.h. sie soll einen möglichst richtigen Eindruck des ganzen Werks vermitteln und dabei gut lesbar sein.

Die Streichung zum Beispiel aller Beschreibungen von Kommissionsarbeit kam nicht in Frage, da diese für Trabers Lebenswerk charakteristisch ist. Ich habe mich darum auf einen Erzählstrang, nämlich die Aufbesserung und Anpassung der Löhne der «Städtischen»\* an die Teuerung während und nach dem Ersten Weltkrieg, konzentriert.

Das Kriterium «Lesbarkeit» machte auch Kürzungen innerhalb der ausgewählten Textpassagen notwendig. Diese werden in meiner Fassung nicht ausgewiesen, ebenso wenig wie stilistische Veränderungen oder Anpassungen an den heutigen Sprachgebrauch und die neue Rechtschreibung. Lesbarkeit darf umso mehr vor Werktreue stehen, als die originale Fassung auf Mikrofilm im Schweizerischen Sozialarchiv Zürich eingesehen werden kann.

2. Unter den von Traber beschriebenen historischen Ereignissen haben jene Vorrang, bei denen er persönlich anwesend war. Die Auswahl konzentriert sich auf den Zeitraum von 1906 bis 1928.

Dieser Zeitraum umfasst die Ereignisse zwischen Trabers Aufgebot zum «Sicherungsdienst» beim «Arbenzstreik» (1906) und den Stadt-zürcher Gesamterneuerungswahlen 1928, die von der Linken gewonnen wurden. In diese Zeit fallen der höchste und der tiefste Punkt in Trabers politischer Karriere: seine Wahl zum Stadtrat 1919 und seine Abwahl 1922. In dieser Zeit erbringt er auch seine wichtigste politische Leistung: das neue städtische Personalrecht, das im Februar 1928 von den Stimmberechtigten angenommen wurde.

Um den Leserinnen und Lesern die Einordnung der Kapitel der vorliegenden Fassung in Trabers Lebenslauf zu erleichtern, stelle ich dem «Rückblick» seinen «Lebenslauf» voran, den er selber für seine Abdankung schrieb. In der linken Spalte stehen (in veränderter Reihenfolge) die Überschriften der jeweiligen Kapitel im «Rückblick». Ereignisse, die im «Lebenslauf» fehlen, im «Rückblick» aber erzählt werden, habe ich eingefügt und in eckige Klammern gesetzt.

Auch im «Rückblick» stehen die redaktionellen Einschübe in eckigen Klammern. Ebenso sind Kürzungen in Zitaten durch eckige Klammern [...] ausgewiesen und Zitate kursiv gesetzt. Asterisken (\*) verweisen auf das Personen- und Sachregister im Anhang.

Seine politische Energie bezog Alfred Traber aus einem Menschenbild, das an die fortwährende «Höherbildung» des Einzelnen und der Gesellschaft glaubte. Sein Gerechtigkeitsempfinden sagte ihm, dass alle Menschen ein Recht auf Entwicklung haben, nicht nur einige wenige Auserwählte, wie das die Rechtsintellektuellen seiner Zeit postulierten. Von dieser Überzeugung liess er sich sein Leben lang leiten und auf sie baute er sein Selbstverständnis.

Zu seiner politischen Auffassung fand Traber schon als junger Mann; im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen gab es bei ihm nie ein «Ringeln um die Weltanschauung». Sein Lebensbereich war die konkrete politische Arbeit im Parlament und in den Organisationen der Arbeiterschaft. So vereinen sich in Traber ein hoch fliegendes Menschenbild und die Bereitschaft zum geduldigen politischen Engagement in Bodennähe. In meinem Beitrag versuche ich zu darzustellen, woraus er die Energie für sein unermüdliches Engagement bezog. Der Beitrag von Nicola Behrens stellt Traber in seine Zeit und arbeitet seine Eigenart im Vergleich zu andern, in der Regel weniger konsequenten sozialdemokratischen Zürcher Politikern seiner Zeit aus.

Mario Florin

Am 29. März 1884 wurde ich in Winterthur geboren. Neben den Eltern standen eine zweijährige Schwester und die Grosseltern mütterlicherseits bereit, mir ihre Hilfe in der Welt angedeihen zu lassen. Zum Bewusstsein erwacht, erschien mir diese Welt bedrückend und angsterweckend, auch die Welt der Schule und Lehrer, der ich mich nur scheu und widerstrebend zuführen liess. Um mich aber hatte ich einen schützenden Kreis: den Kurzwarenladen des Vaters mit seinen Zufluchtsbereiten, verborgenen Winkeln und Nischen, eine heimelige Wohnstube, unter deren Sofa ich mich vor dem Samichlaus verbergen konnte, eine hilfsbereite, mich bemutternde Schwester, einen auf seinen Sprössling stolzen Vater, eine liebende, sorgende Mutter und zwei Stockwerke höher eine willensstarke, mich vor äusserer Unbill schirmende, aber auch zur Selbstzucht anhaltende Grossmutter und der immer zu Spass und Spiel aufgelegte, kunstbegabte Grossvater, unter dessen geschickter Schere sich jedes Papier mit wenigen Schnitten in jede Art Tier verwandeln liess.

Der Umzug nach dem Thurgau versetzte mich mit neun Jahren aus der Kleinstadt in die neue Erlebniswelt des kleinen Dorfes, mit Scheune und Stall, mit Himmel, Wiese, Bach und Tau. Der menschliche Beziehungskreis erweiterte sich um einen gütigen Onkel und eine stets hilfsbereite Tante. Sechs Jahre später führte mich der Tod des Vaters nach Zürich, wo die Mutter einen Erwerb gefunden hatte.

Im Frühjahr 1899 trat ich als Zögling ins Lehrerseminar Küssnacht ein, in Einfalt die Weihe zum charakterlich geläuterten Erzieher und die Offenbarung allen Wissens um die Welträtsel erwartend. Niemand kann geben oder verleihen, was ihm selber fehlt. Meine Enttäuschung über die Grosszahl der selber unerbogenen Stundengeber weckte meine Zweifel, schärfte Kritik und Urteil, und wenn ich als gläubiger, zur willigen Nachfolge bereiter Jüngling durch die Pforte der ehemaligen Johannikomturei getreten, so war kaum mehr als ein Jahr vergangen, dass ich mit diesen Lehrern auch die von ihnen vertretenen Anschauungen verwarf. Mein begeisterungswilliger Sinn suchte nach neuen Idealen und erwarb sie im Kreis mir im Tode vorgegangener Kameraden und unter dem Einfluss jener zukunfts-gläubigen Wegbereiter um die Jahrhundertwende, die Sozialismus und Abstinenz zu einer weltanschaulichen Einheit verbanden.

Als herrliches Geschenk gewann ich die Überzeugung, dass die Welt ohne Gott geworden, die Menschheit in mühseligem Ringen ihre Entwicklung von der Tierstufe nach aufwärts genommen, dass erst durch den Sozialismus die wirkliche Brüderlichkeit unter den Menschen einziehen könne und dass der Alkoholismus das ärgste Hemmnis für Weg und Ziel zu dieser erringenswerten Neuordnung der menschlichen Gesellschaft sei. Die Erkenntnis, dass alles Entwicklung ist, entschuldigte die Unvollkommenheit des Menschen und der heutigen menschlichen Gesellschaft, schenkte mir aber die Zuversicht an die fortschrittliche Weiterentwicklung der Gesellschaft. Da Gott nach einem Nietzschewort gestorben ist und darum auch

Meine Annäherung an den Sozialismus

>

- nicht helfen kann, empfand ich um so stärker die sittliche Pflicht, die auf uns erkennenden Menschen ruht, an dieser Aufwärtsbewegung mitzuschaffen. Die Erkenntnis vom Bestehen eines Alkoholismus und seiner schädigenden Auswirkungen auf den Einzelnen, seine Umwelt, seine Nachkommen und die gesamte Gesellschaft machten mir die persönliche Enthaltensamkeit von allen geistigen Getränken zur Selbstverständlichkeit. Dazu erlebte ich Stunden höchster Beseeligung in der Vertiefung in die Dichter und Denker, von denen mich vor allen Carl Spitteler\* und Friedrich Nietzsche\* mit seinem «Also sprach Zarathustra» in ihren Bann zogen.
- Die Entscheidung zur Abstinenz
- Musterung und Rekrutenschule  
Das Aufgebot zum «Sicherungsdienst»
- Ich werde Sozialdemokrat
- Heirat und Umzug nach Zürich
- Im Sozialistischen Abstinentenbund
- Ein kritischer Genossenschaftsrat
- Der Generalstreik vom 12. Juli 1912
- Der Internationale Sozialistenkongress
- Bebels Beerdigung in Zürich
- Der Erste Weltkrieg beginnt
- > Mit neunzehn Jahren (1903) trat ich ins Lehramt, in Landschulen. [1905 machte Traber als Einundzwanzigjähriger die Rekrutenschule; ein Jahr später wurde er zum «Sicherungsdienst» gegen die streikenden Arbeiter der Automobilfabrik Arbenz\* & Co. aufgegeben. Er dachte an Dienstverweigerung, folgte dann aber aus Angst vor beruflichen Konsequenzen dem Aufgebot.]
  - > Zwei Jahre verbrachte ich als Hauslehrer in Palermo, Sizilien. Zurückgekehrt, liess ich mich nach Tann bei Rüti berufen, wo ich unverweilt den förmlichen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei vollzog. Die Arbeiter der Joweid konnten den jungen Lehrer brauchen; ich meinerseits brannte darauf, meine Kräfte für die sozialistische Bewegung einzusetzen. Gelegenheit dazu boten die Gemeindewahlen, die Ersatz- und Erneuerungswahlen von Nationalrat und Kantonsrat und die Abstimmungskämpfe um die Einführung des Nationalrats- und des Kantonsratsproporz der Jahre 1909 bis 1911. Ich hatte schon damals ein künstlerisches Vergnügen an scharf geschliffenen Sätzen, und da ich in meinem leidenschaftlichen Drange auch nicht vor Angriffen gegen die Gemeindegrossen zurückschreckte, führten meine Einsendungen in den Arbeiterzeitungen zu stürmischen Auseinandersetzungen in der Schulpflege.
  - > Im Frühjahr 1912 liess ich mich nach dem roten Schulkreis Zürich III wählen, der damals noch die Quartiere Wiedikon, Aussersihl und Industriequartier umfasste. Die Übersiedlung nach Zürich verband ich mit dem Gang aufs Standesamt mit meiner jungen in Rüti erkrankten Frau. [Traber wurde nun Mitglied der Zürcher Sektion des Sozialistischen Abstinentenbundes (SAB),\* mit der er am 1. Mai-Umzug teilnahm. Schon im Oktober war er ihr Präsident. Als überzeugter Verfechter des Genossenschaftsgedankens trat er dem Lebensmittelverein, der Kleidergenossenschaft in Winterthur und weiteren Genossenschaften bei.]
  - > Der Juli des gleichen Jahres (1912) brachte den eintägigen Zürcher Generalstreik, der so anfeuernd auf alle Genossen wirkte, der November die internationale sozialistische Tagung in Basel mit ihrer Hoffnung erweckenden Kundgebung gegen den Krieg. [Auch bei der Beerdigung des deutschen Sozialistenführers August Bebel\* – er wurde in Zürich beigesetzt – empfand Traber den Geist der internationalen Solidarität.]
  - > Um so niederschmetternd wirkte 1914 der Ausbruch des Weltkrieges, die ungesühnte Ermordung Jean Jaurès\* in Paris und der

- tatenlose Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale. [Auch Traber hatte einzurücken. Die ersten Tage seines Aktivdienstes hielt er in einem Tagebuch fest. Nach seiner Entlassung nutzte er die politische Ruhe des Burgfriedens für seine «dichterische Tätigkeit».] Dem gedrückten Gemüt brachte mit dem Januar 1915 der «Revoluzzer» eine erste Hoffnung, ein aus dem Kreise von Fritz Brupbacher\* und Max Tobler\* geschaffenes Monatsblatt. Im September folgte der Aufruf zum Frieden der internationalen Konferenz von Zimmerwald,\* an der von Zürich Fritz Platten\* und Ernst Nobs\* teilnahmen. [Einer städtischen Parteiversammlung beantragte Traber im November 1915, es sei gegen das Militärstrafrecht die Initiative zu ergreifen. Diese Initiative kam zustande, wurde aber bis 1921 verschleppt und dann in einer Volksabstimmung abgelehnt.]
- Der «Burgfriede» zwischen den Parteien > Dichterische Tätigkeit in politisch stiller Zeit >
- Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz >
- Ich werde Grossstadtrat und Präsident der «Trämli» >
- «Ein sozialdemokratischer Schulmeister mit düstern Fanatikeraugen» >
- Der lange Kampf gegen die Teuerung >
- Eine «musterhafte Besoldungsverordnung» >
- Die Obstruktionsrede im Grossen Stadtrat >
- Oktoberevolution in in Russland > Novemberunruhen in Zürich >
- Die Teuerungsdemonstrationen 1917 >
- Wie die Strassenbahner den freien 1. Mai erkämpften > Der Bankenstreik (1. Oktober 1918) >
- Der Landesstreik >
- Im Frühjahr 1916 wurde ich in den damaligen Grossen Stadtrat\* von Zürich gewählt und im Juli zum Präsidenten der Strassenbahner berufen. Damit stand mir ein reiches Feld der gewerkschaftlichen Tätigkeit offen, wobei es in erster Linie darum ging, den Ablösern und Reservisten lebenswürdige Anstellungsbedingungen zu verschaffen. [Trabers erste Rede vor dem Grossen Stadtrat – es ging um die Arbeitsbedingungen der Tagelöhner – geriet etwas lange und brachte ihm den Ruf eines Fanatikers ein.]
- [Während des Ersten Weltkrieges wuchs die Teuerung so schnell an, dass die Teuerungszulagen mit ihr nicht Schritt halten konnten. Als Gewerkschaftspräsident und Grossstadtrat engagierte sich Traber in vielen Kommissionen und fünf Abstimmungskämpfen vehement für Lohnanpassungen und trug wesentlich dazu bei, dass sich die Lebensbedingungen der städtischen Angestellten und Arbeiter verbesserten. Wenige Tage vor Weihnachten 1918 verhinderte er mit einer stundenlangen Rede einen Beschluss des Grossen Stadtrates, der den Beamten der höchsten Gehaltsklassen – und nur diesen – zusätzliche Teuerungszulagen gebracht hätte.]
- Die Hoffnungen auf einen Frieden wuchsen, als im März 1917 die Revolution in Russland den Zaren zur Abdankung zwang, Lenin und die russische Emigration in der Schweiz im «plombierten Wagen» unter der Leitung von Fritz Platten durch Deutschland nach Russland führen und mit der Oktoberrevolution der Bolschewiki das Feuer an der russischen Front eingestellt wurde. Wem wären damals nicht die Augen übergegangen – die Brust vom schwersten Druck befreit, von glühendster Hoffnung auf den baldigen Sieg des Proletariats erfüllt?
- Welcher Kampfeswille unter der Arbeiterschaft! Halbtägige Demonstration gegen die Teuerung, aufgerufen vom Gewerkschaftsbund, mit Einstellung des Strassenbahnbetriebes. Vollständige Arbeitsniederlegung der Strassenbahner am 1. Mai 1918; Bankbeamtenstreik vom 30. September und anschliessend Sympathiestreik der Arbeiterunion vom 1. Oktober mit Einschluss der Strassenbahner. Und dann der Proteststreik vom 9. November mit dem anschliessenden Landesstreik, während an den deutschen Fronten der Waffenstillstand eintrat und in München die Räterepublik ausgerufen wurde. Militärische Besetzung der Stadt, der Regierungsrat in der Kaserne, der Friede eines

Dorfes auf den Strassen ohne Tram und ohne Auto, während wir zu den dreitägigen Beratungen des Kantonsrats schritten, das Rathaus umsäumt von Truppen. Ausserordentliche Tagung des Nationalrates: Zusicherung des Achtsturentags, und dann am 14. November der Abbruch des Streiks durch den schmählichen Beschluss des Oltener Aktionskomitees. Keiner unserer Streikleitung wollte ihn den kampf-begeisterten Arbeitern verkünden.

- Die Wahlen von 1919
- Polizeivorstand der Stadt Zürich
- Die Nacht vom 13. Juni 1919
- Ich erhalte ein neues Departement
- Lieber Kollege zu lieben Kollegen
- Der Rückschritt auf dem Vormarsch
- Die Parteisplaltung
- Die Stadtratswahlen 1922
- Redaktor beim «Kämpfer»
- Literarische Tätigkeit
- > Im Mai 1919 vertraute mir die Partei einen Stadtratssitz an. Die bürgerliche Mehrheit des Stadtrates wies mir trotz des Protestes meiner
  - > Fraktion das Polizeiwesen zu, um zu erleben, dass ich bei der Kundgebung auf dem Paradeplatz vom 13. Juni 1919 die Polizei nicht gegen die Demonstranten vorgehen liess, sondern sie nach Hause schickte und den vom Bundesrat aus politischen Gründen entlassenen Postangestellten und Präsidenten der Arbeiterunion, Emil Küng,\* als Polizeiadjunkt einstellte. Was damit beglichen wurde, dass der Stadtrat mir das Vormundschafts- und Armenwesen zuwies und das Gericht mich für einige Tage wegen fahrlässiger Amtspflichtverletzung ins Gefängnis schickte. [Die Beziehungen zu seinen bürgerlichen Stadtratskollegen blieben gespannt. Traber seinerseits hielt es nicht für notwendig, sich ihnen gegenüber konziliant zu verhalten – erst recht nicht, als sie gegen Ende des Jahres 1919 unter dem Druck des Kantons und der Banken begannen, die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre rückgängig zu machen.]
  - > Das Versanden der deutschen Revolution, der reaktionäre Umschwung in Bayern und Ungarn, der verunglückte Generalstreik vom August 1919 in Zürich wirkten entmutigend auf die breite Arbeiterschaft, während die Russische Revolution das Banner der Vorwärtstürmenden blieb. Als am Berner Parteitag vom Dezember 1920 die Mehrheit der Delegierten den Eintritt in die Dritte Internationale\* unter den 21 Bedingungen ablehnte, schloss ich mich aus dem leidenschaftlichen Willen, mit revolutionären Mitteln dem Werkträgigen zu einem schönern Leben zu verhelfen, mit meinen besten Kampfgenossen der Kommunistischen Partei\* an.
  - > [Als Kommunist hatte Traber wenig Chancen, 1922 als Stadtrat bestätigt zu werden. Seine eigene Partei setzte sich deshalb nur wenig für ihn ein, und er wurde nicht wiedergewählt.] Die Kommunistische Partei vertraute mir nach meiner Wegwahl als Stadtrat die Redaktorenstelle am «Kämpfer» an. Aber die erwartete Weltrevolution griff nicht nach Deutschland und Westeuropa über. Der schwindende Einfluss der Kommunistischen Partei nach aussen führte zu einem überspitzten Glaubenseifer im Innern. Die daraus sich ergebenden Spannungen veranlassten mich, nach drei Monaten als Redaktor und Kantonsrat zurückzutreten.
  - > Die dadurch aufgezwungene Musse, die Unmöglichkeit, weder in der politischen noch in der gewerkschaftlichen Bewegung arbeiten zu können, wies meinem Sinnen eine neue Ausdrucksform, zu der ich nach einigen unbedeutenden Versuchen in der Seminarzeit schon in den Jahren des Burgfriedens von 1914 und 1915 gekommen war: Ich versuchte mich in der dichterischen Äusserung. Wäh-

rend ich mir mein jüngstes Erlebnis in einem Roman von der Seele schrieb, entstanden auch die Entwürfe zu einer Reihe von Dramen, die ich teilweise ausführte. Und wenn sie auch bis auf zwei nicht zum Druck gelangten und keines bis dahin eine Aufführung erlebte und der heisse Wunsch, auf die Mitmenschen zu wirken, mir unerfüllt blieb, so war es für mich doch etwas vom Beglückendsten, meine sozialistische Überzeugung in dichterischen Bildern gestalten zu können. Zwischenhinein machte ich Vertretungen in der Schule, um neuerdings zu erleben, welche innere Bereicherung aus dankbaren und gläubigen Schülern uns werden kann.

Die Städtischen helfen mir, und ich helfe den Städtischen

Der Kampf gegen den Lohnabbau

Wieder Sozialdemokrat

Sozialpolitik

Das Personalrecht der Stadt Zürich

Der Kampf um ein rotes Zürich

Bezirksrichter

- Im Februar 1923 beriefen mich die städtischen Arbeiter unter der Führung der Strassenbahner zu ihrem Sekretär, entgegen dem Widerstand des sozialdemokratischen Apparates. Einen ersten Dank für das mir gebotene Arbeitsfeld in der Gewerkschaftsbewegung konnte ich den Städtischen in der gleich darauf folgenden Abstimmung über den Lohnabbau vom Juni 1923 abstaten. Im Kampfe standen der gemässigte Lohnabbau des Grossen Stadtrates und die Vorlage des Stadtrates, der mit einem ungeheuerlichen Lohnabbau bei den untern Lohnklassen die Vergünstigungen der Besoldungsänderungen der Jahre 1917 bis 1919 mit einem Mal wieder aufheben wollte. Nebst Aufrufen sorgten Bilder, Verse und Kinoreklame für eine wuchtige Annahme der grossstadträtlichen Vorlage und für eine ebensolche Verwerfung des stadträtlichen Angriffes auf die Lebenshaltung der städtischen Arbeiterschaft.

- Im September 1923, als Fritz Platten\* endgültig nach Russland übersiedelte, trat ich aus der Kommunistischen Partei\* aus; im November 1924 kehrte ich zusammen mit Walter Kopp\* und Konrad Wyss\* in die Sozialdemokratische Partei zurück. Im Frühjahr 1925 sandten mich die Genossen von Zürich 8 wiederum in den Grossen Stadtrat. Damit war mir in erhöhtem Masse ermöglicht, mich für das städtische Personal einzusetzen. Mit besonderer Befriedigung gedenke ich der Arbeiten um die Organisation der ständigen Brandwache, der Einführung der Spar- und Hilfskasse für ältere Angestellte und vor allem des Personalrechts, das nach jahrelanger Vorbereitung in der Gemeindeabstimmung vom 12. Februar 1928 nach heftigem Kampf gegen die Freisinnigen angenommen wurde.

- [Im Wahlkampf um die Gesamterneuerung von Stadt- und Grossstadtrat 1928 engagierte sich Traber als Poet und Verfasser von Flugblättern. Die Linke errang in beiden Räten die Mehrheit (das «Rote Zürich»). 1934 wählte die Stadtpartei Traber nach einigen Turbulenzen zu ihrem Präsidenten. Sein erstes Präsidialjahr war vor allem durch die Auseinandersetzung mit den Kommunisten geprägt. Nach zwei Jahren trat er mit dem ganzen Vorstand zurück.]

- Im Frühjahr 1930 wurde ich ins Bezirksgericht gewählt, das mir 1936 mit dem Konkursrichteramt auch die nichtstreitigen Rechtssachen und den Eheschutz überwies, bis dieser ab 1945 mich voll in Anspruch nahm. Die Einblicke, die sich mir dabei boten, erhärteten meine Auffassung, dass der Feldzug für die Erschwerung der Ehe-

scheidung weder der Einrichtung der Ehe noch den in unglücklicher Ehe verbundenen Gatten und Kindern von Nutzen und Segen sein kann und dass das oberflächliche Geschwätz von den fehlgeratene Scheidungskindern vergisst, wie viele Jahre diese Kinder im Höllenkessel einer vergifteten Ehe leben mussten. Meine Beobachtungen haben mir aber auch immer aufs Neue gezeigt, dass wohl bessere charakterliche Erziehung nützt, dass aber auch gesellschaftliche Bräuche und Unsitten wie der leider immer noch bestehende Alkoholismus ihre mächtige Schuld an der Zerrüttung der Ehen tragen und einer Unzahl von Kindern die gesunde und ruhige Entwicklung zu glückspendenden Menschen rauben.

Auf Ende 1949 trat ich altershalber von meinem Amte zurück, und auf die Erneuerungswahlen vom Frühjahr 1950 verzichtete ich auf meine weitere Zugehörigkeit zum Gemeinderat. Der Rat, in dem ich die bewegten Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum der Jahre 1917 bis 1919 und später den 1928 zum Siege führenden Kampf um das Rote Zürich erlebt hatte, dieser Rat war mir zu matt und leblos geworden. Der Ruhestand, in den ich an Weihnachten 1949 versetzt wurde, gab mir vorerst in anderer Weise Gelegenheit, in der Arbeiterbewegung zu wirken.

Für die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale schuf ich 1951 die Schrift «Vereinsrecht und Vereinsleitung». Diesen Stoff hatte ich schon früher und auch noch später in zahlreichen Arbeiterbildungskursen behandelt. Im November 1953 erschien die für den VPOD, Sektion Zürich, Städtische Arbeiter und Angestellte, verfasste Vereinsgeschichte über die Jahre 1893 bis 1953; vier Jahre später die für die Kreispartei Zürich 4 geschaffene Jubiläumsschrift «Vom Werden der zürcherischen Arbeiterbewegung». Zwischenhinein und im Anschluss daran brachte ich meine Forschungen zur Familiengeschichte einiger verwandter Geschlechter und meiner eigenen Ahnen zum Abschluss. In den Jahren 1959 bis 1961 aber warf ich einen «Rückblick auf mein Leben»; er umfasst, von Hand geschrieben, sechs Bücher, die mir von Josef Veselić freundschaftshalber künstlerisch in Pergament gebunden wurden.

#### Vorbemerkung

- Meiner sozialistischen Überzeugung bin ich treu geblieben. Zu allen Zeiten war ich bestrebt, das in meinen Kräften Liegende zur Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische beizutragen. Diese Leidenschaft liess mich auch die 21 Bedingungen bejahen, die die Internationale der siegreichen Russischen Revolution den übrigen Arbeiterparteien für ihren Beitritt stellte, und führte mich mit dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei im Januar 1921 zu den Kommunisten.\* Als ich mich im Verein mit Walter Kopp\* und Konrad Wyss\* im November 1924 wieder zum Eintritt in die Sozialdemokratische Partei meldete, durften wir mit Recht erklären, dass unsere Auffassungen, die wir seinerzeit in der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck gebracht und die uns in der Folge zur Kommunistischen Partei geführt hatten, grundsätzlich noch die gleichen seien, wenn wir auch andererseits durch die Einsicht, dass die tat-

sächlichen Verhältnisse die jeweilige Kampfesart bedingen, wieder aus der Kommunistischen Partei weggeführt worden seien. Dieses Bekenntnis konnte damals um so weniger Anstoss erregen, als ja auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in ihrem Programm von 1920 sich ausdrücklich zum Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats bekannt hatte.

Die Entwicklung der Partei nach dem Zweiten Weltkrieg hat mich tief enttäuscht. Es war verständlich, dass in den Dreissigerjahren, als in Italien der Faschismus und in Deutschland der Nationalsozialismus an der Regierung waren, die Partei in der Abwehr dieser Gefahr das Verbindende mit den antifaschistischen Volksteilen betonte und das Trennende in den Hintergrund stellte. So gelangte der Parteitag vom Januar 1935 zum Widerruf der 1917 beschlossenen Ablehnung der Landesverteidigung und zum Bekenntnis der Bejahung und Verteidigung der Demokratie. Diese Bemühungen wurden durch den Plan der Arbeit und die Richtlinienbewegung verstärkt und erhielten durch den Zweiten Weltkrieg und in dem 1942 erlassenen Programm «Die neue Schweiz» ihre klare Gutheissung.

Bei all dieser Entwicklung wurde wohl immer noch das sozialistische Endziel irgendwie erwähnt, aber der Wille, es zu erringen, war schwach geworden, weil seine leuchtende und anspornende Kraft, die in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts der Arbeiterschaft die gewaltigen Fortschritte verschafft hatte, verschwunden war. Die Rückschläge, die die Partei seit den Vierzigerjahren bei den Wahlen erlitt, führten nicht dazu, dass sie sich auf die Quelle ihrer früheren Kraft besann. Sie tat es auch nicht, als sie mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihre volle Handlungsfreiheit wieder zurückgewann. Der Verlust einer verhältnismässigen Vertretung im Regierungsrat, der Verlust der roten Mehrheit im Zürcher Gemeinderat und Stadtrat, sie führten lediglich zu einigen verheissungsvollen Vorsätzen und der Ankündigung einer künftigen aufzubauenden scharfen Opposition der Partei, ohne dass den grossen Worten je entsprechende Taten gefolgt wären. Genau wie wir nach dem vorübergehenden Ausscheiden der Partei aus dem Bundesrat vergeblich auf das angekündigte Bad unserer Nationalräte im Jungbrunnen der Opposition warteten.

Als wir die Partei 1953 veranlassen wollten, bei der Beratung des kantonalen Wahlgesetzes den Kampf für die Verhältniswahl für alle Verwaltungs- und Gerichtsbehörden mitsamt den Ständeräten aufzunehmen, um uns von der bürgerlichen Bevormundung zu befreien, wurde die Anregung durch die Parteispitzen mit der Begründung bekämpft, dass wir mit unserer Forderung doch nicht durchdringen würden. Wie wenn uns der Proporz für Kantonsrat und Nationalrat von den Bürgerlichen geschenkt worden wäre und nicht in wiederholten Anläufen hätte erkämpft werden müssen. Bei der Beratung und Abstimmung über die kantonalen Kirchengesetze aber verleugnete die Partei zugunsten der zwei grossen Konfessionen ihre alten Grundsätze der Trennung von Kirche und Staat und der Religion als Privatsache vollständig.

- Die Entwicklung, die unser Parteiblatt genommen, hat mich nicht minder enttäuscht. Im Gedanken, dass unsere ganze Bewegung im tiefsten Grunde eine Kulturbewegung sei, die die gesundheitliche und geistige Förderung und Höherentwicklung des ganzen Menschengeschlechtes anstrebe und dass das Parteiblatt dazu berufen sei, in diesem Sinne zu wirken, habe ich mich daran gestossen, dass das offene Bekenntnis zur Partei im Untertitel zu verschwinden hatte und die Aufmachung der Sensationslust glaubte Rechnung tragen zu müssen. Die Enttäuschung darüber, dass mit der erfolgten Hebung der Lebenshaltung der Werktätigen der sozialistische Geist und Kampfwille sich verflüchtigt haben, ist wohl keinem, der je mit ganzem Herzen bei der Sache war, erspart geblieben. Bei einem gelegentlichen Zusammensein mit Robert Grimm\* wenige Jahre vor seinem Tode, als von dieser Entwicklung die Rede war, meinte er resigniert zu mir: «So haben wir uns das seinerzeit nicht gedacht.» Mich konnten diese Enttäuschungen weder verbittern noch entmutigen. Mein Trost liegt darin, dass bei der Durchsetzung des grossen sozialistischen Gedankens unsere Schweiz nicht das entscheidende Wort zu sprechen hat.

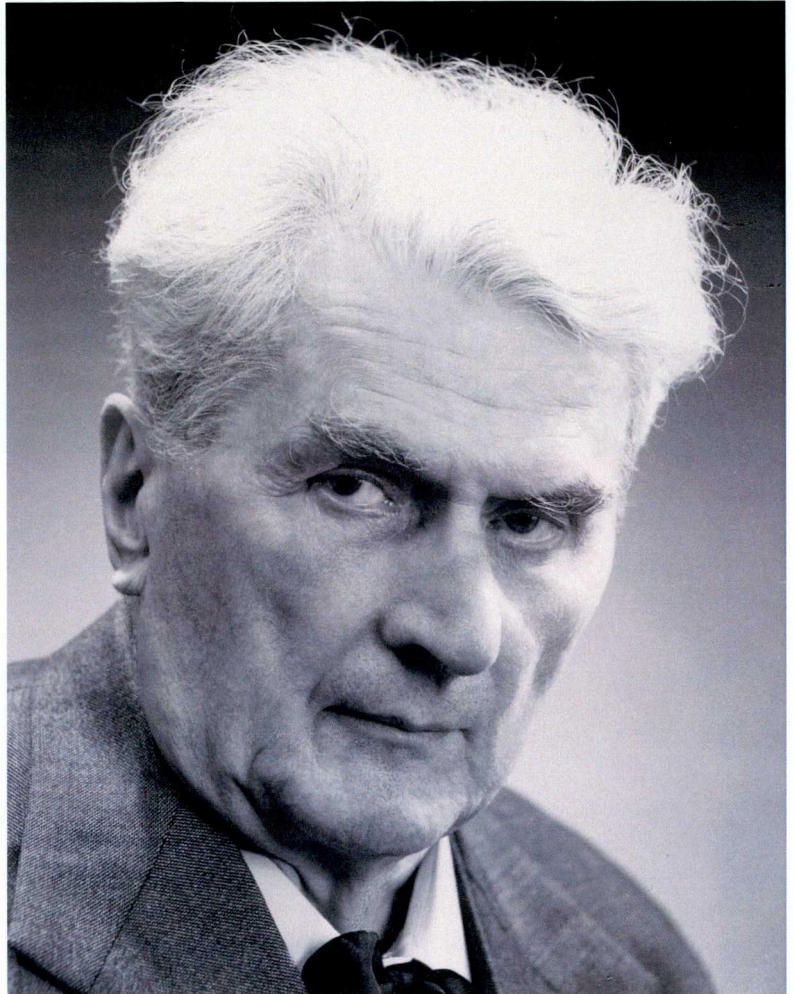
Mir darf es genügen, dass mir beim Eintritt in das neunte Jahrzehnt meines Lebens noch Gesundheit, Arbeitskraft und Unternehmungslust verblieben sind. An grossen und schönen Plänen hat es mir nie gefehlt. Sei es, dass ich an meinem weltanschaulichen Lebensbild arbeite. Sei es, dass ich von meinen dichterischen Plänen noch etwas verwirkliche. Sei es, dass ich im Kreise der Meinen die Werke derer geniesse, die uns die Welt verschönt und dem Menschen zu seinem geistigen Aufstieg die Leuchte der Erkenntnis und der Wahrheit vorangetragen haben.

Mit dem Schicksal habe ich nicht zu hadern. All die Jahre blieben die Meinen und ich von schwerer Krankheit verschont. All die Jahre umwob mich die Liebe meiner Frau, meiner jüngern Tochter, meiner ältern Tochter und meines Schwiegersohnes, meiner Schwester. All die Jahre durfte ich mich an der Entwicklung und am Wirken meiner Töchter erfreuen. Vom nie versiegenden Verständnis meiner Frau begleitet, war mir das Höchste beschieden: Ich konnte meiner Persönlichkeit leben. So danke ich den Meinen, meinen Freunden, den Weggefährten, die mir am Werk begegnet, und den unbekanntem Genossen, die mit am Werk geschaffen, wie auch jenen, die weiter am Werke arbeiten und es erfüllen mögen.

[Auch in den letzten Jahren seines Lebens, 1964 bis 1970, die der Niederschrift des Lebenslaufes folgten, blieb Alfred Traber tätig. So schrieb er 1967 eine Artikelfolge «Fünfzig Jahre Kantonsratsproporz» und berichtete 1967 und 1968 in Artikeln und Vorträgen über den Landesstreik von 1918, dessen Augenzeuge er gewesen war. Besonders am Herzen lag ihm eine Schrift, die er «Menschlichkeit ohne Gott» mit dem Untertitel «Fibel für Ungläubige» nennen wollte. Er arbeitete bis in die letzten Tage daran. Aber nur die ersten zwei Teile sind fertig geworden.]

Vorbemerkung

Für mich muss es genügen, dass alle meine entscheidenden Handlungen einer zwingenden Denkart entsprangen und, welches immer ihre Folgen waren, nie ein Gefühl der Reue erweckten. So stehe ich mit meinen fünfundsiebzig Jahren auch heute noch zum jugendlichen Politiker meiner Dreissigerjahre.



*Alfred Traber als etwa 70-Jähriger*

Die Gefühle, die die Rückerinnerungen, denen ich mich in den letzten Tagen hingab, in mir wieder wachriefen, mahnen mich, diese Erinnerungen aus dem Abstand der Jahre zu betrachten und mich davor zu hüten, in das Urteil der jugendlichen Leidenschaft zu verfallen, auch wenn das Herz immer noch mit Leidenschaft erfüllt ist.

Auch dass ich mich heute mit meinen Auffassungen vereinsamt sehe, darf mich nicht bitter stimmen. Ich wagte es, mich zum Überbrachten in Gegensatz zu stellen, ich mied die Landstrasse der Gedankenlosen und der Streber, ich hatte Freude am eigenen Weg – aber führt denn nicht jeder eigene Weg in die Einsamkeit?

## Die Entscheidung zur Abstinenz

Im November oder Dezember meines ersten Seminarjahres hielt Seminarlehrer Stump vom bernischen Lehrerseminar Hofwil bei uns einen Vortrag über die Alkoholfrage, in dessen Folge ich im Dezember 1899 als einziger meiner Klasse der abstinenten Mittelschulverbindung «Fraternitas» beitrug. Mein Sitznachbar Jakob Spörri suchte einmal eigens meine Mutter an der Marktgasse in Zürich auf und suchte sie, freilich ohne Erfolg, zu bestimmen, dass sie mir den Austritt wieder nahelege, da meine Mitgliedschaft in der «Fraternitas» eine Schande für die Klasse sei.

Zu erwähnen ist, dass der Alkohol an unserm Tisch fehlte. Wohl erhielt ich in Winterthur als Kleinkind aus einem Stiefelgläschen etwa einen Schluck Malaga, der zur Winterszeit im Hause war, und ich erinnere mich, wie mich der Vater in gleicher Weise etwa vom Getränk kosten liess, das er sich aus mit Wasser verdünntem Wein und Zucker auf dem kleinen Ofen im Nebenraum unseres Ladens mischte.

Mein Entschluss, der «Fraternitas» beizutreten, war wohl mitbedingt durch die Erfahrungen, die ich selber mit dem Alkohol gemacht hatte. Im Sommer 1897, ich war also dreizehnjährig, spendete eine Frauenfelder Fabrik bei irgendeinem Anlass ihrer Arbeiterschaft Freibier draussen im Schützenhaus. Wir Knaben der Umgebung schauten dem Treiben über die Bretterbrüstung zu, und da geschah es zu wiederholten Malen, dass, wenn eine Kellnerin mit einem Brett neu gefüllter Gläser schäumenden Bieres daherkam, uns die Zeichenden ihre halbgeleerten Gläser hinausboten mit der Aufforderung, wir sollten sie rasch austrinken. Als ich mich, nachdem ich solchen Einladungen gleichfalls mehrmals nachgekommen war, nach Hause in den nahegelegenen «Freihof» begab, machte ich die eigenartige Feststellung, dass sich die Wiese unter meinen Füßen drehte, weshalb ich nur mit äusserster Sorgfalt und mit hochgezogenen Beinen den Wiesenpfad entlanggehen konnte, welche eigentümliche Beobachtung ich auch Mama mitteilte. Diese, meinen Zustand erkennend, steckte mich daraufhin sofort ins Bett, wo ich glaubte, mein heisser Kopf würde mir zerspringen. Im Seminar selber, wenige Wochen vor dem Aufklärungsvortrag von Seminarlehrer Stump, hatte ich am Seminarabend des Lesevereins Wein getrunken und davon über den Sonntag an Kopfweh und Übelkeit gelitten.

Mit dem Rauchen ist es mir ähnlich gegangen. Es war in der ersten Klasse des Seminars, als ich mir eine Türkenpfeife aus rotem Ton erwarb und diese an einem Abend, während ich über meinen Aufgaben sass, zu rauchen begann. Wie ich dann schliesslich von meinem hohen Stuhl herunterstieg, schlug es mich im Taumel an die Wand. Mit den Händen diese abtastend, kam ich in meine Kammer, um dort in meinem Bett sofort in tiefen Schlaf zu versinken. Als ich einige Jahre später in Freudwil an einem Sommertag die lästigen Schnaken mit dem Rauch eines Stumpens von mir abhalten wollte, holte ich mir gleichfalls nur einen sturmen Kopf.

So war es mir ein Leichtes, mich von beiden Narkotika fernzuhalten und die Grundlage für eine gesundheitliche Lebensweise zu legen, die noch dadurch eine Erweiterung erfuhr, dass ich auch dem Kaffee und dem Schwarztee keinerlei Genuss abgewinnen konnte.

## Meine Annäherung an den Sozialismus

Meine Annäherung an den Sozialismus verdanke ich wohl, wie ich vermute, meiner Mitgliedschaft bei den abstinenten Mittelschülern. Das Mitteilungsblatt der «Helvetia», wie der Zentralverein hiess, war zugleich das Organ der «Libertas», des abstinenten Hochschulverbandes. Als Redaktor amtete in jener Zeit Max Tobler\*, und ich vermute stark, dass er darin auf die von Fritz Brupbacher\* herausgegebene «Junge Schweiz» aufmerksam machte. Auf jeden Fall hörte ich von der Schrift und habe mir die 1899 und 1900 erschienenen vier einzigen Nummern beschafft und damit den Weg zur Grütlibuchhandlung an der obern Kirchgasse gefunden, der Quelle, die mir weitere sozialistische Literatur zuführte, und auch die Schriften von Karl Bürkli\* wie «Der wahre Winkelried» und «Der Ursprung der Eidgenossenschaft mit der Schlacht von Morgarten». Meine sozialistische Auffassung hatte sich an August Bebels\* Werk «Die Frau und der Sozialismus» vertieft; zum Beitritt in die Partei konnte ich mich aber noch nicht entschliessen.

Ich hatte im «Sternen» in Uster einen öffentlichen Vortrag von Parteisekretär Fähndrich\* über «Die Ziele und Entwicklung des Grütlivereins» besucht, in dem er nicht nur einen Mangel an Idealen bei der Jungmannschaft und den Gewerkschaften, die alles in die Hand hinein versprochen haben wollten, beklagte, sondern mir auch durch die Ausfälle gegen die sozialdemokratischen Mitgliedschaften, die Linkssozialisten, die falschen Führer, die Hirngespinsten naheilten, die innere Zerrissenheit der Bewegung vor Augen führte. In diesen Widerstreit einzutreten, fühlte ich mich noch zu jung und unbedeutend.

Der Tod Friedrich Nietzsches\* am 25. August 1900 gab einigen Lehrern vermehrten Anlass, Nietzsches Auffassungen zu verdammen, für uns Oppositionelle andererseits ein Grund, uns noch eingehender mit ihnen zu befassen. Auch mir wurde «Also sprach Zarathustra» in der Folge zum Buch der Bücher. Daneben genoss ich Gottfried Keller, Joseph Viktor Widmann, Conrad Ferdinand Meyer, von dem ich zum Beispiel «Der Heilige» und «Die Versuchung des Pescara» aus der Seminarbibliothek bezog und hierauf zwei Tage dem Unterricht fernblieb, bis ich die beiden Werke zu Ende gelesen hatte.

Meine Begeisterung für Nietzsches «Also sprach Zarathustra» vertrug sich ohne Schaden mit meiner wachsenden sozialistischen Überzeugung. Sagte mir diese doch nichts anderes, als dass als Forderung der Gerechtigkeit jedem Menschen die volle Entwicklung seiner geistigen Kräfte ermöglicht und gesichert werden solle, womit erst die Bahn für die Höherbildung des Menschengeschlechtes dem Übermenschen entgegen geöffnet sei.

## Musterung und Rekrutenschule

Bei der militärischen Musterung von 1903, der ich mich von Kloten aus im «Sternen» in Oerlikon zu unterziehen hatte, war ich wegen Schmalbrüstigkeit zurückgestellt worden. Bei der Nachmusterung in Uster wurde ich 1904 für tauglich befunden. Ich hatte im Laufe des Sommers tapfer Holz gesägt und gespalten und den fehlenden Brustumfang überreichlich nachgeholt. Vergeblich hatte ich mich

aus meiner antimilitaristischen Einstellung heraus auf meine Lungen- und Brustfellentzündung der Jugendjahre berufen, vergeblich auch auf meinen Herzfehler, der mich im Seminar während eines Jahres vom Turnen befreite, und auf dessen Erblichkeit in der Familie. Mama verdächtigte mich vorwurfsvoll, ich hätte mich aus Freude am Dienst nicht genügend gewehrt.

In der Rekrutenschule von 1905 dämpfte ich den jugendlichen Ehrgeiz, der mich in den ersten Tagen mitgerissen und mir das Lob meines Offiziers eingetragen, in den nachfolgenden Wochen, sodass dieser gegen das Ende der Rekrutenschule zu mir äusserte: «Sie werded nid welle uszoge si?», was ich ihm bejahte.

### Das Aufgebot zum «Sicherungsdienst»

Das Aufgebot zum sogenannten Sicherungsdienst vom 19. Juli 1906 anlässlich des Arbenzstreiks\* stellte mich vor die Gewissensfrage, ob ich ihm Folge leisten sollte. Ich rückte ein. Bei einer Dienstverweigerung rechnete ich mit dem Entzug des Lehrerpapents. Damit hätte ich meiner Mutter bisheriges Streben, mir ein gesichertes Fortkommen zu verschaffen, zerstört und sie in Sorgen gebracht; auch fehlte mir das Vertrauen, mich ausserhalb meines Berufs durchschlagen zu können.

*Karte des Infanterie-Regiments 22 zur Erinnerung an das Aufgebot anlässlich des Streiks bei der Automobilfabrik Arbenz. – Rechts: «Die Friedens-Glocke», ein als frommes Traktat getarntes Flugblatt, das die Soldaten auffordert, den Gehorsam zu verweigern.*



Von Nänikon aus rückte ich ein. Wir Sechshundsechziger hatten uns in der Kaserne einzufinden. Am gleichen Abend, bei eindämmernder Nacht, zogen wir mit geladenem Gewehr und aufgepflanztem Bajonett, in Zugsbreite die ganze Badenerstrasse einnehmend, hinunter an die Bertastrasse, wo angeblich vor der Wohnung des Arztes Fritz Brupbacher\* eine Versammlung verhindert werden sollte. Am Nachmittag des zweiten Tages, wie wir tatenlos im Kasernenhof herumstanden, wurde uns durch die Eisenstäbe des hohen Zaunes «Die Friedens-Glocke» gereicht, ein anscheinend religiöses Blättchen. Es enthielt aber einen Aufruf an die aufgebotenen Industriearbeiter und Bauernsöhne, sich nicht gegen die Streikenden verwenden zu lassen. Sobald die Offiziere davon Kenntnis erhielten, wurden uns die Blätter durch die Unteroffiziere abverlangt.

# Die Friedens-Glocke

Dritter Jahrgang

Organ der Evangelisch-katholisch-feminitischen Gesellschaft Zürich.

Redaktion: A. Schneider, Pfarrer	Zürich Freitag den 21. Juli 1906	Expedition: Geschäftsstelle d. Gesellschaft
-------------------------------------	-------------------------------------	--

## Ein kostbares Kopfschiffchen.

Es war im Jahre 1823, daß Missionar Dr. Judson mit der Uebersetzung des neuen Testaments ins Barmanische (Hinterindien) fertig wurde. Allein es waltete über dem Buch ein seltsames Geschick.

Judson reiste eben in jener Zeit nach Ava, der Hauptstadt von Barma, um dort das Evangelium zu predigen. Weil aber zwischen England und Barma ein Krieg ausgebrochen war, wurden alle Fremden mit Mißtrauen angesehen; ja, Doktor Judson, obwohl er Amerikaner war, wurde ins Gefängnis geworfen und dort sehr grausam behandelt. Erst nach einigen Tagen und mit Hilfe von ansehnlichen Geldzahlungen gelang es, ihn samt einigen andern vor dem Todesurteil zu schützen. In einer offenen Hütte im Gefängnisse lagen sie nun, an Ketten gebunden: nur Frau Judson durfte ihren Mann besuchen. Als er sie sah, war eine seiner ersten Fragen die nach dem Schicksal seines Neuen Testaments. Sie hatte es heimlich in die Erde vergraben, um es vor den Häschern zu schützen. Allein jetzt war die Regenzeit angebrochen und es stand zu befürchten, daß im nassen Boden das Papier zugrunde ginge. So erfannt denn die Missionsfrau eine

neue List. Sie nähte das Schriftstück mit etwas Baumwolle und Flechtwerk in ein hartes Kopfschiffchen, und hoffte, daß es dem armen Gefangenen niemand nehmen würde.

Nach sieben Monaten wurden aber die Gefangenen plötzlich wieder in das innere Verließ gebracht und mit noch schwerern Fesseln belastet. Die wenigen armseligen Rissen wurden ihnen weggenommen, darunter auch das Kopfschiffchen. In der ersten Nacht konnte Dr. Judson, obwohl er wußte, daß ihm die Entthauptung drohe, von Gedanken an sein Neues Testament nicht loskommen. Wo mag wohl die kostbare Arbeit wieder ans Licht kommen? so fragte er sich unablässig. Plötzlich wurde das Rissen ins Gefängnis hereingeworfen. Der Wächter hatte es sich angeeignet, aber so hart gefunden, daß er es im Kerker dem Gefangenen an den Kopf warf. Er hatte es wieder.

Es kam noch schlimmer. Die Gefangenen wurden beinahe aller Kleider beraubt und mußten zwei und zwei aneinander gefesselt in der Sonnenglut einige Meilen weit über harten Kies und glühenden Sand in ein neues Gefängnis wandern. Die wütenden Barmanen nahmen den Gefangenen alles. Einer fand das harte Kopfschiffchen und warf es als wertlos auf die Seite. Das hob ein Eingeborener, der durch Judson zum Glauben an den Herrn gekommen war, auf. Er wußte nicht, was für einen Schatz es in sich barg; aber als Andenken an den geliebten Lehrer wollte er es behalten.

Da endlich, nach langen Monaten war der Krieg zu Ende; Doktor Judson konnte frei ausgehen und seine gewohnte und geliebte Arbeit wieder aufnehmen. Die Handschrift des Neuen Testaments fand sich unverletzt und wohl verwahrt wieder ein.

Es wurde später gedruckt; und seither können die Barmanen in ihrer eigenen Sprache die großen Taten Gottes in Christo Jesu lesen.

## Industriearbeiter! Bauernsöhne!

Aus voller Arbeit hinweg hat man Euch in die Kantons- hauptstadt gerufen, angeblich um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, in Wahrheit um die Streiks unserer Arbeiter niederzuwerfen.

Wißt Ihr, weshalb die Arbeiter streiken, weshalb sie wochenlang hungern und darben? Sie wollen, weil hier in Zürich alles unererschwinglich teuer geworden ist, weil für die elendeste Wohnung Fr. 500 und mehr Mietzins bezahlt werden müssen, ein paar Rappen mehr Lohn haben und sie wollen ihre vom Elend ausgemergelten Leiber denen, die Geld daraus pressen, nur noch neun Stunden am Tage zur Verfügung stellen.

Seht die schönen Villen an den Hängen des Zürichberges, an den Ufern des Sees, es sind die Häuser der Kapitalisten, Fabrikanten und modernen Geshler, erbaut aus dem den Arbeitern abgestohlenen Gelde, blickt nun auch in die Mietzinsfarnen der Arbeiterquartiere, seht wie unsere Arbeiter „leben“ — könnt Ihr dann noch sagen, sie handeln unrecht, wenn sie streiken?

Es ist ja auch Euer Feind, gegen den sie ankämpfen. Viele von Euch arbeiten selbst in Fabriken, andere unter Euch senden ihre Frauen hinein. Kann nicht eines Tages auch in Euch der Jörn über das Unwürdige Eurer Lage emporlodern? Könnte es dann nicht der Regierung, die stets dem Geldfisch hilft, am Ende einfallen, auch gegen Euch Truppen aufzubieten?

Und Du, Bauernsohn, bedenke, um wieviel besser Dein Loß, als das unserer Arbeiter. Du mußt arbeiten, streng und schwer, wie sie, gewiß. Aber Du arbeitest für **Dich**, Du bestellst **Deinen** Acker, was Du gewinnst, ist **Dein**. Der Arbeiter jedoch ist ein Knecht, ein Unfreier, sein lebenslang, was er erringt, gehört den „Herren“.

Industriearbeiter, Bauernsöhne!

Laßt Euch nicht aufheizen gegen die Streikenden, verweigert den Gehorsam, wenn man Euch gegen die Streikenden führt! Als man Euch das eidgenössische Ehrenkleid, als man Euch die Waffen in die Hand gab, sagte man, es gelte der Verteidigung unserer Landesgrenze. Jetzt solltet Ihr gewillt sein, gegen Eure Landsleute, gegen Eure Brüder zu marschieren? Nimmermehr!



Tags darauf, am Freitag, wurde ich als Ordonnanz auf das Regimentsbureau abgeordnet. Von dort sah ich, wie Emil Rieder\*, damals Sekretär der Arbeitskammer, unter dem Verdacht der Urheberschaft des Aufrufes an die Soldaten mit einer Bedeckung von vier Mann mit aufgepflanztem Bajonett über den Kasernenhof geführt wurde; zwei Tage später sah ich vor dem Regimentsbureau in der Kaserne Johannes Sigg\*, den Verfasser, der dann schon am 24. August wegen vollendeter Meuterei zu acht Monaten Gefängnis und nachheriger einjähriger Einstellung im Aktivbürgerrecht verurteilt wurde. Von den beschlagnahmten «Friedens-Glocken», die vorerst im Regimentsbureau auf einem Fenstergesims lagen, beschlagnahmte ich meinerseits einige Nummern. Sonst verbrachte ich die Tage mit Botengängen nach den Schulhäusern im Wolfbach und Bühl, wo die andern Bataillone des aufgebotenen Regimentes untergebracht waren, oder an die obere Kirchgasse, zum Sitz der kantonalen Militärdirektion.

### Ich werde Sozialdemokrat

Ibsens «Volksfeind», den ich gerade in jenen Tagen in Verzückerung und Begeisterung gelesen, hatte mich darin bestärkt, unbeirrt zu meiner Auffassung zu stehen, und so trat ich in der Versammlung vom Samstag, dem 10. Juli 1909, der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Rüti-Tann bei. Dass nur fünfunddreissig Mitglieder der Partei angehörten, während bei Abstimmungen und Wahlen in der Gemeinde Dürnten allein etwa zweihundert Stimmberechtigte der sozialdemokratischen Parole folgten, zeigte mir, welche Arbeit noch zu tun, um ziel- und kampfbewusste Streiter heranzuziehen. So machte ich bereits Pläne für einen Arbeiterbildungs- und einen Jungburschenverein, für geschichtliche Vorträge in der Mitgliedschaft und für Vorträge über die Bauern- und Arbeiterbewegung zur Aussöhnung der schroffen Gegensätze zwischen Arbeiter- und Bauernstand. Doch gleich im Gefolge dieser Pläne und eines Arbeitsplanes für mein Schaffen in der Gemeinde waren auch schon die Zweifel an meiner Ausdauer da, und vor mir stand die Frage, ob ich bis jetzt nicht nur dazu getaugt, Ideen und Pläne auszuhecken, dass mir aber die Kraft und Ausdauer mangle, sie auszuführen. Geht es mir heute nicht vielfach noch so wie damals dem Fünfundzwanzigjährigen?

Rasch kam ich ins Parteigetriebe hinein. Ende August nahm ich an einer Versammlung der Metallarbeiter im «Tannenhof» teil, an der Sekretär Büchi aus Winterthur sprach. Ein hoher, fester Körper, im feisten Gesicht die Augen in Spalten liegend, mit einer Stimme, dem mächtigen Brustkorb entsprechend, redete er von Schweden, wo damals in glänzender Geschlossenheit 300 000 Arbeiter auf den Ruf ihres Gewerkschaftsbundes bei verhängtem Alkoholverbot während eines Monats den Generalstreik durchführten, als Abwehrkampf gegen die Aussperrung von 80 000 ihrer Klassengenossen. Nach dem Vortrag folgte noch eine peinliche Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Vorstandsmitgliedern, wie ich dies tags darauf, zu meiner etwelchen Ernüchterung, auch im Unionsvorstand erlebte.

Am 29. Januar 1910 fand im Casino die Generalversammlung der Arbeiterunion\* Rüti und Umgebung statt, die aus den Gewerkschaft-

*Rechts: Arbeiter-Taschenkalender für die Jahre 1911 bis 1913. Im Jahr 1912 eingetragen und abgehakt: Hochzeit und Hochzeitsreise.*

# Photographie VICTORIA

oo Inhaber: S. LILIENTHAL oo

ZÜRICH

Limmatquai 20, Eingang Hirschengasse

Bekannte Bezugsquelle der Arbeiterschaft.

12 Visitenbilder, glänzend, v. Fr. 2.80 an  
12 Visitenbilder, matt, v. Fr. 6. — an

Spezialität: Kinder-Aufnahmen

Arbeiter-  
Taschen-Kalender  
für den  
Kanton Zürich

1913

## Arbeiter-Taschenkalender für den Kanton Zürich

1911  
Dritter Jahrgang

Bearbeitet von JAKOB LORENZ,  
Adjunkt des Schweiz. Arbeiterssekretariats

Preis 1 Fr.

Zürich. Druck und Verlag von Kirsten & Zeisberg  
(Buchdruckerei des „Volksrecht“)

Donnerstag  
✓ Schulpflegsitzung im Dürnten.

12. Freitag

13. Samstag

15. Montag

✓ Holzzeit

16. Dienstag

✓ Abreise nach Ausland  
Hotel Posso-Central

17. Mittwoch

✓ Knecht Holz Metropole

18. Donnerstag

✓ Knecht

19. Freitag

✓ Knecht Harise  
Lugano Hotel Jami-Walder

20. Samstag

✓ Rückkehr n. Zeh

ten und politischen Arbeiterorganisationen der Gemeinden Rüti und Dürnten bestand. Sie stimmte den nach meinem Entwurf neu ausgearbeiteten Statuten zu und wählte als neuen Unionspräsidenten den Eisenbahnarbeiter Schilling mit dem struppen, nach oben stehenden roten Schnauz. Als Aktuar amtierte Hermann Honegger mit der furchtbaren Narbe auf dem kahlen Schädel, in seinen schweren, doppelsöhligen Schuhen; am Vorstandstisch sass weiter im grauen Lockenhaar Emil Birrer, der Kassier. – Im März wurde ich Präsident der Mitgliedschaft und hatte den Wahlkampf bei der Neubestellung der Gemeindebehörden zu führen.

### Heirat und Umzug nach Zürich

Mittwoch, den 10. April 1912, hatte ich vormittags das Examen. Daran anschliessend wurde in Ferrach das Brautfuder geladen und nach der Friesenbergstrasse in Wiedikon geführt. Tags darauf war noch eine Schulpflegesitzung in Dürnten. Montag, den 15. April, wurde ich auf dem Zivilstandsamt in Zürich mit Anny, nämlich Anna Frau-



*Hochzeitsfoto von Anny Frauenfelder und Alfred Traber. – Rechts: Quittungen der Hochzeitsreise und des Fuhrhalters, der das «Brautfuder» nach Zürich brachte.*

enfelder von Rüti, Tochter des Theodor, Primarlehrer, und der Anna, geborene Kunz, getraut und hierauf die Hochzeitsfahrt nach dem «Löwen» in Meilen gemacht. Am 16. April traten wir die Hochzeitsreise nach Venedig an, von der wir Samstag, den 20. April, wieder in Zürich eintrafen. Am Montag darauf begann ich den Schulunterricht an meiner siebenten Klasse im Provisorium an der Wengistrasse.

Im Sozialistischen Abstinentenbund

Und dann warf ich mich voll Eifer und Inbrunst in die Zürcher Arbeiterbewegung. Dienstag, den 30. April 1912, besuchte ich die Versammlung der Zürcher Sektion des Sozialistischen Abstinentenbundes (SAB)\* und trat am gleichen Abend dem Verein bei. Folgenden Tages marschierte ich im Maifestzug mit dieser Gruppe, die auch besondere Flugblätter über die Alkoholfrage verteilte. Während des Umzuges erkundigte ich mich bei Pfarrer Bader\* nach den Förmlichkeiten für einen Austritt aus der Landeskirche und schickte eine entsprechende Erklärung am 2. Mai an die Kirchenpflege Wiedikon. Der alte Sekundarlehrer Schaufelberger, der jener Pflege angehörte, musste das zum Ärger der Schwiegereltern sofort nach Rüti berichten.

*Hochzeitsreise.*

**Hôtel Poste Suisse - Pension**  
MILAN - Place de la Gare Centrale  
PRIX TRÈS MODERES  
S. PRANDONI, prop. P. *Pero*

Mr. *H. Ys. Pellegrino* 45  
*L. ...* 5  
*L. ...* 5.75

**ANNULATO**

**Hôtel Garni Walter**  
Lugano?  
J. CEREDA-CAMENISCH  
DIRECT PROP.  
N° 128

*Note pour Mr. ...*

	Frs.	Cts.
Omnibus - Bagage		
Deboursés - Auslage		5
Chambre - Zimmer		

*Zürich III., den 16. April 1912.*

*Nota für Herrn Fraber Zürich III.*  
*von L. Soggewiler, Fuhrhalter Zürich III.*

Dates	Frs.	Cts.	Frs.	Cts.
April 15. Zwei - Dreispänner Landauer na Meilen	60.	-		
Verspeisung der Kutcher und Pferde	30	-		
Garnitur f. Kutcher u. Pferde	4.	-		
<i>Summe ffr.</i>	94			

*Ponraqüith  
L. Soggewiler.*

**HÔTEL POZZO-CENTRAL**  
Tout près de la Cathédrale  
Via Torino - MILAN - Via Torino  
P. BORELLA, Prop.  
Doit

Arrivé le 15-A-1912

M. *Fraber*

Dates	Frs.	Cts.	Frs.	Cts.
15 Omnibus, arrivée				
Chambre, Service, Eclairage	8.			
2 Dimpfi	1.50			
Rep. dîner	4.75			
14 Pœm	- 75		14.95	
16 2 Djeu			2.50	
<i>Summe</i>			19.70	

**ANNULATO**

Im SAB war ich recht bald zu Hause. Anny hatte am 1. Mai gleichfalls ihren Eintritt erklärt, und so wanderten wir gemeinsam jeden zweiten Dienstagabend an die Versammlungen ins Volkshaus, wo sich der Gartensaal jeweilen recht ansehnlich füllte. Fünfunddreissig bis fünfzig Besucher fanden sich dort üblicherweise zusammen. Unter dem Vorsitz des alten Vonrüti und den belebenden Anregungen von Pfarrer Bader bestand ein reger Betrieb mit Vorträgen, Aussprachen und musikalischer Unterhaltung, wobei Pfarrer Bader oder das Ehepaar Heyler die Laute spielten und die Versammelten Röseligartenlieder sangen.

Ich stieg schnell zum Mitglied der Propagandakommission auf, sass bald in der Alkoholzehntelkommission, hielt in der Sektion, bei den Jungburschen und in Gewerkschaften Vorträge über die Alkoholfrage und wurde schon Mitte Oktober 1912 Sektionspräsident. Als treues Vorstandsmitglied amtierte jahrelang neben mir der Marmorist Osterwalder, der mich zum Zeichen seiner Zuneigung mit einigen selbstverfertigten Briefbeschwerern beschenkte.

### Ein kritischer Genossenschaftsrat

Mit dem gleichen Eifer lebte ich dem genossenschaftlichen Gedanken nach. Schon am 2. Mai 1912 trat ich dem Lebensmittelverein Zürich als Mitglied bei. Eine Kleidergenossenschaft bestand damals in Zürich noch nicht, wie mich der Sekretär der Schneidergewerkschaft, Martin, der mit uns auf dem gleichen Boden an der Friesenbergstrasse 16 wohnte, belehrte. Durch ihn erfuhr ich vom Bestehen einer Kleidergenossenschaft in Winterthur, bei der ich dann meinen Kleiderbedarf deckte. Dies auch noch während Jahren, nachdem der ehemalige Geschäftsführer der Genossenschaft, Motyka, das Unternehmen in seinem eigenen Namen betrieb. Meine verwunderten Fragen über die ständig sprunghaft steigenden Preise beantwortete er mir bei der Anprobe jeweilen lediglich mit einem fröhlichen Gemacker.

Ich wechselte dann zur neu entstandenen Kleidergenossenschaft in Zürich, die unter Musil an der Langstrasse geführt wurde, versuchte es auch einige Male mit selbständig arbeitenden Genossen, um dann zum Annahof überzugehen, bis der dort leitende Seidmann mit seinen ständig steigenden und schliesslich bis gegen fünfhundert Franken erklimmenden Voranschlägen für ein Kleid uns den Starstach und mich damit von der Genossenschaft wegtrieb. Die Schuhe beschaffte ich mir bei der Schuhmachergenossenschaft am Neumarkt, bis diese im Lebensmittelverein aufging.

Auf Anny machte meine bei der Eröffnung des Annahofes getane Äusserung, hier würden wir in Zukunft alle Einkäufe an Kleidern und für den Haushalt machen, bleibenden Eindruck, aber nur zu bald lehnte es sich auf, sich mit jenen Kleidern versehen zu lassen.

Vermutlich schon 1913 wurde ich in den Genossenschaftsrat des Lebensmittelvereins gewählt. Da aber meine kritischen Vorbringen über die Beschaffenheit einzelner Waren in der Fraktion von unsern Vertretern im Verwaltungsrat stets mit dem Hinweis abgetan wurden, dass solche Äusserungen im Genossenschaftsrat lediglich geeignet

seien, das Ansehen der Genossenschaft zu schädigen, ohne dass andererseits zur Abhülfe etwas getan würde, erklärte ich am 21. Juni 1916 meinen Rücktritt aus dem Genossenschaftsrat.

### Der Generalstreik vom 12. Juli 1912

Zwei Ereignisse des Jahres 1912 machten auf alle in der Bewegung Stehenden einen ungemein starken Eindruck und übten auf mich einen eben solchen Einfluss aus: der eintägige Generalstreik vom 12. Juli in Zürich und die internationale Friedenskundgebung vom 24. November in Basel.

Seit Mitte März und anfangs April waren die Maler und Bau-schlosser in Zürich im Streik gestanden. Die Unternehmer versahen die Streikbrecher mit Revolvern. Am 15. April wurde ein Maler durch einen Streikbrecher tödlich verletzt. Die zürcherische Arbeiter-



schaft ehrte den Gefallenen durch einen mächtigen Trauerzug. Das Schwurgericht in Pfäffikon sprach den Mörder am 24. Mai frei, gegen welches Klassenurteil die Arbeiterunion\* auf der Rotwandwiese eine Protestkundgebung veranstaltete. Der Kantonsrat forderte am 17. Juni den Regierungsrat auf, strenge Massnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen zu treffen. Auf das Drängen des letzteren erliess der Zürcher Stadtrat am 6. Juli ein teilweises Streikpostenverbot. Als Antwort darauf beschloss die Arbeiterunion für Freitag, den 12. Juli, einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik.

*Johannes Sigg spricht anlässlich des Generalstreiks 1912 vom Balkon des Volkshauses. Die Streikenden stehen auf der Stauffacherstrasse und der angrenzenden Rotwandwiese, auf der von 1914 bis 1916 das Bezirksgebäude gebaut wurde.*

Die Arbeiterschaft folgte geschlossen dem Ruf. Die Unternehmerschaft beschloss eine nachfolgende zweitägige Aussperrung, der Regierungsrat ein Truppenaufgebot.

Mich erfüllte der Tag mit heiligem Feuer. Samstag, den 13. Juli, begann ich ein Tagebuch mit folgendem Eintrag:

# Arbeiter, heraus!

Um den Streit der Schlosser und Maler zu erwürgen, hat das Unternehmertum Berufsstreikbrecher aus Deutschland importiert, die, von einem Teil der Unternehmer mit Revolvern und Dolchen ausgerüstet, für die gesamte Bevölkerung gefährliche Elemente sind. Das beweisen die Vorkommnisse der letzten Tage. Die Regierung, auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht, hat als Antwort vom Stadtrat ein Streikpostenverbot erzwungen.

Arbeiter! Zum Protest gegen diese Parteinahme der Behörden, zum Proteste gegen die Einfuhr berufsmäßiger Streikbrecher rufen wir Euch auf

## zum 24stündigen Generalstreik

### auf heute Freitag den 12. Juli.

Arbeiter! Verlaßt für heute die Arbeit in Ruhe und Ordnung. Ernst und würdig soll unser Protest sein. Wir appellieren dringend an Eure Disziplin, an Eure Einsicht! erinnert Euch an die kraftvolle Ruhe der schwedischen Arbeiterchaft. Meidet wie sie alle alkohollischen Getränke!

Unterlaßt jede Sonderaktion vor den bestreikten Werkstätten!

Erscheint am Freitag, morgens 9 Uhr zur  
**Protest-Versammlung**  
auf der Rotwandwiese!

Hier werdet Ihr weitere Mitteilungen erhalten!

Am Samstag morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen!

Vorstand u. Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich.

12. VII 12.  
am Freitag früh  
verteilt

*Am Tag nach dem Generalstreik und am Tag des Truppenaufgebotes, wo in allen Gemütern die Erregung vom Kampf der zwei Welten entstand, lege ich den Anfang zum Ausbau meiner Ansichten und deren konsequenter Ausführung. Es sollen werden die Tagebuchblätter eines Sozialisten.*

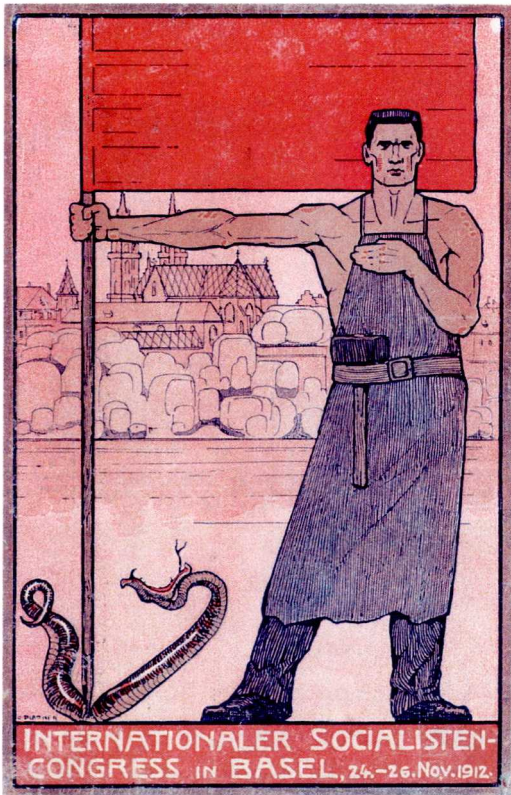
Gegen die Vorstandsmitglieder der Arbeiterunion wurde eine Untersuchung wegen «Aufruhr» eingeleitet. Auf der Suche nach dem Protokoll der Beschluss fassenden Delegiertenversammlung, von dem der erste Staatsanwalt den Einblick in die «verbrecherische» Tätigkeit der Delegierten erhoffte, wurde nicht nur der Protokollführer, Sekundarlehrer Jakob Baumann\*, in Haft genommen, sondern auch der nichts weniger als revolutionäre Sekundarlehrer Jakob Böschenstein, mein Seminarfreund, der damals gerade Präsident der Arbeiterunion war. Bis zu der einige Jahre später erfolgten Niederschlagung der Untersuchung ruhte das gesuchte Protokoll wohlverwahrt in einem Schliessfach der Kreditanstalt Zürich.

Mit Herzklopfen ging ich am 24. Juli zur Kundgebung ins «Veldrom», an der Sigg\* und Greulich\* rückblickend über den Generalstreik sprachen. Ich wollte ein Wort für die Enthaltbarkeit sagen, die im Flugblatt der Arbeiterunion zum 12. Juli empfohlen worden war. Es war mir dann eine Erleichterung, als die Versammlungsleitung bekannt gab, dass von einer Aussprache nach den Vorträgen abgesehen werde. Ich stellte dafür eine Einsendung dem «Volksrecht» und dem «Grütli» zu, des Inhalts, dass wir Sozialisten jeden Alkoholenuss meiden sollten, damit wir uns jederzeit «mit allen Kräften» für den politischen Kampf einsetzen könnten. Die Einsendung erschien in beiden Blättern. Das «Volksrecht» brachte eine Woche später unter der Überschrift «Ein Typus» die Einsendung eines Anton Fendrich, worin der Abstinenzapostel lächerlich gemacht und ins Unrecht versetzt wurde. Ich schätzte den Erguss als die Äusserung eines im Dienste des Alkoholkapitals stehenden Schreiberlings ein. Im Einvernehmen mit Pfarrer Bader\* schrieb ich zuhanden des Kantonalvorstandes des sozialistischen Abstinentenbundes eine Entgegnung, die aber nie im «Volksrecht» erschien. Anton Fendrich begegnete mir dann einige Jahre später mit seinen Artikeln als deutscher Kriegsberichterstatte in dem von Kosmos in Stuttgart herausgegebenen Werk «Der Krieg». So war er mit dem damaligen Volksrechtredakteur Emil Hauth\* wieder in engster Verbindung, der am 1. Februar 1915 das «Volksrecht» verlassen hatte, um an deutschen Parteiblättern patriotisch zu wirken.

*Links: Flugblatt, mit dem am 12. Juli 1912 zum Generalstreik und zur Protestversammlung vor dem Volkshaus (siehe Foto Seite 27) aufgerufen wurde.*

## Der Internationale Sozialistenkongress

Das andere erhebende Ereignis war die internationale Friedenskundgebung in Basel. Im Oktober 1912 war der Krieg der Balkanvölker gegen die Türkei ausgebrochen. Gewitterschwül lag die Kriegsdrohung über ganz Europa, wo sich Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien im Dreibund, Frankreich und Russland im Zweibund gegenüberstanden und Deutschland durch einen schwindelerregenden Rüstungswettlauf zur See Grossbritannien in Furcht versetzt hatte.



## Bebels Beerdigung in Zürich

*Der proletarische Schmied mit der roten Fahne bezwingt den Kriegsdrachen. Sein Schutzheiliger ist der Drachentöter Georg, auf den das Motiv anspielt. Postkarte zum Internationalen Sozialistenkongress 1912 in Basel.*

Da rief die sozialistische Internationale einen ausserordentlichen Kongress auf den 24. November 1912 nach Basel ein. Es galt den Weltkrieg zu verhindern. Zu Tausenden strömten wir Genossen an jenem Sonntag nach der Rheinstadt. Von Zürich mit dem Extrazug, in dem ich die Kameraden von Tann aufsuchte. Ein Gefühl erhebender Feierlichkeit erfüllte uns alle. Von der Tribüne des Burgvogtei-Saales beobachtete ich den Aufmarsch der internationalen Führer, alle mit stürmischem Jubel begrüsst, an der Spitze Greulich\* mit Bebel\*, der mir mit seinem gestutzten Spitzbart nach dem Bild im «Simplicissimus» wohlbekannt war. Im Aufmarsch folgten der Österreicher Viktor Adler\*, der Franzose Jean Jaurès\*, der Holländer Anseele\* nebst den andern Internationalen, die uns eine von eifrigen Genossen vertriebene Postkarte zeigte. Die Begrüssung der 555 erschienenen Abgeordneten aus 23 Ländern erfolgte durch den sozialdemokratischen Regierungsrat Wullschleger\* von Basel. Zum Präsidenten wurde Herman Greulich gewählt.

Am Nachmittag zog der über zehntausend Teilnehmer umfassende Demonstrationszug vom Kasernenhof zum Münster, wo der sozialdemokratische Regierungspräsident Dr. Hermann Blocher\* die Tagung begrüsst und eröffnete und nacheinander den Genossen Hugo Haase\* (Berlin), Keir Hardie\* (London), Herman Greulich (Zürich), Janko Sakasoff\* (Sofia), Viktor Adler (Wien), Jean Jaurès (Paris) und Ignacy Daszynski\* (Krakau) das Wort erteilte. Wenn ich auch mit andern den Engländer nicht und den Franzosen nur halb verstand, so fühlten wir uns alle doch einig im Willen, dem drohenden Krieg zu wehren, und begeisterten uns an der Gewissheit, dass dieser heilige und von den klassenbewussten Vertretern der internationalen Arbeiterschaft allgemein beteuerte Wille sich auch durchsetzen werde.

Mit diesem frohen Gefühl fuhren wir abends wieder an unsere Wohnstätten zurück und lasen zwei Tage später in unsern Parteiblättern das Manifest, das der Kongress am 25. November beschlossen hatte und das die Genossen verpflichtete, «alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, den Ausbruch des Krieges zu verhindern».

Dieser Geist der internationalen Verbundenheit erstand vor uns Zürichern nochmals im folgenden Sommer. Am 13. August 1913 war August Bebel\*, der Führer der deutschen Sozialdemokratie, dreiundsiebzigjährig droben in Passugg gestorben. Seinem Wunsche gemäss sollte er in Zürich beigesetzt werden. Im weissen Saal des Volkshauses wurde er von Freitag bis Sonntag in einem Meer von Blumen aufgebahrt, mit letzten Schleifengrüssen in allen Sprachen. Die gesamte Zürcher Arbeiterschaft und ein Grossteil der übrigen Zürcher Bevölkerung zogen an seinem Sarg vorüber. Ich nahm am Ordnungsdienste teil.

Sonntag, den 17. August, fand die Kremation statt. Vom Volkshaus war die Leiche nach dem Schanzenberg, dem Wohnhaus der Tochter des Verstorbenen, gebracht worden. Von dort ging der Trauerzug zum Zentralfriedhof in Aussersihl, vom Geläute der Glocken

von St. Jakob begleitet. Voran eine unabsehbare Folge von Kranzträgern, hinter dem Leichenwagen die Abordnungen der deutschen Spitzenverbände und der Internationale, der schweizerischen Partei und unsere Nationalräte und schliesslich das Heer der zürcherischen Parteigenossen und Gewerkschafter mit ihren umflorten Fahnen, darunter auch diejenige des sozialistischen Abstinentenbundes. Als Mitglied der kantonalen Geschäftsleitung schritt ich hinter der Abordnung unserer Kantonsratsfraktion.



Vor dem alten Krematorium sprach zu den etwa zwölfhundert in den Friedhof Eingelassenen, zu denen auch ich als Mitglied der kantonalen Geschäftsleitung gehörte, eine lange Reihe deutscher und internationaler Vertreter: unter ihnen Greulich\*, Klara Zetkin\*, Viktor Adler\* und Keir Hardie\*. Was hätte uns eindrucksvoller von der internationalen Verbundenheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft überzeugen können?

### Der Erste Weltkrieg beginnt

*August Bebels Leichnam wird am Hauptbahnhof abgeholt und ins Volkshaus überführt.*

Am 1. August erklärte Deutschland Russland den Krieg, am 2. August besetzte es Luxemburg, am 3. August folgten die Kriegserklärung an Frankreich und der deutsche Einmarsch nach Belgien; und am 4. August erklärte Grossbritannien als Antwort Deutschland den Krieg: Der Weltkrieg war da. Wo aber war der in Basel verkündigte Widerstand der Sozialistischen Internationale? Was taten die viereinhalb Millionen Männer, die bei den deutschen Reichstagswahlen von 1912 sozialdemokratisch gewählt hatten? Was taten deren Führer? Mit bitterem Hohn gibt die Tatsache Antwort, dass der sozialdemo-

kratische Reichstagsabgeordnete Frank gleich zu Anfang des Krieges als Freiwilliger an der französischen Front den Tod fand. Und Kaiser Wilhelm II. konnte das grosse Wort sagen: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!» Dies galt auch unsern radikalen deutschen und österreichischen Genossen in Zürich, die von der «Eintracht» aus in geschlossenem Zug zum Hauptbahnhof marschierten, um sich ihren Vaterländern für das Kriegshandwerk zur Verfügung zu stellen.

Wo zeigte sich ein Hauch des Geistes, in welchem Jean Jaurès\* am Sozialistenkongress in Basel bei der Begründung der Entschliessung seine Rede mit den Worten geschlossen hatte:

*Die Internationale vertritt alle sittlichen Kräfte in der Welt! Und wenn einmal die tragische Stunde schlägt, in der wir uns ganz hingeben müssten, dieses Bewusstsein würde uns stützen und stärken. Nicht nur leichthin gesprochen, nein, aus dem Tiefsten unseres Wesens erklären wir, wir sind zu allen Opfern bereit!*

Er selber, der diese Worte gesprochen, war am 1. August in Paris der meuchlerischen Kugel eines französischen Nationalisten erlegen. «Jaurès ermordet. Was wird Paris tun?» schrieb ich am 1. August in mein Tagebuch. Die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich entthob jene Genossen ihrer Antwort.

Es war beim Kreisgebäude Wiedikon, wo ich mit mehreren Genossen die Vorfälle besprach. «Müssten wir eigentlich nicht alle das Einrücken verweigern?» warf ich ein. Teils betretenes Schweigen, teils heftiger Widerspruch.

Nach einigen Umtrieben in der radikaldemokratischen Fraktion der Bundesversammlung gelang es endlich, Ulrich Wille\* zur Wahl zum General zu verhelfen. Wir erhielten unser Aufgebot, und auch ich rückte am 4. August ins Schulhaus Hirschengraben ein, seit Ende 1913 neu der ersten Kompagnie des Etappenbataillons 105 zugeteilt. Die Versetzung hatte meine Sehenscheidenentzündung veranlasst, die mich 1912, während der vom deutschen Kaiser besuchten Manöver am Bachtel, fünf Tage ins Krankenzimmer nach Wetzikon gebracht hatte.

Über die ersten Tage des Aufgebotes habe ich das Nachfolgende aufgezeichnet:

*Dienstag, den 4. August 1914, Schulhaus Hirschengraben*

Wie im Wiederholungskurs: Inspektion, Umherstehen, Umhergeführtwerden, eine warme, stark gewürzte Wurst und Langeweile.

Auf dem Stroh. In der hohen Turnhalle. Dampf schweissender Füsse. Knistern des Strohs. Klappern der Feldflaschen. Stimmengewirr. Und darüber weg das Bild des Abschieds. Auf der Veranda Anny mit der Kleinen auf dem Arm, ihr Ärmlein schwenkend und mit gwundrigen Augen dem Vater nachschauend. Und ich, die Fingernägel schneidend, kalt, überkalt mich zeigend, aus Angst, eine zaghafte böse Stimmung könnte mich übernehmen. Dann auf dem Schulhof. Unter



*Eine von der Landesverteidigung überzeugte und wehrhafte Helvetia ...*

einer Linde gegen den giessenden Regen Schutz findend. Dann im nassen Kies den Tornister vor den Füssen, den Inhalt dem inspizierenden Oberleutnant im Regen ausbreitend. Am Hofeingang eine Gafferschar von Frauen, Fräulein, Knaben.

*Mittwoch, den 5. August 1914*

Ein Nachtschlummer von zehn bis vier. Eine Abwaschung im Morgendämmer. Ein starker Bohnenkaffee und jetzt wiederum ein Herumsitzen und Stehen im Schulhof, ringsum die kriegsbesprechenden Gruppen. Mich aber fasst ein Ekel vor den in den Zeitungen gebotenen Vorwänden dieser Massenabschlachtung.

*Mittags halb drei Uhr*

In jungem Löwenzahn und blühendem Klee liege ich an der heissen Sonne auf meinem Waffenrock. Über Kastanien- und Lindenkronen ragt der spitze Turm des Predigers. Durch die Kronenbreschen grüsst der Turm zu St. Peter. Und darüber steigt der Üetliberg mit seinem Aussichtsturm auf. Ein Immchen presst den Kopf in die weisse Kleeblüte, über die grünen Kräuter klettert eine Ameise. Überm kleinen Weg blüht blauer Flachs und lila Mohn im Schulgarten. Und ich brüte in der heissen Sonne.

*Donnerstag, den 6. August 1914*

Am Nachmittag, um ein Uhr, als wir zur Beeidigung nach dem Turnplatz der Kantonsschule marschierten, goss es in Strömen. Wir stellten uns links auf den Rasenplatz und machten Front gegen die Turnhalle Turneck zu. «Bataillon – Achtung – Steht!» schrie ein fester Genieoffizier mit zwei breiten Galons. Vor der Front der Geniesoldaten standen fünf Offiziere, ohne Wank. Der Befehlende lief auf die Turnhalle zu, aus der in schwarzem Überrock und schwarzem Filz, den Schirm öffnend, Regierungsrat Ernst\* trat. Mit dem Offizier trat er der Truppe näher. Dann stellte er den Schirm geschlossen an einen Baum, legte den Hut über den Griff und kam in den Regen hinaus. Barhaupt, kahlköpfig, sprach er vom Vaterland, das es zu schützen gelte, mit weithin hörbarer Stimme, der Sozialdemokrat, der am 1. Mai den roten Bändel in der Tasche trug. Nach ihm kam der Adjutant, der die Kriegsartikel verlas, lang, lang, und dabei standen wir unbeweglich im strömenden Regen. Eine Mücke setzte sich mir unters Käppi an die Stirn. Ich runzelte sie und blies nach oben. Einem Offizier tropfte das Wasser vom Käppischirm auf die Nase – und er bewegte sich nicht. Dem Adjutanten regnete es in seine Kriegsartikel. Mit vieler Mühe konnte er erst noch mit seinen braunen Handschuhen die Blätter wenden; dann gings nicht mehr. Er versuchte und versuchte; alles stand steif und still, und endlich zupfte er den rechten Handschuh von den Fingern und machte fertig. Alles, was er las, wird bestraft; entweder mit dem Tode oder am Leben oder mit Gefängnis oder mit Zuchthaus. Dann hiess es Käppi mit Gewehr in die linke Hand, worauf uns der Kahlköpfige mit dem weissen Knebelbart die Schwörformel vorsagte und das Erheben der Schwörfinger vorzeigte. Und dann schloss er mit einem Segenswort.



*... und ein etwas weniger wehrhafter Traber*

Derweil der Adjutant seine unhörbaren Kriegsartikel verlesen, hatte sich der Regierungsrat unter einen Baum zurückgezogen, den Schirm wieder aufgespannt und endlich seine Hausmütze aufgesetzt.

Die Nacht ist angebrochen. Ich schreibe beim Laternenlicht. Mir erzählt einer sein Elend. Von der Quaibrücke spiegelt sich nur noch das gelbe und violette Licht der Laternen auf dem blaue dunkeln Wasser. Eine dunkle Wolke steht am hellblauen Nachthimmel.

In Olten leistete ich Wachtdienst, bis ich am 14. Oktober dienstfrei wurde.

## Der «Burgfriede» zwischen den Parteien

Bei meiner Rückkehr fand ich das Parteileben erstorben. Seit dem Kriegsausbruch herrschte der «Burgfriede» zwischen den Parteien. Der Gegensatz zwischen der durch Lohnabbau und steigende Teuerung wieder stärker zum Kampf getriebenen Arbeiterschaft und den sich im Burgfrieden wohl befindlichen Redaktoren am «Volksrecht» führte dazu, dass sich Emil Hauth\* auf den 1. Februar 1915 als patriotischer Zeitungsschreiber in das Land seiner Väter über den Rhein verzog und Johannes Sigg\* am 31. März 1915 seinen Redaktionsposten verliess, um dann im Herbst als Adjunkt des schweizerischen Fabrikinspektorats zum Bundesbeamten hinüberzuwechseln. Hans Bickel\*, der seit 1911 auf der Redaktion des «Volksrechts» tätig war, führte das Blatt, bis der am 24. April gewählte Ernst Nobs\* am 1. Juli 1915 die Leitung übernahm.

Da erschien im Januar 1915 der «Revoluzzer», ein Monatsblatt aus dem Kreise von Fritz Brupbacher\* und Max Tobler\*. Am 27. Januar schrieb ich darüber in mein Tagebuch:

*Gestern Abend kaufte ich im Sozialistischen Abstinentsbund die erste Nummer des «Revoluzzers», und heute bin ich den ganzen Tag in der gehobensten Stimmung.*

*Endlich das erlösende Wort, der Kreis, von dem aus unsere Ideale, die uns seit dem ersten August so ganz verraten erschienen und die wir alle verraten, wieder gepflegt und von dem aus die grosse Tat vorbereitet werden mag.*

*Ich fühl mich zurückversetzt in jene Zeit vor sieben Jahren, wo ich noch meinen Sozialismus unbefleckt und unbesudelt vor mir sah.*

*Nicht eine Wahlmaschine soll unsere Organisation sein, sondern ein Herd zur Verbreitung unserer Ideen, zur Klärung der Köpfe, zur Festigung der Überzeugungen, dass wir, die Partei, ihre wahren Ziele, Aufgaben und Pflichten auch dann nicht aus dem Gesicht verlieren, wenn sie unseren führenden Blättern und unseren «Realpolitik» treibenden Führern abhanden gekommen und wenn die Führer einst weggenommen, in die Gefängnisse gesperrt werden sollten.*

*Es lebe der revolutionäre Sozialismus!*

Für den wieder erwachten Kampfwillen sprach auch der Entscheid der Unionsdelegiertenversammlung vom 17. März 1915 über die Abhaltung der Maifeier. Da der 1. Mai dieses Jahr auf einen Samstag fiel, war die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Feier auf den Sonn-

tag verschoben werden sollte. Die Zaghaften, als erster Genosse Siegfried Bloch\*, waren für die Verschiebung. Als zweite nahm dessen Frau, Rosa Bloch\*, das Wort und vertrat unter dem Gelächter der Versammlung den gegenteiligen Standpunkt. Nach einer lebhaften Aussprache entschied die Versammlung mit 115 gegen 3 Stimmen für die Abhaltung am Samstag, wobei nicht einmal alle die, die für die Verschiebung gesprochen hatten, zu diesem Antrag standen.

Auch das Gewerkschaftsleben erwachte wieder. Das Unternehmertum hatte mit dem Ausbruch des Krieges, bei der anfänglichen Stockung im Gewerbe, sofort die Löhne herabgesetzt. Waren die Löhne kleiner geworden, so stiegen dafür die Lebensmittelpreise. Als sich 1915 die Verdienstmöglichkeiten wieder besserten, raffte sich auch die Arbeiterschaft zu neuen Kämpfen auf. Am 20. September 1915 entschieden sich die Zürcher Holzarbeiter für die Aufhebung des Burgfriedens mit der Unternehmerschaft und begannen ihren Kampf um die Teuerungszulagen.

### Dichterische Tätigkeit in politisch stiller Zeit

Die politisch stille Zeit hatte mich zur dichterischen Tätigkeit geführt. «Warum sollen meine Schüler in ihren freien Aufsätzen ihre Erlebnisse aufzeichnen, ich aber nicht die meinen?» fragte ich mich um den 13. Mai 1915. So entschloss ich mich zu einem Versuch und schrieb die kleine Erzählung «Der Dichter». Im November 1915 aber schuf ich einige Gedichte, in denen ich der Enttäuschung vom August 1914 Ausdruck gab. Ich hatte auf der Suche nach Gedichten für meine Schule die Gedichtbände der Schweizer Paul Ilg\*, Fritz Bopp, Adolf Vögtlin und schliesslich von Arnold Ott\* durchgelesen. War es die Erkenntnis, dass das, was ich von diesem letztern las, doch weit kindischer in der gezwungenen Form und unpoetischer im Inhalt sich darstellte, als was ich je an eigenen Versen gemacht, was mir den Auftrieb gab zu neuen, eigenen Versuchen? Am 4. November 1915 hatte ich den ersten beendet:

#### *Erwachen*

Wie lief ich träumend durch die Welt:  
Ich sah des Armen Geist erhellt,  
sah seinen Blick Zorneifer lohen,  
sah seine Kraft Vernichtung drohen,  
Vernichtung drohen dem Geschick,  
das ihn im Elend hält zurück.

Ich wähnt, er hätt sein Los erkannt,  
er seh' die heuchlerische Hand,  
die gnädig ihm den Bissen spendet  
vom Haufen, den sie ihm entwendet.  
Ich wähnt sein Ohr den Worten taub,  
die Liebe säuseln und den Raub  
des Reichen an dem Armen decken,  
um seinen Zorn nicht zu erwecken.

Es kam der Krieg. Der Arme schritt  
zur Grenze, heimattreu und stritt  
und häufte seiner Brüder Leichen  
und starb in Ehren für den Reichen.  
Im Schutz des Armen Opfersinns  
freut sich der Krämer des Gewinns.  
Das Weib des Armen würgt die Not.  
Der Vater fand im Feld den Tod.

Ernüchtert bin ich aufgewacht.  
Wo blieb der Proletarier Macht,  
die sich dem Krieg entgegenstemmte,  
den Bächen Bluts das Wachstum hemmte?  
Was konnt den Armen so betören  
die Waffe gegen sich zu kehren?  
Er ist zu gut. Drum schenkt er Glauben  
auch denen, die ihn stets berauben.  
Wenn seine Gier nach besserem Leben  
ihn einst erfüllt, wie heut das Streben  
nach Macht und Gut die andern jagt,  
die Gier, die's eigne Leben wagt;  
wenn er mit klarem Geist ermisst,  
dass ohne ihn kein Reichtum ist:  
Dann wird die Kraft auch ihm erstehn,  
dann wir die Welt in Trümmer gehn.

Ich schickte es spornstreichs dem «Revoluzzer», in meiner begeisterten Stimmung vermeinend, dass der, ebenso mitgerissen wie ich, den Vers sofort abdrucken würde. Ziemlich selbstbewusst verfasste ich das Begleitschreiben. Das Gedicht erschien schliesslich am 20. November im «Volksrecht», worauf ich dem «Revoluzzer» abschrieb.

### Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz

Neben dem dichterischen Schaffen hatte ich aber auch die eigentliche Politik nicht vergessen. Die harten Urteile, mit denen die einfachen Soldaten wegen kleinen Verstössen und die Redaktionen der sozialistischen Blätter durch die Militärgerichte bedacht wurden, hatten in unserer Parteipresse wiederholten Klageliedern gerufen. So kam mir der Gedanke, statt nur zu schimpfen und zu klagen, durch eine Verfassungsinitiative im Bunde die Abschaffung des Militärstrafrechtes herbeizuführen. Eine städtische Parteiversammlung vom Oktober 1915 stimmte meinem dahin zielenden Antrag zuhänden des schweizerischen Parteitages einmütig zu.

Am 21. November 1915 vertrat ich am Parteitag in Aarau den Zürcher Antrag in dem Sinne, dass der schweizerische Parteivorstand beauftragt werde, dahin zu wirken, dass die Abschaffung oder die gründliche Änderung des Militärstrafrechtes und der Militärgerichtsbarkeit noch während der Mobilisation möglich werde. Der Parteitag stimmte dem Antrag auf die Befürwortung durch die Geschäftsleitung mit grosser Mehrheit zu.

Am 10. Februar 1916 erliess die schweizerische Geschäftsleitung den Aufruf zur Unterschriftensammlung für eine Initiative mit dem folgenden Wortlaut:

*In die Bundesverfassung wird folgender Artikel 58 bis aufgenommen:*

- *Die Militärjustiz ist aufgehoben. Vergehen gegen das Militärstrafgesetz werden von den bürgerlichen Gerichtsbehörden desjenigen Kantons, in welchem sie begangen worden sind, untersucht und beurteilt.*
- *Das Verfahren richtet sich nach den kantonalen Prozessordnungen.*
- *Gegen die Endurteile der kantonalen Gerichte ist die Kassationsbeschwerde beim Bundesgericht zulässig.*
- *Der Arrest als militärische Disziplin- oder Ordnungsstrafe darf zehn Tage nicht überschreiten. Die Strafen dürfen nicht durch Schmälerung der Kost oder durch Verhängung von Dunkelarrest verschärft werden.*
- *Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet; es dürfen wegen Ausübung dieses Rechtes keinerlei Strafen verhängt werden.»*

Am 8. August 1916 wurden dafür 120 896 Unterschriften im Bundeshaus abgeliefert, eine, wie das «Volksrecht» schrieb, bis jetzt noch nie erreichte hohe Zahl für eine Initiative, die von einer Partei allein eingeleitet wurde. «Unter dem Druck aller Richtungen der politischen und wirtschaftlichen Gegnerschaft wurde dieses Ergebnis erreicht. Die Furcht vor Massregelung hielt viele Arbeiter von der Unterzeichnung der Bogen zurück», erklärte die schweizerische Partei in ihrem Jahresbericht von 1916.

Die Initiative wurde gebühlich verschleppt und erst drei Jahre nach Ablauf der Mobilisationszeit, am 30. Januar 1921, zur Volksabstimmung gebracht. Sie wurde einerseits bekämpft mit der Begründung, dass die Soldaten bei der Anwendung der kantonalen Gesetze zum Teil noch schärfere Strafen zu gewärtigen hätten, andererseits damit, dass die Aufhebung der Militärjustiz nur die Einleitung für die Aufhebung der Landesverteidigung darstelle und der Unterwühlung der Armee durch die revolutionäre Propaganda dienen solle. Mit 393 151 Nein gegen 198 696 Ja wurde die Initiative verworfen, an welches Ergebnis der Kanton Zürich 39 082 bejahende und 65 459 verneinende Stimmen beitrug. Die Stadt Zürich wies 19 176 Ja gegen 18 347 Nein auf.

**Ich werde Grossstadtrat und  
Präsident der «Trämli»**

Voll Zuversicht und Begeisterung setzten wir uns für die Gemeindevahlen vom 26. März 1916 ein. Die Zeiten des Burgfriedens mit dem Bürgertum waren vorbei. Wie das gewerkschaftliche Leben wieder erwacht war, so war es auch das politische. Die Kreispartei Wiedikon nahm mich auf ihre Liste. Da den Grütlianern wegen ihrer Einstellung zur Parteienheit nicht zu trauen war, hatten alle Kandidaten ein Treuebekenntnis zur Partei zu unterschreiben. Die Bürgerlichen erblick-

ten darin eine Schwäche der Partei und setzten Hoffnungen auf einen bürgerlichen Sieg. Umso grösser war ihre Enttäuschung. Hatte schon die erste Proporzwahl des Grossen Stadtrates\* am 13. April 1913 unsern Bestand an Vertretern von 49 auf 53 gehoben, so brachte diese zweite Proporzwahl uns mit erhöhten Stimmzahlen auch sieben neue Sitze. So zogen statt der bisherigen 53 denn 60 Vertreter unserer Partei in den neuen Rat, mit mir Emil Küng\* von Wiedikon, Ernst Nobs\* von Aussersihl und Fritz Platten\* vom Industriequartier.



*Der Zürcher Paradeplatz in den 1920er Jahren – voller Trams. Rechts: Traber als «Trämlergeneral», wohl an einem 1. Mai am Limmatquai (im Hintergrund der Obere Mühlesteig)*

Es wird im Juni 1916 gewesen sein, dass ich von einer Abordnung der Strassenbahner, an ihrer Spitze Fritz Platten, der aussenstehender Obmann des Werkstättenpersonals war, angegangen wurde, das Präsidium bei den städtischen Strassenbahnern zu übernehmen. Der bisherige Präsident hatte seinen Rücktritt erklärt, und der Verein war schlüssig geworden, wiederum einen Aussenstehenden als Vorsitzenden zu wählen, wie dies früher schon zuzeiten der Fall gewesen. Sie erhofften sich von dessen Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung eine entschiedenerere Vertretung ihrer Begehren und wollten mit der Wahl eines Mitgliedes des Grossen Stadtrates die Möglichkeit schaffen, dass diese Begehren nötigenfalls im Grossen Stadtrat zur Sprache gebracht werden könnten. Da mir bis dahin jede gewerkschaftliche Tätigkeit fremd gewesen, hatte ich einige Bedenken, die mir aber unter Hinweis auf die Mithilfe des Vizepräsidenten und der übrigen Vorstandsmitglieder ausgeredet wurden. So erklärte ich mich zur Übernahme bereit und wurde an der Generalversammlung vom 22. Juli 1916 gewählt, während ich mit meiner Familie in den Ferien in Sool weilte.

Wir reden heute allgemein von «Strassenbahnern» und empfinden im Worte «Trämmler» etwas von Geringschätzung. Doch damals

nannte man sie noch allgemein «Trämeler» und zum Teil auch ohne Geringschätzung im Ton. Die neuere Benennung wäre auch ungeeignet im Hinblick auf meine Bezeichnung, die ich damals als Präsident der Strassenbahner durch das Bürgertum erhalten habe. Ich war der «Trämelergeneral», und die Trämeler waren eine zuverlässige und kampfesfreudige Truppe. Das hing zusammen mit der Behandlung, die sich in nichts von der Behandlung der privaten Arbeiterschaft unterschied und die die Trämeler schon frühzeitig in die engste organisatorische Verbindung mit der Arbeiterunion\* gebracht hatte.



Aus ihrer solidarischen Verbundenheit mit der übrigen Arbeiterschaft flossen schon immer das lebhafteste Streben, deren Kämpfe in ideeller und finanzieller Weise zu unterstützen, und die Bereitschaft, nötigenfalls dabei mitzuwirken.

Als die Arbeiterunion im Sommer 1906 im Zusammenhang mit dem Arbenzstreik\* in Albisrieden und dem Militäraufgebot die angeschlossenen Sektionen in einer Rundfrage um ihre Stellungnahme bat, lautete der Bericht aus den Depots des Fahrpersonals einmütig für die Teilnahme an einem allfälligen Generalstreik. Und so war es auch gegeben, dass die Strassenbahner am eintägigen Generalstreik vom 12. Juli 1912 teilnahmen.

«Ein sozialdemokratischer Schulmeister mit düstern Fanatikeraugen»

Bei den Strassenbahnern fand ich ein reiches Feld der Arbeit. Neben den kleineren Wünschen und Anregungen des Personals, die im Zentralvorstand, der sich aus den Obmännern der Depots zusammensetzte, vorgebracht wurden und die ich bei der Verwaltung, teils mündlich, teils schriftlich zu vertreten hatte, waren es vor allem die Anstellungsverhältnisse der im Taglohn Angestellten, die einer Neuordnung riefen.

Die für die städtischen Arbeiter gültige Arbeitsordnung unterschied drei Klassen der beschäftigten Arbeiter, nämlich:

1. ständige Arbeiter mit festem monatlichem Einkommen,
2. vorläufig im Taglohn angestellte Arbeiter (Taglohnarbeiter) und
3. vorübergehend angestellte Arbeiter im Taglohn (Aushülfсарbeiter), von welcher letztern ausdrücklich gesagt wird, dass sie nur für vorübergehende Arbeiten eingestellt werden.

Die Betriebsleitung der Strassenbahn behandelte nun die neu in den Dienst der Strassenbahn Treten den (die sogenannten Ablöser) als Aushülfсарbeiter wie zum Beispiel die Schneeschaufler im Winter, obwohl sie sich dauernd zur Verfügung zu stellen hatten. Nach Ablauf eines Jahres wurden sie dann, nach bestandener Prüfung, als sogenannte Reservisten in die II. Klasse der Taglohnarbeiter eingereiht, und wiederum nach einem Jahr erhielten sie schliesslich die Beförderung zum ständigen Arbeiter mit Monatseinkommen als Wagenführer oder Kondukteur. Da diese Beförderung nur zu Beginn eines Kalenderhalbjahres erfolgte und das erste angebrochene Halbjahr bei der Berechnung der Dienstzeit ausser Betracht gelassen wurde, hatten sie zwei bis zweieinhalb Jahre im Taglohnverhältnis zu verbringen.

Am 13. Januar 1917, bei der Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates für das Jahr 1915, brachte ich diese Verhältnisse zur Sprache. Durch Erhebungen unter dem Personal hatte ich ein gewaltiges Material zusammengebracht und glaubte mich im Interesse der Sache und in Würdigung des Rates zu einer gründlichen Beweisfüh-

Das Typoskript (14 Seiten!) der Jungfernrede Trabers im Grossen Stadtrat am 13. Januar 1917

Nach dem Wertlaut dieses Artikels können doch nur solche Arbeiter der Klasse III zugeordnet werden, die nicht das ganze Jahr in ihrer Dienststellung beschäftigt werden können und auch nicht beschäftigt werden, wie es bei den Arbeitern der Strassenbahn, Schneeschaufler oder andere für vorübergehende Arbeiten, des Regiebetriebes herangezogene Aushülfсарbeiter. Und diese Beutung wird noch verstärkt durch den Nachsatz zu Art. 2 der Arbeitsordnung, der besagt:

**Ich sehe mich veranlasst, die Anstellungsverhältnisse des Fahrpersonals der Strassenbahn hier zur Sprache zu bringen.** Nachdem schon zu Friedenszeiten durch die Nichtbeachtung und Nichtinnehaltung der klaren Bestimmungen der Gemeinde- und Arbeitsordnung das Fahrpersonal der Strassenbahn schlechter gestellt war als die andern Gruppen städtischer Arbeiter, sind durch die Aenderungen, die in der Mobilisationszeit erfolgten, derartige Verhältnisse entstanden, dass sie dringender Abhülfe bedürfen. Verursacht werden diese Verhältnisse durch die Behandlung der Ablöser als Aushülfсарbeiter.

rung verpflichtet. Mit dem Erfolg, dass die Bürgerlichen, denen wenig an der Sache gelegen war, sich langweilten. Die «Zürcher Morgenzeitung», die spätere «Volks-Zeitung», die die freisinnige Politik in der groben Weise verfocht, die der besser erzogenen «Neuen Zürcher Zeitung» nicht lag, schrieb darüber in einem Stimmungsbild:

*Strassenbahn. Da erhebt sich an der Wand eine lange, dürre Gestalt, mit einem umfänglichen Manuskript bewaffnet. Ein sozialdemokratischer Schulmeister mit düstern Fanatikeraugen ergreift das Wort, um die Beschwerden der Strassenbahnablöser zur Sprache zu bringen. Mit eintöniger Stimme liest er seinen Vortrag herunter, lässt Zahlenreihen aufmarschieren, dass den Zuhörern der Kopf wirbelt, bringt eine Unmenge von Details, die niemanden interessieren. – Ein ums ander Mal geht einer zum Präsidenten und fragt diskret, ob ihm der Artikel der Geschäftsordnung nicht bekannt sei, welcher das Ablesen von Reden verbietet. Aber der Präsident ist ein Genosse, er mag seinen Parteibruder nicht in der Jungferrede stören und entschuldigt ihn, weil er ein parlamentarischer Neuling sei und die vielen, vielen Zahlen doch nicht im Kopf haben könne. – Mit schulmeisterhafter Gründlichkeit schenkt er den unglücklichen Zuhörern keine technische Einzelheit, keine noch so nebensächliche Erwägung. Man hat ordentlich Mitleid mit den Schülern, die diesem Dauerredner Tag für Tag ausgeliefert sind.*

*Es ist gar nicht zu bezweifeln, dass die Strassenbahn-Ablöser vielerlei Gründe zu berechtigten Klagen haben, aber sie sind zu bedauern, wenn sie zur Verteidigung ihrer Interessen sich eines solchen parlamentarischen Stümpers bedienen, der durch sein Vorgehen ihnen mehr schadet als nützt.*

Der Vorstoss hatte aber doch zur Folge, dass bereits vier Tage nach der Sitzung der Stadtrat beschloss, den Reservisten, die seit dem 1. April 1916 im Dienst der Stadt standen, eine Lohnentschädigung während des Militärdienstes auszuzahlen.

## Die Teuerungsdemonstrationen 1917

Die Notlage der arbeitenden Bevölkerung, die gleich zu Beginn des Krieges mit Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen begonnen hatte, führte bereits am 23. August 1914 dazu, dass Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratische Partei in Verbindung mit andern Konsumentenvertretern eine zentrale Notstandskommission schufen, die in den Jahren 1914 und 1915 wiederholt Eingaben an den Bundesrat richtete. Am 6. August 1916 gelangte sie mit einem ausgearbeiteten Programm über wünschbare Massnahmen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden an die Bundesbehörden.

Doch alle diese Bemühungen um Linderung der Not und Eindämmung der Teuerung und Hamsterei hatten keinen oder nur geringen Erfolg. So wandte sich am 11. August 1917 der Schweizerische Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei in einer neuerlichen Eingabe an den Bundesrat, in der folgende Anträge gestellt wurden:

1. Verhinderung jedes weitem Milchpreisaufschlages. Rationierung der Butter und Festsetzung von mässigen Höchstpreisen.
2. Festsetzung der Brotration für Handarbeiter und -arbeiterinnen jeder Art sowie für Arbeiterkinder über 12 Jahre auf 500 Gramm pro Tag und Kopf. Übernahme aller weitem Preisaufschläge von Brot und Mehl durch Bund, Kantone und Gemeinden für alle zum Bezug billigerer Lebensmittel Berechtigten. Soweit die letztern nicht schon bei den Handarbeitern berücksichtigt sind, ist ihnen eine grössere Ration zuzubilligen als den Bessergestellten.
3. Sicherung der für die Volksernährung nötigen Kartoffelmengen und Festsetzung von Höchstpreisen.
4. Festsetzung von Höchstpreisen für Obst und Verbot der Obstausfuhr.



Teuerungs demonstration vor dem Bundeshaus in Bern (1917). Rechts: Das Lebensmittelamt verbietet, Möwen mit Brot zu füttern (Inserat im «Tagblatt» vom 19. November 1917).

5. Einführung des Viehhandelsmonopols. Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch und Fett und Rationierung dieser beiden Lebensmittel. Abgabe derselben zu ermässigten Preisen an die zum Bezuge billiger Lebensmittel Berechtigten.
6. Einführung des Kohlenmonopols. Festsetzung von Höchstpreisen für Kohle und Holz. Ermässigung der jetzigen Höchstpreise für Torf. Rationierung dieser Produkte. Bestandesaufnahme aller Vorräte im Lande. Beschränkung der Heizung auf Aufenthaltsräume. Nötigenfalls Festsetzung einer früheren Polizeistunde für alle öffentlichen Lokale und Verbot der Abgabe warmer Speisen in den Wirtschaften und Gasthöfen nach 8 Uhr abends.
7. Festsetzung der Wehrmannsunterstützung auf 2 Fr. 40 und 90 Rp. pro Kind in ländlichen, auf 3 Fr. und 1 Fr. pro Kind in städtischen Gemeinden.
8. Ausdehnung der Berechtigung zum Bezug billigerer Lebensmittel durch Erhöhung der Einkommensgrenze in folgender Weise:

Kateg. Alleinstehende

Familien

I p. Monat 150 Fr.

250 Fr. plus 40 Fr. pr Kind

II p. Monat 120 Fr.

200 Fr. plus 30 Fr. pr Kind

III p. Monat 100 Fr.

170 Fr. plus 30 Fr. pr Kind

9. Subventionierung der Arbeitslosenkassen durch den Bund.

10. Durchführung strenger Massnahmen gegen Hamsterei und gegen die Spekulation mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

11. Einführung des Produktionszwanges für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

12. Einsetzung einer ständigen Notstandskommission durch den Bund. Die Kommission soll die Durchführung der bundesrätlichen Verordnungen überwachen, beim Erlass neuer Verordnungen mitwirken und, wo ihr weitere Massnahmen nötig erscheinen, beim Bundesrat Anträge stellen. Die Kommission soll zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiterschaft gebildet werden, welchen das Vorschlagsrecht einzuräumen ist.



Gleichzeitig beschloss eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftsverbände, der sozialdemokratischen Parteileitung und der Arbeiterunionen, durch eine halbtägige Arbeitsniederlegung in allen Städten und grössern Ortschaften diesen Begehren vermehrten Nachdruck zu verschaffen.

Auch an die Zürcher Strassenbahner erging die Einladung der Arbeiterunion\*, mit der übrigen Arbeiterschaft am Vormittag des 30. August den Betrieb einzustellen. Die Generalversammlung der Strassenbahner erklärte sich mit überwältigender Mehrheit bereit, dem Rufe Folge zu leisten. Daraufhin ordnete die Verwaltung selber die Einstellung des Betriebes bis gegen ein Uhr mittags an. Etwa 800 Mann des Fahrdienstes marschierten in Uniform, gefolgt vom Werkstättenpersonal, am Demonstrationszug mit und bogen dann, als sich die übrigen Gewerkschafter zum Predigerplatz begaben, nach dem Bahnhofquai ab, wo unter den Fenstern der Strassenbahnverwaltung und des Bauvorstandes II Fritz Platten\* zu ihnen sprach. Darüber wusste die demokratische «Zürcher Post» folgendes zu berichten:

*Die stärkste Gruppe im Zug, in dem die rote Fahne als einziges Banner getragen wurde, stellten die Strassenbahner, die zum Teil uniformiert, zum Teil in Zivilkleidung, etwa 600 Mann zählten. [...]*

*Eine Sonderdemonstration glaubten sich die Strassenbahner leisten zu müssen; mit ihrem «General», Lehrer Traber, an der Spitze schwenkten sie vom Predigerplatz über die Uraniabrücke nach dem Bahnhofquai ab, wo sie sich im Halbkreis vor der Terrasse des ehemaligen Waisenhauses aufstellten, so ziemlich genau unter den Fenstern ihres Vorgesetzten, des Vorstehers des städtischen Bauwesens II, dessen Bemühungen sie ein gut Teil der Vergünstigungen zu verdanken haben. [...]*

*Wie übrigens Herr Traber seine Schar dirigierte und am Schnürchen hielt, erinnerte lebhaft an den Aufzug geistlicher Kongregationen in*



## Oktoberrevolution in Russland, Novemberunruhen in Zürich

Am Spätabend des 8. November 1917 verkündeten Extrablätter den Umsturz in Petersburg, den Sieg der Bolschewiki am 6. und 7. November, ihre ersten Kundgebungen für einen demokratischen Frieden und die Übergabe von Grund und Boden an die Bauern. Mich erreichte die Kunde auf dem Paradeplatz. In höchster Erregung, schon auf dem Wege mit den Tränen kämpfend, lief ich nach Hause, wo sich der seelische Druck der drei Kriegsjahre in einem Tränenstrom löste und in die frohe Hoffnung auf einen baldigen Frieden und den Sieg der Arbeiterbewegung umschlug.

Auch Zürich kam in der Folge zu seinen Novemberunruhen. Am 12. November war das Friedensmanifest der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in seinem vollen Wortlaut in unsern Zeitungen veröffentlicht worden. Drei Tage später, am 15. November, riefen «die radikalen Sozialisten der Schweiz», hinter welchem Namen die Friedensfreunde Dätwyler\* und Rotter\* standen, im Inseratenteil des «Tagblatts» und des «Volksrechts» zu einer Versammlung für einen sofortigen Waffenstillstand in den gelben Saal des Volkshauses auf.

Die Versammlung wurde dann auf dem Helvetiaplatz abgehalten. Dies geschah in Widerhandlung gegen das vom Stadtrat am 25. Juli 1917 erlassene Verbot, wonach ohne besondere behördliche Bewilligung auf Strassen, öffentlichen Plätzen, städtischen Anlagen und Promenaden keine öffentlichen Kundgebungen, Ansprachen und Veranstaltungen gestattet waren – welches Verbot sich eigens gegen die Friedensapostel Dätwyler und Rotter richtete, die gerne ihre Standreden an irgendeinem stark begangenen Orte losgelassen, wobei es ab und zu nicht nur zu Verkehrsstörungen, sondern auch zu Keilereien gekommen war. Im Anschluss an die Versammlung auf dem Helvetiaplatz zogen unter der Anführung von Dätwyler einige hundert Teilnehmer nach zwei kleinen Munitionswerkstätten in Wiedikon und Aussersihl und erzwangen dort unter Demolierung einiger Fensterscheiben die Einstellung der Nacharbeit.

Freitag, den 16. November, erschien im «Volksrecht» ein neues Inserat von Rotter, unterschrieben «Die Sozialradikalen», das auf den Abend wiederum zu einer Versammlung auf den Helvetiaplatz aufrief, um gegen die Munitionserzeugung zu demonstrieren.

Wir hatten im Volkshaus Vertrauensmännerversammlung der Bezirkspartei. Als ich auf acht Uhr von der Stadt her zum Volkshaus kam, sprach schon einer auf dem Brunnen am Helvetiaplatz. Ich setzte mich unten hinein, meine Suppe zu essen. Im Restaurant wurde ein Flugblatt ausgeteilt mit den Forderungen der Sozialradikalen. Als ich wieder vors Lokal trat, marschierte von der Ankerstrasse eine Abteilung Polizei auf und schwenkte auf den Helvetiaplatz ein. Pfeifen begrüßte sie. Gleich blinkten die Käppi über den ganzen Platz. Der Redner machte eine Flügelbewegung mit dem Mantel und war vom Brunnen verschwunden. Die Menge wurde zurückgedrängt. Ich ging vor und traf einige Bekannte. Die Polizei forderte uns auf, den Platz zu räumen, und schob uns vor sich her.

Darauf ging ich in die Vertrauensmännerversammlung. Während unserer Verhandlung kam einer mit einem verbundenen Kopf herein; er trug eine weisse Stirnbinde, auf der rechten Seite rot von Blut ver-

### **An unsre werten Leser!**

Unter den beklagenswerten Opfern dieser dunkeln Tage gebührt dem braven Stadtpolizisten **Walter Kaufmann** neben unserm Mitleid auch unser Aller Dank. Er ist in treuer Ausübung seiner Berufspflicht gefallen, als ein Wächter und Verteidiger des gefährdeten Friedens innerhalb unsrer lieben Heimat. In Walter Kaufmann ist einer Witwe und drei Kindern der Ernährer jäh entzogen worden, unter den obwaltenden Verhältnissen ein doppelt schmerzlicher Verlust. Wird nicht mancher Bürger gerne bereit sein, den Gefühlen des Mitleids und des Dankes durch eine Spende Ausdruck zu geben?

Wir würden uns sehr freuen, wenn unsre Leser uns Gaben – seien es größere oder kleine – zugehen lassen wollten, damit wir dieselben den schwergeprüften Hinterlassenen übermitteln.

Alle Zuwendungen werden wir gerne vorweg in unsern Spalten verdanken.

Die Redaktion, Bleicherweg 13.

*Die «Zürcher Wochen-Chronik» ruft zur Unterstützung der Angehörigen des am 17. November 1917 erschossenen Polizisten Walter Kaufmann auf.*

färbt. Dann kam Fritz Platten\* und berichtete, dass es zu Schlägereien gekommen, die Polizei blank gezogen habe und verschiedene Personen verwundet worden seien. Er empfahl, morgen Samstag von der Partei aus eine Protestkundgebung zu veranstalten, doch wurde mit Mehrheit beschlossen, die Kundgebung erst am Montagabend abzuhalten.

Nach Schluss der Versammlung gingen wir die Ankerstrasse hinauf gegen das Kreisgebäude. Plötzlich vor uns ein Rennen, unter dem Bogen der Kanzleistrasse durch, in den Hof des Bezirksgebäudes. Wir wurden aufgeklärt: Einer habe einem Kantonspolizisten den Säbel aus der Scheide gezogen und sei damit fortgesprungen. Beim Kreisgebäude stellten wir uns in die obere Ankerstrasse. Ich traf einige Trämmer. Während wir miteinander sprachen, es war um elf Uhr, fing die Polizei an, den Platz vor dem Bezirksgericht zu räumen. Erst wurden die Leute von der Strasse auf die Trottoire gedrängt und dann mit Faust- und Säbelhieben zurückgejagt. Ein Bürschchen von kaum fünfzehn Jahren wurde von zwei Polizisten, mehr getragen als geführt, auf den Posten geschleppt. Ihrer drei stiessen und rissen einen Erwachsenen am Mantelkragen zum Posten. Mich empörte diese Brutalität aufs Höchste.

Das «Volksrecht» vom Samstag, dem 17. November, brachte nicht nur einen Bericht über die Vorfälle vom Vortag und am Kopf den Hinweis auf die vorgesehene Protestkundgebung der Partei vom Montag, sondern unter «Vereine und Versammlungen» auch den Aufruf eines «Aktionskomitees» für eine Protestversammlung auf den gleichen Abend mit Sammlung beim Volkshaus. Diese Versammlung wurde von der Polizei nicht behelligt. Auf den Vorschlag des Versammlungsleiters zogen die Teilnehmer nach der «Neuen Zürcher Zeitung» an die Goethestrasse, um gegen deren Berichterstattung über die Aussersihler Vorfälle zu demonstrieren.

Ich kam mit Fritz Platten gegen das Volkshaus, als der Zug unter Absingen der Internationale die Ankerstrasse aufwärts gegen das Kreisgebäude zog und den Weg nach der NZZ nahm. Fritz Platten war zur Vorstandssitzung der Arbeiterunion\* eingeladen, ich ging mit einigen Strassenbahnern des Depots Badenerstrasse zu ihrem Versammlungslokal. Die Mitglieder rückten aber derart spärlich an, dass auch die Erschienenen sich wieder zu verlaufen begannen. So wanderte ich in Begleitung einiger Strassenbahner wieder die Badenerstrasse zurück zum Kreisgebäude und bog in die Ankerstrasse gegen das Volkshaus ein.

Auf dem Platze vor dem Gerichtsgebäude stand eine nicht dichte Menge. Ich sah darunter keine mir bekannten Parteigenossen. Frauen, Mädchen, Erwachsene und Halberwachsene. Vom Platz aus wurden Steine gegen den obersten Fensterladen des Erdgeschosses geworfen, wo sich die Polizeiwache befand. Die Steine lösten die einzelnen Brettchen und zertrümmerten die Scheiben. Gelächter aus der Menge begleitete das Geklirr.

Da rückte eine Abteilung Kantonspolizei die Ankerstrasse herauf. Wie sie oben an der Ecke der Badenerstrasse angelangt war, ver-

einigte sich mit ihr die bis dahin unsichtbar gewesene städtische Polizei, Front gegen die Menge machend. Eine rasante Flucht setzte ein, sodass ich mich hinter eine Bank stellen musste, um nicht mitfortgerissen zu werden. Im Augenblick war der Platz leer. Ich stand hinter meiner Bank im Dunkel der Bäume an der Ankerstrasse. Hinter den Fliehenden her lief die Kantonspolizei mit gezogenen Säbeln, auf alle jene einhauend, die nicht in gleicher Geschwindigkeit sich zur Flucht gewandt. «Gönd Sie, laufed Sie!» war der Ruf, während die erhobenen Säbel auf die Rücken und Schultern niederfielen. Einer verlor den Hut. Er bückte sich. Vier standen hinter ihm und schlugen auf ihn ein. So räumte die Polizei den Platz vor dem Bezirksgericht, auch die obere Ankerstrasse. Oben an der Badenerstrasse fiel ein vereinzelter Schuss.

Ich ging die Ankerstrasse hinunter, am Volkshaus vorbei, zum Jasssteldichein mit Fritz Platten. Als ich kurz nach Mitternacht an der St. Jakobskirche vorbei in die Zweierstrasse einbog, stand beim Zweierplatz, mitten in der Badenerstrasse, verlassen, in einer Breite von wenigen Metern, auf beiden Seiten die Badenerstrasse mehr als das Doppelte freilassend, ein Holzgerüst, hergestellt aus den Bretterladen der dort im Bau befindlichen Bedürfnisanstalt; das war die «Barrikade», von der die Polizei in ihren Berichten so viel Wesens machte und deren Bedeutung einzig noch vom Kommunisten Joggi Herzog\* überhöht wurde, als er, um seine damals vollständig unbedeutende Gruppe wichtig erscheinen zu lassen, der Kommunistischen Internationale nach Russland von Strassenkämpfen in Zürich berichtete, wie ich dies später in deren Veröffentlichungen gelesen habe.

Der Abend hatte vier Menschen das Leben gekostet: dem Schlosserlehrling Friedrich Liniger, dem Schreiner Robert Nägeli, einer Frau Wolf, die an der Badenerstrasse auf ihren Balkon getreten war – durch Schüsse getötet, als die Polizei bei der Räumung der Badenerstrasse von ihren Revolvern Gebrauch gemacht hatte, und spät in der Nacht noch dem Stadtpolizisten Walter Kaufmann, als eine Nebengasse der Badenerstrasse geräumt wurde.

Noch in der Nacht hatte der Stadtrat getagt, und mit seinem Einvernehmen hatte der Regierungsrat in Bern Truppen verlangt, da das in der Kaserne befindliche Militär, das in der Nacht zweimal eingegriffen hatte, als ungenügend betrachtet wurde. So kam von Dübendorf eine Infanteriekompanie und von der Grenze gleich ein ganzes Regiment. Der Regierungsrat, der wie der Stadtrat auch am Sonntagvormittag wieder zusammentrat, wies den Stadtrat an, dass die öffentliche Beerdigung von Karl Manz-Schäppi\*, die auf den Sonntagnachmittag angesetzt war, in der St. Jakobskirche ihr Ende finden sollte. So zog sich der lange Trauerzug von der Zähringerstrasse lediglich bis zur Kirche von Aussersihl, wo die Denkkreden gehalten wurden.

Der General, der mit dem Platzkommandanten Reiser den Beratungen des Regierungsrates beigewohnt hatte, beauftragte den Platzkommandanten mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ord-

nung und verbot gleichzeitig bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel. So wurde auch die angekündigte Demonstrationsversammlung der Partei abgesagt.

An ihrer Stelle tagte am 19. November die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion im Volkshaus und beschloss, den beiden erschossenen Arbeitern ein machtvolles Trauergeleite zu geben und zu diesem Zwecke am Nachmittag des 21. November die Arbeit allgemein ruhen zu lassen. Die Vertrauensleute der Strassenbahner erachteten diesen Beschluss auch für ihre Gewerkschaft als bindend, sodass ich dem Stadtrat am Dienstagmorgen brieflich mitteilte, dass die Strassenbahnwagen am Mittwochmittag von halb ein Uhr an in

**Centralhalle**  
Grösstes Spezialhaus für  
Lebensmittel u. Delikatessen  
**Zürich**  
St Peterstrasse  
mittlere  
Bahnhofstrasse



**Frische Tomaten**  
zum Einmachen  
Bei Abnahme eines Käfigs  
Kilo **25** Cts.

**Das Geld hat nur noch den halben Wert**

Für 5 Franken konnte man in Zürich kaufen :

Im Juli 1909	Im August 1917
Milch : 22 Liter	15 Liter
Einzugbrot : 25 1/2 Pfund	7 Pfund Kriegsbrot
Rindfleisch : 5 1/4 Pfund	2 1/4 Pfund
Eier : 55—56 Stück	15—16 Stück
Teigwaren Ia : 8 1/3 Pfund	kaum 4 Pfund, Qual. ?

Geht die Hausfrau auf den Markt und in den Laden, so bekommt sie für 5 Franken durchschnittlich nur noch die Hälfte Lebensmittel wie im Jahre 1909 oder für 5 Franken erhält sie heute so viel wie im Jahre 1909 für Fr. 2.60.

Bei einer solchen Geldentwertung muss der städtische Arbeiter und Angestellte mehr Lohn für seine Arbeitskraft erhalten, um seine Familie durchbringen zu können; darum stimmt jeder, nicht in kleinlichem Eigennutz verknocherte Bürger :

**Gemeindeordnung der Stadt Zürich: Ja!**  
**Familienväter.**

die Depots einfahren würden. Doch der Regierungsrat erlaubte die Totenfeier nur unter der Bedingung, dass der Strassenbahnverkehr unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse.

Im Einvernehmen mit unserer Abordnung widerrief ich am Dienstagabend mein Schreiben vom Vormittag, sodass am Nachmittag des 21. November die Trauerfeier nach festgesetztem Plan verlaufen konnte. Die Särge der beiden Arbeiter wurden auf der Spielwiese des Ämterenschulhauses aufgebahrt, wo die einzelnen Gewerkschaften und Parteivereine von ihren Vereinslokalen aus mit den umflorten, nicht entrollten Fahnen ohne Spiel in gesonderten Aufmärschen sich zum Vorbeimarsch fanden. Die Ansprachen von August Huggler\*, Fritz Platten und Holzarbeitersekretär Franz Reichmann\* wurden in Anbetracht des stürmisch-regnerischen Wetters in die Turnhalle der Ämterenschulhäuser, die bei weitem nicht alle Teilnehmer fassen konnte, verlegt.

## Der lange Kampf gegen die Teuerung

[Der Erste Weltkrieg hatte eine anhaltende Teuerung zur Folge. Darum beschloss der Grosse Stadtrat\* am 1. Juli 1916 eine erste Kriegsteuerungszulage von maximal 120 Fr. jährlich für das städtische Personal mit einem Jahreseinkommen unter 2 800 Fr. Doch wurden diese und die folgenden Lohnerhöhungen von der Inflation fortwährend aufgeessen, was das Kartell\* zu immer neuen Eingaben an die Stadtregierung zwang. Unter verschiedenen Titeln und in verschiedenen gesetzlichen Zusammenhängen wurde an fünf Gemeindeabstimmungen (26. August 1917, 1. September 1918, 16. März 1919, 25. Mai 1919, 28. September 1919) über Lohnerhöhungen an im Taglohn bezahlte städtische Arbeiter sowie an im Monatslohn



*Links: Die Magd trägt den prall gefüllten Warenkorb hinter ihrer Herrin her («Tagblatt», 16. Juli 1912). Inserat zur Unterstützung der neuen Gemeindeordnung («Tagblatt» vom 25. August 1917) Oben: «Essensabgabe an Minderbemitelte» an der Uraniastrasse*

bezahlte Arbeiter, Angestellte und Beamte abgestimmt; alle Abstimmungen wurden von der Linken gewonnen. Ein grosses Ärgernis waren Traber die wiederholten Versuche des Stadtrates, den höheren Gehaltsklassen einen höheren Ausgleich zu gewähren als den tiefen. In diesen Auseinandersetzungen setzte er sich konsequent für höhere Zulagen an Bezüger tiefer Einkommen ein; von Gutverdienenden erwartete er ein Lohnopfer. Seine Beschreibung der Ereignisse wird hier in starker Kürzung wiedergegeben.]

Am 18. April 1917 hatte der Stadtrat seine Vorlage auf Abänderung der Besoldungsabschnitte der Gemeindeordnung verabschiedet. Er hatte, gestützt auf die Erhebungen des Verbandes der schweizerischen Konsumvereine, seinen Anträgen eine Verteuerung der Lebensmittel und Brennstoffe von 46,8% gegenüber den Preisen vom 1. Juni 1914 zugrunde gelegt. So kam er gegenüber den bisherigen Besoldungen von 7 000 bis 9 000 Fr. in der obersten Beamtenklasse

auf 8 250 bis 11 700 Fr., in der mittleren Klasse von 3 200 bis 4 700 auf 3 850 bis 6 100 Fr., in der untersten Besoldungsklasse von 1 200 bis 2 000 auf 1 500 bis 2 700 Fr.

Die Erhebungen des Verbandes der schweizerischen Konsumvereine wiesen jedoch bereits für den 1. März 1917 eine Verteuerung um 57,9% auf. Der Bedarf für eine Normalfamilie von zwei Erwachsenen und drei Kindern unter zehn Jahren wurde für Lebensmittel und Brennstoffe auf 1 673 Fr. berechnet, wobei die Aufwendungen für Bekleidung und Wohnung ausser Betracht gelassen waren. Vom Gedanken geleitet, dass vor allem den am geringsten Besoldeten geholfen werden müsse, entwarf ich in Übereinstimmung mit den Begehren des Kartells, die ich ja selber ausgearbeitet hatte, eine Abstufung der Erhöhungen der Mindestentlöhnungen [für Angestellte und Beamte], die von einem Existenzminimum von 1 800 Fr. für die bei den statistischen Berechnungen ins Auge gefasste Normalfamilie ausging. Die damit in der untersten Klasse vorgesehene Erhöhung der Mindestbesoldung von 50% verminderte ich bis zur obersten Klasse auf 12,8% und hielt es gleicherweise mit den Höchstbesoldungen, wo ich von 45 bis auf 11,1% zurückging und damit bei den obersten Klassen unter den Ansätzen des Stadtrates blieb. Ich hielt dafür, dass die höher besoldeten Klassen die Teuerung weitgehend mit einer gewissen Einschränkung in der Lebenshaltung auszugleichen vermöchten. So ergaben meine Ansätze für die oberste Klasse eine Besoldung von 7 900 bis 11 000 Fr., für die mittlere der Klassen 4 100 bis 5 900 und für die unterste Gruppe 1 800 bis 2 900 Fr. [Die vorberatende Kommission übernahm Trabers Vorschläge für die tiefen Besoldungsklassen, setzte aber bei den oberen Klassen höhere Ansätze durch.]

Die Arbeiter erfuhren durch die Kommission des Grossen Stadtrates und diesen selbst recht schöne Verbesserungen. Der Mindesttaglohn für gelernte Handwerker, der bis dahin Fr. 5.50 betrug, wurde im Antrag des Stadtrates auf Fr. 7.20 erhöht, durch die Kommission und den Grossen Stadtrat aber auf 8 Fr. Dem erwachsenen Handlanger, dem bis dahin ein Mindesttaglohn von 5 Fr. zugesichert war, sollte dieser nach dem Antrag des Stadtrates auf Fr. 6.30 gehoben werden. Die Kommission setzte ihn aber auf Fr. 6.80 an, unter Ablehnung meines Antrages auf 7 Fr., der Grosse Stadtrat dann aber auf 7 Fr. Damit waren auch diese Ansätze um 40 und 45% gehoben.

Die Gemeindeabstimmung fand am 26. August 1917 statt, vier Tage vor der Teuerungsdemonstration. Von allen Parteien empfohlen, wurde die Vorlage bei einer Stimmbeteiligung von 74,1% mit 28 646 Ja gegen 3 378 Nein angenommen. Wie sehr ich als Schöpfer der endgültigen Vorlage angesehen wurde, bezeugte mir der Stadtpräsident, als er im Oktober 1917, bei der Behandlung von drei Beförderungen von Beamten, meinen Rat über die Anwendung der neuen Vorschriften einholte.

Wenn wir aber gehofft hatten, mit diesen Massnahmen den Schichten der städtischen Arbeiter und Angestellten, die durch die Teuerung in eine eigentliche Notlage geraten waren, eine merkliche Erleichterung zu verschaffen und mit den noch nicht ausbezahlten



Die Kriegs(not)unterstützung der Stadt Zürich wurde von der «Bürgerlichen Armenpflege» (an Stadtbürger), bzw. von der «Freiwilligen und Einwohnerarmenpflege» (an die übrige Wohnbevölkerung) ausgerichtet, zu einem guten Teil, wie die Bons zeigen, in Naturalien.

Besoldungserhöhungen für die nächsten Jahre vorgesorgt zu haben, so hatten wir die Rechnung ohne den Wirt gemacht, das heisst, ohne die wirtschaftlich-kapitalistischen Kräfte, die die Teuerung nicht beim Stande vom 1. März 1917 stehen liessen. Sie betrug am 1. Dezember 1917 97,4 %.

Da die Arbeitergruppen aufgrund der Übergangsbestimmungen mit dem 1. Januar 1918 die Ansätze der neuen Löhne erst zu 73% erlangt hatten, blieben neben den Handlangern auch die Handwerker und das Fahrpersonal der Strassenbahn, sobald ihre Familien vier oder fünf Köpfe zählten, auf Entlohnungen, die sie zur Bedürftigenunterstützung und zum Bezug verbilligter Lebensmittel berechtigten. Um die Städtischen von diesen Unterstützungen unabhängig zu machen, stellten wir das Begehren, es möchten unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse den städtischen Bediensteten bis zu einem Jahreseinkommen von 5 000 Fr. abgestufte Haushaltzulagen von monatlich 40 bis 20 Fr. und Kinderzulagen von 15 bis 8 Fr. ausgerichtet werden.

[Der Stadtrat hingegen schlug für das gesamte Personal ab 1. Juli 1918 einheitliche Kriegsteuerungszulagen von jährlich 480 Fr. oder monatlich 40 Fr. vor. Diesen Vorschlag des Stadtrates beantwortete das Kartell mit dem dringenden Ersuchen, bei der Ansetzung der Teuerungszulagen sowohl die Höhe des Einkommens wie auch den Familienstand zu berücksichtigen. Da die Teuerung unterdessen weiter fortgeschritten war, forderte es nun eine Verdoppelung der Ansätze. Die Bürgerlichen, vertreten durch den Förderativverband der Beamten und Angestellten, verlangten für alle Ledigen 40 Fr. im Monat, für die Verheirateten 50 Fr. und dazu abgestufte Kinderzulagen von 15 Fr. und 10 Fr. Im Grossen Stadtrat\* gewann schliesslich der Minderheitsantrag Traber (abgestufte Zulagen von 15 bis 60 Fr. monatlich für die Ledigen mit einem Einkommen bis 6 000 Fr., von 10 bis 70 Fr. für Verheiratete bis zum Einkommen von 7 000 Fr. und dazu noch Kinderzulagen von 15 Fr. bis zu einem Einkommen von 4 000 Fr. und von 10 Fr. bis zu 7 000 Fr.).]

Den anhebenden heftigen Abstimmungskampf leitete der Stadtrat bereits mit der Weisung zu seiner Vorlage ein. Statt eine sachliche Darlegung zu bieten, focht er ständig mit Lohnprozenten, um die obern Beamten als die wirklich Benachteiligten erscheinen zu lassen. Auch bekannte er sich unverblümt als Sachwalter des bürgerlichen Unternehmertums, indem er betonte, dass eine Vorzugsstellung der städtischen Arbeiter gegenüber den Arbeitern in Privatbetrieben «geeignet sei, störend auf das allgemeine wirtschaftliche Leben einzuwirken».

Den verschiedenen Zeitungsaufsätzen folgten auf den Abstimmungstag ein zweiseitiges Flugblatt, ein Handzettel an die Wehrmänner der Stadt Zürich, ein Handzettel für den Strassenvertrieb am Samstag und ein grosses Inserat der Partei, des Gewerkschaftskartells und des Kartells der Städtischen aus meiner Hand. Dazu fehlten nicht die Zuzüger von befreundeter Seite, zum Teil in humoristischer oder ironisierender Art. Zum Beispiel folgendes Inserat:



An meinen

**Milchmann  
Bäcker  
Metzger  
Spezereihändler und  
Schuhmacher!**

So Ihr wollt, dass ich endlich meine Schulden bezahlen kann, so stimmt am nächsten Sonntag

**für den Antrag des Grossen Stadtrates**

mit einem kräftigen

**JA!**

Euer **Schwulitätenfritz**  
**Städt. Ans-** (im Verwerfungsfalle aber) **Davonläufer.**

Aber auch die Gegner hielten sich nicht zurück. Ein auffälliges Inserat lautete:

**Bolschewiki-Parole:**

**600 Rubel Monatslohn dem Strassenkehrer!**

**600 Rubel Monatsgehalt dem Staatsbank-Direktor!**

Kann es der Stadt Zürich gleichgültig sein, ob durch diese Tendenz treue und arbeitsfreudige Beamte entmutigt und in die Dienste weit-sichtigerer Arbeitgeber getrieben werden?

Gewiss nicht!

Darum:

Der Bolschewistischen Vorlage ein: **Nein**

für die

Vorlage des Kleinen Stadtrates ein  
kräftiges: **Ja!**

Mir persönlich widmete ein «Dichter» im «Tagblatt» die folgenden Verse:

*Teuerungszulagen!*

O strebsamer Traber!  
Stimmzettelschaber,  
Klimme ruhig weiter  
Die Stufenleiter.  
In der Schule, beim Tram  
Sind längst alle zahm;  
Schon grünt Dein Salat  
Im Grossen Stadtrat.  
Und nun soll erschallen  
Dein Lob bei allen,  
Denn Du tust gründlich  
    und schnell  
Was befiehlt das Kartell.  
Dem Verdienste die Kron',  
Denn schon winkt der Lohn:  
Im Ratssaal der Stadt  
Der Thron steht parat.  
Zwar ist der Paul Pflüger  
Wohl zwanzigmal klüger,  
Auch Klöti und Lang  
Nebst Vogelsang.  
Aber allen voran  
Trabst Du als Mann,  
Dessen warme Lanze  
Stets geht aufs Ganze.  
Auf der Leiter Sprossen  
Hocken neidisch Genossen,  
Debrunner, Küng und Nobs,

Caderas, Gschwend, Bobs.  
Und wer die Jugend lehrt,  
Und wer die Strassen kehrt,  
Und wer die Gelder zählt,  
Gleich viel erhält.  
Tausend mehr zahlt die Stadt  
Dem, der Kinder hat  
Und jeder, der es kann,  
Schafft hurtig sich Kinder an.  
Bald, bald wird sich s zeigen:  
Die Steuern steigen,  
Und man sieht die Banken  
Nach Basel wanken.  
Auch die Millionäre  
Besteigen die Fähre,  
Und wer immer es kann,  
Zu flüchten fängt an.  
Und die gleichen Leut',  
Die Lohn holen heut,  
Müssen diesen morgen  
Als Steuer borgen.  
O Traber, Sapperment,  
Du hast Dich verrennt,  
Und der Genuss wird klein,  
Genosse zu sein.  
Drum, wer noch denken kann,  
Sei er auch Arbeitsmann,  
Der falle nicht herein  
Und schreibe kräftig:  
NEIN!

Mit uns Sozialdemokraten standen die Christlichsozialen und die Grütlianer für die Vorlage des Grossen Stadtrates ein, während die Freisinnigen und die Demokraten für die Vorlage des Stadtrates warben.

Der Triumph war am Abend des 1. September 1918 auf unserer Seite. Bis auf die Kreise 2 und 7, von denen der Kreis 2 beide Vorlagen verworfen hatte, wies die Vorlage des Grossen Stadtrates in allen übrigen Kreisen annehmende Mehrheiten, in den Kreisen 3, 4 und 5 von mächtigem Ausmass, und die Vorlage des Stadtrates eine dementsprechende Verwerfung auf. Bei einer Stimmbeteiligung von 71,3% hatte unsere Vorlage mit 21246 Ja gegen 11295 Nein gesiegt; bei 10002 Ja war die Vorlage des Stadtrates mit 21165 Stimmen verworfen worden.

Wie ich die Bulletin-Ausgabe der NZZ von abends 5 Uhr in der Hand hatte, setzte ich auf einer Bank in der Platzpromenade den

Bürgerlichen mein Beileidsgedicht auf, das in der Montagsnummer des «Volksrechts» unter meinem Decknamen Carl Ulrich erschien.

*Beileid*

(Der NZZ zum Nachdruck empfohlen)

Ich kondoliere aus tiefem Herzen  
Dem Kleinen Stadtrat zu seinen Schmerzen,  
Die ihm der gestrige Tag bereitet.  
Mir hat sich in Freuden das Herz geweitet!  
Er tanzte die Extratour so nett,  
Doch war zu hehl das neue Parkett.  
Er glitt und fiel auf das Genick.  
Wie lacht der rohe Bolschewik.  
Mein lieber Stadtrat, o sapperment,  
Du hattest dich doch ein bisschen verrennt!  
Schau dir zum Vorbild auf unsern Paul Pflüger  
Und sei in Zukunft auch etwas klüger.  
Und du, Direktorenhofpoet,  
Wie heute wohl dein Mütlein steht?  
Du rittest doch in stolzem Trab  
So siegessicher das Tagblatt ab.  
Mir scheint, du hast die Haltung verloren,  
Und reibst dir die Beulen hinter den Ohren.  
Und ihr, die frech den Sowjet verhöhnt,  
Ihr wisst doch in Zukunft, wie es tönt,  
Wenn eure Näggel hämmert gewandt  
Die schwierige Bolschewikihand.

Doch mit dieser Abstimmung war die Angelegenheit nicht erledigt. Die Geschlagenen dachten nicht im Traume daran, den überaus deutlichen Volksentscheid in gut demokratischer Weise gelten zu lassen.

### Die Obstruktionsrede im Grossen Stadtrat

Am 19. Dezember 1918 stand das Geschäft wiederum zur Behandlung vor dem Grossen Stadtrat. Das Empörende lag nicht nur in der Zwängerei, den Beamten der obersten Besoldungsklassen unter allen Umständen zu einer weitem Zulage zu verhelfen; das noch stärker Herausfordernde lag darin, dass der Stadtrat die Ansätze seiner von der Gemeinde so wuchtig verworfenen Vorlage noch ganz erklecklich erhöhte.

So stand die Sache, als an der Sitzung vom 19. Dezember 1918, der letzten des Jahres, das Geschäft an erster Stelle der Behandlung harrete, um als Weihnachtsgabe den Beamten geboten zu werden. Aber gerade diese Kundgebung galt es zu vereiteln. Darüber war ich mit dem Grossteil unserer Fraktion einig.

Das Geschäft wurde in Angriff genommen. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission empfahl Zustimmung zum Antrag des Stadtrates, die sozialdemokratische Minderheit beantragte, auf

das Geschäft nicht einzutreten. Nach den Ausführungen des Demokraten Werder erhielt ich das Wort. Es mochte halb sechs Uhr gewesen sein.

Nachdem ich zuerst gegen den Stadtrat polemisiert hatte, wie er den städtischen Arbeitern nach dem Generalstreik als der böse Niklaus mit der Rute entgegengetreten, hier aber für die obern Beamten das Christkind spiele, betonte ich, dass die obern Beamten mit ihren geringern Prozentzahlen weit grössere Besoldungserhöhungen erfahren hätten als die untern Gruppen, sodass weder das behauptete Bedürfnis noch die Notwendigkeit zu weitem Teuerungszulagen bestehe. Ich begann dafür den Beweis zu führen, indem ich die seinerzeit für alle dreizehn Besoldungsklassen und ihre zwölf einzelnen Dienstaltersstufen einzeln ermittelten Gehaltserhöhungen zu verlesen anfang – unter Berücksichtigung der Jahresaufbesserungen und der auf fünf Jahre wirkenden Übergangsbestimmungen.

Eine befristete Redezeit kannte damals die Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates noch nicht. Wenn die Herren die Sache zuerst mehr von der fröhlichen Seite nahmen und mich mit Zwischenrufen zu stören suchten, so erfassten sie doch schliesslich, dass die Geschichte kein Ende nehmen werde. Mich belustigte zu sehen, wie sie in aufgeregten Gruppen zusammentraten und gemeinsam die Geschäftsordnung zu Rate zogen. Ein grosser Teil verzog sich in den weiten Vorraum. Als mir der Demokrat Werder zurief, die oben bekannt gegebene Besoldungsstufe hätte ich schon verlesen, entschuldigte ich mich leicht spöttisch, dass dies wohl möglich, aber nur durch die störenden Zwischenrufe verursacht worden sei.

Nach etwa anderthalb Stunden war meine Kehle trocken geworden und die Stimme drohte sich zu belegen. Da kam voll Aufmerksamkeit Ernst Nobs\* mit einem Glas Wasser die Stufen zu meinem erhöhten Standort an der Wand geschritten. Wie ich den ersten Schluck tat, riss der Christlichsoziale Widmer das Wort an sich und stellte den Antrag auf Abbruch der Sitzung. Daraufhin setzte eine allgemeine Geschäftsaussprache ein, ob man mir überhaupt ins Wort fallen dürfe, was Genosse Oberrichter Heinrich Wyss im Hinweis auf die Geschäftsordnung entschieden bestritt. Der Freisinnige Architekt Pflighard\* hingegen wollte in meinem Verhalten eine Verletzung des parlamentarischen Anstandes sehen. Mein ehemaliger Schwager, Georg Forster\*, sprang mir gleichfalls bei und meinte, unter ironischer Heiterkeit des Rates, es sei doch anzumerken, wie sorgfältig ich mich für mein Votum vorbereitet und welche grosse Arbeit meinen Berechnungen zu Grunde liege. Der von seinen Parteifreunden bekittelte Ratspräsident, der freisinnige Arzt Dr. Häberlin\*, bedauerte, dass ich ihm sachlich keinen Anlass gegeben, mich zu unterbrechen, und setzte sich schliesslich durch, mir das Wort zur Fortsetzung meiner Ausführungen zu erteilen.

Als ich nach einer weitem Stunde mit meiner Vorlesung noch nicht zu Ende war, fragte mich der Präsident, wie viel Zeit ich noch benötige. Auf meine Antwort, dass ich jetzt bei der siebenten von den insgesamt dreizehn Besoldungsklassen stände, schlug er seinerseits vor, die Sitzung für heute abubrechen. Nochmals setzte eine lebhaft



## Eine «musterhafte Besoldungsverordnung»

[Die durch Trabers Filibuster verhinderte Behandlung der Vorlage des Stadtrates wurde im Januar 1919 im Grossen Stadtrat\* nachgeholt und die Vorlage mit 61 gegen 42 Stimmen angenommen. Auf Begehren der sozialdemokratischen Fraktion wurde sie Mitte März 1919 dem Volk vorgelegt. Mit 16 563 gegen 13 433 Stimmen verwarfen die Stimmbürger die Vorlage. Nur die Sozialdemokraten hatten Ablehnung empfohlen.]

Doch schon am Tag nach der Abstimmung trat eine Kommission zusammen, die die Besoldungsfrage im Rahmen der neuen Gemeindeordnung zu diskutieren hatte. Die Linke setzte sich in der Kommission mit ihren Vorschlägen nach deutlichen Besoldungsverbesserungen für die unteren Gruppen durch, musste aber dafür klare Verbesserungen auch für die mittleren und hohen Lohnklassen in Kauf nehmen. – Am 1. Dezember 1918 erreichte die Teuerung den Stand von 132,5%.]

Bei diesen Beratungen äusserte sich Staatsschreiber Keller mir gegenüber, ich hätte doch keinen Grund, mich gegen die Erhöhung der Besoldungen des Stadtrates derart zur Wehr zu setzen, da ich ja der erste sei, der davon profitieren würde – womit ich, verblüfft und ungläubig, zum ersten Mal dieser Möglichkeit bewusst wurde.

Als das Erbaulichste bei dieser letzten Umgestaltung der städtischen Besoldungen erschien mir, dass meine von allem Anfang ins Feld geführte Auffassung auch in die bürgerlichen Reihen hineingedrungen war, dass den untern Angestelltengruppen und den Arbeitern ausreichende Gehälter gehörten, die auch ihnen ihren Anteil am Lebensgenuss sichern würden. Wiederholt hatte ich den Standpunkt verfochten, dass die obern Beamten durch ihre Stellung und ihre Arbeitsweise eine Befriedigung ihrer Persönlichkeit erfahren, die von ihnen auch gewertet werden dürfe.

Diese Auffassungen waren unter dem Einfluss der Zeit mehr und mehr Gemeingut geworden und standen nicht nur unter dem Einfluss der bevorstehenden Wahlen. Schon der Stadtrat, der kurz vorher noch geglaubt hatte, die Löhne der städtischen Arbeiter niedrig halten zu müssen, damit sie nicht den wirtschaftlichen Frieden stören, schrieb in seiner Weisung:

*Es erschien als selbstverständlich, dass bei den untern Besoldungsklassen und bei den Arbeitern die neuen Ansätze so gewählt werden mussten, dass nicht nur die Geldentwertung völlig ausgeglichen wird, sondern darüber hinaus noch eine nicht unerhebliche Besserstellung sich ergibt, die den Bezüglern einen grössern Anteil an den Lebensgütern als bisher sichert.*

Die Abstimmung über die Gemeindeordnung fand am 25. Mai 1919 statt. Zu ihrer Empfehlung schrieb tags zuvor die demokratische «Zürcher Post»:

*Die neue Gemeindeordnung enthält eine musterhafte Besoldungsverordnung. Sie steht wohl allein da, wird aber bald von andern Gemeinden und auch von der Privatwirtschaft, von den Industrie-*

arbeitern und den Privatangestellten als Vorbild genommen werden. Diese mutmassliche Rückwirkung auf die Privatwirtschaft, auf Handwerk und Gewerbe, Handel und Industrie ist es, die der Vorlage einen Kreis von Gegnern schafft. Die Löhne sind übersetzt, hört man sagen. Dabei meint man die Löhne der untern und mittleren Kategorien, man meint nicht die obern und obersten Besoldungen. Die Privatwirtschaft nimmt vielfach noch keinen Anstoss daran, unten so viel abzapfen, als nur möglich ist, so wenig zu bezahlen, dass die Arbeiter und Angestellten Not- und Armenunterstützung beanspruchen müssen; sie nimmt aber keinen Anstoss daran, oben ganz phantastische Besoldungen auszuzahlen. Die neuen Ideen gehen aber ganz andere Wege, sie gehen die Wege, die uns in der neuen Gemeindeordnung der Stadt Zürich vorgezeichnet sind. Wenn die Privatwirtschaft auch in diese Bahnen hineingezwungen wird, wenn die soziale Indolenz, die hier noch festgewurzelt ist, gebrochen wird, ist das nur die Anpassung an den Geist der Zeit.

**Abänderung der Gemeindeordnung**

Für den Grossteil der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter bedeutet das Gehalt, das sie nach den Ansätzen der abgeänderten Gemeindeordnung bekommen sollen, nicht mehr als das

**Existenzminimum**

Eine Besserstellung gegenüber den Verhältnissen vor dem Kriege bringt es nicht. Wir stimmen

**Ja.**

**Einige Familienväter.**

54621

Inserate im «Tagblatt» vom 24. Mai 1919

Auch die freisinnige NZZ legte Zeugnis für den neuen Geist ab. In der Abendausgabe vom 23. Mai schrieb sie, dass die dringliche Notwendigkeit der vorgeschlagenen Revision sich aus den durch die allgemeine Wirtschaftslage und die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen ergebe:

So sind wir in einer Zwangslage, die uns zum Jasagen nötigt, sofern wir nicht gewillt sind, unhaltbare Verhältnisse andauern zu lassen und vielleicht zu einer Lösung Anlass zu geben, die die Sache noch schlimmer machen würde. Und wir gestehen offen, dass wir diese «Zwangslage» nicht als solche im gebräuchlichen Sinne des Wortes auffassen. Denn unter dem Zwang, der uns heute schlechterdings zur Annahme einer Abstimmungsvorlage nötigt, tun wir zugleich einen Schritt von hoher sozialer Bedeutung, einen Schritt, der sich in

der Richtung der Ziele einer wirklich freisinnigen Sozialpolitik bewegt. Zu diesen Zielen gehört, dass nicht nur der höhere Beamte, sondern auch der kleine Angestellte mit seiner Arbeit ein Einkommen erwerbe, das ihm nicht bloss die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse des Unterhalts ermöglicht, sondern auch die Vorsorge für Alter und Krankheit und den Genuss von Lebensgütern, die dem «Armen» versagt sind. Die neue Besoldungsordnung der Stadt Zürich ist dazu angetan, solche Möglichkeiten zu schaffen und die Kategorie der «Armen» im städtischen Personal auszuschalten. Die Aussicht, dass ein Übergreifen dieser sozialen Massnahmen auf die privaten Verhältnisse die Folge sein werde, kann den, der wahrhaft freisinnig und fortschrittlich in die Zukunft blickt und diese dementsprechend gestalten will, nicht schrecken. So erscheint uns, angesichts der hohen wirtschaftlich-sozialen Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung, die «Zwangslage» in einem gewissermassen erfreulichen Lichte; davor muss auch der Einwand, dass die neuen Besoldungen und Löhne sich nach einer Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse als zu hoch erweisen könnten, in den Hintergrund treten.

**An die Arbeiterschaft!**

**Wem hilft die neue Gemeindeordnung  
in erster Linie?**

Dem bisher am niedrigsten bezahlten Arbeiter, der die Not der Kriegsjahre mit seiner Familie am bittersten zu spüren hatte. Wir wissen, aus welchen Kreisen der Widerstand gegen die Vorlage kommt. Aber soll derjenige, der bloss seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, gerade nur soviel erhalten, daß er als Arbeitsmaschine fähig bleibt? Der Antrag auf Abänderung der Gemeindeordnung ist **fortschrittlich und gerecht**, weil er dem Arbeiter über das Nötigste hinaus Anteil an den Lebensgütern bieten will.

Genossen, helft die Widerstände überwinden, geht alle an die Urne und schreibt:

**Abgeänderte Gemeindeordnung ... Ja!**

**Städtische Arbeiter.**

54602

Nicht ein einziges Inserat erschien im «Tagblatt» vom 24. Mai gegen die Vorlage. Und das Abstimmungsergebnis entsprach der einheitlichen Empfehlung aller Parteien. Bei einer Stimmbeteiligung von 61,4% wurde die Vorlage mit 25 537 Ja gegen 2 949 Nein angenommen.

Den endgültigen Abschluss all dieser Besoldungsbewegungen bildete die Gemeindeabstimmung vom 28. September 1919 über das Lohnregulativ für die städtischen Arbeiter. Während der Stadtrat für die sechs vorgesehenen Lohnklassen in seiner neuen Vorlage Jahreshöchstbesoldungen von 5 340 bis 6 780 Fr. beantragt hatte, wurden sie durch den Beschluss des Grossen Stadtrates auf 5 610 bis 7 050 Fr. angesetzt. Den Freisinnigen war in der Zeit seit der Abstimmung über die Besoldungsänderung für die Beamten das soziale Verständnis für die Arbeiter bereits wieder grösstenteils abhanden gekommen. Ihr Antrag in der Schlussabstimmung, die Vorlage zu verwerfen, blieb freilich in Minderheit. Dagegen ermöglichte der Zuzug von fünf Demokraten und einem christlichsozialen Badanstaltbesitzer den Freisinnigen, den Drittel des Grossen Stadtrates zu ergänzen, der die Möglichkeit hat, für in die Befugnis des Grossen Stadtrates fallende Geschäfte die Gemeindeabstimmung anzurufen. Diese fand am 28. September 1919 statt. Die freisinnige Partei blieb mit ihrer Losung auf Verwerfung allein. Nur die Stadtkreise 2 und 7 folgten ihrer Weisung. Mit 22 145 Ja gegen 14 844 Nein wurde die Vorlage bei einer Stimmbeteiligung von 76,8% angenommen. Die drei Arbeiterkreise leisteten daran den schönen Beitrag von 11 711 Ja und 3 852 Nein.

## Wie die Strassenbahner den freien 1. Mai erkämpften

Die starke Verbundenheit der Zürcher Strassenbahner mit der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft zeigte sich in der geschlossenen Teilnahme an allen grossen Unternehmungen der Arbeiterunion\*. Bereits geschildert habe ich ihr Mitwirken an der schweizerisch angeordneten Teuerungsdemonstration vom 30. August 1917 [siehe oben Seiten 41 bis 44]. Aus dem eigenen, entschiedenen Willen der Strassenbahner kam es zur Arbeitsverweigerung am 1. Mai 1918. Meine Eingabe vom 5. April 1918 kennzeichnet die Einstellung der damaligen Trämpler:

*An den Stadtrat von Zürich*

*Im Auftrage des Zentralvorstandes des schweizerischen Strassenbahnerverbandes, Sektion Zürich, frage ich Sie an, ob Sie gewillt wären, am nächsten ersten Mai die Arbeitsruhe auch auf den Betrieb der Strassenbahn auszudehnen.*

*Die Arbeitseinstellung am ersten Mai, die ursprünglich als Demonstration für den Achtstundentag gedacht war, hat sich zur Weltfeier der Arbeiterschaft herausgebildet. Es ist der Tag, an dem die für eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kämpfende Arbeiterschaft Rück- und Ausblick zu pflegen hält und ihrer internationalen Solidarität bewussten Ausdruck gibt. Die durch den uns umgebenden Krieg und die Teuerung geschaffene Notlage hat den Glauben an den Sozialismus als den alleinigen Erlöser der Welt von Krieg und Elend in den Herzen der Arbeiter vertieft und die neuerdings angehebene Offensive im Westen nach der entschwundenen Friedenshoffnung gesteigert. Es ist deshalb ein grosses Bedürfnis der gesamten*

*Arbeiterschaft, am nächsten ersten Mai durch eine möglichst ausgedehnte Arbeitsruhe diese Gefühle auszudrücken und durch mächtige Kundgebungen der Internationale den Arbeitern der kriegführenden Länder zu ihrem Kampf um den Frieden Mahnruf und Weckruf zu sein.*

*Doppeltes Bedürfnis ist es aber den Strassenbahnern, in gleicher Weise mitzutun. Sie werden mit dem ersten Mai das ursprüngliche Ziel der Maidemonstration erreichen; sie geniessen als die ersten die Früchte, die die organisierte Arbeiterschaft durch ihren Einfluss in den Behörden, im Sinne der Arbeitszeitverkürzung auf den Achtstundentag, erreicht hat. Gerade aber das Bewusstsein, dass sie dies der Solidarität der Gesamtarbeiterschaft verdanken, würde sie mit Scham erfüllen, nähmen sie ihren Achtstundentag entgegen, ohne ihrerseits der übrigen Arbeiterschaft ihre Zusammengehörigkeit, Dankbarkeit und Übereinstimmung auszudrücken. Der Durchmarsch des Demonstrationszuges hat auch in den früheren Jahren für einige Stunden einen Unterbruch des Betriebes verursacht, die voraussehende grosse Ausdehnung der diesjährigen Arbeitsruhe verringert auch das Bedürfnis des Tramverkehrs in den Morgenstunden. Wir möchten Sie deshalb ersuchen, auch den Strassenbahnbetrieb am ersten Mai vollständig einzustellen. Wohl ist damit ein Einnahmeausfall für die Strassenbahnverwaltung verbunden, das Opfer aber ist dem Erhabensten gebracht, was zukunftsgläubige Menschen kennen: der schöpferischen Arbeit, die zu feiern einer Stadt der Arbeit, wie Zürich sie ist, nur zur Ehre gereichen kann.*

Am 23. April entschied der Stadtrat, eine Zuschrift an den Grossen Stadtrat\* zu richten, es möchte ihn dieser ermächtigen, dem städtischen Personal den ganzen 1. Mai freizugeben, ausgenommen die durchgehenden Betriebe und die Strassenbahn. Den Regierungsrat beschwor er, dem Umzug keine behördlichen Schwierigkeiten zu bereiten und ihn, auch wenn kein Gesuch um Bewilligung eingereicht werde, zu dulden, da eine Verweigerung Öl ins Feuer giessen würde.

*Warum soll diese Maifeier alljährlich Gegenstand der Beunruhigung, der Entzweiung und des Streites bilden? Es ist fruchtlos, sich der immer stärker werdenden Bewegung für eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai zu widersetzen. Sie wird nicht rasten, bis dieser Tag ein anerkannter Feiertag ist. Und weshalb soll er es schliesslich nicht werden? Haben wir seit Jahrtausenden Feiertage mit religiösem Charakter, mag es auch einen Feiertag leiden, dem eine moderne soziale Kulturidee Inhalt gibt. Wir befürworten deshalb die Prüfung der Frage, ob nicht durch eine Novelle zum Ruhetagsgesetz dieser Feiertag eingeführt oder die Gemeinden ermächtigt werden sollen, auf ihrem Boden den 1. Mai als öffentlichen Ruhetag zu erklären.*

In der Fraktionssitzung vom 26. April stiessen die Geister ob der Frage eines freien Tages auch für die Strassenbahner heftig aufeinander. Klöti\* meinte, die Strassenbahner kämen in ein Fahrwasser hinein, in welchem sie als Gewerkschaft bald abgewirtschaftet hätten; Pflü-

ger\* verriet, dass der Stadtrat bei seinen Beschlüssen einstimmig gewesen und die Genossen durch eine andere Stellungnahme der Fraktion in die grösste Verlegenheit gerieten, andere wieder glaubten die Forderung des freien Samstagnachmittags dadurch bedroht und beschworen die Strassenbahner durch mich zum Nachgeben.

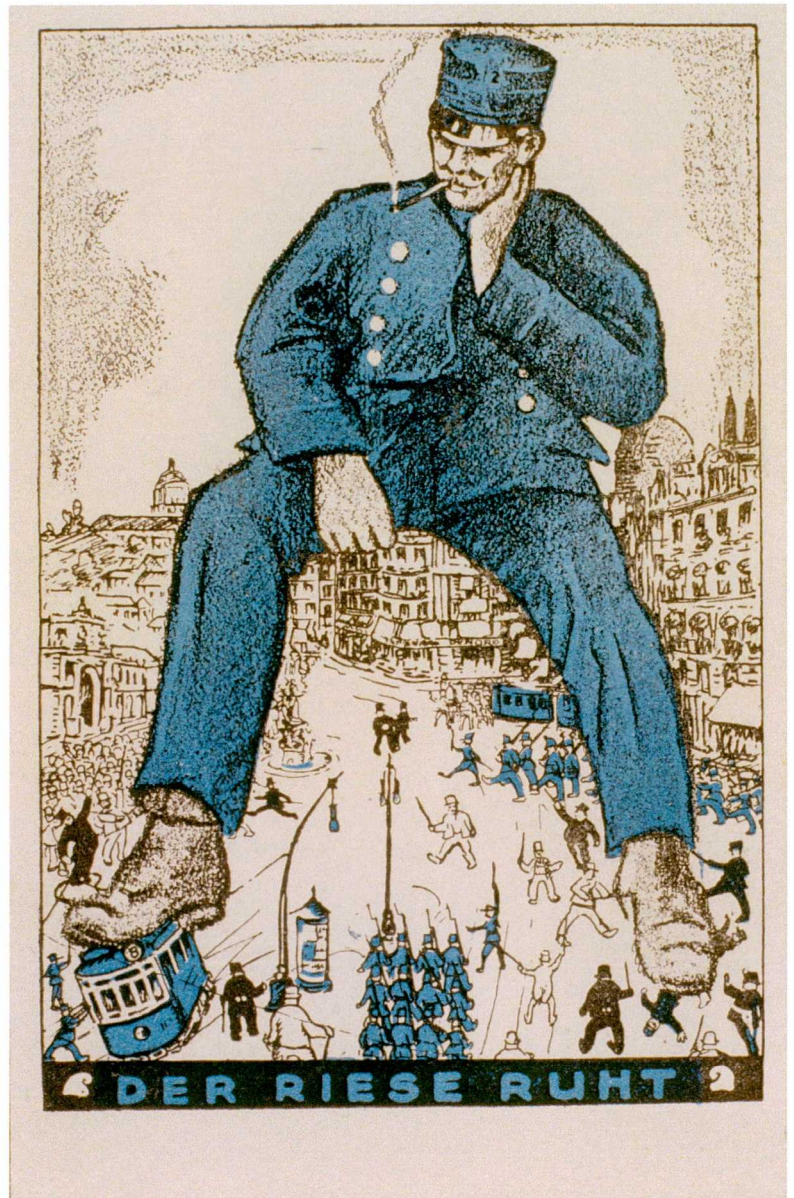


*Diese beiden Werbekarten zeigen schön das Selbstbewusstsein der organisierten Arbeiterschaft und ihr Gefühl der Unersetzbarkeit. Die Karte auf dieser Seite feiert die Einstellung des Betriebs der Strassenbahnen am 1. Mai 1919.*

[Die sozialdemokratische Fraktion des Grossen Stadtrates unterstützte die Forderung der Strassenbahner nicht. Schliesslich beschloss der Grosse Stadtrat mit 72 gegen 11 freisinnige Stimmen, dass das städtische Personal am 1. Mai frei haben werde, die Städtischen Werke (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke) und die Strassenbahn hingegen den Dienst wie an einem normalen Sonntag aufrechterhalten müssten.]

Zur endgültigen Stellungnahme von uns Strassenbahnern war auf Dienstag, den 30. April, nachts elf Uhr, eine Generalversammlung ins

Volkshaus einberufen worden. In mächtigem Aufmarsch füllten die Trämpler den heutigen weissen Saal. Die lebhaft, aber sachlich geführte Aussprache dauerte bis gegen drei Uhr morgens. Vor der Abstimmung wurde vereinbart, dass der Streikbeschluss nur Gültigkeit habe, wenn er eine Zweidrittelsmehrheit der Stimmenden aufweise



und dass diejenigen, die am 1. Mai dienstfrei seien, sich der Abstimmung zu enthalten hätten. Die geheime Abstimmung ergab bei 633 ausgeteilten, 618 eingegangenen und 10 leeren Stimmzetteln 437 Stimmen für die Einstellung des Betriebes und 171 dagegen, wobei das Zweidrittelsmehr 406 betrug. Erinnerunglich ist mir, dass einer der Redner, der gegen die Einstellung sprach und dann auch bei erster Gelegenheit zu den Neutralen abschwenkte, mich im Eifer der Aussprache nicht etwa als Trämplergeneral, wohl aber mit dem Namen des deutschen Höchstkommandierenden, nämlich des Kaisers Wil-

helm, bedachte, dem, wenn er etwas wolle, sich alle fügen müssten. Er ist mit vielen andern der Täuschung erlegen, dass, was die Strassenbahner unternahmen, aus meinem Willen gekommen sei, während ich ihre Willensbildung in den wenigsten Fällen beeinflusste, wohl aber auch für ihre radikalen Entschliessungen Verständnis und Freude bekundete und deren Vertretung mit voller Überzeugung übernahm.

Stadtrat Kern\*, dem damals die Strassenbahn unterstand, hatte mich um sofortigen persönlichen Bericht über unsere Versammlung ersucht, gleichgültig zu welcher Nacht- oder Morgenstunde dies wäre. In den Geleisen vor dem Volkshaus hatten wir etliche Strassenbahnwagen aufgestellt, die sonst in üblicher Weise unsere Versammlungsbesucher jeweilen nach Versammlungsschluss nach den verschiedenen Tramdepots hinausführten. Diesmal schickten wir die Wagen bis auf einen leer nach den Depots zurück. In diesem einen fuhr die bestellte Abordnung an den Bauvorstand II, mit mir noch Peter\* und Küng\*, in der ungewöhnlichen Morgenstunde durch die stille Nacht hinaus nach dem Stampfenbachplatz, wo wir im Hause zum Linth-Hof Stadtrat Kern aus dem Bett läuteten, der uns gemütlich in einer langen Zipfelmütze das Haus aufschloss.

Damit sich bis zu unserer Rückkehr keines unserer Schäfchen verlaufe, das heisst heimlich davonschleiche, denn nicht allen 171 Neinsagern trauten wir, hatten wir angeordnet, dass das Volkshaus hinter uns wieder abgeschlossen wurde. Fritz Platten\* hatte es übernommen, die Zurückgebliebenen derweilen mit seinem Wissen von der Russischen Revolution zu unterhalten. Wir aber setzten Stadtrat Kern den Beschluss und die Stimmung der Generalversammlung auseinander und erreichten, dass er erklärte, er werde anordnen, dass die Depottore geschlossen bleiben würden. Mit diesem Bericht kamen wir um halb fünf Uhr mit unserm Extrawagen ins Volkshaus zurück, wo er mit grossem Beifall und teilweiser Erleichterung entgegengenommen wurde. Um die Aspiranten, das heisst die erst neu als Ablöser in den Dienst der Strassenbahn Getretenen, und auch diejenigen mit einer reichlich mit Verweisen gespickten Führungsliste nicht unnötig in Schwierigkeiten zu bringen, empfahlen wir diesen, sich am Morgen fein säuberlich zum Dienstantritt zu melden.

Die Begeisterung, die die Strassenbahner mit ihrem Beschluss bei den übrigen Gewerkschaften und im Unionsvorstand auslösten, verwies sie an die Spitze des Demonstrationzugs, an dem sie lückenlos in Uniform teilnahmen.

Der Stadtrat seinerseits beschloss am Morgen des 1. Mai, dem Personal, das sich nicht zum Dienst gemeldet, einen Verweis zu erteilen, ihm den Lohn für die versäumte Arbeitszeit abzuziehen und mit Mehrheit, entgegen dem Antrag des Genossen Otto Lang\*, ihm die Dauer der Ferien um einen Tag zu verkürzen.

[Die Fraktion bemühte sich nun um eine Milderung der Strafmassnahmen; die Strassenbahner forderten, dass die Verkürzung der Ferien zurückgenommen werde. Einige wollten den Stadtrat durch einen weiteren Streik zur Aufhebung seiner Massnahmen zwingen.

Traber vertrat die Position, dass die vom Stadtrat verhängte Strafe einen Streik nicht rechtfertige. Die Generalversammlung der Strassenbahner vom 25. Mai 1918 sprach sich mit 256 gegen 228 Stimmen gegen einen Streik aus.

Im Blick auf den 1. Mai 1919 schlug Stadtrat Kern vor, dem städtischen Personal den ganzen Tag freizugeben, den Strassenbahnern jedoch erst ab ein Uhr mittags. Diesmal unterstützte die sozialdemokratische Fraktion des Grossen Stadtrates die Strassenbahner in ihrer Forderung auf einen ganzen freien Tag.

Mitte April 1919 fragte der Sozialdemokrat Emil Küng mit einer Interpellation den Stadtrat an, ob er gewillt sei, den Betrieb der städtischen Strassenbahnen während des ganzen Tages einzustellen. Dem Stadtrat ging diese Forderung zu weit, doch er bot Unterstützung an, wenn diese Motion eine «ansehnliche Mehrheit» im Grossen Stadtrat erhalte. Wieder war der Freisinn gegen die vollständige Schliessung des Betriebs. Doch die Christlichsozialen und die Demokraten stellten sich nun hinter den Antrag des Stadtrates, der schliesslich mit 85 gegen 25 Stimmen angenommen wurde. Danach fasste der Stadtrat die folgenden Beschlüsse:]

- Am 1. Mai 1919 sind die städtischen Ämter und Kanzleien geschlossen.
- Die Werke beschränken sich auf den Sonntagsdienst.
- Der Betrieb der Strassenbahn wird für den ganzen Tag eingestellt.
- Arbeiter, die am 1. Mai nicht frei bekommen können, haben Anspruch auf die gleiche Anzahl Freistunden an andern Tagen oder auf Ausrichtung des doppelten Lohnes.

### Der Bankenstreik (1. Oktober 1918)

Genau fünf Monate nach ihrem eigenwilligen Streik vom 1. Mai 1918 wurden die Strassenbahner in eine Solidaritätskundgebung für die Bankbeamten hineingezogen. Diese traten am Montag, dem 30. September 1918, nach langen vergeblichen Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern in den Streik. Zur Abhaltung der Streikbrecher waren die Bänkler auf die Unterstützung der Arbeiterunion\* angewiesen. Die am Morgen dienstfreien Strassenbahner wurden aufgeboten, die Eingänge der Banken am und um den Paradeplatz zu besetzen. Ich stand mit einer Schar meiner Getreuen vor den Toren des Bankvereins, als ein Vizepräsident oder so etwas sich mir vorstellte und mit einem freundlichen Lächeln meinte: «Mich setted Sie scho ielah, Herr Traber!», was ich dann ebenso freundlich bewilligte.

Das geschah am Morgen vor dem Beginn der Kantonsratssitzung. Dem Bericht des Regierungspräsidenten war zu entnehmen, dass die Banken vor einigen Tagen ein erstes Anerbieten des Regierungsrates zur Vermittlung abschlägig beschieden hatten, dass der Regierungsrat heute wiederum ersucht worden sei, eine Sitzung des Einigungsamtes zu veranlassen und dass er sich zur Vermittlung bereit erklärt habe, wenn morgen Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen werde und keine Massregelungen stattfänden. Diese Erklärung führte zu einer lebhaften Aussprache, in der dem Regierungsrat von

unserer Seite vorgeworfen wurde, mit der Bedingung auf Streikabbruch nehme er einseitig Stellung für die Bankherren. Genosse Otto Lang\* kritisierte vor allem die Einstellung der Bankleitungen, die sich weigerten, mit dem Personalverband der Beamten und Angestellten zu verhandeln – in der Meinung, mit ihrem eigenen Personal dann leichter fertigzuwerden –, während doch die Industrien sich schon längst damit abgefunden hätten, dass sie bei Lohnfragen nicht mit ihrem Arbeitspersonal, sondern mit dem Verband der Arbeiterschaft zu verhandeln haben.

[Der Kantonsrat stimmte schliesslich zwei sozialdemokratischen Anträgen zu, wonach er wünsche, dass das Syndikat der Kreditinstitute mit dem Vorstand des Bankenpersonals verhandle und dass der Regierungsrat sofort Einigungsverhandlungen einleite, ohne diese von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig zu machen.]

Obwohl die Zürcher Banken 1917 insgesamt an Reingewinnen 33 bis 35 Millionen geerntet, im gleichen Jahr an Tantiemen 3 bis 3½ Millionen ausgeschüttet hatten, ihre Direktoren Jahresgehälter von 60 000 bis 100 000 Fr. bezogen, dabei aber noch Hunderte von Bankangestellten mit Monatsbesoldungen von 130 bis 200 Fr. abgespiessen wurden, zögerten die Bankherren bei den mit dem Regierungsrat aufgenommenen Verhandlungen immer noch, auf die als gerecht anerkannten Forderungen des Personals einzuschwenken.

Da griffen wir von der Arbeiterunion wiederum ein. Unsere Delegiertenversammlung vom Abend des 30. September beschloss Massenkundgebungen vor den Banken für den Morgen des 1. Oktober. Um zehn Uhr des gleichen Vormittags trat wiederum die Delegiertenversammlung im Volkshaus zusammen. Als bis gegen zwölf Uhr noch nicht alle Banken zur Verständigung Hand geboten hatten, wurde, um den Druck auf diese zu verstärken, auf mittags ein Uhr die allgemeine Arbeitsniederlegung beschlossen.

Für die Strassenbahner war Mitmachen Selbstverständlichkeit. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde vom Beschluss der Arbeiterunion durch die Stadt, und wo sie die Trämmer erreichte, wurde ihr auch augenblicklich nachgelebt. Zur Verblüffung der Trampassagiere hiess es bei der nächsten Übergangsweiche: «Alles usschtiige! Mer fahred is Depot zrugg!» In kaum einer Stunde waren sämtliche Wagen aus dem Bild der Stadt verschwunden. An der Bahnhofstrasse schlossen auch die grossen Warenhäuser auf freundliche Zusprache oder beredteren Druck ihre Pforten.

Wir luden die Strassenbahner auf abends acht Uhr zu einer Generalversammlung in die «Eintracht». Als wir gegen fünf Uhr vom Abschluss der Verständigung zwischen den streitenden Parteien erfuhr, suchte ich mit Fritz Platten\* und Albert Peter\* um eine Besprechung mit dem Stadtrat nach. Diese ergab, dass eine Bestrafung des Personals unterbleibe und kein Lohnabzug erfolge. Dennoch hatten einzelne Mitglieder des Streikausschusses ihr mannhaftes Einstehen für das Personal in der Weise zu entgelten, dass sie an ihren Stellen kaltgestellt und von jeder Beförderung ausgeschlossen wurden.

*Rechts: Flugblatt der Arbeiterunion Zürich, in dem zur Unterstützung des Streiks des Bankenpersonals aufgerufen wird.*

# An Zürichs Arbeiterschaft!

Durch den einmütigen und kraftvollen Streit haben die Bankangestellten Zürichs bis heute die Anerkennung ihres Berufsverbandes erzwungen. Die großen Magnaten mußten nachgeben und die Organisation anerkennen. Noch sind nicht alle Forderungen erfüllt! Noch wurden die geforderten Gehaltserhöhungen nicht bewilligt! Soll die Aktion zu einem guten Ende geführt werden, habt ihr Arbeiter von Zürich auf den Plan zu treten! Nur so wird es möglich sein, unsere kapitalistischen Hochburgen, die Großbanken, zum Nachgeben zu zwingen.

**Die Unionsdelegiertenversammlung vom Montag abend hat sich mit dem Streit des Bankpersonal-Verbandes solidarisch erklärt und beschlossen, heute morgen von 7—10 Uhr auf der Bahnhofstraße und auf dem Paradeplatz zu demonstrieren.**

Heute Dienstag vormittag werden die Verhandlungen zwischen dem streikenden Bankpersonal und dem Syndikat der Banken unter der Leitung des Regierungsrates weitergeführt. Führt der Kampf der Bankbeamten mit unserer Mitwirkung heute vormittag nicht zum gewünschten Erfolg, wird die gesamte zürcherische Arbeiterschaft am Nachmittag ihre Sympathieumgebung auf breitere Grundlagen ausdehnen.

**Die Unionsdelegiertenversammlung tritt vormittags punkt 10 Uhr im großen Volkshaussaale zusammen.**

Wir erwarten, daß die Arbeiterschaft dieser Aufforderung zur Demonstration zahlreich Folge leiste. Es sind vorläufig von der Mitwirkung entbunden das Personal der Straßenbahn, des Gaswerkes, des Elektrizitätswerkes, des Wasserwerkes, der Sanität und des Bestattungswesens. Näheres wird mittags bekannt gegeben.

**Arbeiter, Genossen! Unterlaßt Provokationen von eurer Seite. Laßt euch aber auch nicht vom Gegner provozieren. Ruhig und geschlossen muß dieser Kampf des Bankpersonals zu einem guten Ende geführt werden. Den Anordnungen der Leiter (rote Armbinde) ist unbedingt Folge zu leisten.**

Arbeiter heraus, bezeugt eure Solidarität durch die Tat!

**Die Arbeiterunion Zürich.**

## Der Landesstreik



*Kavallerie sichert den Verkehr in der Badenerstrasse, Aussersihl («Zürcher Wochen-Chronik»)*

Kaum war ein guter Monat verstrichen, so trat die stadtzürcherische Arbeiterschaft wiederum auf die Strasse und gab das Signal zu der mächtigsten und erhebensten Kundgebung des geeinten Willens der ganzen schweizerischen Arbeiterschaft. Gewaltig und erheben für alle, die ihr Vertrauen in die Kraft der Arbeiterschaft gesetzt hatten, erbärmlich und jämmerlich für die von dieser Bewegung wider Willen mitgerissene Führerschaft, die, schlotternd in ihrer eigenen Mutlosigkeit und ihrer Furcht vor dem Ungewissen und der Masse, sich an ihren Führeranspruch klammerte, um die Bewegung so rasch als möglich zu verraten und abzuwürgen.

Am Donnerstag, dem 31. Oktober 1918, veröffentlichte das «Volksrecht» den Aufruf der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, es möchte am 7. November des Jahrestages der Russischen Revolution an allen Orten gedacht werden. Es geschah dies in einem Zeitpunkt von höchster internationaler Spannung. Am gleichen 31. Oktober brach in Budapest die Ungarische Revolution aus, womit die Auflösung der Donaumonarchie begann. Am 2. November folgte der Umsturz in Wien. Am 3. November meuterten die Matrosen in Kiel und legten damit den letzten Versuch der deutschen Heeresleitung zum militärischen Widerstand lahm. Am 4. November wurde in Wien Genosse Dr. Friedrich Adler\* auf freien Fuss gesetzt, der am 21. Oktober 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh zum Protest gegen die Knebelung aller Freiheitsrechte erschossen hatte.

### Mittwoch, 6. November

Da bot am Mittwoch, dem 6. November, der Bundesrat zwei Infanterieregimenter – eines aus dem Kanton Luzern, das andere aus dem Thurgau –, zwei Kavalleriebrigaden, zwei Radfahrerkompanien aus Aarau und St. Gallen und weitere Hilfstruppen nach Zürich auf, an die zehntausend Mann, ungeachtet der Grippe, die damals in Zürich wütete und im ganzen Kanton zur Schliessung der Schulen geführt hatte.

Welches waren die Gründe für diese Massnahme? Erst hiess es, dass eine Abordnung des Zürcher Regierungsrates beim Bundesrat in Bern vorgeschrieben und um dieses Aufgebot ersucht habe, da im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Russischen Revolution Unruhen zu erwarten seien. Nach der «Zürcher Post» hatte der Regierungsrat aus glaubwürdiger Quelle erfahren, dass in den Tagen vom 7. bis 10. November in Zürich ein regelrechter Putsch stattfinden sollte. Hintennach, nachdem der Bundesrat am 8. November in schimpflicher und rücksichtsloser Weise die russische Gesandtschaft in Bern aus der Schweiz ausgewiesen, verlautete, dass er sich seit Wochen mit diesem Plane getragen, und als er der Zürcher Regierungsabordnung in Bern dieses Vorhaben eröffnet, diese militärischen Schutz verlangt habe, da sie vorausgesehen, dass sich die Zürcher Arbeiterschaft darüber empören würde.

Die Arbeiter mussten die sachlich unbegründete und augenfällig gegen sie gerichtete militärische Besetzung der Stadt als Herausfor-

derung empfinden. Der Unionsvorstand\*, der noch am gleichen Abend tagte, beschloss einen sofortigen Aufruf. Auch wollten wir uns das Recht nicht nehmen lassen, den Jahrestag der Russischen Revolution zu feiern, und sahen dafür den kommenden Sonntag vor. Ich übernahm es, ein Flugblatt an die Soldaten zu schreiben.

### Donnerstag, 7. November

Das «Volksrecht» vom Donnerstag, 7. November, brachte unsern Aufruf an erster Stelle:

*Arbeiter, Genossen!*



*Die Arbeiterschaft Zürich, verkörpert durch die Arbeiterunion Zürich\*, die ihre Beschlüsse offen fasst und für alle ihre Aktionen die Verantwortung trägt, hat durch keine Massnahme, auch nur im Entferntesten, ein Militäraufgebot veranlasst.*

*Auf Grund von Spitzelnachrichten, einer nervösen Erregung von Amtspersonen zu solchen unnötigen Militäraufgeboten zu gelangen, ist eine Leichtfertigkeit, die bald von der Bevölkerung erkannt werden wird. Die Arbeiterschaft Zürichs, in ihrem Bestreben nach Eroberung der politischen Macht, wird nicht zu terroristischen und konspirativen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, sondern das Mittel der Massenaktion auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zur Anwendung bringen. Die Tatsache, dass weder der Arbeiterunion noch der Stadtbehörde auch nicht das Geringste vom Schritte des Regierungsrates bekannt war, beweist, dass die Massnahme der Regierung eine Provokation ist, auf die hereinzufallen wir die Arbeiterschaft warnen. Der Unionsvorstand wird sich in seinen Massnahmen nur von den Interessen der Arbeiterschaft leiten lassen. Wir protestieren gegen die Militärdiktatur, wir fordern die Arbeiter auf, sich strikte an die Losungen des Unionsvorstandes zu halten, der sich durch keine Massnahme von seinem Wege abbringen lässt. Wir fordern den Regierungsrat des Kantons Zürich auf, seine Belege zu veröffentlichen und damit der gesamten Öffentlichkeit die Beweise für jene Behauptungen zu bringen, mit denen er sein Vorgehen rechtfertigt. Es wird sich ergeben, dass Schritte der Arbeiterunion Zürichs, die, wie schon betont, der Willensausdruck der zürcherischen Arbeiterschaft ist, mit den Massnahmen des Zürcher Regierungsrates nicht in Verbindung gebracht werden können.*

*Die Vorstände der Arbeiterunion Zürich  
der soz. Partei Zürichs  
des Gewerkschaftskartells Zürich*

Die gleiche Nummer des «Volksrechts» kündigte auch die öffentliche Kundgebung zur «Jahresfeier des Sieges der sozialistischen Revolution in Russland» auf Sonntag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Fraumünsterplatz an, bei ungünstiger Witterung in der Stadthalle, mit Fritz Platten\* und dem Jungburschen Paul Rüegg\* als Referenten.

*Vor dem Hirschengrabenschulhaus («Zürcher Wochen-Chronik»)*

Ich machte mich an mein Flugblatt an die Soldaten. Um es nach den Erfahrungen mit Siggs\* «Friedens-Glocke» den Militärgerichten nicht zu leicht zu machen, sollte im Flugblatt die ausdrückliche Gehorsamsverweigerung unterbleiben. Auch unterbreitete ich das Manuskript unserm Kronjuristen, dem Genossen Dr. Farbstein\*. Er fand nichts zu beanstanden. So lief der Aufruf in einigen Tausenden aus unserer Presse und ging zur Verteilung an unsere Vertrauensleute.

Am Donnerstagabend nahm ich an der von den Russen in der «Eintracht» veranstalteten Revolutionsfeier teil, zu der mir Fritz Platten\* den Zutritt ermöglicht hatte. Das jedem Teilnehmer an seinem Tischplatz aufgesteckte rote Fähnchen habe ich alle die Jahre in Ehren gehalten. Es ist mir gewissermassen als einzig greifbares Erinnerungsstück geblieben, während mir von den Reden und Rednern die Worte und Gesichter längst aus dem Gedächtnis entschwunden.

So wenig ich heute von diesen Reden weiss, so wenig wusste ich damals, dass zu gleicher Stunde, während ich in der «Eintracht» die Reden auf die Russische Revolution anhörte, das Oltener Aktionskomitee\* bis in die tiefste Nacht in Bern beieinander sass und sich in Krämpfen wand. Genosse Friedrich Schneider\* in Basel hatte nach dem Bekanntwerden des bundesrätlichen Militäraufgebotes sofort Robert Grimm\* aufgeläutet und die Einberufung des Oltener Aktionskomitees verlangt. So waren dessen Mitglieder telegraphisch auf den Abend des 7. November nach Bern geladen worden.

*Rechts: Aufruf des Oltener Komitees zum Proteststreik am Samstag, 9. November 1918*

Dass etwas geschehen sollte und dass die Arbeiterschaft und insbesondere die Zürcher Arbeiterschaft etwas vom Aktionskomitee erwartete, das müssen alle Mitglieder des Komitees empfunden haben. Sie mochten sich vielleicht auch daran erinnern, dass die Zürcher Vertreter Fritz Platten und der Holzarbeiterzentrasekretär Franz Reichmann\* aus dem Komitee ausgetreten waren, weil sie ihm nicht mehr den Willen und die Kraft zu einer Aktion zutrauten. Ebenso mochte ihnen noch dämmern, dass die Delegiertenversammlung der Zürcher Arbeiterunion schon am 28. April 1918 aus dem gleichen Grunde mit 110 gegen 47 Stimmen beschlossen hatte – ich führte an jener Tagung den Vorsitz –, auf die weitere Mitwirkung im Aktionskomitee zu verzichten, und sich für die Zukunft volle Handlungsfreiheit vorbehalten hatte; und alle erinnerten sich nur zu gut, welcher entschlossene Wille den allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress am 27. und 28. Juli 1918 in der Burgvogtei Basel beherrscht und das Aktionskomitee auf den Landesgeneralstreik verpflichtet hatte, falls die nochmalige Vorsprache beim Bundesrat kein besseres Entgegenkommen für die elf kurz vor der Tagung abgelehnten Forderungen erreiche. Und sein schlechtes Gewissen gemahnte das Komitee sicher auch an seinen Beschluss vom Donnerstag, 8. August 1918, mit dem es, einige leere bundesrätliche Vertröstungen zum Erfolg aufbauschend, auf die Auslösung des Generalstreikes verzichtet hatte.

Was geschehen sollte, war die Frage. Wohl ereiferten sich Schneider und Grimm, dass zum Mindesten ein eintägiger Proteststreik ausgelöst werden müsse, wolle nicht das Aktionskomitee vor der ganzen

# Heraus zum Protest-Streit!

## Arbeiter!

In einem Augenblick, da unsere Bewegung in einem Ruhestadium sich befand, hat der Bundesrat die Arbeiterschaft mit einem Massenaufgebot von Truppen überrascht. Trotz der Grippe, die im Interesse der Volksgesundheit eine restlose Demobilisation heischte, sind Zehntausende von Schweizer Soldaten aufgeboden worden.

Das Aufgebot richtet sich nicht gegen den äusseren Feind. Keine Grenzen sind bedroht, nicht die geringste Gefahr kriegerischer Verwicklungen besteht. Die in den Städten aufgefahrenen Maschinengewehre, die um die Bevölkerungszentren gelagerten Bataillone beweisen, gegen wen die kopflos und unverantwortlich beschlossene Mobilisation sich richtet — gegen die wider Hunger und Not, wider Spekulation und Wucher kämpfende Arbeiterschaft.

Das Massenaufgebot von Truppen ist eine dreiste Herausforderung. Die Provokation wird in der furchtbaren, für Tausende von Familien Elend und Entbehrung zeugende Zeit zum eigentlichen Verbrechen. Verlogene Polizeirapporte, erbärmliche Lockpfeilberichte, vage Vermutungen, willkürliche Konstruktionen dienen als faule Unterlage der militärischen Massnahmen. Unreife Lehren einer Handvoll Wirkköpfe, die erst Bedeutung und Glorie erhalten durch die lächerliche Kraftverschwendung blind handelnder Behörden, bilden den faulen Vorwand und sollen die Kopflosigkeit der Diktatoren rechtfertigen.

Gegen diese provozierenden Massnahmen erheben wir schärfsten Protest. Die organisierte Arbeiterschaft hat nichts zu tun mit Dutschismus. Gehören ihre Sympathien dem heldenmütigen Kampf der russischen Arbeiterschaft, so wissen die Schweizer Arbeiter, daß die Methoden des revolutionären Rußlands sich nicht schablonenhaft auf unser Land übertragen lassen. Die Behauptung, die Schweizer Sozialdemokratie sei am Gängelband des Bolschewismus, ist eine Lüge. Die Methoden unseres Kampfes richten sich nach den Bedingungen des eigenen Landes. Zu den Zielen des internationalen Sozialismus uns bekennend, weisen wir die daraus von feilen Agenten abgeleiteten Verleumdungen stolz zurück.

### Werttätiges Volk!

Die durch ihre Massnahmen dem Bürgerkrieg entgegentreibenden Behörden weigern sich, nackte Tatsachen und Beweise für die Berechtigung ihrer diktatorischen Anordnungen zu nennen. Sie weigern sich, die leichtfertig aufgebodenen Truppen zurückzuziehen. In dieser Situation hilft kein papierener Widerspruch. Jetzt soll die herrschende Klasse, zu deren Verteidigung man euch aufruft, wissen, daß die Arbeiterschaft es satt hat, sich als uniformierter Büttel der Reichen mißbrauchen zu lassen. Zum Zeichen der Auflehnung gegen die Unverantwortlichkeit der militärischen und bürgerlichen Diktatur fordern wir euch auf, unverzüglich in einen

## 24stündigen Protest-Streit

einzutreten. Am morgigen Samstag soll in allen größeren Städten des Landes die Arbeit ruhen. Wenn friedliche Einsprachen nichts helfen, muß es der opfervolle Kampf. Erst wenn die Behörden sehen, daß es der Arbeiterschaft ernst ist, werden sie Vernunft annehmen.

Laßt deshalb die Arbeit während vierundzwanzig Stunden ruhen. Keiner bleibe zurück, keiner werde zum Verräter. Geschlossen und diszipliniert soll die Arbeit am Samstag morgen niedergelegt, geschlossen und diszipliniert am Montag früh wieder aufgenommen werden.

Wir appellieren an die Solidarität der Gesamtarbeiterklasse. Wir appellieren an die Solidarität der Klassengenossen im Wehrleide. Keine Verweigerung der Einrückung, wohl aber die strikte Weigerung, von den Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen.

Aud nun heraus zum Protest! Die kommenden Wochen werden noch größere Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen. Handelt es sich heute um einen Protest durch Arbeitsniederlegung, so kann es in kurzer Zeit um mehr gehen. Je wichtiger und eindrucksvoller der jetzige Streit, umso erfolgreicher die bevorstehenden Kämpfe für die materiellen Forderungen der Arbeiterklasse und für die Erneuerung der Demokratie.

**Hoch die Solidarität! Nieder mit der Reaktion!**

Bern, den 7. November 1918.

**Das Altener Aktionskomitee.**

Arbeiterschaft blossgestellt sein und dabei seinen letzten Einfluss verlieren. Dieser Eifer war umsonst: Es wurde mehrheitlich beschlossen, es mit einer Protesterklärung genügen zu lassen. Und schon war der entsprechende Aufruf bei der Hand. Dieser erstbeschlossene Protest aus leeren Worten, der lediglich Mut von den Arbeitern im Wehrkleid zur Gehorsamsverweigerung verlangte und den ich nur im Auszug wiedergebe, war der sozialdemokratischen Presse vermutlich gleich nach der Beschlussfassung zugestellt worden und fand deshalb volle Aufnahme im «Volksrecht» vom Freitag, 8. November:

*Arbeiter! Genossen!*

*In herausfordernder Weise erlässt der Bundesrat ein Truppenaufgebot nach dem andern. Es kann kein Zweifel bestehen, gegen wen sich diese Massnahmen richten. Ergriffen vor feiger Furcht vor den Wirkungen eigener Schuld, missleitet durch unkontrollierbare Behauptungen über angeblich bolschewistische Verschwörungen in der Schweiz, scharfgemacht durch imperialistische Agenten des Auslandes, so will man die Arbeiterschaft durch Militärgewalt knuten. Mit der Arbeiterunion Zürich, als der zuerst betroffenen, erheben wir gegen diese Provokation Protest. [...]*

*In Übereinstimmung mit den durch den Basler Arbeiterkongress vertretenen Organisationen fordern wir die Arbeiter im Wehrkleide auf, sofort den Gehorsam zu verweigern, sobald ihnen befohlen wird, ihre Waffen gegen das Volk zu richten. [...]*

Doch dieser Beschluss des Aktionskomitees beruhigte nicht alle Gewissensregungen der Mehrheit. Auch dem einem Generalstreik entschieden abholden Konrad Ilg\* mochte sein ursprüngliches Arbeiterempfinden sagen, dass der Bützer doch nicht alles hinnehme und, wenn es zu Aktionen der einzelnen Arbeiterunions kommen würde, das Oltener Aktionskomitee kaltgestellt wäre. Und so leicht wollten diese Machthaber das Heft doch nicht aus der Hand geben. So stellte Ilg den Wiedererwägungsantrag, und so beschloss das Komitee den eintägigen Generalstreik für 19 Städte und Industrieorte und setzte ihn auf Samstag, den 9. November fest. Dieser Proteststreik konnte in der gleichen Nummer des «Volksrechts» nur noch bekannt gegeben werden, während der dazu gehörende Aufruf des Oltener Aktionskomitees lediglich als Flugblatt verbreitet wurde [siehe oben Seite 71].

Dieser Entscheid des Oltener Aktionskomitees weckte in unserm Unionsvorstand mehr Zweifel als Begeisterung. Wir alle empfanden die halbe Massnahme. Was sollte der leere Protest fruchten? Hatten wir nicht schon genugsam ohne Erfolg protestiert? Und dass dafür gerade der Samstag ausgesucht worden war! Stand dahinter nicht ein weltfremder Gedanke gegenüber der Einstellung unserer Arbeiterschaft, der Gedanke, dass wenn die Arbeiter für einen Tag, oder auch nur einen halben, auf die Strasse getreten, sie sich über den Sonntag wieder beruhigen würden und damit der erregten Stimmung Rechnung getragen sei?

Freitag, 8. November

Bernhard Kaufmann\*, der als Zentralpräsident des Weichenwärter- und Bahnarbeiterverbandes ins Oltener Aktionskomitee abgeordnet worden war, kam am Freitagmorgen von der Sitzung aus Bern zurück. Durch seinen Eifer verleitete er mich zum Trugschluss, dass auch auf die sogenannten Gemässigten gebaut werden könne, wenn sie erst etwas vom festen Willen der Arbeiter spürten.

ARCHIV  
DER  
STADT ZÜRICH <sup>4</sup>

## An die Bevölkerung Zürichs

Heute muß die Arbeit ruhn. Ihr habt dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe eine vollständige ist. Einig und geschlossen ist der Streik durchzuführen. Auf das Unerhörteste hat der Regierungsrat des Kantons Zürich euch Arbeiter provoziert. Er fühlte seine Sessel wackeln und versucht sich nun auf die Bajonette zu stützen.

Laßt euch nicht reizen, die Unionsdelegiertenversammlung ist Willens und übernimmt die Verantwortung dafür, daß der Streik einig und geschlossen durchgeführt werde, wie es der Bedeutung und der Ehre der zürcherischen Arbeiterschaft entspricht.

Zusammenstöße mit dem Militär sind zu vermeiden und eventuellen Provokationen durch unfonkt. Uerbare Elemente mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

**Folgende Betriebe sind nicht stillzulegen:**

1. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswert (Sonntagsdienst).
2. Obstzentrale und Örranlagen. (Der Schlachthof ist teilweise eingestellt. Ausgenommen ist das Personal, das mit lebendem Vieh umzugehen hat, und die Kühlanlagen.)
3. Der Transport des Gesundheitswesens.
4. Auszahlung der Kriegs- und Bedürftigen-Unterstützung. (Information ist eingestellt.)
5. Sanitäts-, Rehricht- und Kübelwesen.
6. Die alkoholfreien Wirtschaften. (Speisewirtschaften sind offen zu halten bis morgens 9 Uhr, mittags halb 12—2 Uhr und abends 6—8 Uhr.) Die Wirte sind anzuhalten, keinen Alkohol auszuschenken. Alle andern Cafés sind geschlossen.

Alle diese Betriebe sind der Kontrolle der Arbeiterschaft unterstellt.

Die Geschäftsinhaber werden ersucht, die Betriebe und Geschäfte zu schließen.

Den Anordnungen der Streikleitung mit roter Arbinde ist unbedingt Gehorsam zu leisten.

Arbeiter Zürichs, heraus zum Protest!

**Der Vorstand der Arbeiterunion Zürich.**

Genossenschaftsverband Zürich.

Flugblatt, mit dem der Vorstand der Zürcher Arbeiterunion zur vollständigen Arbeitsruhe am Samstag, 9. November 1918, auffordert und bekannt gibt, welche Betriebe vom Streik ausgenommen sind.

Wir vom Unionsvorstand bereiteten die Beschlüsse für die auf den Abend einberufene ausserordentliche Delegiertenversammlung vor, bestimmten die Zweige der Verwaltung und des wirtschaftlichen Lebens, die zur Versorgung der Bevölkerung in Gang gehalten werden mussten, trafen die nötigen Anordnungen, schickten dem Regierungsrat unsere Absage an seine Einladung zu einer aufklärenden Konferenz, wie dies auch unsere Kantonsratsfraktion tat. Am Abend stimmte die Delegiertenversammlung auf die Berichterstattung von Genosse Kaufmann mit Begeisterung für die Arbeitsniederlegung vom Samstag.

Samstag, 9. November

Das «Volksrecht» vom Samstag brachte an seiner Spitze den Aufruf der Arbeiterunion\* zum Proteststreik, dem von der Arbeiterschaft in der ganzen Stadt einmütig nachgelebt wurde. An der Spitze des «Tagblatts» aber veröffentlichte der Stadtrat seine Aufforderung an das städtische Personal, am Proteststreik nicht teilzunehmen. Gleichwie einzelne Angestellte ihre Arbeit im Stadthaus aufnahmen, so stellten sich auch der Strassenbahn einige Streikbrecher zur Verfügung. Mit den 17 Wagen, die bemannt werden konnten – es waren also kaum vierzig der rund tausend Strassenbahner erschienen –, suchte der Stadtrat auf den Linien 2 und 4 einen Fünfminutenbetrieb durchzuführen. Und wie! Das «Volksrecht» vom Montag berichtete über «Die Ehrenwagen des Stadtrates»:

*Wo sie kamen, bildeten sie mit ihren zwei und drei Ehrengästen als Passagiere den Gegenstand allgemeiner Bewunderung. So etwas hatte man in Zürich noch nicht gesehen: Vorn auf dem Perron vier Mann mit aufgefanztem Bajonett, hinten sechs Mann mit dem Leutnant! Und das alles, um den beiden ehrenarbeitswilligen Trämlern und ihren Jubiläumspassagieren das Recht auf Arbeit und die Schweizerfreiheit zu sichern und damit der Wille des Stadtrates geschehe. [...] Den Arbeitern im Kreise 5 stehen aber Kopf und Herz am rechten Fleck. Sie haben dem Ärger ein Ende bereitet. Sie haben einen grossen Wagen voll Kies auf das Geleise geführt und darauf umgestürzt. Unter dem grossen Jubel des Volkes mussten vor diesem Hindernis die Streikbrecherwagen umkehren, trotzdem in ihnen die Bajonette blitzten, diese Wahrzeichen und Stützen der schweizerischen Volksherrschaft!*

Dem «Situationsbericht», wie er noch am Samstag in der Sonntagsausgabe vom 10. November in der NZZ erschien, entnehme ich folgende Stellen:

*Vom frühen Morgen an ging es in den Strassen lebhaft zu. Die meisten Amts- und Dienstgebäude, ferner die Banken, die Konsulate, die Brücken und Strassenkreuzungen waren mit kleineren und grösseren militärischen Abteilungen besetzt; Patrouillen durchzogen die Stadt und Offiziere machten die Runden und verschoben je nach Notwendigkeit die bereitgestellten Kontingente. Die städtischen Werke standen unter strengster Aufsicht; so das Gas- und das Elektrizitätswerk und die Tramdepots.*

*Ein von der Streikleitung herausgegebenes und an die Soldaten gerichtetes Flugblatt verfiel der Konfiskation, noch ehe mit der Verteilung richtig begonnen werden konnte; Truppen bei der Wipkingerbrücke machten kurzen Prozess, verhafteten die ersten auftauchenden Verteiler und brachten sie mitsamt ihren Blätterstössen in die Kaserne. (So ereilte das Schicksal meinen Aufruf. A. T.) Die Versuche der Streikleitung, kein Tram ausfahren zu lassen, scheiterten; es fehlte zwar nicht an allerlei heftigen Szenen, doch fand sich unter dem Tramperso-*

ARCHIV  
STADT ZÜRICH

**Beschluss des Stadtrates**  
vom 8. November 1918  
betreffend  
**Proteststreik**  
vom 9. November 1918

**Die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter werden aufgefordert, am Proteststreik vom 9. November 1918 nicht teilzunehmen, sondern ihre Dienstpflicht zu erfüllen.**

**Zürich, den 8. November 1918.**

**Der Stadtrat.**

RODOLPH WERBACH - ZÜRICH

Aufforderung des Stadtrates an Beamte, Angestellte und Arbeiter, am Samstag, 9. November 1918, zu arbeiten.

*nal diesmal doch eine ansehnliche Zahl von arbeitswilligen Führern und Kondukteuren, mit denen der reduzierte Betrieb am Vormittag wenigstens auf einigen Hauptlinien aufrechterhalten werden konnte. Die Öffentlichkeit schuldet diesen Leuten Dank für ihren Dienst, der ihnen schwer genug gemacht wurde. Das Unflätigste an Schimpfworten bekamen sie zu hören und auch rabiate Fäuste zu spüren (Das letztere war einzelnen Streikbrechern tatsächlich auf dem Weg zum Depot begegnet. A. T.); saurer mögen sie kaum noch einen Taglohn verdient haben als an dem zweiten Generalstreiktag dieses Jahres. (Der Reporter zählt den Bankpersonalstreik am 1. Oktober mit. A. T.) Die vordere und die hintere Plattform jedes Wagens wurde mit Soldaten mit aufgefplanten Bajonetten besetzt, die die ganze Fahrt mitmachten; die Fahrgäste durften nur das Wageninnere benutzen. An den Haupthaltestellen kam es regelmässig zu tumultuarischen Szenen, sodass das Fahren für keinen der Insassen eine Annehmlichkeit war.*



Nachdem der Stadtrat am Paradeplatz sich durch Augenschein von diesen Tatsachen überzeugt hatte, beschloss er in seiner Sitzung von zwölf Uhr «mit Rücksicht auf die wachsende Erbitterung der Streikenden infolge der Fortführung des Trambetriebes», diesen um ein Uhr mittags ganz einzustellen.

Triumphierend schreibt der bürgerliche Reporter über die Hauptmasse der Demonstranten, die im Zentrum der Stadt zusammenkamen:

*Sie konnten es diesmal nicht verhindern, dass die Geschäftsinhaber zum grössten Teile ihre Geschäfte und ihre Schaufenster offen behielten, dass in den Bureaux und in allen Banken wie sonst gear-*

*Aufmarsch des Militärs am Paradeplatz (wohl am Samstag, 9. November 1918)*

*beitet wurde, dass das Personal im Stadthaus zur Arbeit antrat [...]; diesmal waren nicht sie Meister der Strasse wie das letzte Mal, kein Mann mit roter Armbinde konnte der Bevölkerung befehlen und kein Küng\* und kein Traber als Höchstkommendant im Streik diktieren, Passierscheine ausstellen und Heerschau halten wie am 1. Oktober trüben Gedenkens. Das Militär blieb von der ersten bis zur letzten Minute Meister. [...] Richtig dagegen ist, dass an der Limmatstrasse von Streikenden die Durchfahrt des Trams dadurch wirksam verhindert wurde, dass sie mit einem Wagen der städtischen Abfuhrunternehmung eine Art Barrikade errichteten.*

*Rechts: Am Sonntagmorgen (10. November 1918) verteilt die Zürcher Arbeiter-Union ein Flugblatt, in dem sie erklärt, dass sie den Streik «aus eigenen Kräften» fortsetze.*

Im Laufe des Vormittags ersuchten Ernst Nobs\*, Fritz Platten\* und ich als Abgeordnete der Arbeiterunion den Stadtrat um eine Besprechung, um die Unterlassung von Massregelungen des städtischen Personals zu erwirken. Wohl bestellte der Stadtrat dafür seine Abordnung, wünschte aber unsere Auffassung in schriftlicher Eingabe zu vernehmen. In der von Fritz Platten namens der Arbeiterunion dem Stadtrat eingereichten Zuschrift wurde Strafflosigkeit für die Beteiligung am Streik verlangt, da die eigenartige Stellungnahme des Regierungsrates den Ausstand verursacht habe. Gleichzeitig baten wir um Antwort bis halb fünf Uhr, weil dann die Delegiertenversammlung weitere Beschlüsse fassen würde. Wir betonten, dass die Stimmung der Massen eine solche sei, dass es Mühe kosten werde, den Abbruch des Streikes nach der Losung des schweizerischen Aktionskomitees durchzusetzen. Der Stadtrat beschloss dann auf den Antrag des Stadtpräsidenten Entzug des Lohnes für die versäumte Arbeitszeit in der Meinung, dass nach Ablauf des vierundzwanzigstündigen Streiks die Arbeit wieder aufgenommen werde. Zugleich tat er sich damit gross, dass er von schärfen Massnahmen absehe, weil die Aufregung, die zum Streik geführt habe, sich aus den Zeitverhältnissen erklären lasse.

An der Unionsdelegiertenversammlung vom Abend nahmen August Huggler\* und zeitweise auch Bernhard Kaufmann\* vom Oltener Aktionskomitee\* teil. Kaufmann hatte bei der Erregung der Arbeiterschaft vorausgesehen, dass der Streik weitergeführt würde, und deshalb Grimm\* gebeten, nach Zürich zu kommen. Dieser aber hatte abgelehnt und erklärt, es gebe nichts anderes; der Streik werde abgebrochen, die Zürcher hätten sich an die Parole zu halten und dürften nicht über die Schnur hauen.

Nach einer heftigen Aussprache über die allfällige Weiterführung des Streikes, bei der sich einzelne Eisenbahner bitter darüber beklagten, dass sie vom Proteststreik ausgeschlossen worden seien, so dass sie sich wie Hunde schämen müssten, da niemand zur Teilnahme mehr Grund habe als sie, wurden die Beratungen unterbrochen. Die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften traten für sich zusammen, um die Frage der Weiterführung des Streikes zu besprechen. Wie bei der herrschenden Stimmung nicht anders zu erwarten war, lauteten deren Berichte, dass sie mit überwiegenden Mehrheiten für die Fortsetzung des Kampfes seien. Auch die Strassenbahnerdelegierten hatten einmütig diesen Beschluss gefasst und

# Arbeiter Zürichs!

Der Belagerungszustand, der in Zürich herrscht, macht den Abbruch des Streiks auf den vom schweiz. Aktionskomitee festgesetzten Zeitpunkt für uns unmöglich. Wir führen den Kampf aus eigenen Kräften weiter und sind gewillt, solange auszuharren, bis die Truppen von Zürich zurückgezogen sind und die Arbeiter-Union Zürich die Bewegungsfreiheit besitzt, die sie in normalen Zeiten hatte.

Der Streik dauert auf unbestimmte Zeit weiter, und wird der Unions-Vorstand das schweiz. Aktionskomitee ersuchen, Mittel anzuwenden, um unsern Kampf wirksam zu unterstützen.

**Wir kämpfen um die Befreiung der Stadt von dem Truppenaufgebot.**

**Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit.**

**Abwendung von Maßregelungen.**

**Freilassung der politischen Gefangenen.**

**Anerkennung der Sowjetgesandtschaften.**

Jeder Arbeiter und Arbeiterin hat strikte den Beschlüssen nachzuleben. Es liegt in unserem Interesse, daß Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vermieden werden. Unsere stärkste Waffe ist der andauernde Streik.

Es lebe der Kampf!

**Arbeiter-Union Zürich.**

**Die Gewerkschaften treffen sich in ihren Lokalen Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, zu einem Hock.**

---

---

**Typographia Zürich.**

Generalversammlung heute Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Volkshaussaal.

zugleich angeregt, es möchten dabei bestimmte Forderungen gegenüber der Verwaltung erhoben werden. Daraufhin entschied die Delegiertenversammlung mit grosser Mehrheit, sich über die Weisung des Oltener Aktionskomitees hinwegzusetzen und den Ausstand weiterzuführen. Sie hiess auch die Forderungen gut, die für diesen Kampf erhoben wurden [siehe das Flugblatt auf Seite 77].

### Sonntag, 10. November

Der Stadtrat nahm in seiner Sitzung vom Sonntagvormittag zu den Forderungen der Arbeiterunion\* in folgender Weise Stellung: Ein Truppenaufgebot im erfolgten Umfang erscheine nicht erforderlich; die Aufhebung des Versammlungsverbotes könne befürwortet werden; an der Frage der Abwendung der Massregelungen solle eine Verständigung nicht scheitern; die letzten beiden Punkte unserer Forderung würden in die Befugnisse des Bundesrates fallen.

Gleichzeitig teilte der Bauvorstand II mit, dass der Strassenbahnbetrieb nicht habe aufgenommen werden können, da das Personal mit wenigen Ausnahmen nicht zum Dienste angetreten sei. Umso zahlreicher hatte es sich aber in gleicher Stunde zu unserer Generalversammlung im Volkshaus eingefunden, wo aus unsern Erfahrungen und der Stimmung des Personals heraus acht Forderungen gegenüber der Strassenbahnverwaltung erhoben wurden. Am gleichen Nachmittag fasste ich sie in folgende Eingabe:

*Zürich, den 10. November 1918*

*An den Stadtrat Zürich*

*Zusammen mit der schweizerischen Arbeiterschaft sind die Strassenbahner gestern zum Protest gegen die Truppenaufgebote in den Streik getreten. Zusammen mit der Arbeiter-Union Zürich führen sie heute den Streik weiter zur Durchsetzung jener Forderungen, die die Arbeiter-Union durch ihren Aufruf bekannt gegeben hat. Im Streike stehend, beschlossen unsere Mitglieder an der heutigen Generalversammlung, vom Stadtrat die Beseitigung jener Verhältnisse zu fordern, unter denen die Strassenbahner teilweise schon seit Jahren leiden und gegen die sie schon früher angekämpft haben. Ihre hierauf abzielenden Forderungen lauten:*

*1) Wegen der Teilnahme am jetzigen Streik dürfen keinerlei Massregelungen erfolgen.*

*2) Wegen der Teilnahme an künftigen Solidaritätsstreiken, die durch die Arbeiter-Union Zürich oder das schweizerische Aktionskomitee beschlossen werden, sollen gleichfalls keinerlei Massregelungen erfolgen.*

*3) Vollständige Anerkennung der Organisation.*

*4) Erledigung der Ruhetagsfrage auf der Grundlage, dass den Strassenbahnern die gleiche Anzahl Ruhetage gewährt wird, wie sie die übrigen städtischen Arbeiter erhalten.*

*5) Erledigung der anhängigen Eingaben.*

6) *Allgemeine Einführung des Achtsturentages und freien Samstagnachmittages für die städtischen Arbeiter und Angestellten auf spätestens 1. Mai 1919.*

7) *Einräumung einer angemessenen Vertretung der Organisation in der Strassenbahnkommission.*

8) *Die Entlassung des Direktors der Strassenbahn und seines Betriebsassistenten Drayer.*

*Der einmütige Beschluss der Strassenbahner geht dahin, es sei die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis diesen Forderungen entsprochen worden sei.*

*Schweiz. Strassenbahnverband, Sektion Zürich*

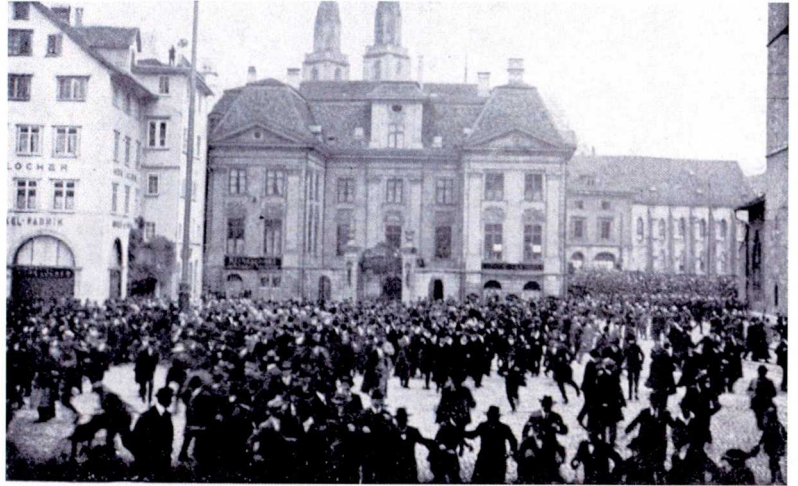
*Der Präsident: Traber*

Am gleichen Sonntagvormittag tagte auch die zahlreich besuchte Delegiertenversammlung des kantonalen Gewerkschaftskartells im Volkshaus und beschloss einstimmig, den Streik fortzusetzen und auf alle Industrieorte des Kantons auszudehnen. [Zum Proteststreik am Samstag waren im Kanton neben Zürich nur noch Winterthur und Oerlikon aufgerufen worden.] Auch die Typographen Zürichs beschlossen an diesem Vormittag den sofortigen Anschluss an den Streik.

Der Sonntagnachmittag aber brachte ein Ereignis, das die Gemüter aufs Höchste erregte. Das war die Schiesserei auf dem Münsterplatz. War am Freitag noch an der Spitze des «Volksrechts» über die ganze Breite des Blattes der Aufruf zur Revolutionsfeier auf Sonntag erschienen, so fand sich, nachdem durch den Platzkommandanten ein Verbot ausgesprochen worden war, am Samstag die Mitteilung, dass die auf den Fraumünsterplatz einberufene Kundgebung nicht stattfinde, lediglich als Einschleissel auf einer hintern Seite. Die Arbeiterschaft wurde aufgefordert, die Parole, die am Sonntag ausgegeben werde, zu beachten. Das war von Tausenden aber übersehen worden, und diese strömten auf drei Uhr nach dem Fraumünsterplatz, durch keine militärische Absperrung gehindert [siehe die Fotografien Seite 80].

Als der Platz gefüllt war – es mochten gegen fünfzehntausend Personen versammelt sein –, rückte Militär heran und suchte die Leute vom Platz zu vertreiben. Die von der Fraumünsterstrasse her anrückende, nur aus zweiundfünfzig Mann bestehende Kompanie drängte in geschlossener Kolonne mit dem Hauptmann an der Spitze durch die dichte Menge nach der Mitte des Platzes. Da sich die im Anmarsch gebildete Gasse sofort wieder hinter der Truppe schloss, fühlte sich diese bedrängt und gefangen, wurde auch mit Schmähungen überschüttet, sodass sie, um den Ring zu sprengen, kurzerhand wiederholte Salven in die Luft abgab, insgesamt über fünfhundert scharfe Schüsse. Dabei wurde ein Soldat durch einen Bauchschuss tödlich verwundet und drei Arbeiter verletzt. Die auf den Milchbuck angesagte Versammlung, die im freien Felde tagte, wurde dort durch Kavallerie auseinander getrieben.

Etwa zur gleichen Zeit hatte die vom Stadtrat gewünschte Konferenz mit dem Regierungsrat stattgefunden. Bei dieser vertrat Genosse Pflüger\* die Auffassung, es könne mit der Arbeiterunion Zürich eine Einigung erzielt werden, wenn der Regierungsrat bei den zuständi-



*Mit zwei Angriffen sprengt das Militär die «Revolutionsfeier» auf dem Münsterhof am 10. November 1918: zuerst durch eine kleine, von der Fraumünsterstrasse heranrückende Einheit von Infanteristen, und, etwas später, durch eine Abteilung von der Münsterbrücke her (Bilder).*

gen Behörden um eine wesentliche Herabsetzung des Truppenaufgebotes einkomme; der Streik würde dann eingestellt. Nach einer Sonderberatung des Regierungsrates hatte dieser der stadträtlichen Abordnung eröffnet, dass er einverstanden sei, abends sechs Uhr mit einer Vertretung der Arbeiterunion zusammenzukommen, um eine Verständigung auf folgender Grundlage zu versuchen:

*1) Die Arbeiterunion beschliesst noch im Laufe des Abends den Abbruch des Generalstreikes für die Stadt und den Kanton. Daraufhin ist der Regierungsrat bereit, bei der zuständigen Behörde dahin zu wirken, dass ein Teil der Truppen von Zürich weggenommen wird, wobei der Entscheid über die Entlassung der Truppen dem Bundesrat zusteht.*

*2) Der Regierungsrat wird anlässlich seiner Berichterstattung über die Vorfälle der vergangenen Woche dem Kantonsrat vorschlagen, die Zusammensetzung des Regierungsrates der proportionalen Zu-*

*sammensetzung des Kantonsrates anzupassen. Um dies zu ermöglichen, werden drei Mitglieder des Regierungsrates ihre Mandate zur Verfügung stellen. Dieser umgruppierte Regierungsrat wird dem Kantonsrat in kürzester Frist ein Programm vorlegen, das die Forderung für die Einführung des achtstündigen Normaltages enthält.*

*3) Der Regierungsrat muss verlangen, dass die Arbeiterunion der kantonalen Polizeidirektion helfe, diejenigen Gruppen festzustellen, die auf terroristische Akte ausgehen und welche sich überhaupt ausserhalb von Verfassung und Gesetz stellen.*

Auch wenn man von der durch die Vorfälle am Nachmittag verstärkten Kampf Stimmung absah, waren diese Vorschläge nicht zu einer aussichtsreichen Verhandlung geeignet. Nicht nur, dass der Regierungsrat den sofortigen Streikabbruch zur Voraussetzung für seine Zugeständnisse machte, auch seine dritte Forderung, die die Arbeiterunion zur Angeberin und zum Polizeibüttel herabgewürdigt hätte, konnte nicht akzeptiert werden.

Es charakterisiert den damaligen Polizeidirektor Dr. Wettstein, der der schlaueste aller Regierungsräte sein wollte und seine Kollegen in diesen Sachen auch am Gängelband führte, dass er in der unkritischsten Weise auf alle ihm zugetragenen Spitzelberichte hereinflie, mit seiner Angst vor dem kommenden Putsch und der Gefangensetzung des Regierungsrates auch seine Kollegen ansteckte, sodass sie mit ihm ihren ständigen Aufenthalt in der Kaserne nahmen – das «Volksrecht» schrieb, das Burghölzli wäre angemessener gewesen –, bis die Stadt von Militär überfüllt war. Welche kindischen Begriffe Dr. Wettstein von der Arbeiterbewegung hatte, verriet er auch dadurch, dass er, wie dies im Landesstreikprozess ans Licht kam, einen Umsturz fürchtete, verursacht durch einige Millionen aus Russland zufließender Rubel. Er zeigte hier schon den gleichen Weitblick, der ihn kurze Zeit später dazu verführte, einer ganz gewöhnlichen Hochstaplerin, die oben in Wädenswil die Wohltätigkeitsdame spielte, einen regierungsrätlichen Staatsbesuch abzustatten, was dann, als die Entlarvung erfolgte, alle Fastnachtsblätter mit frohem Gelächter füllte.

Die Arbeiterunion beschloss dann an der Delegiertenversammlung vom Sonntagabend mit 220 gegen 102 Stimmen, jegliche Besprechung mit dem Regierungsrat abzulehnen.

Ab sieben Uhr abends tagte in Bern das Oltener Aktionskomitee\* mit einer Abordnung der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei und des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes.

Am Sonntagvormittag hatten Grimm\* und Ilg\* im Bundeshaus vorgesprochen, um den Rückzug der Truppen aus Zürich zu verlangen. Bei einer neuerlichen Besprechung nachmittags drei Uhr erklärte Bundespräsident Calonder\* der erweiterten Abordnung des Oltener Aktionskomitees, er breche jede Beziehung zu ihrem Ausschuss ab. Was sollte das Oltener Aktionskomitee – weder vom Bundesrat noch von den Streikenden in Zürich anerkannt – nun machen? Abdanken und die Führung der sich erweiternden Bewegung ändern überlas-

sen, nachdem man in seinem Machthaber diese leitenden Stellungen in der Arbeiterbewegung errungen hatte? Nimmermehr!

Jetzt waren sich alle einig, den Landesstreik auszulösen. Friedrich Schneider\* nannte den Ausspruch Bundesrat Calonders, mit dem Oltener Aktionskomitee nicht mehr weiter zu verhandeln, eine Grosshanserei. Unsere Kleinhansen aber griffen mit dem Mut der Verzweiflung nach dem ihrer Hand entgleitenden Steuerrad und arbeiteten noch in der Nacht den Streikaufruf aus, der in seinen schwungvollen Redewendungen die Feder Robert Grimms verrät. So lang er ist, ich muss ihn doch ungekürzt wiedergeben, weil er eine denkwürdige Urkunde ist und dazu angetan war, die gläubigen Arbeiter zum letzten Einsatz anzufeuern [siehe Seiten 83 und 84]. Und dabei waren es nur die hohlen Worte einer wild gewordenen, aber doch von Angst erfüllten Führerschaft.

Doch blieb es diesmal nicht bei dieser einfachen Unterschrift, wie sie der Aufruf zum Proteststreik am 7. November noch kühn getragen. Es folgten in alphabetischer Reihenfolge die Namen seiner Mitglieder – womit der Präsident bescheiden in die Mitte rückte –, dann die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, wiederum in namentlicher Anführung aller ihrer Mitglieder, desgleichen das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und schliesslich noch die sozialdemokratische Nationalratsfraktion mit ihren wohlgezählten neunzehn Mitgliedern. Das gab im Ganzen, eingeschlossen die Doppelzählungen, achtundvierzig stolze Namen, die dem arbeitenden Volk der Schweiz den Weg in die neue Zeit wiesen. Dieses wusste freilich nicht, dass ein Grossteil der Unterzeichner weder am Beschluss mitgewirkt noch den Aufruf gesehen hatte, ja, dass die Namen der Nationalräte entgegen dem ausdrücklichen Widerspruch des Fraktionspräsidenten Dr. Affolter\*, der mit Recht den Standpunkt einnahm, dass man nicht ungefragt über die Namen verfügen dürfe, aus Grimms Willen den Aufruf zierten. Aber auf diese Weise hatten die Helden von Olten einen dreifachen Wall um ihr Komitee gebaut, hinter dem sie sich, unter so vielen andern, einigermassen geborgen fühlten.

*Rechts: das Oltener Komitee verhängt den allgemeinen Landesstreik ab Montag, 11. November 1918, 24 Uhr.*

### Montag, 11. November

Wir aber, die damals diese Hintergründe und Zusammenhänge nicht kannten, waren begeistert, dass die oberste Leitung den Mut zur Auslösung des Landesstreikes gefunden hatte. Geradezu feierlich stimmte die Ruhe auf den Strassen, wo ohne Gefahr zwischen den Tramgeleisen geschritten werden konnte. Wo ein Auto erschien, gehörte es sicher einem Arzte, dessen Chauffeur sich im Volkshaus den Passierschein verschafft hatte. Dort fand ich mich am Montagmorgen zeitig ein, erfuhr, dass kein Zug weder Zürich noch Winterthur verlassen hatte und dass die Postangestellten mitmachten. Ich liess mir von Walter Kopp\*, der neben Konrad Wyss\* die belebte Seele des Streikausschusses war, die rote Armbinde aufdrängen, die Befehlsgewalt verkörperte und mit der ausgezeichnet ich den Weg zum Rathaus, zur Kantonsratssitzung, antrat.



# An das arbeitende Volk der Schweiz!

Mit unerwarteter Wucht und seltener Geschlossenheit hat die Arbeiterklasse fast aller grösseren Städte des Landes durch einen 24stündigen Streik gegen die provozierenden Truppenaufgebote des Bundesrates protestiert. Das Distrikt-Aktionskomitee, die legitime Vertretung der schweizerischen Arbeiterorganisationen, hat im Anschluß an den glänzend verlaufenen Proteststreik die sofortige Zurückziehung der Truppen verlangt.

Dieses Verlangen ist vom Bundesrat abgelehnt worden. In der großen Zeit, da im Auslande der demokratische und freiheitliche Gedanke triumphiert, in dem geschichtlichen Augenblicke, da in den bisher monarchischen Staaten Throne wanken und Kronen über die Straßen rollen, in dem feierlichen Moment, da die Völker Europas aus einer Nacht des Grauens und des Schreckens erwachen und selbsttätig ihr eigen Geschick schmieden, beist die Bundesrat der „ältesten Demokratie Europas“ die wenigen Freiheiten des Landes zu erwürgen, den Belagerungsstand zu verhängen und das Volk unter die Fuchtel der Bajonette und Maschinengewehre zu stellen.

Eine solche Regierung beweist, daß sie unfähig ist, der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. Unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung, die innere und äußere Sicherheit des Landes zu schützen, setzt sie Ruhe und Ordnung, die innere und äußere Sicherheit des Landes frivoloß aufs Spiel. In einer ihr nicht zukommenden Annahme gibt sie sich als eine Regierung der Demokratie und des Volkes. In Wahrheit haben Demokratie und Volk in der denkwürdigen Abstimmung vom 13. Oktober den gegenwärtigen verantwortlichen Behörden des Landes das Vertrauen entzogen.

Diese Behörden haben das Recht verwirkt, im Namen des Volkes und der Demokratie zu sprechen, von denen sie desavouiert worden sind. Sie haben das Recht verwirkt, das Schicksal eines Volkes zu bestimmen, das ihrer Politik die Zustimmung versagt. Jetzt ist der Augenblick gekommen, da das werktätige Volk einen entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung des Staatslebens zu nehmen hat.

Wir fordern die ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen. Wir fordern, daß die neue Regierung sich auf folgendes Minimalprogramm verpflichtet:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf Grundlage des Proporzgesetzes.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.

6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.

7. Alters- und Invalidenversicherung.

8. Staatsmonopole für Import und Export.

9. Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.

Dieses Programm bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist das Minimum dessen, was das werktätige Volk zu verlangen berechtigt ist.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß auf dem Wege der Verhandlungen wirkliche Zugeständnisse von den Behörden nicht zu erlangen sind. Sie haben Verständnis für das Interesse der Besitzenden, sie schonen die Preistreiber und Spekulanten und versagen dem arbeitenden Volke den Schutz. Das Volk muß sich selber helfen, will es nicht weiterhin den Reichen und Mächtigen ausgeliefert bleiben.

Aus diesem Grunde haben die unterzeichneten Organisationsleitungen einstimmig und nach reiflicher Erwägung der innern und äußern Lage die

## Verhängung des allgemeinen Landesstreiks

beschlossen. Der Streik beginnt Montag den 11. Nov., nachts 12 Uhr. Er soll die Arbeiter und Arbeiterinnen aller öffentlichen und privaten Unternehmungen aller Landesgegenden umfassen. Nachdem der Bundesrat die in dem befristeten Streik vom 9. November enthaltene Warnung mit neuen Herausforderungen beantwortete, ist der allgemeine Landesstreik bis zur Erfüllung unserer Forderungen fortzusetzen. Der Streik ist erst abzubrechen, wenn die unterzeichneten Organisationsleitungen es verfügen.

### Arbeiter!

Wir zählen auf euch! Wir erwarten, daß ihr unsern Kampf, der die arbeitenden Massen einer glücklicheren Zukunft entgegenführen soll, mit reskloser Hingabe unterstützt. Lange genug habt ihr euch von der herrschenden Klasse narren und mit Bettelbrocken abspießen lassen. Nun muß die Langmut ein Ende nehmen, jetzt habt ihr entschlossen, im opfervollen Kampfe, wenn anders es nicht geht, für euer Interessen einzustehen.

### Wehrmänner!

An euch werden die Herrschenden appellieren, das gegenwärtige Regime mit Waffengewalt zu schützen. Euch mutet man zu, auf die eigenen Landeskinde zu schießen, vor dem Mord an eurer eigenen Frau, euren eigenen Kindern nicht zurückzufretzen. Ihr werdet das verweigern. Ihr werdet nicht zum Hente an den eigenen Angehörigen und Volksgenossen werden. Zur Vermeidung blutiger Konflikte fordern wir euch auf, in allen mobilisierten Einheiten Soldatenräte zu bilden, die im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ihre Maßnahmen treffen.



### **Eisenbahner! Staatsangestellte!**

An euch wird man das Ansehen richten, Streikarbeit zu leisten. Man wird euch der Zwangsmobilisation unterstellen. Weigert euch zu Schädlingen an den eigenen Interessen zu werden. Beantwortet die Mobilisation mit der Weigerung zur Verrichtung von Streikarbeit. Eure Entschlossenheit vermag den Kampf abzukürzen, von eurem Verhalten wird der Ausgang des Landesstreiks bestimmt.

Die Arbeiterorganisationen fordern wir auf, für eine ernste und würdige Durchführung des Streiks zu sorgen. Von den Buchdruckern erwarten wir, daß sie sich weigern, bürgerliche Blätter erscheinen zu lassen. Sie werden es unterlassen, Nachrichten zu drucken, die gegen unsere Volksbewegung gerichtet sind.

Zur Sicherstellung der Ernährung sind von den lokalen Arbeiterorganisationen Massenpeisungen unter be-

hürdlicher Mithilfe in die Wege zu leiten. Keine Requisition von Lebensmitteln, wohl aber gemeinsamer Einkauf durch Gemeinden und Organisationen. Jeder stehe dem andern bei, niemand verweigere die werktätige Hilfe.

Während der Dauer des Streiks ist jeglicher Alkoholgenuss zu unterlassen. Das Offenhalten der Wirtschaften und Ladengeschäfte ist nach den Weisungen der örtlichen Organisationen durchzuführen. Wer ihren Beschlüssen zuwiderhandelt, schädigt die eigne Sache.

Und nun entschlossen vorwärts! Weißt jede Provokation, von welcher Seite sie komme, entschieden zurück. Organisiert und geschlossen muß der Streik durchgeführt werden. Der Anarchie, dem Putschismus, verhängnisvollen Sonderaktionen setzen wir die organisierte Massenkampftaktion entgegen. In ihrem Zeichen wollen wir kämpfend siegen oder sterbend untergehen.

## **Hoch die Solidarität! Es lebe die neue Zeit!**

Bern, 11. November 1918.

### **Das Oltenener Aktionskomitee:**

Mitglieder: Allgöwer, Düby, Dürr, Graber, Grimm, Huggler,  
Hlg, Kaufmann, Schneider, Schürch, Dr. Woter.

### **Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz:**

Mitglieder: Rosa Bloch, Fährndrich, Greulich, Gschwend, Klöti,  
Kobss, Plüger, Platten, Reithaar, Agnes Robmann.

### **Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes:**

Mitglieder: Dürr, Eugster, Greutert, Leuenberger, Nieder, Ryser,  
Schifferstein, Schneeberger.

### **Sozialdemokratische Nationalratsfraktion:**

Mitglieder: Dr. Affolter, Brand, Düby, Eugster-Züst, Frei, Graber, Greulich,  
Grimm, GrosPierre, Huggler, Hlg, Müller, Raine, Platten,  
Rimathé, Ryser, Schmid, Schneeberger, Dr. Studer.

Das Gebäude war rings von Soldaten mit aufgefplanten Bajonetten umstellt, von denen sich einer angelegentlich nach dem Sinn meiner Armbinde erkundigte. Im Bewusstsein, dass ich vorerst im Ratssaal nicht zu befehlen hätte, versorgte ich die Binde in der Manteltasche.

Erst erstattete der Regierungspräsident Bericht über die zurückliegenden Tage und wiederholte die Gerüchte von Bombenfunden, einem beabsichtigten Putsch und fügte neu die Meldung einer reichen Wohltäterin vom Zürichberg bei, die telephonisch von einem ungenannten Beschenkten gewarnt worden sei, sie möchte in den nächsten Tagen ihre Haustüre verschliessen. Der Regierungspräsident betonte, dass unter der Arbeiterschaft zwei Gruppen beständen, die sich ausserhalb von Gesetz und Verfassung stellten: die Forderungsleute\*, die die Kommunistische Partei\* gegründet, und die restlosen Verehrer der Bolschewiki\* um Fritz Platten\*, den intimen Freund von Lenin\*. Mit diesen zusammen setzte sich das «Volksrecht» unverhohlen für die Weltrevolutionierung ein, so dass der Regierungsrat, als die Umwälzungen in unsern Nachbarstaaten erfolgten, auch für Zürich habe das Ärgste befürchten müssen. Als dann in den gleichen Tagen das letzte in der Stadt Zürich stationierte Bataillon ins Rheintal verlegt worden sei, habe er sich um militärischen Schutz an den Bundesrat gewandt, wobei er auf die Höhe des Aufgebotes keinen Einfluss gehabt habe. Der Regierungspräsident wiederholte auch sein Anerbieten, durch den Rücktritt dreier Mitglieder eine neue Zusammensetzung des Regierungsrates zu ermöglichen und diesen mit der Ausarbeitung eines fortschrittlichen Programms zu beauftragen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion hatte bereits am 8. November die Motion eingereicht, der Regierungsrat möge beim Bundesrat die nötigen Schritte tun, damit das Militäraufgebot unverzüglich aufgehoben werde. An der Sitzung vom 11. November lagen auch Motionen von verschiedenen andern Fraktionen vor. Die Grütliauer\* erachteten das Truppenaufgebot für nicht notwendig, billigten gleichzeitig dem Regierungsrat zu, in guten Treuen gehandelt zu haben. Sie erklärten sich für die Ausweisung von Ausländern, die die Ruhe und Sicherheit gefährdeten oder sich nicht über eine nützliche Arbeit ausweisen konnten, und gaben ihrer Befriedigung Ausdruck, dass der Regierungsrat teilweise erneuert und die Sozialpolitik stärker gefördert werden solle. Schliesslich empfahlen sie der Regierung die wohlwollende Prüfung der Forderungen des Oltenener Aktionskomitees\*. Die Christlichsozialen\* empfahlen die Erhöhung der Mitgliederzahl des Regierungsrates auf neun und deren Bestellung durch das Verhältniswahlverfahren.

Namens der bürgerlichen Fraktionen verfocht der Freisinnige Dr. Schmid den Antrag, es sei dem Bundesrat und dem Regierungsrat für ihre Massnahmen der Dank auszusprechen; Ausländer, welche Ruhe und Ordnung gefährdeten, seien unnachsichtig des Landes zu verweisen und diejenigen von ihnen, die sich gegen Gesetz und Verfassung vergangen, zur Verantwortung zu ziehen. Den Truppen und ihrer Leitung sei die energische und besonnene Durchführung ihrer Aufgabe ebenfalls zu verdanken.

Darüber wurde während dreier Tage verhandelt. Wohl stimmten die Bürgerlichen grundsätzlich dem Fortschrittsprogramm des Regierungsrates zu, überwiesen die Motionen der Grütliauer und Christlichsozialen an den Regierungsrat, wie auch einen Antrag des Genossen Pflüger\*, der den Regierungsrat zur baldigen Vorlage eines kantonalen Gesetzes über den Achtstundentag verpflichtete; ja, sie empfahlen sogar der Bundesversammlung eine rasche Prüfung der sozialen Postulate, mit welchen die Forderungen des Oltener Aktionskomitees gemeint waren. Dennoch blieb für uns der Abschluss unbefriedigend, da die Bürgerlichen den Regierungsrat und seine Massnahmen deckten und von einer Herabsetzung des Truppenauf-

*Schon am Sonntag, 10. November 1918, also noch vor dem Oltener Komitee, proklamiert die Sektion Zürich des Schweizer Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes die Fortsetzung des Streiks und erteilt gleich noch Dispens an die Beschäftigten jener Betriebe, die mit der Arbeit nicht aussetzen können. – Rechts: Oberstdivisionär Sonderegger droht mit dem Einsatz von Handgranaten.*

ARCHIV  
DER  
STADT ZÜRICH

# An das städtische Personal!

---

## Der Streik der Zürcherischen Arbeiterschaft dauert weiter.

Jeder Lohnarbeiter, der sich gegen die ungerechtfertigte und jedes demokratische Empfinden tief verletzende Unterdrückung des Volkes durch das **ungeheuerliche Militäraufgebot** zur Wehre setzen will, beteiligt sich am Streik! Insbesondere darf kein organisierter Arbeiter zum Dienst antreten.

### Heraus zum Kampf!

Vergeltet der Gesamtarbeiterschaft die euch schon so oft erwiesene Solidarität.

### Bleibt weg von der Arbeit!

**Schweiz. Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband**  
**Sektion Zürich,**  
Städtische Arbeiter und Angestellte.

---

Vom Streik sind dispensiert:

**Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke** (nur Betrieb und Piquetstellung);  
**Obstzentrale und Dörranlage;**  
**Lebensmittelamt, Abfuhrwesen und Kehrichtverbrennung;**  
**Sanität und Bestattungspersonal;**  
**Viehbesorger und Personal der Kühlanlage** im Schlachthof;  
**Auszahlung der Kriegsnot- und Bedürftigenunterstützung** (Informationsdienst eingestellt).

---

## Versammlung

**morgen Montag, den 11. November, vormittags 9 Uhr**  
**im Kasino Außersihl. Keiner fehle!**

GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH.

gebotes nichts wissen wollten, bevor der Generalstreik abgebrochen und die Arbeit im ganzen Kanton wieder aufgenommen würde. Unsere Fraktion kritisierte den draufgängerischen Platzkommandanten Oberst Sonderegger\* scharf, der nicht nur das Streikpostenstehen untersagt und die Soldaten angewiesen hatte, bei jeder Widersetzlichkeit sofort von der Waffe Gebrauch zu machen, sondern auch

das Militär mit Handgranaten ausgerüstet und öffentlich bekannt gegeben hatte, dass, wenn aus Häusern geschossen, die Truppe mit Handgranaten antworten würde. Auch dieser Antrag, der eine Entspannung anstrebte, wurde von der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

### Dienstag, 12. November

Auch nicht erfolgreicher waren die Verhandlungen in der Bundesversammlung verlaufen. Auf Dienstag, den 12. November, an welchem Tag der Landesstreik durch die Arbeitsverweigerung der Eisenbahner allgemein wurde, hatte der Bundesrat die Volksvertreter nach Bern einberufen. Auf durch Techniker zusammengestellten und geführten Zügen gelangten die Räte nach Bern.

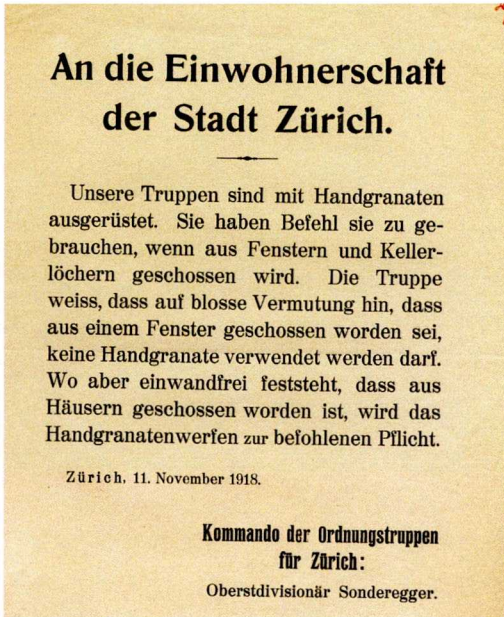
### Mittwoch, 13. November

Am Mittwoch, dem 13. November, stand an der Spitze des «Volksrechts» eine Erklärung des Oltener Aktionskomitees\* und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion, aus der zu ersehen war, dass der Bundespräsident vor der Bundesversammlung eine Rede gehalten habe, aus der nur mit Bestimmtheit entnommen werden könne,

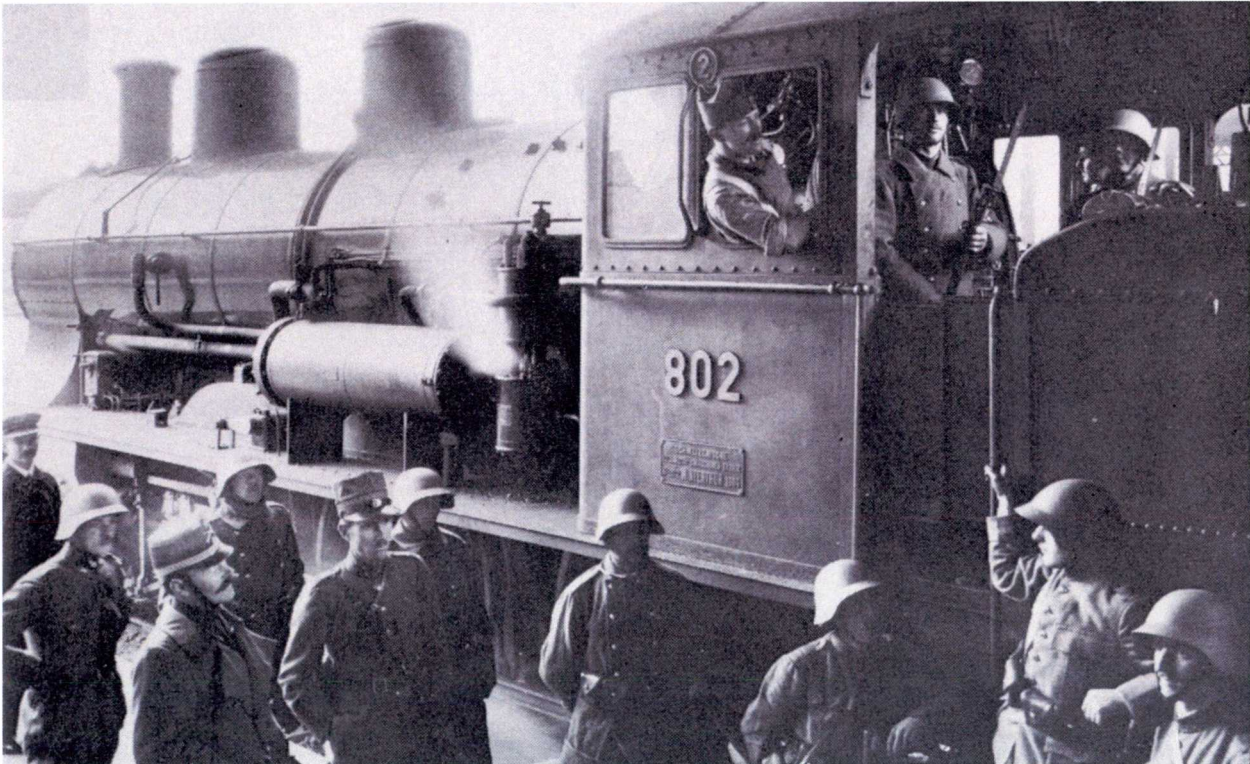
1. dass dem Militär das Schiessen auf das Volk befohlen würde, wenn es nötig sei,
2. dass in der Dezembersession ein Proporzgesetz vorgelegt und der Nationalrat für 1920 nach dem Proporz gewählt werden könne,
3. dass man der Sozialdemokratie eine Vertretung im Bundesrat einräumen wolle.

Doch sei nicht gesagt worden, wie stark die Vertretung der Arbeiterschaft im neu zu bildenden Bundesrat sein werde, und in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen seien nur nichtsagende Redensarten zu hören gewesen. Der Kampf sei deshalb weiterzuführen. Diese Ermahnung bedurfte die Arbeiterschaft freilich nicht, die überall dem Ruf mit Überzeugung und Geschlossenheit gefolgt war.

Als dieser erste Bericht unserer obersten Kampfleitung den Streikenden zu Gesicht kam, wand sich diese bereits wieder in neuen Krämpfen. Die Fraktion machte Politik ohne Fühlung mit dem Oltener Aktionskomitee. Die Tast- und Verständigungsversuche wie auch die Anträge erweckten den Eindruck der Unsicherheit und ermunterten den Bundesrat, schon am Mittwochmorgen, dem zweiten Tag des allgemeinen Landesstreiks, an das Oltener Aktionskomitee ein Ultimatum zu richten, dem Generalstreik noch am gleichen Tag ein Ende zu machen und dies dem Bundesrat bis abends fünf Uhr schriftlich zu bestätigen, andernfalls dies als Weigerung aufgefasst würde.



Das Aktionskomitee, über das bereits ein militärischer Hausarrest verhängt war und das erfasst hatte, dass diese Weigerung seine Gefangensetzung bedeuten würde, wies das bundesrätliche Ansinnen nicht mit Stolz und Verachtung zurück, eingedenk der schönen Schlussworte seines Aufrufes an das arbeitende Volk der Schweiz von «kämpfend siegen oder sterbend untergehen». Es verlangte vielmehr eine Erstreckung der gesetzten Frist bis Donnerstag morgens acht Uhr. Der Bundesrat, der damit bereits gesiegt hatte, verlängerte ihm die Galgenfrist grossmütig bis Mittwoch Mitternacht, innert



welcher Zeit es dann der Aufforderung gehorchte. Ein leichtes Aufflackern von Trotz bekundete es gegenüber dem Begehren, der Aufforderung zum Streikabbruch solle der bundesrätlichen Zensur unterbreitet werden. Dagegen bäumte sich die Eitelkeit des wortgewaltigen Präsidenten auf. Der Bundesrat zeigte sich auch hierin nicht kleinlich. Und so stimmte, was vom Aktionskomitee und sonst noch zugegen war, für den Abbruch bis auf Schneider und Grimm.


#### Donnerstag, 14. November

*Um den Bahn- und Postverkehr während des Landesstreiks einigermassen aufrechtzuhalten, wird neben der Armee auch «in aller Eile» ausgebildetes Personal eingesetzt. Rechts: Das Lokomotivpersonal warnt die Bevölkerung davor, sich diesem «anzuvertrauen».*

Uns traf die Nachricht vom Abbruch des Streiks im Laufe des Donnerstagsvormittags wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Niemand konnte den Beschluss begreifen und hielt ihn erst für ein falsches, vom Gegner in Umlauf gesetztes Gerücht. Als sich aber der Bericht bewahrheitete, da galt es, die Vorkehrungen für den Streikabbruch auch unsererseits zu treffen. Nachmittags zwei Uhr trat die Delegiertenver-

sammlung zusammen, in der unsere Vertreter für die Besprechung mit einer Abordnung des Regierungsrates und des Stadtrates bestimmt wurden. Es galt, Straffreiheit für die Teilnahme am Streik zu erwirken. Bei dieser Besprechung, an der von Seite des Stadtrates der Stadtpräsident und Stadtrat Kern\* anwesend waren, wurde zugesichert, dass die einfache Teilnahme am Streik keine Massregelung zur Folge haben sollte, und auch in Bezug auf einen allfälligen Lohnabzug sicherte uns der Stadtpräsident zu, dass der Stadtrat nicht kleinlich sein werde. Ähnliche Zusicherungen erhielten wir von

ANCH  
STADT ZÜ



## An die Bevölkerung

Wir machen die Wahrnehmung, daß auf dem Platze Zürich Schüler aus der Industrieschule, 16—18jährig, von einem im Fahrdienst unerfahrenen Techniker des Depot Zürich in aller Eile für den Führer- und Heizerdienst instruiert werden.

Es muß selbst für einen Laien begreifbar sein, daß der Beruf auf der Lokomotive nicht in einigen Stunden erlernt werden kann. Es wäre unverantwortlich, wenn diese teils noch sehr jungen Schüler für das sich im Streit befindliche Lokomotivpersonal auf der Strecke oder in Bahnhöfen, also im Fahrdienst, Verwendung finden sollten.

Wir machen das reisende Publikum auf dieses, wir dürfen es mit aller Bestimmtheit sagen, geradezu gefährliche Unternehmen aufmerksam und warnen das Publikum, sich einem von solchen Leuten geführten Zug anzuvertrauen.

Die Verantwortung für eventuell eintretende Eisenbahnunfälle müßten wir jenen Instanzen überlassen, die dieses frivole Spiel mit dem Leben des reisenden Publikums angeordnet haben.

**Das schweiz. Lokomotiv-Personal.**

## An das reisebedürftige Publikum.

Das betriebsgewandte Personal der Verkehrsanstalten befindet sich **restlos im Ausstande**. Kein Angestellter des Lokomotiv-, Zugs- oder sonstigen Betriebsdienstes versieht gegenwärtig seinen Dienst.

**Allfällige Züge, die ausgeführt werden, sind von unkundigem Personal bedient.**

Die unterzeichneten Personalorganisationen glauben im Interesse der Bevölkerung zu handeln, sie auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen.

**Die Lokomotivpersonalverbände.  
Der Zugpersonalverein.**

den Vertretern des Regierungsrates. Diese erklärten auch, sie seien der Auffassung, dass die Fraktionen moralisch an die Beschlüsse des Kantonsrates gebunden seien.

Die nach der Rückkunft der Delegation fortgesetzte Tagung der Unionsdelegierten beschloss nach Kenntnisaufnahme dieser Berichte, der Aufforderung des Aktionskomitees auf Abbruch des Streikes nachzukommen. Der Beschluss war uns allen schwer geworden; bedrückten Herzens und vielfach mit nassen Augen wurde ihm beigepflichtet. Niemand von der Leitung wollte ihn der Arbeitermasse, die sich vor dem Volkshaus eingefunden hatte, mitteilen. Schliesslich fand sich dazu der Genosse Bobst\* bereit.

In diesen Verhandlungen und Aufregungen wurde von der militärischen Besetzung des «Volksrechts» kaum Notiz genommen. Offenbar wollte Sonderegger\*, da das «Volksrecht» während der Streiktage das einzige Blatt gewesen, das in Zürich regelmässig erschienen war, mit der Stilllegung der Druckerei einen erhöhten Druck auf die Zürcher Arbeiterschaft ausüben, um sie zum Streikabbruch zu nötigen.

Er hatte deshalb das in Bassersdorf liegende Militär in die Stadt gerufen, und dieses sperrte am Nachmittag um drei Uhr das Gebäude ab und besetzte die Druckerei mit Soldaten. Vorsorglicherweise und etwas Ähnliches für das Volkshaus befürchtend, hatten wir in den letzten Tagen die Sitzungen des Unionsvorstandes in einer unscheinbaren Wirtschaft in der Enge abgehalten. Eingedenk der Jagd der Untersuchungsorgane nach den Protokollen beim Generalstreik 1912 hatten wir auch von der Führung von Protokollen abgesehen.

Nach der Unionsdelegiertenversammlung fand noch eine Generalversammlung der Strassenbahner statt. Ich gab den Mitgliedern Bericht von den Beschlüssen der Unionsversammlung und den Verhandlungen mit dem Stadtrat. Nach einer regen Aussprache, in der das Oltener Aktionskomitee\* ob seiner Losung einmütig verurteilt wurde, beschloss die Versammlung mit Mehrheit, sich dem Beschluss der Arbeiterunion zu fügen und am Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen.

### Freitag, 15. November

Der Stadtrat nahm in seiner Sitzung vom Freitag Stellung zum Streikabbruch. Er teilte uns mit, dass er unsere Eingabe vom 10. November als hinfällig betrachte, wobei die Wünsche, die sich auf eine Verbesserung der Arbeits- und Dienstverhältnisse richteten, durch neue Eingaben wieder vorgebracht werden könnten. Bezüglich des Lohnes beschloss er mit seiner bürgerlichen Mehrheit, dem städtischen Personal den Lohn für alle Streiktage abzuziehen. Das veranlasste die Genossen Klöti\*, Lang\* und Vogelsanger\* – Pflüger\* war krankheitshalber abwesend –, in einer späteren Sitzung folgende Erklärung zu Protokoll zu geben:



*Die Erklärung der Mitglieder des Regierungsrates und des Stadtrates, sie würden sowohl was die Massregelungen als was die Lohnabzüge anbelange, keinen kleinlichen Standpunkt einnehmen, konnte von den Vertretern der Arbeiterschaft nur dahin verstanden werden, dass die anwesenden Mitglieder des Regierungsrates und des Stadtrates nicht für den ganzen Lohnabzug stimmen werden. Für den Entscheid der Delegiertenversammlung der Arbeiterunion\*, ob der Streik fortzusetzen sei, hat diese Erklärung eine wichtige Rolle gespielt. Stadtpräsident Nägeli\* und Stadtrat Kern\* haben trotzdem den vollen Lohnabzug verlangt und beschliessen helfen. Die Arbeiterschaft hat darin einen Wortbruch, mindestens ein zweideutiges Verhalten, erblickt. Die Stadträte Dr. Klöti, Lang und Vogelsanger sind nicht in der Lage, Stadtpräsident Nägeli und Stadtrat Kern gegen diesen Vorwurf in Schutz zu nehmen.*

In seinem Leitartikel im «Volksrecht» vom 15. November gab Genosse Nobs\* dem Empfinden der Zürcher Arbeiterschaft Ausdruck:

«Studenten als Briefträger, unter dem Schutz von Landsturmännern» («Zürcher Wochen-Chronik»)

*Es ist zum Heulen! Niemals ist schmälicher ein Streik zusammengebrochen. Zusammengebrochen nicht unter den Schlägen des Geg-*

ners, nicht an der Entkräftung, nicht an der Mutlosigkeit der eigenen Truppen, sondern an der feigen, treulosen Haltung der Streikleitung. Es ist eine Kapitulation, wie sie in der Geschichte des Generalstreiks einzig dasteht! Es gibt siegreiche und verlorene Landes-Generalstreiks, aber niemals ist ein Grosskampf unter Umständen, wie sie diesmal bestanden, auf Gnade oder Ungnade abgebrochen worden. Nie hat eine Führung dermassen versagt wie hier. Ein Generalstab, der beim dritten Schuss desertiert! Die Kritik, der das Aktionskomitee ausgesetzt war und die namentlich im «Volksrecht» einen starken Widerhall fand, hat eine furchtbare Bestätigung im Gang der Ereignisse gefunden. Auf jede Kritik antwortete der Präsident des Aktionskomitees mit einer virtuosen Spiegelfechtereie. Nun erwahrt sie sich in ungeahnter Weise zum furchtbaren Schaden des schweizerischen Proletariats. Das Aktionskomitee war immer stark in grosstönenden Worten, in bombastischen Drohungen. Es war ein Meister der theatralischen Regie. Aber es war nichts dahinter. Es blieb Mache, berechnet auf optische Täuschung. Ein Windhauch blies die gemalte Szenerie zusammen. Ein Exempel: Am Dienstag noch forderte das Aktionskomitee zur Bildung von Soldatenräten auf. In der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag blies es zum Rückzug mit der lächerlichen Erklärung, dies geschehe, «um nicht den Bürgerkrieg herbeizuführen».



Als es galt, die Verbindungen zu sichern, noch unentschlossene Kontingente anzufeuern, neue Positionen zu beziehen, Befehle nach allen Richtungen zu geben und dabei kühles Blut und klaren Kopf zu behalten und die Übersicht nicht zu verlieren, da liess man sich durch die intransigente Haltung des rückständigsten Parlaments Europas und durch die polternden Drohungen des Bundesrates einschüchtern. Die Schlacht stand ausgezeichnet, da klappte die Führung zusammen und lieferte eine heroische Truppe dem Feind aus – bedingungslos!

Im Hinblick darauf, dass Ernst Nobs als erster sozialdemokratischer Vertreter in den Bundesrat einziehen durfte, entbehren von seinen weiteren Ausführungen die nachfolgenden nicht eines gewissen Reizes:

*Für viele [Bürgerliche] war nicht minder schwer die Zubilligung einer Vertretung im Bundesrat und in der zürcherischen Regierung. Freilich schätzen wir gerade diese Konzessionen viel niedriger ein, als die meisten Bürgerlichen wohl glauben. Es sind nicht die Dümmersten unter ihnen, die da genau wissen, dass sie mit dem Ministerialismus der Arbeiterschaft ein Danaergeschenk machen. Wir sind Gegner des Ministerialismus, und es ist nicht zu verkennen, dass auch in der Sozialdemokratischen Partei die Gegnerschaft dagegen zusehens im Zunehmen begriffen ist.*

Der Schwanengesang des Oltener Aktionskomitees\*, mit dem es sein schmähhches Verhalten noch grosstuerisch zu bemänteln versuchte, den Landesstreik und sein eigenes Wirken aber auf ewig abschloss, soll mit allen seinen grossen Worten festgehalten werden:

*In der Nacht vom 13./14. November hat eine kombinierte Sitzung des Oltener Aktionskomitees, der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei, des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion die Beendigung des Landesstreikes beschlossen. Der Abbruch des allgemeinen Kampfes soll einheitlich Donnerstag, 14. November, nachts 12 Uhr, erfolgen.*

*Dieser Beschluss trifft die Arbeiterschaft in voller Kampf Stimmung. Vielen mag er als verfrüht erscheinen, andern sonst missfallen. Wir verstehen und ehren diese Stellungnahme; sie ist nach dem grandiosen Aufmarsch und dem glänzenden Verlauf des Streikes nur zu verständlich. Für die Fortdauer des Streiks sind lokale Gründe indes nicht entscheidend, die allgemeine Gesamtlage ist ausschlaggebend; sie liess die Fortsetzung des Kampfes auf der ganzen Linie nicht zu.*

*Die Frage der Weiterführung des Streiks war eine Frage der Eisenbahner und der mobilisierten Truppen. Eine Mehrheit der Leitung des Verbandes schweiz. Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten schoss unserer Bewegung und den Vertrauensleuten in den Rücken.*

*Bundesrat und Bundesversammlung haben die Ausarbeitung des Proporzgesetzes in der Dezembersession und die Ausschreibung der Neuwahl in den Nationalrat für den März 1919 zugesagt und hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen allgemeine Versprechungen gemacht.*

*Diese Zugeständnisse können nicht befriedigen. Um aber im Augenblick mehr zu erreichen, wäre die Umwandlung des Landesstreikes in den revolutionären Generalstreik nötig gewesen. Die Arbeiterschaft hätte über gleichwertige Waffen verfügen müssen, wie das verbrecherisch auf sie gehetzte Heer. Diese Gleichheit bestand nicht. Die Massen wehrlos den Maschinengewehren der Gegner ausliefern, das konnten und durften wir nicht.*

*Wir sind mit unsern Forderungen nicht durchgedrungen. Die Arbeiterschaft erlag der Macht der Bajonette, aber sie ist nicht besiegt. Im Generalstreik hat sie zum ersten Mal eine Waffe von grösster und furchtbarer Bedeutung, wenn es sein muss, erlangt. Sie gilt es auszubauen und zu schärfen.*

*Der Landesstreik ist beendet, der Kampf der Arbeiterklasse geht weiter. Wir können zurückgeworfen werden, aber wir beugen uns nicht. Wo die Bedingungen vorhanden sind, ist die Kampf Stimmung im Einvernehmen mit den Zentralverbänden zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen, insbesondere des Achtstundentages, auszunützen.*

*Es lebe der Klassenkampf!*

*Hoch die Solidarität!*

*14. November 1918*

*Das Oltener Aktionskomitee*

Der Generalstreik hatte verschiedene Nachwirkungen: In der Empörung über das wortbrüchige Benehmen des Stadtpräsidenten beschloss unsere Fraktion, der Sitzung des Grossen Stadtrates\* vom 16. November fernzubleiben, was den bürgerlichen Fraktionen Gelegenheit gab, dem schweizerischen Bundesrat und den Ordnungstruppen in der Stadt Zürich unwidersprochen den heissen Dank abzustatten.

Schon während der Streiktage war auf die Initiative der Freisinnigen mit der Gründung einer Stadtwehr begonnen worden, auf die in verschiedenen Landgemeinden die Gründung von Bürgerwehren folgte. Sie waren offensichtlich gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Der Regierungsrat anerkannte diese Gemeindewehren als bleibende Einrichtung «zum Schutze der friedlichen Bevölkerung aller Schichten gegen die verbrecherischen Anschläge und Gewaltakte in unruhigen Zeiten». Er unterstellte sie in den Landgemeinden der Befehlsgewalt der Gemeinderäte; die Stadtwehr von Zürich aber stellte er unter die Polizeidirektion des Kantons. Im Grossen Stadtrat wurde die Schaffung der Stadtwehr von den Bürgerlichen wegen des Versagens der städtischen Polizei als eine Notwendigkeit dargestellt.

Die Hetze, die von der bürgerlichen Presse im Nachgang des Landesstreikes gegen die Linke und das Oltener Aktionskomitee ins Werk gesetzt wurde, indem diesen die Schuld an den vielen Grippefällen unter den Soldaten zugeschoben wurde, veranlasste einen Kenner der Vorgänge im Bundeshaus, den sozialdemokratischen Berner Stadtpräsidenten Gustav Müller\*, die Hintergründe des Truppenaufgebotes zu offenbaren. Nach dessen Information hatte der Zürcher Regierungsrat sich lediglich ein Seebataillon erbeten; General Wille\* aber hatte in einem Memorial an den Bundesrat das Begehren als vom Kantönligeist eingegeben verworfen und das Aufgebot verlangt, da es gelte, das Gesindel in Zürich dauernd in seine Schlupfwinkel zurückzuscheuchen. Hier drängt sich die Frage auf, ob nicht die Verlegung des letzten Bataillons von Zürich ins Rheintal und damit die vollständige militärische Entblössung unserer Stadt durch die Heeresleitung in der Absicht erfolgt sei, die angsterfüllte Zürcher Regierung zu einem Gesuche zu veranlassen und dem General damit die Möglichkeit zur Durchsetzung seines Planes zu bieten. Vergeblich versuchte die Verteidigung im Prozess, der gegen die Unterzeichner des Streikaufrufes vom 11. November eingeleitet worden war, die Aushändigung dieses Memorials an das Gericht zu erwirken. Dass es bestand, konnte nicht bestritten werden, doch verstand sich der Bundesrat nur zu einer auszugsweisen Bekanntgabe.

Die eben genannte Strafuntersuchung gegen das Oltener Aktionskomitee kam diesem zugute, als es am II. Allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress in Bern, am 22. und 23. Dezember 1918, Rede zu stehen hatte. Durch eine tragikomische Verflechtung von Missverständnissen standen seine Mitglieder nun als Helden da. Sie waren am 11. November wegen der aufrührerischen Weiterführung des

Kampfes durch die Zürcher und der schoffen Beiseitstellung durch den Bundesratspräsidenten in die Heldenpose gezwungen worden – ich bediene mich wie Ernst Nobs in seiner Schlachtbetrachtung der angemessenen Bühnenausdrücke –, in der die Geschobenen hinter dem dreifachen Schild der panzerförmig um sich geschnallten andern Organisationen die grossen Worte «kämpfend siegen oder sterbend untergehen» von sich gaben. Die Täuschung gelang und die Poseure hatten den Erfolg, dass sie sowohl von den Arbeitern auf den entfernteren Rängen wie auch von den Bürgerlichen ausserhalb des Theaters ernst genommen wurden. Das führte zu ihrer wütenden Verfolgung durch Presse und Gericht, womit für die gutgläu-

# An die Wirte!

Die Streikleitung der Arbeiterunion Zürich fordert die **Wirte, Gasthofbesitzer und Kostgebereien** auf, während der Dauer des Streikes **absolut keinen Alkohol auszuschenken**. Sofern nicht Schließung der Betriebe vorgezogen wird, sollen sie sich **nur auf Verabreichung von Speisen und alkoholfreien Getränken** beschränken.

Wirte! Leistet unserer Parole Folge, denn dadurch beweist ihr, daß ihr gewillt seid, **die organisierte Arbeiterschaft in der Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung** zu unterstützen.

Eventuelle Folgen, welche aus der Nichtbeachtung dieser Aufforderung entstehen könnten, fallen zu Lasten der Wirte.

**Die Streikleitung.**

GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH

# An die Arbeiterschaft Zürichs.

Der Streik im ganzen Schweizerland ist ein vollständiger. Trage nun **ein jeder** dazu bei, daß unser Kampf zum Siege wird. Befolgt die Anordnungen der Streikleitung, **die dahin gehen, den Kampf so ruhig wie möglich** durchzuführen. **Vermeidet Ansammlungen auf den Straßen**, damit dem Militär keine Gelegenheit zum Einschreiten gegeben wird.

## Vermeidet jeden Alkoholgenuß.

(Beschluß des Oltener Aktionskomitees und der Zürcher Arbeiter-Union.) **Erinnert Euch des dreiwöchigen Generalstreikes der schwedischen Arbeiterschaft**, welcher ohne Alkohol mustergültig durchgeführt wurde.

**Der Vorstand der Arbeiter-Union Zürich.**

GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH.

*Ausdrücklich fordern Arbeiter-Union und Oltener Komitee dazu auf, während des Streiks keinen Alkohol zu trinken – die Angst vor dessen schädlichen Auswirkungen ist also keine Einbildung der Abstinenten.*

bigen Arbeiter sich zu ihren Heldenkronen noch die Märtyrerkrone gesellte. In diesem doppelten Glanze strahlend, wurde die Zürcher Opposition an der Tagung in Bern mit Leichtigkeit besiegt und die bisherigen Helden zu den Gralshütern der neu geschärften Waffe des Generalstreiks bestellt, die sie für ewig im tiefsten Schacht vergruben. Die Leidtragenden in diesem Theaterstück waren die zahlreichen Eisenbahner, die der Militarisierung getrotzt hatten und dafür zur Rechenschaft gezogen wurden.

Der grosse Gewinn des gewaltigen Kampfes aber lag meines Erachtens in den Auswirkungen des mächtigen Gefühls der engen Verbundenheit, das die streikende Arbeiterschaft und alle Sozialisten in jenen Tagen empfanden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Einsatzes für ein Ziel, das Bewusstwerden der Kraft – sie haben nachgewirkt und sicher ihren guten Teil dazu beigetragen, dass der Arbeiter zum vollwertigen Gesellschaftsglied aufgestiegen ist. Noch heute, wenn der einfache Arbeiter an jene Zeit erinnert wird, strahlt sein aufleuchtendes Gesicht den frohen Widerschein jener stolzen Tage.

## Die Wahlen von 1919

Als es den Frühjahrsahlen 1919 entgegenging, setzte sich der Stadtrat aus vier Sozialdemokraten, drei Freisinnigen und zwei Demokraten zusammen. Die Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden fielen in die Zeit der hohen Erregung, die durch die Weltgeschehnisse und den Landesstreik aufs Äusserste gesteigert worden war. Der Gedanke, dass die Welt einer Erneuerung entgegengehe, erfasste ausnahmslos alle Menschen. Aber während uns dieser Gedanke begeisterte und mit froher Hoffnung erfüllte, lastete er bedrückend auf unsern politischen Gegnern. Nachdem wir schon bei den Wahlen von 1916 mit unsern sechzig Grossestadtratssitzen\* recht nahe an die Mehrheit herangekommen waren, lag da nicht die Vermutung



nahe, dass wir mit dieser gleichzeitig die Mehrheit im Stadtrat zu erkämpfen suchten? Und wenn wir unsere Truppen zum Sturm gegen beide Stellungen anfeuerten, war nicht vorauszusehen, dass wir den Angriff vor allem gegen den Freisinn und den in ihm aufgegangenen Bürgerverband\* richten würden, sodass er, im Falle unseres Obsiegens, auch den Verlust zu tragen hätte?

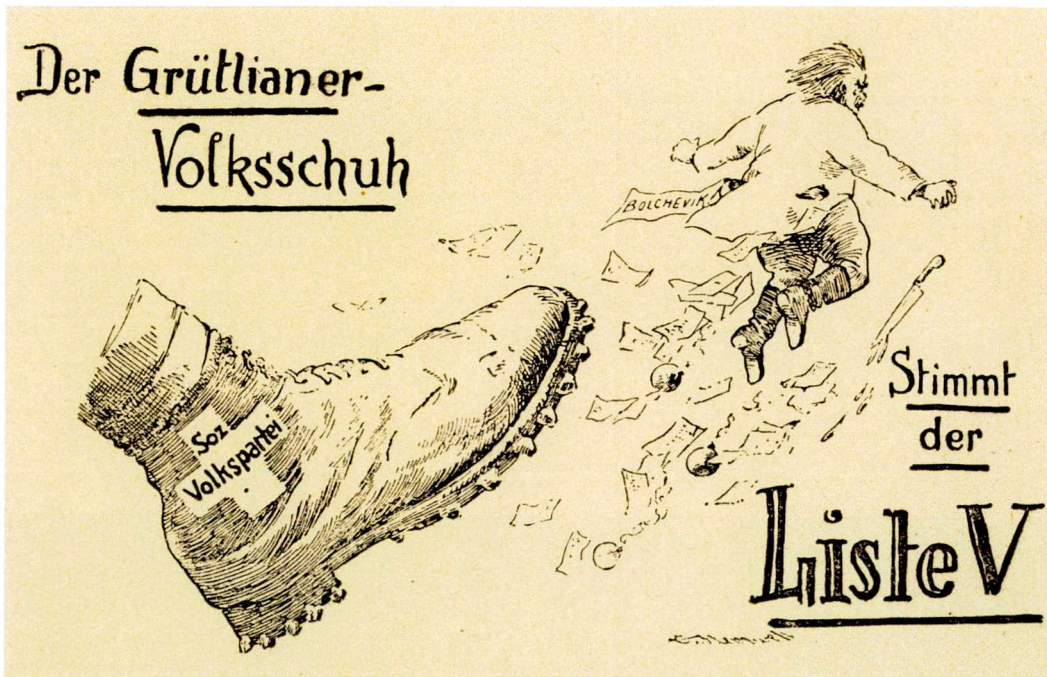
So galt es sich vorerst zum Kampf für die Erneuerung des Grosse Stadtrates am 6. April 1919 zu rüsten. Und das geschah auf allen Seiten mit Nachdruck. Unser Ziel war die Eroberung der Mehrheit, zu der uns 1916 nur drei Sitze gemangelt hatten. Das aber suchten die Freisinnigen mit einem ungeheuerlichen Aufwand an Propaganda abzuwehren. Zugleich bemühten sie sich, ihr bisheriges soziales Versagen mit dem an alle Wände gemalten Bolschewikischreck zu verdecken.

Darin fanden sie kräftige Unterstützung von den Grütlianern\*, die mit dem gleichen Mittel die vaterländischen Arbeiter an sich zu zie-

*«Was Lenin in Russland fertig brachte, und was Platten aus der Schweiz machen würde.» Beispiel eins für die unzimperliche Werbung im Wahlkampf 1918. Urheber: Freisinnige Partei.*

hen suchten. Mit ihrem benagelten Volksschuh versetzten sie nicht etwa dem freisinnig-bürgerverbändlerischen Ausbeuter den Tritt, sondern dem freigebig mit Bomben, Dolch und Rubelscheinen ausgestatteten Bolschewiken.

Nicht nur wurden die bestehenden Plakatwände voll in Anspruch genommen. Ein Übriges taten die geworbenen Dienstleute, die in den letzten beiden Tagen mit Werbetafeln durch die Strassen wanderten, und die Wagen, die mit übergrossen Anschlägen von roten Teufeln in den Strassen herumfuhren, sodass das «Volksrecht» die-



sen Aufwand mit der Grosswerbung des Zirkus Barnum, der vor den Kriegsjahren sich auch etwa bei uns gezeigt hatte, verglich.

In der Freitagnacht verschmierte der freisinnige Jungsturm Schau- fenster, Firmenschilder und Hauswände mit dem roten, menschen- vertilgenden Bolschewiketeufel in kleinerer Gestalt, sodass sich die NZZ in ihrer Sonntagsausgabe gedrängt fühlte, den erbosten Haus- und Ladenbesitzern dafür Abbitte zu tun, «dass die von den Heraus- gebern des Plakates vorgeschriebene Schonung der Häuser nicht genügend beachtet wurde».

Wie das «Volksrecht» erfuhr, war diese Überflutung mit dem roten Teufel vom Wohnsitz des Präsidenten des Grossen Stadtrates, Dr. med. Hermann Häberlin\*, aus erfolgt, also jenes Mannes, der sich sonst gerne als der fortschrittliche Freisinnige aufgespielt und die letzte Sitzung der abgelaufenen Amtsdauer des Grossen Stadtrates mit den schönen Worten geschlossen hatte:

*In den letzten drei Jahren hat der Rat einen grossen und entscheiden- den Schritt vorwärts getan in der Richtung eines bessern wirtschaft- lichen Ausgleichs, der materiellen Besserstellung der wirtschaftlich Schwächern. Wir wünschen, dass in dieser Richtung energisch fort-*

Zweites Beispiel, Urheber: Grütlianer. Haupt- gegner sind bombenlegende Bolschewiken.

*gefahren werde, unter Wahrung von Verfassung und Gesetz und dass dem wirtschaftlichen auch der kulturelle Fortschritt folgen möge.*

Wiewohl sich der Kampf um die Neubestellung des Grossen Stadtrates in einer Zeit abspielte, in der ich durch die Besoldungsfragen im Grossen Stadtrat stark in Anspruch genommen war, leistete auch ich einen tüchtigen Beitrag an den Wahlkampf.

So schrieb ich zu dem vom städtischen Parteivorstand geschaffenen Kommunalprogramm, an dem ich mitberiet, den zukunftsgläubigen einleitenden Aufruf «Die grosse Stunde naht!», verfasste die achtseitige Werbeschrift «Schläfst du?» und besorgte für unsere Gewerkschaftsblätter, den «Gemeinde- und Staatsarbeiter» und die «Strassenbahner-Zeitung» eine vierseitige Wahlbeilage. Ausserdem trat in der zweitletzten Woche vor dem Wahltag Ernst Nobs\* mit dem Ansinnen an mich heran, ich möchte für ihn in der letzten Woche die Leitartikel für das «Volksrecht» schreiben. Ich sagte ihm zu, wobei mich der Gedanke beschäftigte, was wohl der besondere Beweggrund für diesen Auftrag sei und welche möglichen Hintergedanken Nobs dabei leiteten. Wie es mir häufig gegangen, erkenne ich erst rückblickend, dass er mich hier den «Musterblätzer» machen liess, um zu schauen, ob ich zum Redaktor taugen würde, der dann einige Monate später in der Person von Dr. Christian Hitz\* ans «Volksrecht» gerufen wurde.

Von diesen Aufsätzen, die in der Woche vom 31. März bis am 5. April 1919 an leitender Stelle im «Volksrecht» erschienen, gebe ich hier den ersten wieder:

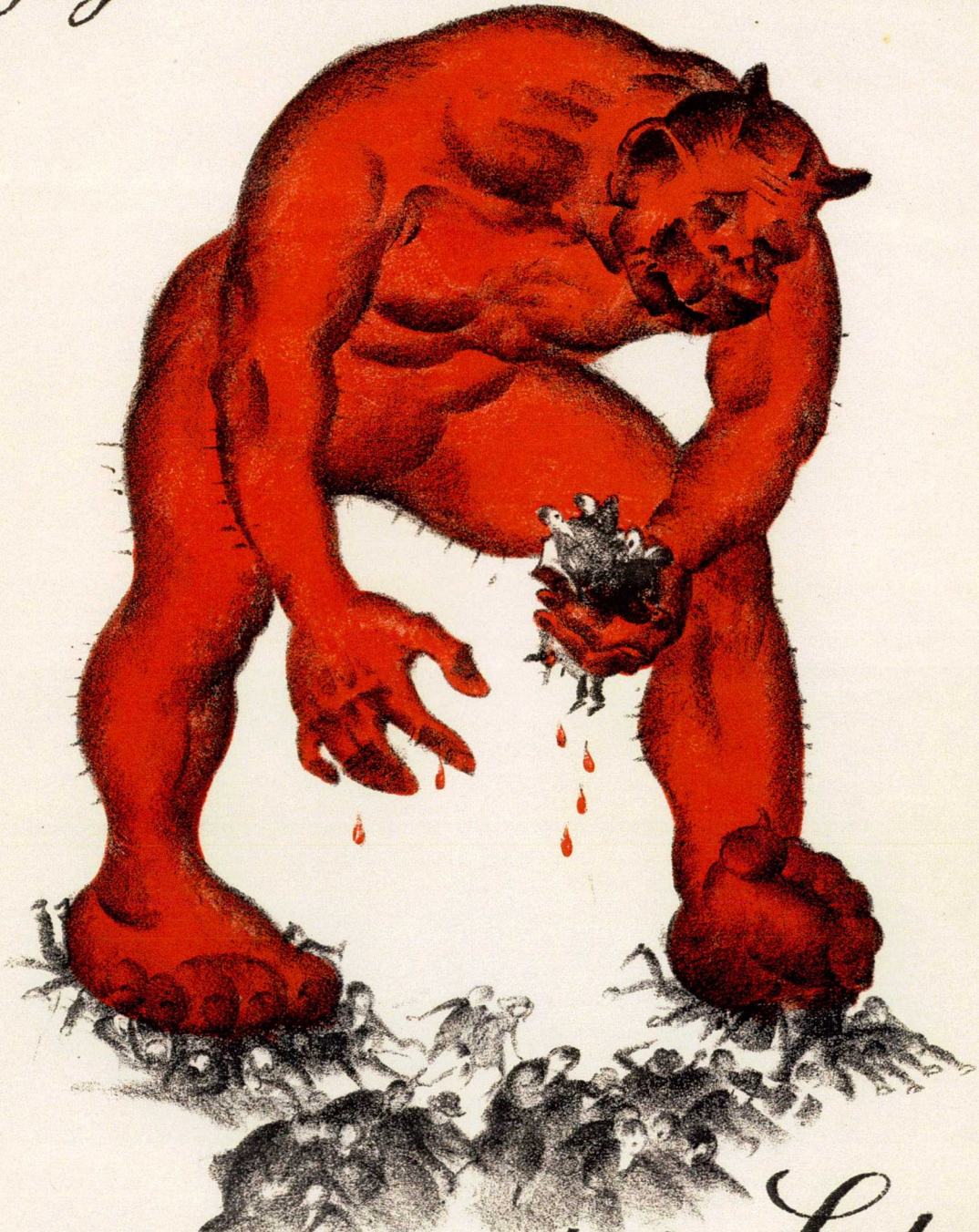
#### *Das Heilmittel*

*«Ein wildes Fieber schüttelt die Welt. Jahrhundertlang hat ein Giftstoff an ihrem Gesellschaftskörper gefressen, um in unsern Tagen zum rasenden Ausbruch der Krankheit zu führen. Der Giftstoff ist das Privateigentum am Boden, an den Fabriken, an den Werkzeugen zur Herstellung der gesellschaftlichen Güter. Dieser Privatbesitz hat der allgemeinen Ausbeutung der Besitzlosen und einer wilden Konkurrenz der einzelnen Unternehmer im Rahmen der Nationen gerufen. Dann wuchs er darüber hinaus und wurde mit der Gier nach ungehemmter Entwicklung des Handels, mit der Gier nach neuen, an Bodenschätzen reichen Gegenden zum Imperialismus, der den Weltkrieg erzeugte.*

*Die leidende Menschheit, die Besitzlosen, die die Opfer der heutigen Ausbeutung sind, jene alle, die unter dem Krieg und der Teuerung gelitten, die nicht wie die grossen Banken und die Munitions- und Armeelieferanten Kriegsgewinne machten, sie haben sich aufgerafft, um das immer noch weiter fressende Gift aus dem Gesellschaftskörper zu vertreiben. Durch die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln, durch die Überführung der Banken, der Fabriken in den Besitz der Allgemeinheit wollen sie an Stelle der ungerichteten Konkurrenz eine geordnete Güterherstellung und Gütervermittlung*

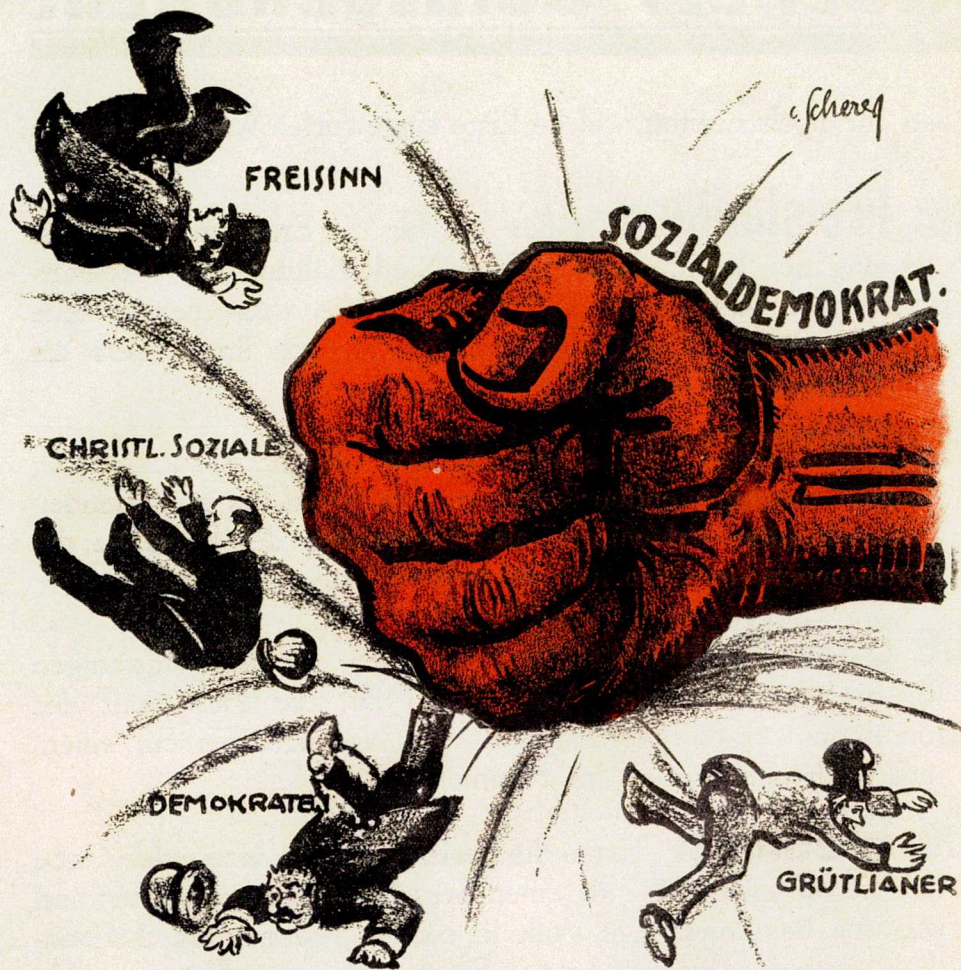
*Folgende Doppelseite: Beispiele drei und vier. Das freisinnige «Bolschewiketeufelchen» und die rote Faust der Sozialdemokraten sind sich doch ziemlich ähnlich.*

*Gegen den Bolschewismus*



*mit der unveränderten Liste I*  
**FREISINNIGE PARTEI.** *Alle zur Urne!*

J.E. WOLFENSBERGER ZÜRICH



**Liste II  
ist Trumpf**

*schaffen und die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden verunmöglichen. Der Sozialismus soll der Welt die Heilung bringen. Mit der ausgebrochenen Weltrevolution, die als Rächer der Millionen Todesopfer aus dem Weltkrieg erstanden ist, hat der Heilungsprozess begonnen.*

*Wir alle fühlen die Grösse der Stunde und sind getrieben, auch unsererseits für den Sozialismus zu zeugen. Wir wollen es heute gegenüber dem gesamten Bürgertum, im Kampf der Neuwahlen der städtischen Behörden. Wir wollen bekennen, dass eine tiefe Kluft von aller bürgerlichen Auffassung uns trennt, dass wir mit der Erkenntnis des gesellschaftlichen Übels auch den festen Willen verbinden, uns einzusetzen für die Verwirklichung des Sozialismus. Hie Sozialismus! Hie Bürgertum! sei der Ruf. [...]*

*Von der leidenden Menschheit gerufen, kommt der Sozialismus dahergeschritten, unaufhaltsam, Städte und Länder erobernd, begrüsst als das Friedenspfand aller Völker, begrüsst als der Befreier von aller Ausbeutung. In seiner Ohnmacht sucht das Bürgertum den Sieg des Sozialismus zu verzögern, indem es heute den Wahlkampf nicht zum Entscheid für oder gegen den Sozialismus, sondern für oder gegen den Bolschewismus prägen will. Den Bolschewismus, die gewaltsame Verwirklichung des Sozialismus, hat es seit Wochen zu einem Schreckgespenst aller Unentschiedenen und Zaghaften herausstaffiert, und mit diesem Schreckgespenst glaubt es nochmals den Ansturm unserer Partei zurückschlagen zu können.*

*Wir aber fragen: Was brauchte es da noch gewaltsame Umwälzungen, wenn alle Parteien, die sich fortschrittlich erklären, die den Zug der Zeit erkannt haben wollen, wenn sie mit uns dafür eintreten würden, dass jeder Volksgenosse in gleicher Weise am Leben Anteil nehmen darf, dass alle Glieder der Gemeinde eine grosse Arbeits- und Konsumgenossenschaft bilden sollen? Was setzen sich die bürgerlichen Parteien der Vergemeindung der grossen Betriebe, der Enteignung des städtischen Baugrundes entgegen, wenn damit die Ausbeutung der Arbeitenden vermindert, die Wohnungsfrage im gesundheitlichen Interesse der Bevölkerung gelöst werden kann? Liegt es nicht in der Macht der Bürgerlichen, die gewaltsame Umwälzung, die Revolution und den Bolschewismus zu vermeiden, wenn sie selbst Hand bieten zur Sozialisierung der Betriebe?*

*Doch wir verstehen: Der Sozialismus, das Heilmittel des kranken Gesellschaftskörpers, ist den Reichen und Besitzenden eine recht bittere Arznei. Warum sollten sie da nicht, den Kindern gleich, den Löffel vom Munde wegzuschlagen suchen? Doch unsere Welt hat nicht mehr die Wahl, den Trank zu schlürfen oder zu verschmähen. War denn der jüngste Krieg nicht grässlich genug? Darf der Arzt den Kranken fragen, ob ihm die Arznei behagt? Das arbeitende Volk drängt auf zu Licht und Leben. So gebt die Bahn ihm frei!*

Die grosse Werbetätigkeit führte zu einem bis dahin und auch später nicht mehr ganz erreichten Aufmarsch der Wähler. Hatte die Wahlbeteiligung 1916 82,2 % betragen, so stieg sie diesmal auf 90,7 %. Wir Sozialdemokraten behaupteten unverändert in allen Stadtkreisen

unsere insgesamt 60 Mandate von 1916, indem auch der Kreis 1 die in den Ersatzwahlen verlorenen zwei Sitze wieder errang. Die Christlichsozialen\* verblieben auf ihren insgesamt acht Sitzen. Die sich zum ersten Mal bei den Grosstadtratswahlen mitbewerbenden Grütlianer gewannen acht Vertreter, fünf von den Demokraten, die von 15 auf 10 Sitze zurückfielen, und drei von den Freisinnigen, deren Vertreterzahl auf 39 zurückging. Im Kreis 4 wurden die Genossen Nobs und Platten\* von der Parteirechten zu Ersatzkandidaten auf den dritten und letzten Rang versetzt, während ich in Wiedikon an zweiter Stelle gewählt wurde. Mächtig warfen sich die Grütlianer mit ihrem Erfolg in die Brust. Sie wussten noch nicht, dass sie sechs



Beispiel fünf: Eigentlich richtet sich dieses sozialdemokratische Flugblatt auch an die Beamten; im Bild werden aber mit Maurerkelle und Hammer nur die Arbeiter angesprochen. Offenbar fehlt das Symbol für die Beamtenschaft; ein Bleistift hätte wohl zu wenig Gewicht in die Waagschale gebracht.

Jahre später überhaupt von der politischen Bildfläche verschwunden sein würden. An Wählern buchten die fünf Parteien in der ganzen Stadt folgende Stimmenzahlen:

Sozialdemokraten	19 311
Freisinnige	13 430
Demokraten	4 747
Grütlianer	3 832
Christlichsoziale	3 521

Darnach wären bei strenger Anwendung des bei den Grossstadtratswahlen geübten Verhältniswahlverfahrens den einzelnen Parteien folgende Stadtratssitze zugekommen:

Sozialdemokraten: vier Vertreter und ein Restmandat  
Freisinnige: zwei Vertreter und ein Restmandat  
Demokraten: ein Vertreter

Damit war der Anspruch unserer Partei auf vier Sitze einwandfrei erwiesen, ebenso der Anspruch der Freisinnigen auf drei Mandate. Ebenso klar trat die Übervertretung der Demokraten mit zwei Mandatsinhabern zutage.

Da sich aber keiner der beiden Demokraten zu einem freiwilligen Rücktritt bequemen wollte und nach dem Urteil der NZZ nicht genügend Gründe bestanden, die Vorteile einer gemeinsamen bürgerlichen Liste preiszugeben, um einen der bisherigen Amtsinhaber zu entfernen, erklärten sich die beiden andern bürgerlichen Parteien bereit, die beiden Demokraten wieder zur Bestätigung vorzuschlagen.

An der städtischen Parteiversammlung vom 22. April, die ich wegen Unpässlichkeit nicht besucht hatte, wurde ich anstelle des zurücktretenden Genossen Jakob Vogelsanger\* als neues Mitglied des Stadtrates auf den Schild erhoben. Mir wurde berichtet, dass von den gegen sechshundert anwesenden Mitgliedern lediglich um die zwanzig Stimmen auf den neben mir vorgeschlagenen Jakob Gschwend\* gefallen seien.

Bei einem absoluten Mehr von 9048 Stimmen zeitigte die Wahl vom 4. Mai 1919 folgendes Ergebnis: Mit den höchsten Stimmenzahlen wurden die bisherigen Sozialdemokraten bestätigt:

Dr. Klöti* (Sozialdemokrat)	19 719
Paul Pflüger* (Sozialdemokrat)	18 760
Otto Lang* (Sozialdemokrat)	18 257
Hans Nägeli* (Demokrat, Stadtpräsident)	16 314
Dr. Streuli (Freisinniger)	15 981
Johann Kruck* (Freisinniger)	15 938
Dr. Bosshardt (Freisinniger)	15 799
Traber (Sozialdemokrat)	15 687
Hans Kern* (Demokrat)	14 658

Für Dr. Kraft waren 7 206 Stimmen abgegeben worden, für Gschwend 3 253. Mit welchen Gefühlen die Bürgerlichen meine Wahl aufnahmen, zeigt das Zitat aus der NZZ:

*Mit Herrn Traber tritt nun der Mann in den Stadtrat ein, dessen Hauptbeschäftigung bis anhin darin bestanden hat, die Tätigkeit der Stadtverwaltung zu stören und zu schädigen und die gesetzliche Ordnung zu untergraben. Im Hinblick auf diese von streberischem Fanatismus geleitete, dann und wann zu groben Verirrungen gediehene bisherige Wirksamkeit des neuen Stadtrates fällt es uns sehr*

*schwer, anzunehmen, dass er dem ersten Erfordernis eines Verwaltungsmannes – verständige, einsichtige und gerechte Beurteilung und entsprechende Behandlung der Geschäfte – gerecht zu werden vermöge. Und doch hoffen wir optimistisch, dass auch an Herrn Traber die Erfahrungen der Amtstätigkeit ihre zwingende Wirkung üben werden. Wenn er sich hier mit demselben unermüdlichen Eifer für seine Aufgaben einsetzt, wie er es als sozialdemokratischer Agitator und Führer der Strassenbahner getan hat, dann ist wenigstens eine grosse Arbeitsleistung gesichert.*

## Polizeivorstand der Stadt Zürich

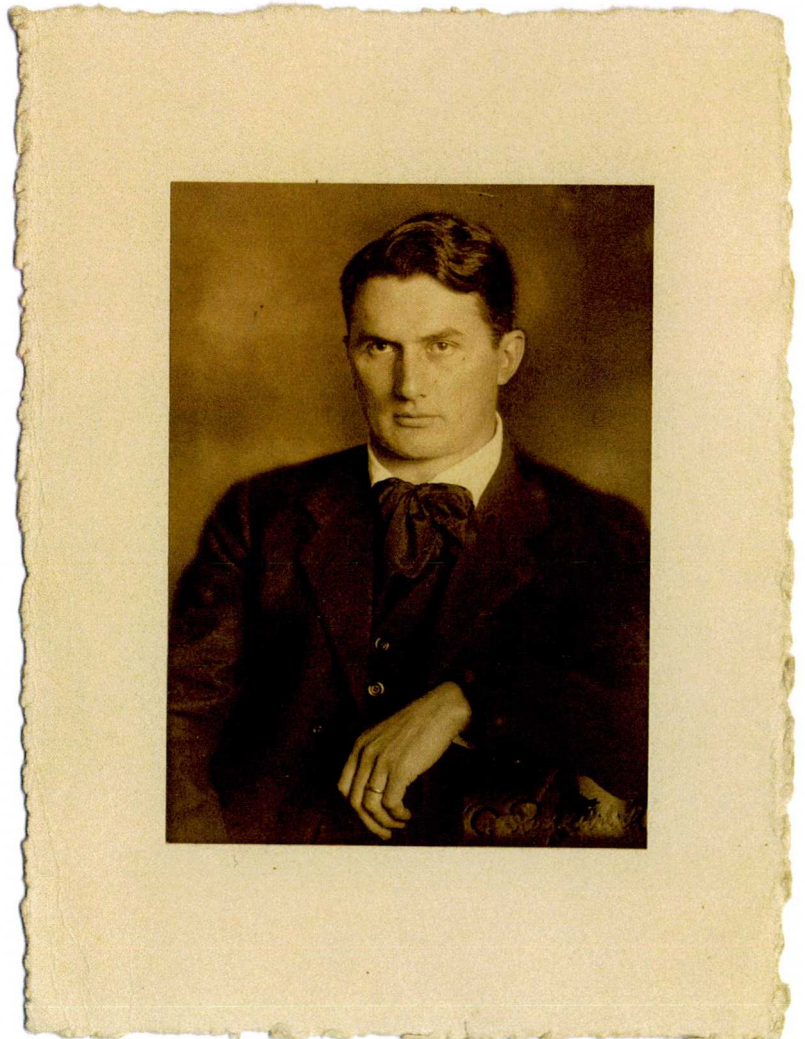
So war ich denn mit fünfunddreissig Jahren Stadtrat. Auf den 10. Mai 1919 erhielt ich die Einladung zu einer ersten Sitzung, die die Zuteilung der Verwaltungsabteilung an mich bringen sollte. Im weiten Raum des Sitzungssaales, im zweiten Stock des Stadthauses, traf ich mit meinen neuen Kollegen zusammen, nachdem wir vier Sozialdemokraten uns zuvor am Amtssitz des Genossen Klöti\* vorbesprochen hatten. Ich kannte die Herren vom Grossen Stadtrat\* her.

Der Stadtpräsident begrüßte mich mit den überbrachten Worten, dass mir meine neue Tätigkeit Befriedigung geben möge und dass sie dem Gemeinwesen zum Wohle gereiche. Dann traten wir auf die Behandlung des einen Geschäftes ein. Dr. Klöti erinnerte daran, dass nach dem Ausscheiden von Stadtrat Welti\*, dessen Amtsführung als Polizeivorstand wiederholten Angriffen ausgesetzt gewesen, der Sozialdemokrat Vogelsanger\* das Polizeiwesen hätte übernehmen müssen und dass jetzt, nachdem an der Führung des Amtes durch die Bürgerlichen wiederholt Kritik geübt worden, es richtig erscheine, dass ein Mitglied der bürgerlichen Fraktionen diese Abteilung übernehme. Der Präsident ersuchte mich noch um meine Meinungsäusserung, worauf ich erklärte, dass ich die Zuteilung des Polizeiwesens an ein juristisch gebildetes Mitglied des Stadtrates als angezeigt erachte und ich das Schulwesen, als meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit am nächsten liegend, bevorzugen würde. In diesem Sinne hatten wir bei unserer Vorbesprechung auch beschlossen, dem Freisinnigen Dr. Bosshardt für die Zuteilung des Polizeiwesens die Stimme zu geben.

Nachdem der erste und der zweite Wahlgang kein Resultat ergeben hatten, beantragte Genosse Klöti die Sitzung zu unterbrechen, damit eine Besprechung unter den Fraktionen erfolgen könne. Genosse Pflüger\* verband damit die Feststellung, dass das bisherige Wahlergebnis zeige, dass die allgemeine Auffassung bestehe, dass weder mir noch einem andern Sozialdemokraten das Polizeiwesen zugewiesen werden solle, und legte den Bürgerlichen nahe, dass einer von ihnen das Opfer auf sich nehmen möchte, seine bisherige Verwaltungsabteilung zu wechseln.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung stammelte der Stadtpräsident etwas davon, dass es nicht gelungen sei, eine Lösung zu finden, und dass eben ein weiterer Wahlgang vorgenommen werden müsse. So wurden die Zettel neuerdings eingesammelt. Der Präsident entnahm sie einzeln der Schachtel und verkündete: «Traber, Kern\*, Tra-

ber, Kern ...», bis er glücklich fünf Traber und vier Kern hatte und mich als gewählt erklären konnte. Schon während der Auszählung, als ich erkannte, wie der Hase lief, übernahm mich ein frohes Gefühl mächtiger Überlegenheit. Wie feige und verächtlich erschien mir der Stadtpräsident, der, statt offen zu ihrem Beschlusse zu stehen, etwas von einer mangelnden Lösung gelogen hatte, wo diese Lösung doch so glänzend gefunden worden war. Wie weich erschien mir da auch der als hart gerühmte Kopf des Freisinnigen Kruck\*, wie jämmerlich unmännlich, dass der den Oberstleutnantgrad besitzende Kern nicht den Mut gehabt, das gefürchtete Polizeiwesen zu übernehmen. Die mir gegenüber sitzenden Freisinnigen, nach deren Blicken ich fahndete, hielten ihre Augen gesenkt, genau wie Schüler mit schlechtem Gewissen.



*Traber als Stadtrat – aber doch mit Künstlerschärfe*

Aber dann nahm ich das Wort und eröffnete den Herren, dass dieser Entscheid mich veranlasse, an der Sitzung des Grossen Stadtrates von heute Nachmittag eine Erklärung abzugeben. Sofort sprach sich Genosse Klöti dagegen aus, da es nicht angehe, die Rechte des Stadtrates, zu denen die Zuteilung seiner Verwaltungsabteilungen gehöre, an den Grossen Stadtrat auszuliefern. Pflüger fand es ver-

ständig, dass ich das Bedürfnis hätte, eine Erklärung abzugeben, verwies mich aber auf das «Volksrecht», dem ich ja sehr nahe stehe. Kruck meinte, ein solches Vorgehen würde sich sonderbar machen, und Nägeli\* wollte bezweifeln, ob ich das Recht zu einem solchen Vorgehen hätte, und wünschte den Inhalt der Erklärung kennenzulernen. Ich erklärte, auf meinem Vorhaben zu bestehen und die Erklärung bestimmt und scharf, im Sinne meiner zu Anfang vorgebrachten Erwägungen, abzufassen.

Und so verlas der Sekretär, im Anschluss an die Mitteilung über die Konstituierung des Stadtrates, dem Grossen Stadtrat das folgende Schreiben:

*Die Kritik, die in letzter Zeit von bürgerlicher Seite wiederholt an der Leitung des Polizeiwesens geübt wurde, hätte erwarten lassen, dass bei der Neubestellung der Verwaltungsabteilungen das Polizeiwesen einem bürgerlichen Mitgliede des Stadtrates zugewiesen würde. Die bürgerliche Mehrheit des Stadtrates lehnte diese Konsequenz ab und nimmt damit heute schon jeder kommenden bürgerlichen Interpellation bezüglich des Polizeiwesens die innere Berechtigung.*

*Die bürgerliche Mehrheit trug aber auch der Erwägung, dass es wohl sachdienlicher wäre, einem juristisch gebildeten Mitgliede des Stadtrates das Polizeiwesen zu übertragen und mir das meiner bisherigen Berufstätigkeit näher liegende Schulwesen zuzuweisen, keine Rechnung. Ein solches Verlangen durfte umso eher gestellt werden, als die gegenwärtige Leitung des Schulwesens all den wünschbaren, organisatorischen und methodischen Reformen und Änderungen gänzlich hilflos und ohne jede Initiative gegenübersteht.*

*Wenn ich in der mir zugewiesenen Verwaltungsabteilung nicht zur Zufriedenheit der bürgerlichen Mitglieder des Stadtrates und ihrer Fraktionen und Parteien wirke, so werden sie dafür die Verantwortung selbst tragen müssen*

*Traber*

Am Montag darauf, am 12. Mai, trat ich mein neues Amt an. Der Stadtpräsident stellte mich nachmittags um drei Uhr in meinem Büro im Amtshaus III den Vorstehern der einzelnen Dienstabteilungen vor. Im Körbchen auf meinem Pult erwarteten mich sämtliche Tageszeitungen der Stadt, die mich ihrerseits mit ihren Ausfällen und Anfeindungen ob meiner Erklärung vom Samstag begrüßten. Sie stimmten in den vom Stadtpräsidenten angegebenen Ton, dass ich überhaupt die Verantwortung für die Führung meines Amtes ablehne, kräftig ein, wobei sich vor allem die freisinnige «Zürcher Volkszeitung» und der «Grütli» an Verdrehungen und meiner persönlichen Verunglimpfung das Menschenmögliche leisteten. So wusste der «Grütli» auch der Welt zu berichten, dass ich mein eigenes Kind «privatem Unterricht überlasse», was er als Misstrauensausdruck gegenüber der Volksschule und meinen sozialdemokratischen Kollegen darzustellen beliebte. Festgehalten sei jedoch, dass die NZZ, die in ihrer Berichterstattung an meinem Vorgehen keinen guten Faden gelassen, doch zugleich die Frage aufwarf, ob es vom Stadtrat klug gewesen,

diese Art der Ämterverteilung vorzunehmen, und ob die Bevölkerung Zürichs diesen Ausgang erwartet und ob er dem Gemeinwesen diene. Die «Zürcher Volkszeitung» kritisierte sogar Stadtrat Kern, «der nach seinem militärischen Grade, seiner Studienrichtung und seiner Vertrautheit mit den Geschäften dieser Abteilung sehr wohl die Aufgabe hätte übernehmen können. Er hätte es umso eher tun können, als der Betreffende eigentlich entgegen den Proporzverhältnissen im Stadtrat hat verbleiben dürfen und seine Stellung nur der Gutmütigkeit der andern Parteien verdankt. Diese Haltung wäre schon eines kleinen Opfers wert gewesen, und für das frei werdende Departement hätte sich wohl leichter Ersatz finden lassen. Das muss nachträglich mit aller Deutlichkeit gesagt werden.»

In mein Tagebuch schrieb ich damals, da es jetzt ans Regieren gehe, heisse es tapfer und unverzagt sein und sich bewusst zu bleiben, dass die politischen Gegner fluchen und toben würden. Diese Überlegungen täuschten mich nicht. Gerade vierzehn Tage nach meinem Einzug in den ersten Stock des Amtshauses III hatten wir im Stadtrat die erste Auseinandersetzung wegen einer öffentlichen Kundgebung und nach weitem zwei Wochen einen Vorfall, hinter dem das Bisherige bescheiden zurücktrat.

### Die Nacht vom 13. Juni 1919

Am Freitag, dem 13. Juni 1919, rief die Arbeiterunion\* die Zürcher Arbeiterschaft zu einer neuen öffentlichen Kundgebung auf. Es war der Tag, an dem die ermordete Rosa Luxemburg\* in Berlin bestattet wurde, die wie Karl Liebknecht\* unter der Herrschaft und Duldung der deutschen Sozialpatrioten Ebert\* und Scheidemann\* meuchlings umgebracht worden war, nachdem sie bereits seit Jahren eingekerkert gewesen. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus dem von den beiden Getöteten gegründeten Spartakusbund hervorgegangen war, rief die Arbeiterschaft der ganzen Welt zur Arbeitsniederlegung an diesem Tage auf; die Zürcher Arbeiterunion wollte durch eine Abendversammlung der Aufforderung Genüge tun.

Etwa um halb zehn Uhr vormittags erhielt ich vom Unionspräsidenten Küng\* die Mitteilung, dass die Kundgebung abends acht Uhr auf dem Paradeplatz stattfinde. Der Polizeiinspektor, dem ich erklärte, dass ich die Versammlung dort dulden werde, machte mich auf den entgegenstehenden Beschluss des Stadtrates aufmerksam. [Der Stadtrat hatte kurz vor Trabers Amtsantritt beschlossen, keine Demonstrationen auf dem Paradeplatz zu erlauben.]

Ich hatte aber seit meinem Amtsantritt eifrig über den verschiedenen Verordnungen gesessen und war in der Geschäftsordnung des Stadtrates auf die Bestimmung gestossen, dass es in der Ermächtigung des Polizeivorstandes liege, Bewilligungen zur Benützung des öffentlichen Grundes zu erteilen. Ich erklärte deshalb dem Polizeiinspektor, dass ich Zweifel hege, ob jener Stadtratsbeschluss zu Recht erfolgt sei, nahm aber noch seine Anregung entgegen, durch Verhandlungen mit dem Unionsvorstand zu erreichen, dass die Ver-

*Im Zeichen der internationalen Solidarität ruft die Arbeiterunion Zürich zur Gedenkkundgebung für Rosa Luxemburg auf dem Paradeplatz auf – und bringt damit Traber genau in jene Lage, die ihm die bürgerlichen Kollegen zgedacht haben.*

# An die Arbeiterschaft der ganzen Welt!

Arbeiter! Genossen! Das Wasser, in dem die deutschen Gegenrevolutionäre, die Ebert-Scheidemann und ihre Hintermänner, ihre Schande versenken wollten, hat die Leiche Rosa Luxemburgs wiedergegeben. Die Ebert-Scheidemann haben die Mörder freigesprochen und entlaufen lassen; das Wasser aber bringt ihre Opfer und die Zeugen ihrer Verbrechen zutage.

Arbeiter! Genossen! Wir sprechen nicht zu euch, um dieser eurer Toten willen. Wir sprechen um des großen Gedankens willen, für den sie lebte und für den sie starb.

Arbeiter in Deutschland! Sie starb für euch, starb für eure Revolution, starb als sichtbares Zeichen, daß die Mächte der Gegenrevolution über euch gesiegt und daß, so ihr leben wollt, ihr weiter von neuem kämpfen müßt für die Revolution, für den Kommunismus.

**Arbeiter in der weiten Welt!** Die große Tote starb als Opfer auch eurer Sache. Sie kämpfte für euch während des Krieges. Sie kämpfte, daß nicht ein neuer deutscher Militarismus das Proletariat der Welt bedrohe. Sie starb den Helden Tod in diesem Kampfe gegen die Mächte der kapitalistischen Gegenrevolution.

**Arbeiter! Proletarier!** Fünf Jahre sind es nun, daß über alle Schützengräben und Landesgrenzen hinweg eure Seelen sich suchen. In eure Hand ist jetzt das Schicksal der Welt, in eurem Zusammenwirken die Zukunft der Welt beschlossen. Findet euch zum erstenmale zu einer einzigen Tat zusammen.

Am nächsten Freitag den 13. Juni werden wir in Berlin Rosa Luxemburg zur Erde bestatten.

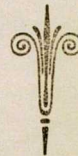
**Arbeiter der Welt!** Wir fordern euch auf: Laßt an diesem Tag die Hände ruhen! Zeigt der Welt, daß ihr euch finden könnt zu gemeinschaftlicher Tat. Ehret so die Tote!

Mahnet so die Lebendigen!  
Wecket so den Glauben an die Zukunft!  
Es lebe der Kommunismus!  
Es lebe die Weltrevolution!  
Es lebe die proletarische Internationale!

Die  
kommunistische Partei Deutschlands.



**Öffentliche Versammlung**  
Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Paradeplatz  
Referenten: Genosse Eugen Münch, Bern und Genosse Emil Küng, Zürich



## An die Arbeiterschaft von Zürich und Umgebung!

**Arbeiter! Arbeiterinnen! Parteigenossen!**

Dieser Tage ist uns obenstehender Aufruf der Kommunisten Deutschlands zugegangen. Wenn es uns auch nicht möglich ist, Ihrer Parole auf einen Generalstreik zu folgen, so wollen wir doch in **wuchtiger Kundgebung unsere Sympathie** mit den deutschen Proletariern, mit all den Kämpfern für die Weltrevolution, bekunden. Wir wollen am Tage der Beerdigung von Rosa Luxemburg durch eine mächtige Demonstration unsere **internationale Solidarität** bezeugen und durch einen großen Aufmarsch zeigen, daß auch wir bereit sind, **für die Weltrevolution einzustehen und zu kämpfen.**

**Arbeiter, Genossen!** Wir wollen aber nicht nur zu obiger Frage Stellung nehmen, sondern wir haben auch den **Kampf zu führen gegen die Bourgeoisie und die reaktionären Regierungen im eigenen Lande.** Wir müssen Protest einlegen gegen einen eventuellen Eintritt der Schweiz in den imperialistischen Völkerbund und dessen Vergewaltigungspolitik, gegen die Erdrösselung der proletarischen Revolution in Rußland und Ungarn, sowie gegen die Spitzelpolitik in unserem Lande, die durch den sensationellen Bombenprozeß entlarvt wurde.

Zürcher Arbeiter und Arbeiterinnen! Heraus zur Demonstration! Zeigt dem deutschen Proletariat eure Sympathie in ihrem großen Kampfe! Beweist durch einen Massenaufmarsch die Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft der ganzen Welt! Heraus zum Protest! Gegen den imperialistischen Völkerbund, gegen die Erdrösselungspolitik der Entente! Es lebe die internationale Solidarität!

**Arbeiterunion Zürich.**

sammlung auf den Münsterplatz verlegt werde. Von den Genossen Küng und Trostel\* erfuhr ich aber, dass die Flugblätter bereits gedruckt und an die Verteiler abgegeben seien.

Genosse Dr. Farbstein\* bestärkte mich in der Ansicht, dass der Stadtrat mit seinem Beschluss zu Unrecht dem Polizeivorstand ins Handwerk gepfuscht. Ich verstand aber, dass mein unter all der Kritik mürbe gewordener Vorgänger diesen seine Amtshandlungen einschränkenden Antrag gestellt hatte, da er damit eine persönliche Deckung gegenüber den Vorwürfen aus unsern Parteikreisen erhalten hatte. Gegen vier Uhr nachmittags gab ich dem Stadtpräsidenten Kenntnis von der beabsichtigten Kundgebung mit dem Hinweis, dass ich den Stadtratsbeschluss vom 3. Mai für mich nicht als bindend erachte und die Versammlung auf dem Paradeplatz dulden werde, und, sofern ich von ihm keine widersprechende Antwort erhalten würde, ich daraus sein Einverständnis zu diesem Vorgehen ableite.

Brief Dr. Lienhards an seinen Vorgesetzten Tra-  
ber. Der Polizeiinspektor bedauert es, nicht auf  
die Demonstanten schiessen zu dürfen.

Zürich, den 13. Juni 1919.

An den Polizeivorstand !

Die Präsenzstärke der Uniformpolizei heute Nachmittags  
beträgt : 3 Ablösungen à rund 40 Mann = 80 Mann  
auf 17 Wachen verteilt.

Von 7 Uhr Nachm. an treten 2 neue Ablösungen in  
Dienst : rund = 80 Mann

Mit den beiden Ablösungen von heute Nachmittag 160 Mann

Auf einem bedrohten Platz könnten kommandiert  
werden bei schwacher Besetzung nur der grösseren Wachen : Sa. 140 Mann  
gut gerechnet. Dazu noch ca. 20 Mann Civilpolizei (Detective).

Es kann sich jedermann ein Urteil darüber bilden, ob diese  
Mannschaftszahl einer nach vielen hunderten, vermutlich ein paar  
Tausenden <sup>gebildeten</sup> von ~~BRUNNEN~~ einigermaßen entschlossenen Gegnern gegenüber  
ausreichen würde. Ja wenn wir alle mit einer Schiesswaffe versehen  
und davon Gebrauch machen dürften.



Lienhardt

Der Stadtpräsident berief sofort den Stadtrat zu einer Sitzung ein. Entgegen meinem Antrag, die Versammlung auf dem Paradeplatz zu dulden, wurde mit dem Stichentscheid des Stadtpräsidenten beschlossen, die Versammlung auf den Münsterplatz zu verweisen und den Paradeplatz abzusperren. Der Polizeiinspektor traf die entsprechenden Anordnungen, während ich mich mit Küng und Trostel in Verbindung setzte und von ihnen erreichte, dass die Versammlung auf dem Münsterhof durchgeführt werden sollte. Aber die dorthin gewiesenen Massen durchbrachen etwa um acht Uhr die polizeiliche Absperrung an der Poststrasse und überfluteten den Paradeplatz. Seine gewaltsame Räumung hätte zu einem Blutvergiessen führen müssen. Ich verständigte mich mit Küng, der über die schmale Leiter auf das Dach des Tramhäuschens stieg und die Menge aufforderte, auf den Münsterplatz zurückzukehren, während ich den Polizeiinspektor anwies, mit der Polizei zur Hauptwache abzuziehen. Auf dem Münsterplatz sprachen dann Küng, der neu gewählte Volksrechtredaktor Dr. Hitz\* aus Chur, hierauf Louis Hausamman vom Gewerkschaftskartell und schliesslich noch der Kommunist Bruggmann\*. Schon nach dem ersten Redner hatte der Versammlungsleiter Willi Trostel bekannt gegeben, dass Gewerkschaftssekretär Konrad Wyss\* vor zwei Tagen bei seiner Rückkehr aus Deutschland an der Grenze verhaftet worden und sich gegenwärtig im Bezirksgefängnis in Zürich befinde. Am Schluss der Versammlung forderte er zu einem Marsch durch die Bahnhof- und Füsslistrasse nach Aussersihl auf, wo dem Genossen Wyss ein Ständchen gebracht werden solle.

Auf Drängen meiner Genossen schritt ich mit dem Unionsvorstand an der Spitze des Zuges, der sich an der Poststrasse bildete, durch die Bahnhofstrasse. Nach dem Einschwenken in die Füsslistrasse löste ich mich vom Zug, um die Hauptwache aufzusuchen. An der Bahnhofstrasse kamen mir zwei Polizisten entgegen, denen ich aufgab, dem Polizeiinspektor zu melden, dass der Zug zum Bezirksgebäude gehe, weshalb für die innere Stadt keine Gefahr irgendeiner Ruhestörung bestehe.

Als ich mit den Letzten des Zuges in Aussersihl eintraf, hatte die Menge den Hof an der Kanzleistrasse zwischen Bezirksgericht und Bezirksanwaltschaft gefüllt. Von der nahen Badenerstrasse, die sich zum Teil im Umbau befand, waren Pickel und andere Brechwerkzeuge herbeigeholt worden und wurden gegen das östliche Tor der Bezirksanwaltschaft eingesetzt. Ich vernahm, dass Konrad Wyss befreit werden sollte. Vergeblich versuchte ich mit einigen Mitgliedern des Unionsvorstandes die Blindeifernden von ihrem Tun abzuhalten. Mit einer mächtigen Telephonstange wurde das eiserne Portal berannt. Aus dem Gebäude der Bezirksanwaltschaft fielen Schüsse. Ein Hydrant übergoss die Kanzleistrasse. Aus den dunklen Anlagen vor dem Flügel des Bezirksgerichtes, in die die Menge zurückgewichen, flogen Steine gegen die Fenster, hinter denen die Schützen vermutet wurden. Werner Moser, Mitglied des Strassenbahnvorstandes, versuchte umsonst, mit seiner machtvollen Stimme den Lärm zu übertönen und mir zum Wort zu verhelfen.

Von der Kreiswache 4 aus versuchte ich, den Untersuchungsrichter Dr. Bickel\* telephonisch zu bestimmen, Konrad Wyss freizugeben. Er lehnte ab, da er ihn noch nicht einvernommen habe. Daraufhin munterte ich den Polizeikommandanten auf, mit der verfügbaren Mannschaft den Versuch zu machen, die Kanzleistrasse zu räumen und das gefährdete Tor zu schützen. Wie ich aber an der Spitze der etwa zehn Mann zählenden Truppe von der Ankerstrasse in den Hof der Kanzleistrasse hineinstürmen wollte, in der felsenfesten Überzeugung, dass doch nur über die Köpfe weggeschossen werde, da hielt mich der anführende Wachtmeister warnend an der Schulter zurück: «Da chömmer nüd dure; es wird ja scharf gschossel!» Ich sah, dass das Tor aufgebrochen und unter dem Eingang ein kleines Feuer entzündet worden war, aber niemand einzudringen wagte. Auch vernahm ich, dass Küng durch einen Pickelhieb am Kopf verletzt und in die benachbarte Apotheke an der Kramerstrasse verbracht worden sei. Ich verliess die unschlüssige Polizei und eilte nach der Kramerstrasse, wo ich erfuhr, dass Küng nach Hause gegangen.

Inzwischen war mir der Gedanke gekommen, dass Wyss selber einige beruhigende Worte an die Menge richten könnte. Ich wurde von der menschenleeren Stauffacherstrasse her in das Gebäude der Bezirksanwaltschaft eingelassen, wo mich ein junger Kommissär in Empfang nahm und zum Gefangenenwart führte. Dieser hatte eben von Dr. Bickel Bericht erhalten, er könne Konrad Wyss freilassen. An bleichen Polizisten vorbei schritt ich nach der Zelle des Verhafteten, der mich mit verstörtem Gesicht fragte: «Was ischt au los?», den Rauch verspürend, der vom Gefängnistor aufstieg.

Wir verliessen das Gebäude nach der Stauffacherstrasse, als im gleichen Augenblick ein mächtiger Donnerschlag ertönte; am Nebeneingang zur Bezirksanwaltschaft an der Ankerstrasse war eine Dynamitpatrone zum Platzen gebracht worden. Ich schickte Konrad Wyss zum Volkshaus, während ich an die Kanzleistrasse eilte und mit der Kunde von der Freilassung des Verhafteten die erregten Leute gleichfalls zum Volkshaus wies. Vom dortigen Balkon sprachen Ernst Nobs\*, der Befreite und Willi Trostel beruhigend auf die Menge ein, die, der Aufforderung Folge leistend, sich zu zerstreuen begann. Etwas nach elf Uhr war ich zu Hause bei meiner ahnungslosen Familie.

Wie in der Stadtratssitzung vom folgenden Morgen bekannt gegeben wurde, hatte ein Lehrling vor dem Bezirksgefängnis den Tod gefunden und waren siebzehn Personen mit Schussverletzungen ins Kantonsspital eingeliefert worden. Davon starben in der Folge noch zwei weitere, darunter ein Detektiv der Kantonspolizei.

Anschliessend an die Stadtratssitzung vom Samstagvormittag wurden Stadtpräsident Nägeli\*, Dr. Streuli und ich zu einer Sitzung mit dem Regierungsrat abgeordnet. Wie ich heute vermute, entschuldigte ich die Erregung der Menge mit der leichtfertigen Freiheitsberaubung in Verdacht gezogener Arbeiter durch die Untersuchungsbeamten, wie sie sich im eben zu Ende gegangenen Bombenprozess\* gezeigt hatte, wo siebzehn Freisprüche nach monate-

langen Untersuchungshaften erfolgt waren, und wie sie sich auch bei Konrad Wyss bestätigte, der nach der nachträglichen Einvernahme auf freiem Fuss belassen wurde. Die Unionsdelegiertenversammlung vom gleichen Abend stimmte den Feststellungen zu, nach denen die Ausschreitungen durch die aufreizenden Untersuchungshaft im Bombenprozess und gegen Streikende verursacht worden waren, und fasste Beschlüsse, die sich auf den weiteren Kampf für den Achtstundentag bezogen. Ihre Aufforderung, an der Beerdigung der Opfer vom 13. Juni teilzunehmen, wurde aber nicht mit einer allgemeinen Arbeitsruhe verbunden; auch fiel sie dadurch dahin, dass die Angehörigen der beiden erschossenen Arbeiter stille Bestattungen wünschten.

Der Regierungsrat aber unterstellte noch am 14. Juni die Stadtpolizei mit der Kantonspolizei und der Stadtwehr dem durch das eidgenössische Militärdepartement aufgebotenen Platzkommandanten und warf die Frage der Neuzuteilung der Stelle des Polizeivorstandes auf.

Diese Angelegenheit beschäftigte den Stadtrat an seiner Sitzung vom 17. Juni 1919. Der Stadtpräsident gab bekannt, dass der Regierungsrat wünsche, der Stadtrat möge auf die Zuteilung des Polizeiwesens zurückkommen. Ich erklärte, dass ich aus meiner Auffassung heraus, die ich bei der seinerzeitigen Zuweisung im Stadtrat

Die Überschrift im «Volksrecht» vom 14. Juni 1919 bezieht sich auf den 17. November 1917, an dem vier Menschen bei einer Demonstration erschossen wurden (siehe Seite 47).

Samstag, 14. Juni 1919

**Abonnementspreis:**  
Für Zürich: bei der Expedition abgeholt . . . monatlich Fr. 1.50  
Durch die Vertreterin und Ablagen . . . monatlich Fr. 1.60  
Für den übrigen Kanton Vierteljährlich Fr. 4.80 / Postamtlich abonniert: 1 Monat Fr. 1.80; 3 Monate Fr. 5.00; 6 Monate Fr. 9.50; 12 Monate Fr. 19.40; unter Adressband . . . pro Monat Fr. 2.30

# Volksrecht

Sozialdemokratisches Tagblatt

XXII. Jahrgang - Nr. 136

**Insertionspreis:**  
Die einseitige Pettizelle oder deren Raum: Inland 25 Cts., Ausland 40 Cts. Reklamen per Pettizelle 80 Cts. Bei größeren Aufträgen entsprechend Rabatt  
Teleph. Redaktion: Seinau 1592  
Adm. Instruktion: Seinau 1591  
Druckerei: Seinau 1532  
Alle Postsendungen nach Zürich Bahnhofs-Postfach 1 / Geldsendungen: Postkassa VIII 1530

Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich sowie der Arbeiterunion Zürich  
Amtliches Publikationsorgan der Gemeinden Oerlikon, Seebach, Schwamendingen, Affoltern b. Z., Höngg, Allfetten, Schlieren, Albisrieden, Dietlikon und Borgen

## Eine neue Blutnacht in Zürich.

Die Massen-Versammlung auf dem Fraumünsterplatz. - Eine Demonstration. - Die Befreiung eines Untersuchungsgefangenen. - Die Kantonspolizei liefert eine Schlacht. - Ueber zwanzig Verwundete, fünf Schwerverwundete, drei Tote!

### Schwere Stunden.

Wieder liegt hinter der zürcherischen Arbeiterschaft eine schwere Nacht. Eine Nacht, die zahlreiche unserer Massengenossen unter den Schüssen der Kantonspolizei auf Strassenpflaster hingestreckt hat und die vielleicht Todesopfer kosten wird, ja solche möglicherweise bereits gefordert hat. Eine Nacht, die wie ein schwerer verlorener Traum hinter uns liegt. Ach, daß diese Nacht doch nur ein Traum wäre!

Wieder ist die Masse spontan in eine Aktion getreten, die nicht beabsichtigt war. Wieder ist eine Bewegung über das ihr von der Organisation gesteckte Ziel hinausgeschossen. Wieder ist es nicht etwa zu einer Revolution, sondern zu einem Tumult gekommen, der aber mehr Blutopfer gefordert hat, als manche politische Revolution lokaler Art. Die Masse hat förmlich ihren Willen durchgesetzt. Der ungeschickteste Termin verhasste Genosse mußte freigegeben werden. Aber weshalb ein Verhältnis zwischen einem solchen «Erfolg» und den Opfern an Leben und Gesundheit, mit denen er erkauft worden ist! Wer möchte und konnte um solchen Erfolg willen die Wiederholung dieser Aktion vom Standpunkt der Arbeiterkraft aus und in Hinblick auf die beklagten Leiden Opfer verantworten?

Aber wer solche Aktionen verheben will, darf

### Eine internationale Kundgebung.

Die Arbeiterunion Zürich hatte auf seinen Freitagabend 8 Uhr zu einer internationalen Solidaritätskundgebung auf dem Paradeplatz eingeladen. Sie war gebildet in erster Linie als eine Gedenkfeste auf Rosa Luxemburg, deren Leiche am gleichen Tage in Berlin beigesetzt wurde. Sodann sollte ein zweiter Redner über die internationale Situation sprechen. Als Referenten waren vom Unionsvorstand in Aussicht genommen worden die Genossen G. Müller und Parviziotti. Eugen Müller in Bern. In Vorbereitung des letzten sprach dann Genosse Dr. Hip-Bach aus Chur, der neugewählte Redakteur des «Volksrecht».

#### Auf dem Paradeplatz.

Als Versammlungsort war der Paradeplatz in Aussicht genommen worden. In letzter Stunde lief aber beim Unionsvorstand die Mitteilung des Stadtrats ein, daß der Stadtrat den Paradeplatz nicht benütigen und die Kundgebung polizeilich absperrn lassen. Es war dies ein Beschluß der bürgerlichen Mehrheit des Stadtrats. Als etwa um 8 Uhr die Arbeiter in sehr großer Zahl beim Paradeplatz eintrafen, fanden sie ihn durch Polizeiabsperrung abgesperrt. Die bereits gesammelten Mitglieder des Unionsvorstandes, zu denen sich auch Genosse Stadtrat Traber eingeschoben hatte, wollten es vernünftigerweise als keinen Konflikt aufnehmen lassen, sondern gaben die Leitung aus, die Versammlung auf dem ganz nahe gelegenen Fraumünsterplatz abzuhalten. Die Kundgebung aber zunächst keine Bedeutung im Gegenteil wurde, als die Menge bald größer geworden war, die Absperrung durchbrochen, und die Masse törmelte über den Platz. Die Versammlungsleiter wollten nichtbedenklicher jede Ursache zu dem geringsten Unruhefaktor aus dem Wege räumen. Als dies

Genosse Dr. Hip aus, daß die goldene Internationale der Kapitalisten wieder zu neuem Leben erwacht sei als die sozialistische Internationale. Diese Internationale ist keine Aktion, sondern eine Internationale der Tat. Sie ist mit brutaler Gewalt jeder Bewegung des Proletariats entgegengetreten, und hat dabei eine internationale Solidarität (Inszenierung in Russland, Offensive gegen die ungarische Sowjetrepublik) an den Tag gelegt, die dem Proletariat fähig zum Weiterdienen hätte. Seine Internationalität ist eine der besten Waffen des Kapitalismus. Trotz des Arztes ist diese Internationale lebendig geblieben und verfährt auch heute eine gewaltige Macht. Die Bourgeoisie sei uns an ihrer internationalen Geschlossenheit und gegenwärtigen Unterdrückung, was eine Internationale der Tat sein kann und zu wirken vermag. Die proletarische Internationale blieb lieber eine solche der Worte und ließ im Weltkrieg auseinander. Von unsern Gegnern müssen wir lernen. Auch das Proletariat sollte nicht weniger internationale Solidarität aufbringen als seine Feinde. Wohl, aber nicht unsere Internationale, sondern die Welt der Arbeiter, die wir weiter unsere internationale Genossen. Die Vertreibung der Arbeit vom Joch des Kapitals ist ein gewaltiger, unvergänglicher Schritt. Aber das Proletariat war noch zu schwach, zu sehr der bürokratischen Tradition unterworfen, um seiner Internationale auch während des Krieges Gehört zu geben. Sie erweicht und kampflos zu erhalten. Und doch will auch diese Internationale wieder erheben. Sie ist schon Tat geworden in Russland und Ungarn, bei einem Teil des Proletariats auch in Deutschland und Österreich. Und nun sehen wir, was auch in den Industrieländern unsere Klassenkämpfe an erheben beginnen und den Kampf von neuem aufnehmen. Während die beiden Sowjet-Republiken im Osten

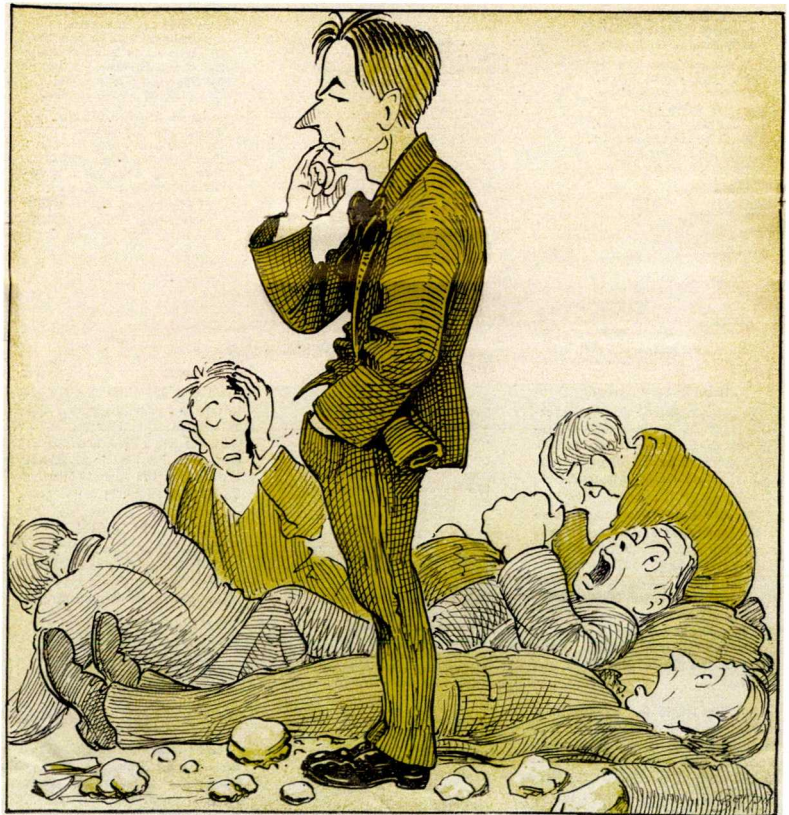
Unternehmer haben bis zur Stunde nicht einmal eine Eingabe beantwortet, die schon im Januar dieses Jahres eingereicht worden ist! Sie haben ebenfalls Verhandlungen über den Einigungsmodus mit abgelehnt. (Wahrheit!) Sie gingen sogar hin und verübten durch von ihnen einberufene Arbeiterversammlungen den Streikenden in den Häusern zu schließen, ein Unternehmen, das allerdings völlig mißlungen ausbleiben mußte. Auch hier ist der Streik absolut gerechtfertigt und seine Fortsetzung es auch jetzt, könnte diese Bewegung als provozierende und nicht vollumfänglich gerechtfertigte bezeichnet werden. Genossen, die noch im Zustand befindlichen Wachstums sollen unserer Solidarität nicht minder gewiß sein als die Arbeiter, die heute vor dem Negierungsrat und zwar mit Negierungsrat Ernst verhandeln wollten, aber deren Delegation zurückgewiesen worden ist, weil die Streikenden vor dem Rathause den Streik abwarten wollten. Dabei hatten sie ausdrücklich erklärt, daß ihre Demonstration sich nicht gegen die Regierung, sondern ausschließlich gegen die Arbeiterriebe. Daraus kommt schlicht mit der Madonna, daß die gesamte Arbeiterschaft sehr bald in die Kasse kommen kann, diesen Kampfenden Gruppen in dieser überlegen Weise zu Hilfe zu kommen. Möge sie ihnen tatkräftige Unterstützung nicht verweigern. Die Verteilungen Danksommens wurden mit größter Aufmerksamkeit und spontan ausbrechenden Entzückungsgeschreien aufgenommen. Was ihm freudig noch zu sagen an von der kommunistischen Gruppe über

#### Die Münchener Revolution.

Die Münchener Revolution.

und im Grossen Stadtrat\* dargelegt habe, keinen Grund habe, mich einem Wechsel zu widersetzen. Ich müsse aber entschieden zurückweisen, dass daraus geschlossen werde, ich sei der Stellung nicht gewachsen. Meine Massnahmen und Handlungen seien vom Verantwortungsgefühl geleitet gewesen, dass ein Blutvergiessen unbedingt zu vermeiden sei.

Köstlich war, wie die bürgerlichen Mitglieder die starken Männer spielten. Der Freisinnige Dr. Streuli äusserte, dass ihm die Zuschrift des Regierungsrates nur mässig gefalle. Die Regierung wolle durch dieses Vorgehen die Aufmerksamkeit nur von sich selber ablenken. Der Demokrat Kern\* fand, der Stadtrat solle dem Wink des Regierungsrates nicht gehorchen; man solle sich darüber zuerst noch in



Ein ratloser Traber nach dem 13. Juni. Karikatur im «Nebelspalter» von Karl Czerpien, Zürich

den Fraktionen aussprechen. Der Freisinnige Kruck\* betonte das Bedürfnis der Aussprache in den Grosse Stadtratsfraktionen. Der Stadtpräsident schloss aus der Aussprache, dass die Frage noch vertagt und damit die Antwort an die Regierung verschoben werden solle. Es sei aber nicht zu bestreiten, dass die Regierung diese Zuteilung von Anfang an nicht gerne gesehen habe. Genosse Klöti\* bezeichnete es als eine Beleidigung des Stadtrates, wie der Regierungsrat Zumutungen stelle. So wurde die Angelegenheit für einmal zurückgelegt.

Das «Volksrecht» erinnerte daran, wie ich durch die Zwängerei der Bürgerlichen wider Willen das Polizeiwesen erhalten hatte und schloss:

*Wenn nun die Bürgerlichen umkrempeln wollen, so ist die Blamage ganz auf ihrer Seite. Die Wunschäusserung des Regierungsrates zeigt nur, dass Genosse Traber sich nicht als ein Polizeivorstand nach dem Herzen der Bürgerlichen erwiesen hat.*

Eine kleine Genugtuung wurde mir zuteil in der Eingabe des Adjunkten des Polizeiinspektors, Dr. Kunz, und des Polizeikommissärs Hartmann vom 24. Juni an den Stadtpräsidenten, in der sie die Angriffe gegen das Polizeikorps zu widerlegen suchten und dabei folgendermassen schlossen:

*Zur Steuerung der Wahrheit möchten wir zum Schluss noch einige Bemerkungen über das Verhalten des Stadtrates Traber am 13. Juni machen. Selbstverständlich enthalten wir uns als Untergebene jeder Kritik über dessen Amtsführung. Wir werden darüber als Zeugen in einem eventuellen Amtspflichtsprozess unsere Depositionen machen können. Wir möchten hier nur zu den persönlichen Angriffen auf Stadtrat Traber, in denen ihm Mangel an Verantwortungsgefühl und persönliche Feigheit vorgeworfen wird, Stellung nehmen, indem wir Zeugen der Vorgänge beim Bezirksgebäude waren. Nach unserer Überzeugung hat nach dem Ausbruch der Tumulte Stadtrat Traber unter eigener fortwährender Lebensgefahr und grossem Mannesmut alles in seiner Macht Stehende versucht, um die Menge von den Ausschreitungen abzuhalten. Den Vorwurf der Feigheit verdient er nicht.*

Aber so sehr die Zeitungen hetzten, die Bürgerlichen an den städtischen Versammlungen wetterten, im Kantonsrat und Nationalrat sich die Redner erhitzen – im Zürcher Grossen Stadtrat blieb es mäuschenstill. Noch nie hatte sich in Zürich irgend etwas begeben können, ohne dass im Grossen Stadtrat mit Interpellationen aufgerückt worden wäre, um vom Stadtrat Auskünfte zu verlangen und die Vorfälle vor dem Rat und damit vor der berufenen Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Ich wartete sehnsüchtig auf eine Interpellation – doch die so grossmüuligen Freisinnigen, Demokraten und Grütliauer hatten sich untereinander verschworen und taten mir den Gefallen nicht. Meine Erklärung vom 10. Mai stopfte ihnen den Mund.

### Ich erhalte ein neues Departement

Mittwoch, den 23. Juli, trat der vollbesetzte Stadtrat zusammen. Der Stadtpräsident eröffnete, dass es sich darum handle, mir eine Abteilung zuzuweisen, bei der ich durch gesetzliche Vorschriften und nebengeordnete Behörden in meiner Handlungsfreiheit eingeschränkt sei und auch mit den übrigen Mitgliedern des Stadtrates eine äusserst geringe Berührung habe. So seien die bürgerlichen Mitglieder schlüssig geworden, mir das Vormundschafts- und Armenwesen zuzuweisen. Pflüger\*, dem sie das Schulwesen zuteilen möchten, müsse ein Opfer bringen, wie es auch die übrigen von der Umstellung betroffenen Kollegen müssten, die alle nur ungern ihre Abteilungen verliessen.

Genosse Pflüger wehrte sich entschieden für die Beibehaltung des Vormundschafts- und Armenwesens, in welcher Abteilung er noch eine Reihe in Angriff genommener Pläne zu Ende führen wollte, und hielt sich darüber auf, dass die andern unter sich die Rollen verteilt, während mit ihm nicht gesprochen worden sei. Es sei keine Staatsnotwendigkeit, mich zum Vormundschaftswesen zu versetzen und mir das Schulwesen vorzuenthalten, da dort durch Zentralschulpflege und Kommissionen meine Tätigkeit ebenso eingeschränkt sei. Im Stadtrat bliebe ich und würde da mitwirken, «sei es zu unserm Vergnügen oder zu unserm Missvergnügen». Genosse Klöti\* kam ihm zu Hilfe, indem er offen erklärte, die vorgesehenen Schiebungen ergäben sich, weil jedes Mitglied der bürgerlichen Fraktion die Abteilung ausgesucht habe, die ihm besser liege.

Diese Einwendungen hatten insofern ihren Eindruck nicht verfehlt, als der Stadtpräsident vorschlug, die Sitzung für eine Besprechung unter den Mitgliedern der bürgerlichen Fraktion zu unterbrechen. Hernach eröffnete er, sie könnten es nach neuerlicher Überlegung nicht verantworten, mir im Hinblick auf die vielen Lehrer, Schüler und deren Eltern das Schulwesen anzuvertrauen; sie müssten die öffentliche Meinung berücksichtigen. Es wäre wünschbar, wenn alle Mitglieder des Rates im Interesse der Stadt mit dieser Lösung einverstanden wären. Was mich zu der Erklärung veranlasste, es sei nicht entschieden, dass die Mehrheit des Stadtrates in diesem Falle der Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung entspreche; auch sollten nicht ständig die persönlichen und bürgerlichen Parteiinteressen als die Interessen der Stadt ausgegeben werden.

Die geheime Wahl ergab hierauf: Beim Schulwesen erhielt Pflüger fünf Stimmen, ich vier. Beim Vormundschafts- und Armenwesen ergab der erste Wahlgang für Pflüger und mich je vier Stimmen; ein Zettel war leer. Beim zweiten Wahlgang erhielt ich fünf, Pflüger vier Stimmen.

Damit war meine Rolle als Polizeivorstand beendet. Der Amtsantritt für die neue Abteilung wurde auf den 23. August vereinbart, womit ich unvorhergesehen zu meinen Ferien kam.

Den Nachklang zu diesen Vorfällen stellte die gerichtliche Ahndung dar. Am 22. September 1919 fand die Verhandlung vor der ersten Abteilung des Bezirksgerichtes statt. Ich wurde der fortgesetzten Amtspflichtverletzung angeschuldigt und zu sechs Tagen Gefängnis und 500 Fr. Busse verurteilt. Das Obergericht liess die Höhe der Strafe bestehen und verweigerte mir den bedingten Strafvollzug.

Der Gedanke, der mich in meine Zelle begleitete, in der Abgeschlossenheit aus dem Gefühl dichterisch zu gestalten, machte bereits am zweiten Tage der Einsicht Platz, dass ich mich nicht von der Aussenwelt abwenden könne. Ich brannte darauf, nach den wenigen Tagen der Ruhe und Erholung mit neuer Kraft ans Werk zu gehen. Zwischen dem Lesen hielt ich mich folgsam an die Ermahnung, die mir am ersten Abend die Heilsarmee zugesungen: «Richte deinen Blick nach oben!», da mir die Blenden an meinen Fenstern keine andere Wahl liessen.

## Der Rückschritt auf dem Vormarsch

Hatten die frühern Arbeitsausstände wegen der geschlossenen Haltung der Arbeiterschaft und im Hinblick auf die drohenden und gefürchteten weltpolitischen Umwälzungen nachsichtige Duldung erfahren, so verschaffte sich jetzt der seit 1917 aufgestaute Groll der Bürgerlichen rückhaltlos Luft. Er wagte dies umso mehr, als mit dem Versanden der deutschen Umwälzung und mit dem Sturz der ungarischen Räterepublik der frühere Alpdruck zu weichen begann. Das rückschrittliche Eifern des Stadtrates erhielt in jenen gleichen Tagen noch einen weitem Antrieb durch die Banken, die es verstanden hatten, die Stadt in ihre völlige Abhängigkeit zu bringen.

[Als Folge der stark gestiegenen Preise für Rohstoffe und Lebensmittel wuchsen die sozialen Kosten der Stadt Zürich seit 1916 ständig an. Die Stadt musste enorme Summen für Bedürftigenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Mietnothilfe, Volksküchen, Abgabe verbilligter Lebensmittel usw. ausgeben, sodass das 1916 noch ausgeglichene Budget sich 1919 zu einem Defizit von 17,3 Mio. Franken auswuchs. Deswegen brauchte die Stadt 1919 nur schon für die Deckung der laufenden Verpflichtungen 15 Mio. Franken.

Die Banken waren nicht bereit, der Stadt diesen Kredit zu geben. Sie «verhängten im November 1919 eine Kreditsperre über die Stadt und machten neue kurzfristige Darlehen von einer Garantie des Kantons abhängig. Die Regierung benützte die Notlage der Stadt, um ihre Hilfe im Garantievertrag an äusserst demütigende Bedingungen zu knüpfen. Sie behielt sich namentlich die Genehmigung aller Ausgabenbeschlüsse des Grossen Stadtrats vor» (Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, Seite 256).

Emil Klöti\*, damals Mitglied des Stadtrates und späterer Stadtpräsident, erinnerte sich 1957: «Wenn ich heute mit der philosophischen Ruhe des Alters an jene böse Zeit zurückdenke und mich frage, ob die kreditschädigende Bevormundung der Stadt nötig gewesen sei, so muss ich diese Frage auch jetzt verneinen. Die Bevormundung diente dem Zwecke, die Stadtverwaltung, trotz bürgerlicher Mehrheit, zu demütigen und ihr die Macht der Banken zu zeigen.»]

Die Bevormundung der Stadt, die mit diesem Vertrag erfolgt war, steigerte den Sparwillen des Stadtrates aufs Äusserste. Und dieser Sparwille nahm ungestüm den von den Banken gewünschten und erhofften Weg in Richtung Abbau der Gemeindeunternehmen, der sozialen Einrichtungen und der mühsam geschaffenen Besserstellung des städtischen Personals. Da der Stadtrat bei diesen Bemühungen den Widerstand des Grossen Stadtrates\* erfuhr, liess er sich vom Geist des Abbaus da umso ungehemmter führen, wo er in eigener Befugnis handeln konnte oder mit einigen spitzfindigen Auslegungen für sich dieses Recht kurzerhand in Anspruch nahm.

Der eifrigste Verfechter dieses Geistes war der neu gewählte Dr. Häberlin\*, der als abtretender Präsident des Grossen Stadtrates im Frühjahr 1919 noch das wunderbare Lippenbekenntnis als Fortschrittsfreund abgelegt hatte. Der Abbaueifer erfüllte aber auch unsern Genossen Pflüger\*. Als Mitglied der Finanzsektion hatte er an

den Besprechungen mit dem Regierungsrat teilgenommen und sich dort durch den kantonalen Finanzdirektor, den Grütlianer Ernst\*, der von der bevorstehenden Zwangsverwaltung der Stadt Zürich träumte, den Schrecken in die Glieder jagen lassen. So sprach Pflüger kritiklos dessen Vorschlägen das Wort, dass die Besoldungen und Löhne durch eine sofortige Neuordnung um vier Millionen abgebaut werden müssten, eine Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen sei und weitgehende Einsparungen in allen Verwaltungsabteilungen vorgenommen werden müssten.

Da ein Besoldungsabbau für die Beamten und Angestellten innert der laufenden Amtsdauer als rechtlich nicht angängig und der Versuch, nur die Arbeiterlöhne herabzusetzen, als zu stossend erachtet wurde, suchte Genosse Pflüger für einen freiwilligen, zehnprozentigen Lohnabbau zu werben, erhielt jedoch von sämtlichen Organisationen entschiedene Absagen.

Der Stadtrat tagte unzählige Male, erst, um zu ergründen, wo sich Sparmöglichkeiten finden würden, und hierauf, um zu den vorgebrachten Vorschlägen der einzelnen Abteilungen Stellung zu nehmen. Als eine der nächstliegenden Lösungen erschien den Herren Häberlin, Kruck\* und Kern\* die Aufhebung oder Verpachtung der von der Stadt geführten Betriebe mit Einschluss der Strassenbahn, um damit die von ihnen als zu hoch geschätzten Löhne auszuschalten. Dr. Häberlin äusserte, kaum dass er im Amte stand, er wolle den Kollegen keine Vorwürfe machen, denn man sei den Begehren entgegengekommen, um die Revolution zu vermeiden. Jetzt gelte es aber, die Zügel fest in die Hand zu nehmen und erhöhte Arbeitsleistungen zu verlangen. In seiner Abteilung könnten wohl dreissig Prozent des Personals entlassen werden. Auch Genosse Pflüger wusste zu verkünden, dass Genosse Grimm\* in Bern als Vorstand der städtischen Betriebe der Auffassung sei, die städtischen Arbeiter seien nicht höher zu entlönnen als die im privaten Dienst stehenden Gewerkschafter.

Zuerst wurde zum Abbau jener Einrichtungen geschritten, die durch die Kriegsverhältnisse geschaffen worden waren. Die Dörranlage für Obst und Gemüse im Gaswerk Schlieren, die von der Gemeinde erst am 16. März 1919 gutgeheissen worden war, wurde auf Ende 1919 stillgelegt und die Räume anderweitig vermietet. Bei der Bedürftigenunterstützung wurden zuerst keine Neuanmeldungen mehr zugelassen und dann auf 1. Juli 1920 die ganze Einrichtung aufgehoben, auch die verbilligte Abgabe von Brot und Milch und die anhängigen Fälle dem Armenwesen zur Unterstützung überwiesen.

Ab 1. März 1920 wurde die Abgabe von Eintopfgerichten durch die städtische Volksküche eingestellt und mit Ende des gleichen Monats auch die Suppenabgabe auf die Schülerspeisung beschränkt und der Schulverwaltung übertragen. Das vollständige Verbot der Verabreichung von Eintopfgerichten bei der Schülerspeisung wurde durch den Widerstand der Zentralschulpflege vereitelt, doch musste sich diese mit einer starken Beschränkung des Kredites abfinden, die sie dazu nötigte, die Zahl der Genussberechtigten von 2 750 auf 1 900 herabzusetzen.

Durch die Aufhebung von Stellen, Pensionierungen und Entlassungen schieden 1920 128 Beamte und Angestellte sowie 315 Arbeiter aus dem städtischen Dienst, 1921 weitere 80 Beamte und Angestellte und 185 Arbeiter. Dieser Personalabgang war teilweise bedingt durch die Einschränkung von Arbeiten im eigenen Betrieb, vor allem beim Tiefbauamt, wo es Genosse Klöti mit Mühe gelang, einen Stamm von etwa 50 Mann zur Anleitung bei den Arbeiten durch private Unternehmer zugebilligt zu erhalten.

Zu den ersten Opfern der stadträtlichen Sparwut gehörten auch die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten. Auf den Antrag des rapperspaltenden Dr. Häberlin wurde an Stelle der bisherigen städtischen Anstellung für die etwa zehn Frauen ein Pachtverhältnis mit der Zusicherung einer Mindesteinnahme geschaffen und damit die Wärterinnen, soweit sie nicht pensioniert wurden, aus der Versicherungskasse ausgeschlossen. Die wesentlichste Einsparung bestand im Wegfall der Versicherungsprämien und der Ferien- und Freitagsentschädigung. Eine weitere kleinliche Massnahme war der Entzug der Freikarten für die Werkstättenarbeiter der Strassenbahn und die Strassenbahner im Ruhestand.

Am 16. Juli 1920 beschloss der Stadtrat entgegen dem Antrag des Genossen Klöti – Pflüger und ich waren ferienabwesend – die Aufhebung der Strassenbahnschneiderei und die Entlassung der Arbeiter auf den 31. August 1920. Ein Gutachten legte die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dar. Ein solches Gutachten musste auch dazu dienen, die Aufhebung des städtischen Holzdepots zu rechtfertigen. Es führte dazu, dass beim Forstamt die Arbeiterschaft der Versicherungskasse verlustig ging und die Ausführung der Arbeiten in vermehrter Weise im Stücklohn vergeben wurde.

Auf die Erhebung von Schulgeldern an der Töchterschule trat der Grosse Stadtrat durch Mehrheitsbeschluss der Linken nicht ein, wie er auch von der Aufhebung der Seminarabteilung nichts wissen wollte. Auf die Verpachtung der öffentlichen Badeanstalten, die Stilllegung der Kehrrechtverbrennungsanstalt, die Auslieferung der Strassenbahn an eine private Gesellschaft wie auf die Vergabe der Reinigungsarbeiten in den Amts- und Schulhäusern an Dritte musste Dr. Häberlin freilich verzichten. Mit der Lahmlegung einzelner Gemeindeunternehmungen hatte er mit seinen gleichgesinnten Kollegen die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe genugsam abgebremst.

Der Schuldenfessel, die diesem Rückschritt aufgeholfen, konnte sich die Stadt bereits am 16. Juni 1922 entledigen. Mit jenem Tage wurden die letzten Wechsel der Banken eingelöst und fiel der Garantievertrag mit dem Kanton dahin. Mitgeholfen hatte die Dollaranleihe vom Oktober 1920, wodurch die Stadt von den Vereinigten Staaten von Amerika 36 Millionen erhielt. Die dabei vorausgesehene schwere Zinsbelastung von 9,8% ermässigte sich zufolge des Rückgangs des Dollarkurses, so dass die Anleihe die Stadt in Wirklichkeit nur auf 6% zu stehen kam. Auch bei dieser Anleihe zeigte sich das Bemühen der Banken, die Stadt in ihren Fingern zu behalten, indem

die ersten Verhandlungen durch die Kreditanstalt als erfolglos abgebrochen wurden. Als aber der Stadt unter Umgehung der Zürcher Banken doch ein Anleihen in Amerika in Aussicht stand, schob sich die Kreditanstalt wieder ein, um am Geschäft verdienen zu können.

## Die Parteispaltung

Hatte schon die Frühjahrsunwältzung 1917 die Blicke der Arbeiter nach Russland gezogen, so erfüllte die Oktoberrevolution der Bolschewiki des gleichen Jahres alle überzeugten Sozialisten mit der Hoffnung auf den baldigen Umsturz der kapitalistischen Welt- und Gesellschaftsordnung. Der Landesstreik vom November 1918, so gering seine Erfolge an Zugeständnissen des Bürgertums waren, hatte, zusammen mit den ihm folgenden Strafmassnahmen, die Arbeiterschaft mächtig aufgerüttelt.

So war auch der Entscheid des ausserordentlichen Parteitages in Bern vom 2. Februar 1919 nicht verwunderlich. Der Berner Parteivorstand hatte beantragt, der Einladung des Bureaus der Zweiten Internationale\*, deren Führer sich während des Weltkrieges zum Nationalismus bekannt hatten, Folge zu geben und die am 3. Februar 1919 in Bern beginnende internationale Tagung zu beschicken. Dagegen sprach der Basler Friedrich Schneider\*, dem sich mit einer schärfern Ablehnung Fritz Platten\* zur Seite stellte. Der vereinigte Ablehnungsantrag Platten-Schneider wurde mit 238 Stimmen zum Beschluss erhoben; auf den Antrag des Parteivorstandes für die Beteiligung an der Zweiten Internationale fielen 147 Stimmen. Nachts zehn Uhr des gleichen Tages erhielt ich telegraphisch von Fritz Platten Kenntnis von diesem Ereignis.

Einen Monat später war Fritz Platten, der in den ersten Tagen des Jahres seine Frau verloren und nach dem Parteitag von Bern seine Stelle als schweizerischer Parteisekretär aufgegeben hatte, in Russland. Vom 2. bis 6. März nahm er am Internationalen kommunistischen Kongress in Moskau teil. Mit Lenin\*, Trotzki\*, Zinowiew\* und andern unterzeichnete er den Aufruf, der die Zimmerwalderbewegung\* für überlebt erklärte und zur Sammlung aller revolutionär Gesinnten in der neugegründeten Kommunistischen Internationale aufrief.

Der ausserordentliche Parteitag vom 16. und 17. August 1919 in Basel, zu dem ich aus meinen Ferien in Gais reiste, hatte nochmals zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Austritt aus der Zweiten und Beitritt zur Dritten Internationale\* war das Geschäft, das die Hauptzeit des Parteitages beanspruchte. Für den Beitritt zur Dritten Internationale sprachen Dr. Welti\* und Humbert-Droz\*, dagegen August Huggler\* und Paul Graber\*. Der Austritt aus der Zweiten Internationale wurde mit 459 gegen eine Stimme beschlossen; der Beitritt zur Dritten Internationale mit 318 gegen 147 Stimmen. Briner\* beantragte hierauf, den Beschluss der Urabstimmung zu unterstellen. Für die Urabstimmung sprachen sich 224, dagegen 232 Stimmen aus. Da nach den Bestimmungen der Parteistatuten ein Drittel der an einem Parteitag anwesenden Abgeordneten die Urabstimmung verlangen konnte, war diese somit beschlossen.

*Trabers Aufforderung an die pflichtbewussten Genossen, sich von den Reformisten zu trennen und der Kommunistischen Internationale beizutreten. Wie das Flugblatt zeigt, rechnete er mit dem bevorstehenden «Endkampf».*

## **Genosse, ehe Du den Zettel in die Urne legst, noch eine Frage:**

### **„Bist Du ein Reformist oder ein Revolutionär?“**

Ein Reformist ohne Glauben, die Verwirklichung des Sozialismus je zu erleben, ein Reformist, der nicht verspürt, daß eine neue Zeit angebrochen, und der davon träumt, daß nochmals fünfzig Jahre ruhiger Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei beschieden seien zur Ausreifung und Aussonderung der verschiedenen Auffassungen, ein Reformist, dem bei der Verfechtung der Arbeiterinteressen ein sicherer Posten erwachsen ist und der in Schrecken daran denkt, daß eine Verschärfung des Klassenkampfes ihm seine fetten Pfründe kosten könnte, ein Reformist, der dem revolutionären Willen des schlichten Arbeiters ein Zugeständnis macht, indem er als Schau- und Prunkstücke die Diktatur des Proletariats und die Aufrichtung des Rätessystems in sein Programm setzt, um über die werktäglichen reformistischen Handlungen mit revolutionären Sonntagspredigten wegtäuschen zu können. Oder bist Du gar einer jener Halben und Wiederhalben, die, an sich, an ihrem Weg, am revolutionären Willen der Arbeiterschaft irre geworden, sich selbst in die Arme der Reformisten geworfen, die Arbeiterschaft aber beschwören, die ganze Arche Noah der heutigen Sozialdemokratischen Partei in der Herrlichkeit ihrer inneren Zerrissenheit der Zukunft zu retten?

### **Bist Du ein Revolutionär oder ein Reformist?**

Nicht ein Revolutionär in dem Sinne, daß Du morgen Pflastersteine in den Straßen aufreißen und den elenden Stadtrat absetzen wolltest, aber ein Revolutionär in dem Sinne, daß der Krieg nicht ohne Lehre an Dir vorübergegangen, daß das, was die Kommunistische Internationale in ihren Grundsätzen niedergelegt hat, Dir selbst zum Erlebnis geworden ist, daß Du weißt, daß wir in einer Zeit der Revolution leben, daß die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen eines Tages in gewaltvoller Weise sich zum Austrag bringen werden, daß wir nicht wissen, wieviele Monate uns noch gegeben sind, auf diesen Endkampf uns vorzubereiten und daß Du weißt, daß dieser Kampf nur dann siegreich sein kann, wenn die Arbeiterschaft im entscheidenden Augenblick nicht erst über die zu ergreifenden Mittel und Wege beraten muß, sondern ihres Zieles und ihrer Mittel klar ist.

Dann, wenn Du dies weißt, wirst Du Dich nicht darauf besinnen müssen, daß es Deine Pflicht ist, Dich mit all Deiner Werbekraft und Ueberzeugungsgabe einzusetzen für die Verwerfung des Beschlusses des Schweizerischen Parteitages, der durch Ablehnung des Beitrittes zur Kommunistischen Internationale gerade das verhindern will, was uns vor allem not tut, nämlich, daß die schweizerische Partei ihre innere Zerrissenheit und Zerrissenheit im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben der revolutionären Epoche überwinde und durch Säuberung und Ausschluß ihrer reformistischen Elemente jene Klärung und innere Einigkeit erhalte, die allein Gewähr eines künftigen Sieges sein kann.

Haben die Jahre des Krieges und der Revolution Deine Auffassung in diesem Sinne vertieft und Deinen Willen gestärkt, Dich einzusetzen für die baldige, endgültige Ueberwindung der kapitalistischen Herrschaft, dann bist Du Dir klar, daß, wenn die Mehrheit der schweizerischen Partei, den heuchlerischen Worten ihrer reformistischen Führer Glauben schenkend, den Beitritt zur kommunistischen Internationale ablehnt, Du zur Wahrung der höheren Interessen der Arbeiterklasse gezwungen bist, das Band mit der bisherigen Partei zu lösen und mit Deinen Gesinnungsgenossen den Anschluß an die Kommunistische Arbeiterschaft zu vollziehen. Mag auch die alte Form der Sozialdemokratischen Partei darob zerbrechen, es gilt das Höhere zu retten: den Geist des revolutionären Sozialismus vor der Erstickung durch den reformistischen Sumpf.

Keine Entscheidung hat bis heute für Dich eine solch weittragende Bedeutung gehabt, keine auch diese Bedeutung für die künftige Entwicklung des proletarischen Befreiungskampfes. Du mußt mit Dir selbst abrechnen und wissen:

Hier ist der Scheideweg, wo die Arbeiterschaft zur reformistischen Kleingläubigkeit, demütigen Genügsamkeit und ewigen Versklavung zurückgeführt wird, oder aber entschlossenen Willens, im mächtigen Glauben an ihren Sieg das revolutionäre Weltproletariat im Bruderbund umfängt.

Genosse, leg Deine Hand aufs Herz und bekenne:

**Ich bin ein Revolutionär!**

**Die Mehrheit des Vorstandes  
der Sozialdem. Partei der Stadt Zürich.**

Im Laufe des Monats September 1919 wurde die Urabstimmung durchgeführt. Im Auftrag des Genossen Nobs\*, der Präsident der städtischen Partei war – ich selber war seit Februar 1919 Präsident der zürcherischen Kantonalpartei –, schrieb ich für die den Beitritt empfehlende Mehrheit des städtischen Parteivorstandes das Werbeblatt «Reformist oder Revolutionär?» [siehe Seiten 119 und 120].

Gesamtschweizerisch lautete das Ergebnis 8 722 Ja zu 14 612 Nein, woran der Kanton Zürich 2 800 Ja und 2 496 Nein beisteuerte. In der Stadt Zürich beteiligten sich von den 6 146 eingeschriebenen Mitgliedern knapp ein Viertel an der Abstimmung; sie sprachen sich mit 1 041 gegen 601 Stimmen für den Beitritt aus. Ernst Nobs bedauerte im «Volksrecht» das Resultat und die schwache Beteiligung in der Stadt, die auf eine zu grosse Zuversicht der Eintrittsfreunde zurückzuführen sei, und erklärte, dass das geistige Ringen um den Anschluss an die Kommunistische Internationale\* weitergehe.

Und das geschah denn auch. Ernst Nobs setzte sich weiter für Revolution und Kommunismus ein, auch nachdem der zweite Kongress der Dritten Internationale\*, der vom 17. Juli bis 7. August 1920 in Moskau getagt, die Leitsätze über die Bedingungen\* der Aufnahme in die Kommunistische Internationale festgelegt hatte.

Einmal wohl sah ich ihn bedrückt. Aus einer Versammlung der Linken gingen wir zusammen von der «Eintracht» nach Aussersihl. Da öffnete er mir sein gequältes Herz. Dass er die Spaltung herankommen sehe und dass es ihm menschlich nicht möglich sei, vom «Volksrecht» aus den Kampf gegen seine einstigen Parteifreunde zu führen. Da werde er zurücktreten. Als bescheidener Kanzlist würde er sein Brot erwerben wollen, im Hintergrund den Kampf in der Partei betrachtend. Ob ich ihm zu einem solchen Kanzlistendasein verhelfen würde? Ich versprachs, doch fragte ich ihn, ob diese Niedergestimmtheit nicht nur der Ausdruck einer Überarbeitung, einer Übermüdung sei, die sich mit seinen Ferien wieder beheben liesse.

Noch am 11. und 12. September 1920 tagte Ernst Nobs mit uns von der Linken in Olten, um über ihr künftiges Vorgehen mit zu beraten. Dann ging er in die Ferien und kam als neu erstandener Kämpfer zurück. In seinem Aufsatz «Nur keine Verketzerung!» vom 2. Oktober 1920 nahm er Stellung dagegen, dass die einundzwanzig Punkte der Leitsätze über die Aufnahme in die Dritte Internationale nur im engsten Sinne ausgelegt werden dürften, weil diese buchstäbliche Auslegung zur Spaltung führen müsse. Dieser Aufsatz hatte das Schreiben des Genossen Zinowiew vom 19. Oktober 1920 zur Folge, in dem Ernst Nobs beschworen wurde, zur Kommunistischen Internationale zu halten, dass aber ohne Ausschluss der Rechten Greulich\* und Pflüger\* die Aufnahme in die Kommunistische Internationale der Schweizer Partei nicht zugebilligt werden könne. Und über dieser Auseinandersetzung über die einundzwanzig Bedingungen wandte sich Ernst Nobs zur Rechten zurück.

Ich meinerseits nahm an diesen Bedingungen keinen Anstoss. Im Gegenteil. Die verlangte straffe Einordnung, die Besetzung aller verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung mit überzeugten Klas-

senkämpfern, die Unterstellung der Presse und der Parlamentsfraktionen unter den einheitlichen Willen der Partei, die Absage an den Reformismus und die Entfernung der unzuverlässigen Vertreter aus allen Behörden und Vertrauensstellungen waren gerade das, wessen die Partei nach meiner Ansicht vor allem bedurfte. Die einundzwanzig Bedingungen der Kommunistischen Internationale erschienen mir deshalb nur recht und billig und äusserst notwendig und das Zurückweichen vor einer allfälligen Spaltung, aus Furcht vor einer Schwächung der Arbeiterbewegung, lächerlich angesichts der Ohnmacht der Partei in ihrem gegenwärtigen Zustand.

Es rückte dem Dezemberparteitag entgegen, der neuerdings zum Eintritt in die Dritte Internationale Stellung nehmen sollte. Die kantonale Tagung vom 14. November 1920 beschloss ihrerseits mit 178 Stimmen, der schweizerischen Partei den Beitritt zu beantragen. Auf den Antrag von Otto Lang\*, mit dem schweizerischen Parteivorstand die Ablehnung des Beitrittes zu empfehlen, fielen 97 Stimmen. Einige Tage vor dieser Entscheidung sagte Ernst Nobs mit einer Erklärung im «Volksrecht» dem Beitritt unter den einundzwanzig Bedingungen ab. Darob ein erstes Ketzergericht an der Versammlung der Linken in der «Eintracht». Ganz geheuer war es mir unter diesen Richtern auch nicht. Schrieb ich doch von ihnen in mein Tagebuch:

*Wer aber sind sie? Ein Bringolf\*, ein Eichenberger, ein Spinner und ein Springer. Leute, die kaum ein Jahr in der Partei, Spekulanten nach moralischem oder beruflichem Bankerott, Konjunkturkommunisten. Wenn die Spaltung sich nicht mehr umgehen lässt, schreckt mich nichts so sehr als die Leute, die dann als Führer sich gebärden werden.*

Am 25. November 1920 erhielt ich Wissen, dass Genosse Nobs am gleichen Abend eine Zusammenkunft mit Vertretern der Rechten haben werde. Da ging ich zu ihm auf die Redaktion, erinnerte ihn an seinen spätsommerlichen Herzenserguss und eröffnete ihm, dass die Berufsberatungsstelle bei der Amtsvormundschaft frei und neu zu besetzen sei. Er bestätigte mir, was seine Artikel schon verraten, dass er erholt und arbeitsfreudig sei und seine Stellungnahme verfechten müsse. Er dürfe nicht zurücktreten, dies wäre Feigheit. Ich sah, dass, wenn er vor den Ferien gefürchtet hatte, nicht den Kampf gegen seine ehemaligen Kampfgenossen zur Rechten führen zu können, ihn jetzt nichts hemmte, diesen Kampf gegen seine ehemaligen Freunde zur Linken zu führen. Zu denken gab mir seine bei dieser Besprechung gefallene Äusserung, dass er aus dem Rückgang der schwedischen Linkspartei ersehe, dass die Arbeitermassen vom Bolschewismus nichts wissen wollten, wenn sie auch gefühlsmässig den Russen ihre Sympathie bekunden würden. Ich fürchtete, ihn zu beleidigen, wenn ich die mir auf den Lippen schwebende Frage hätte laut werden lassen, ob er denn nicht nach dem eigenen Studium und der eigenen Überzeugung handle, sondern nach der Gesinnung der Massen seinen Standpunkt richte.



*Bündel des Berner Parteitages, an dem sich die Minderheit abspaltete, um die Kommunistische Partei der Schweiz zu gründen.*

Einige Tage später erfuhr ich auch, dass an jener Besprechung beraten worden, wie in den einzelnen Kreisen bei einer kommenden Parteispaltung vorzugehen sei, wie am besten die Massen gehalten und wie am ehesten der Anschein erweckt werden könne, dass die Linke die Spaltung betreibe, die auch sie, die Rechte, herbeiführen müsse, da ein weiteres Zusammengehen nicht mehr möglich sei.

Freitagvormittag, den 10. Dezember 1920, trat der schweizerische Parteitag in Bern zusammen. Zum Hauptgeschäft, dem Eintritt in die Dritte Internationale\*, lag der Antrag des Parteivorstandes vor, der die Ablehnung der einundzwanzig Bedingungen\* empfahl, Verbindung mit andern beitragsbereiten ausländischen Parteien anregte, um im Zusammengehen mit diesen eine Änderung der Aufnahmebedingungen zu erwirken. Gleichzeitig sollte dieser Beschluss der Urabstimmung unterbreitet werden. Den Eintritt unter den vorliegenden einundzwanzig Bedingungen verlangte der Antrag der Zürcher Kantonalpartei. Für den Beschluss des schweizerischen Parteivorstandes sprachen Grimm\* und Graber, für den Anschluss Dr. Welti und Humbert-Droz.

Am Samstag, um ein Uhr mittags, fiel der Entscheid. Für den Antrag des Parteivorstandes stimmten 350 Abgeordnete, für den Antrag Zürich 213. Daraufhin gab Hans Bickel\*, unser Zürcher kantonaler Parteisekretär, namens der Parteilinken die Erklärung ab, dass diese an den weiteren Verhandlungen des Parteitages nicht mehr teilnehme. Die Mitberatung am Parteiprogramm, das mit der Diktatur des Proletariats den Massen der Parteigenossen und dem übrigen schweizerischen Proletariat vortäuschen wolle, dass die Partei trotz der Ablehnung des Eintrittes in die Dritte Internationale eine revolutionäre Partei sei, müsse dieser Irreführung nur Vorschub leisten, während klare und unzweideutige Entscheide Not täten.

Am Nachmittag beriet die Mehrheit im Volkshaus – ich erzähle nach dem gedruckten Protokoll – über das neue Parteiprogramm, von dem Nobs als Mehrheitsberichterstatter einleitend erklärte, es sei für das Schicksal der Partei wichtiger als der Entscheid über den Beitritt zur Dritten Internationale. Greulich, der von der Diktatur des Proletariates nichts wissen wollte, hielt ihm dann aber entgegen, man beurteile eine Partei nicht nach dem, was im Programm stehe, sondern nach dem, was sie tun würde. Die Zustimmung zum Abschnitt über die Diktatur des Proletariates erfolgte dann mit 274 gegen 9 Stimmen, damit, wie Robert Grimm sich in seinen Schlussworten ausgedrückt hatte, die Partei nicht nur bleibe, was sie bis anhin gewesen sei, sondern durchtränkt werde vom Geist der revolutionären marxistischen Gesinnung.

Wir Linken aber tagten auf der andern Seite der Kirchenfeldbrücke im «Du Pont», beschlossen einen Aufruf an die schweizerische Arbeiterschaft, bestellten eine provisorische Zentrale aus den Baslern, der die Leitung und die Ausarbeitung von Statuten und Parteiprogramm für die Parteilinke übertragen wurden, und besprachen das Vorgehen für die nächsten Wochen.

Mir blieb dabei keine kleine Arbeit. Es galt, die Parteilinke zu organisieren und die Vertrauensleute für die Urabstimmung in allen Sektio-

nen des Kantons in Bewegung zu setzen. Am 29. Dezember 1920 beschloss die in die «Stadthalle» einberufene stadtzürcherische Parteiversammlung, mit 851 gegen 699 Stimmen, die Abberufung des Genossen Nobs als Parteipräsident.

Die Urabstimmung über den Parteitagsbeschluss, der Dritten Internationale nicht beizutreten, die vom 9. bis 22. Januar 1921 durchgeführt wurde, ergab schweizerisch 25 475 Ja und 8 777 Nein, im Kanton Zürich 5 766 Ja und 2 618 Nein, in der Stadt Zürich 1 872 Ja und 1 284 Nein. Die Parteilinke hatte die Ablehnung empfohlen.

Mir wartete Sitzung an Sitzung und Versammlung an Versammlung, bis die Verbindung mit der alten Partei gelöst, der Vergleich in den Kreisparteien um die Ausscheidung des Parteivermögens getroffen und die Parteilinke an ihrer kantonalen Tagung vom 23. Januar 1921 sich endgültig als selbständige Partei erklärte. Im Werben um die bisherigen Parteigänger schrieb ich den Aufruf: «Komm mit uns!» Er zeigt, welche Auffassungen mich den Weg zur Kommunistischen Partei gehen hiessen.

Am 5. März 1921 fand in der «Eintracht» in Zürich der Gründungspar-teitag der Kommunistischen Partei der Schweiz\* statt. Am Nachmittag tagte die Parteilinke für sich, am Abend gemeinsam mit der bereits der Kommunistischen Internationale angehörigen Gruppe um Herzog\*.

### Lieber Kollege zu lieben Kollegen

Natürlich müsste die ganze Kapitelüberschrift in Gänsefüsschen gehören, wenn ich jetzt daran gehe, vom weitem Zusammenwirken mit den übrigen Mitgliedern des Stadtrates zu berichten. Die mir ursprünglich vorgeschwebte Überschrift «Die lieben Kollegen» wäre nicht ganz richtig gewesen, weil sie gewissermassen einseitig den andern den Vorwurf der mangelnden Amtsbruderschaft gemacht, wo doch an unserm gegenseitigen Verhältnis mein Verhalten sicher nicht die geringere Veranlassung trug.

Ganz abgesehen davon, wie sie mir in heimtückischer Weise gegen ihre bessere Einsicht das Polizeiwesen überbunden hatten, in der bestimmten Voraussicht, ich müsste mich dabei in irgendeiner Weise blossstellen. Auch ohne diesen Zwischenfall betrachtete ich die bürgerlichen Vertreter als meine politischen Gegner, zu denen mich nicht das geringste freundschaftliche oder auch nur kameradschaftliche Sehnen zog. Dazu neigte schon meine Natur, die sich von Kindsbeinen an vor allem Fremden zurückzog und sich dagegen abschloss. Verstärkt betonte den Gegensatz auch meine Enthaltensamkeit von allen geistigen Getränken, deren Fehlen mir nur zu oft gezeigt hat, wie leicht die Schranken politischer Gegensätze in weinseliger Stimmung vergessen werden. Das Du, das sonst die Genossen der grossstadträtlichen Fraktion gemeinhin verband, hatte vor den Fraktionsmitgliedern des Stadtrates haltgemacht, wo Klöti\*, Pflüger\* und Lang\* unter sich mit Sie verkehrten, welcher Gepflogenheit ich mich als Jüngster selbstverständlich gleichfalls unterzog. Das hatte zudem den Vorteil, dass mir nach der Spaltung keiner

das Du künden musste. Das Du gar über die Fraktionen weg mit den Bürgerlichen zu tauschen, welche Übung später Ernst Nobs\* als Zürcher Stadtpräsident vom Regierungsrat her in den Zürcher Stadtrat verpflanzte, «weil es der Zusammenarbeit so förderlich sei», daran dachte in jener Zeit noch niemand. Auch meine weniger scharf eingestellten Parteigenossen haben dazu sicher keine Neigung verspürt, brachen doch die politischen Gegensätze in den Sitzungen immer wieder von neuem durch. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 geschah dies bei den Massregelungen des städtischen Personals infolge des Generalstreiks\* vom August 1919.



*Alfred Traber als Bezirksrichter und Ernst Nobs als Zürcher Stadtpräsident, nach all ihren Differenzen in überraschender Harmonie (6. Juni 1942).*

Immer wieder Grund zu Verwahrungen von Seite der Linken gab auch das eigenmächtige Benehmen des neuen Polizeivorstandes Kern\*. Polizeiinspektor Dr. Lienhard konnte nach dem Sturm auf das Bezirksgebäude im Juni 1919 [Lienhards Brief an Traber am Tage dieses Ereignisses siehe oben Seite 108] auch nach der Auffassung der bürgerlichen Mitglieder nicht mehr in seinem Amte bestätigt werden. Sie gestanden damit selber zu, dass die Verantwortung für die polizeilichen Massnahmen beim Polizeiinspektor liegt und dass der Prozess gegen mich willkürlich vom Zaune gerissen war. Um eine eigentliche Wegwahl zu vermeiden, wurde Dr. Lienhard eine Tätigkeit auf der Bürgerrechtsabteilung des Stadtpräsidenten angeboten, worauf er seinen Rücktritt als Polizeiinspektor erklärte. Als solcher wurde am 8. August 1919 der demokratische Bezirksanwalt Otto Heusser gewählt. Ich war damals mit Nägeli\*, Dr. Bosshardt und Pflüger im Ferienurlaub. Anwesend waren einzig Kern, Kruck\*, Dr. Streuli und die Genossen Dr. Klöti und Lang. Diese beiden legten bei der geheimen Wahl leere Zettel ein, da dieser Vorschlag Kerns von der Linken als besondere Herausforderung empfunden werden musste,

hatte doch Heusser wegen seines brutalen Verhaltens gegenüber Untersuchungsgefangenen, die er bisweilen auch tätlich misshandelte, wiederholt im «Volksrecht» an den Pranger gestellt werden müssen.

Mit seinem draufgängerischen Einfluss erreichte er, dass – unter Missachtung der bestehenden Vorschriften – die Polizei mit Karabinern ausgerüstet und in herausfordernder Weise unter Trommelschlag durch die Stadt geführt oder bei Versammlungen entsprechend bewaffnet in Bereitschaft gestellt wurde, was nicht nur zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Stadtrates führte, sondern wiederholt auch zu entsprechenden Auseinandersetzungen im Grossen Stadtrat.\*

Unangenehm war es der bürgerlichen Mehrheit, dass ich in verschiedenen Fällen den Standpunkt der Minderheit des Stadtrates auch vor dem Grossen Stadtrat vertrat. Im Oktober 1919 hatte der Stadtpräsident erreichen wollen, dass Kommunisten nicht in den städtischen Dienst aufzunehmen seien. Ich kündete meinen Minderheitsstandpunkt an und vertrat diesen auch an der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 12. März 1921.

Diesen Vorfall benützte der Stadtpräsident zum Versuch, mir einen Maulkorb umzubinden. Die Parteispaltung war damals bereits vollzogen und ich einziger erklärter Kommunist im Stadtrat. So erachtete er den Zeitpunkt für sein Vorgehen als günstig. Aus der Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen des Stadtrates und der im Gesetz festgelegten Schweigepflicht für die Mitglieder von Behörden in Bezug auf bestimmte Geschäfte suchte er abzuleiten, dass meine Übung, stenographische Aufzeichnungen über die Verhandlungen des Stadtrates und die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder zu machen, unzulässig sei und ich dies künftig zu unterlassen habe. Der Stadtpräsident beschuldigte mich, ich hätte im Grossen Stadtrat die Stellungnahme einzelner Mitglieder des Stadtrates bekannt gegeben und damit gegen die Geheimhaltungspflicht verstossen. Er verlangte, dass ich künftig unterlasse, Aufzeichnungen über die Stadtratsverhandlungen zu machen.

Ich bestritt, dass eine Schweigepflicht im behaupteten Sinne bestehe, und behielt mir das Recht vor, auch künftig meine Aufzeichnungen zu machen.

Ich bin mir heute noch nicht klar, was mich zu diesen Aufzeichnungen veranlasste. Befriedigten mich aus einem stärkern geschichtlichen Sinne heraus die nur von Anträgen und Beschlüssen und nicht auch von den Verhandlungen Vormerk nehmenden Protokolle nicht oder empfand ich das Bedürfnis, gewissermassen mein Tagebuch zu erweitern? Ausser in wenigen Fällen habe ich von meinen Aufzeichnungen keinen weiteren Gebrauch gemacht. Dagegen musste ich vor allem zur Zeit als Polizeivorstand feststellen, dass in den bürgerlichen Blättern aus dem Stadtrat geplaudert wurde.

## Die Stadtratswahlen 1922

Das Ende der Amtsdauer rückte näher, sodass, wenn ich am Amt geblieben wäre, aller Anlass vorgelegen wäre, mich nach Freunden umzusehen oder mir die ehemaligen Freunde etwas geneigter zu stimmen. Doch dahin ging mein Sinn nicht. Meine Tätigkeit im Vormundschafts- und Armenwesen konnte mein Wesen nicht voll befriedigen, und auch die ewige Kampfstellung zu den bürgerlichen Kollegen in der aussichtslosen Minderheit empfand ich zuweilen als bedrückende Last. Dann lockte die Rückkehr zu Schule und Unterricht derart, dass in solchen Stimmungen meine Frau vermutete, ich wolle es auf den Wahlkampf gar nicht mehr ankommen lassen. Die finanzielle Auswirkung einer Änderung meiner Berufsstellung berührte mich schon gar nicht. Hatte ich vor 1919, bevor mir die nicht erstrebte Stelle zugefallen war, mein Brot für mich und meine Familie gehabt, warum sollte ich es nach 1922 nicht wieder haben?

Fritz Plattens\* Vorschlag für ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten\* wurde von den sozialdemokratischen Wahlmachern dadurch zum Scheitern gebracht, dass sie die von den

*Stadtratswahlen 1922: Freisinnige «Arbeitertypen» halten den Proleten davon ab, mit dem Vorschlaghammer das Zürcher Wappen zu zerstören.*



Bürgerlichen gehätschelten Grütlianer\* plötzlich wieder als Arbeiterpartei betrachtet wissen wollten und ihre Zustimmung zu einem Linksblock von deren Beitritt zu diesem abhängig machten. Von diesem schmachvollen und unmöglichen Vorschlag wollten weder wir Kommunisten noch die Grütlianer etwas wissen. Am 24. März 1922 lehnte darauf die sozialdemokratische Parteiversammlung mit 228 gegen 24 Stimmen ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab und brachte für die Wahlen vom 2. April neben Klöti\* und Pflüger\* neu Kaufmann\* und Gschwend\* in Vorschlag.

Dieser Beschluss richtete sich, wie jedermann erkennen musste und wie es die «Zürcher Post» unverhohlen ausdrückte, vor allem gegen mich. Wenn das «Volksrecht» vorgab, es handle sich um einen Kampf gegen Kern\* und Dr. Häberlin\*, so war das lediglich Spiegelfechterelei vor dem naiven Parteivolk, da die Besiegung der geschlossenen bürgerlichen Front durch die allein marschierende Sozialdemokratische Partei zum vornherein ausgeschlossen war.

Der Wahlausgang konnte nicht fraglich sein. Das verriet auch die vielsagende Stille um meinen Namen, die sich im Tagblatt der letzten Tage zeigte. Die Bürgerlichen, die nicht zu fürchten hatten, dass einer der Ihrigen mir seine Stimme geben würde, überliessen es den Sozialdemokraten, ihren Wählern einzuhämmern, dass sie sich streng an den sozialdemokratischen Vierervorschlag zu halten hätten, da jede Änderung die Wahl eines Häberlin, Kern oder Ribl\* begünstige.



*Bescheidene Wahlpropaganda der Kommunisten. Auch hier wird der Vorschlaghammer eingesetzt, aber nicht gegen das Zürcher Staatswesen (wie dies die freisinnige Propaganda Seite 127 der Linken unterstellt), sondern gegen die «Klaue der Reaktion».*

Auch meine eigene Partei, die ihre wenigen Mittel zusammenhalten musste, konnte sich bei der Aussichtslosigkeit meiner Kandidatur nicht aufraffen, für mich im «Tagblatt» eine Lanze zu brechen. Im Bewusstsein, mich während meiner Amtszeit voll für die Auffassungen und Ziele der Arbeiterbewegung eingesetzt zu haben, unbekümmert um alle Anfeindungen, wollte ich nicht glauben, dass dies nicht auch die klassenbewussten Genossen, die in der Sozialdemokratischen Partei geblieben waren, sehen müssten. So drängte es mich, gewissermassen an den unbekanntenen Genossen, das folgende Bekenntnis zu richten, das im Tagblatt vom 1. April 1922 erschien:

*Im Kampf und Streit um meine Person fühle ich mich zu einem Bekenntnis gedrängt.*

*Vor drei Jahren anvertraute mir die zürcherische Arbeiterschaft ein Stadtratsmandat. Ich verwaltete es mit meinen Kräften.*

*Diese Kräfte trugen nicht jeden Gedanken zum Ziel. Manchmal brachen sie an gesetzlichen Schranken, manchmal am Widerstand*

des bürokratischen Apparates, oft an innern Hemmungen. Aber wie immer mein Werk gewesen: meiner Gesinnung bin ich treu geblieben.

Die Spaltung, die die Partei zerriss, liess mich auf jenem Flügel bleiben, auf dem ich immer stand. Ich verstehe die Hetze des Bürgertums, dessen Vertretern ich nie verbarg, dass mich innerlich auch nicht ein Faden mit ihnen verband.

**Wir städtische Arbeiter  
Angestellte und Beamte**  
gleich welcher politischen Partei angehörend  
stimmen für

# Traber

als Mitglied des Kleinen Stadtrates!

**Well** wir wissen, wer bisher unsere Interessen  
im kleinen Stadtrat vertreten hat,  
**Well** wir wissen wollen, wer für und wer  
gegen uns ist,  
**Well** wir wissen, wer seiner proletarischen  
Gesinnung treu geblieben ist,  
**Well** wir wissen, wer

# Traber

ist.  
Sozialdemokratische und Kommunist'sche  
Städtische Arbeiter.

## Hinaus mit den Kommunisten!

ist die Lösung der Bürgerlichen. Den Sozialdemokraten aber haben sie einen weiteren Stadtratssitz angeboten. Warum wohl? Die Kommunisten haben nicht nur im Großen Stadtrat schöne Reden gehalten; ihr Vertreter im Stadtrat ist auch zu ihren Forderungen gestanden. Die festsprechenden und aufrechten Arbeitervertreter möchten die Bürgerlichen aus dem Räte haben. Mit Kaufmann und Schwend werden sie sich so bald verständigt haben wie mit Pflüger und Nibi.

Gelingt der bürgerliche Anschlag, dann werden noch größere Gewinne aus den Werken und der mittellosen Bevölkerung herausgeholt und im Gesundheitswesen derart abgebaut, bis jeder vor dem Haupte seinen eigenen Reherichthausen hat und kein Neugeborener ohne Eintrittsgebühr auf städtischem Boden erscheinen und kein Gestorbener ohne Austrittsgebühr von ihm verschwinden darf.

Arbeiter, nimm auch du einmal deine Interessen mit der Entschiedenheit wahr wie die Bürgerlichen die ihren und übertrone die bürgerliche Lösung mit dem Rufe:

## Hinein mit den Kommunisten!

---

## Liste 3 und Traber

Kommunistische Partei der Stadt Zürich.

Ich weiss die Angriffe und Anfeindungen der ehemaligen Kampfgenossen über mich ergehen zu lassen. Wenn der klassenbewussten Arbeiterschaft, sei sie kommunistisch oder sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich organisiert, nicht genügt, dass ich für ihre Sache eingestanden und verfolgt worden bin, und sie von einem sozialdemokratischen Vertreter eine bewusstere Stellungnahme oder grössere Erfolge erhofft, wird sie ihm ihre Stimme zuwenden.

Ich war Diener der proletarischen Sache, der sozialistisch-kommunistischen Idee und kannte nur ein persönliches Streben: mir selbst treu zu sein.

Vor zwanzig Jahren begeisterte mich die sozialistische Idee des Rechts eines jeden auf Menschentum und Persönlichkeit.

Mein höchster Stolz liegt im Bewusstsein, bis heute mein Menschentum und meine Persönlichkeit nicht verraten und verkauft zu haben. Blickt aus den Begeiferungen des «Volksrechts» nicht etwas vom Hass und Neid der Charakterlosen gegen die Aufrechten?

Mögen meine bürgerlichen Gegner und ehemaligen Kampfgenossen vereint mich mit Verleumdungen, Beschimpfungen, Verdächtigungen überschütten und meine Tätigkeit herabsetzen, die Art ihres Kampfes wird mir nur die Art ihrer Denkweise verraten und mich weiter nicht anfechten.

Als derjenige, den die Wähler ins Amt gesandt, als derjenige komme ich wieder zurück.

Traber»

Mit über 20 000 Stimmen wurden Stadtpräsident Nägeli\* und die Stadträte Dr. Streuli, Kruck\* und Kern bestätigt. Ihnen folgten mit etwas über 18 000 Stimmen Dr. Häberlin und Dr. Klöti, mit nicht ganz 16 000 Stimmen Pflüger, mit 15 300 Stimmen Ribi und als Neunter mit 13 900 Stimmen Gschwend, für den eine Sonderanpreisung erschienen war, die dem pffiffigen Appenzeller mit 300 Stimmen den Neueintritt in den Stadtrat ermöglichte. Kaufmann fiel mit seinen 13 600 Stimmen als überzählig aus der Wahl, während ich mit 7 519 Stimmen unter dem absoluten Mehr von 10 868 Stimmen blieb. Bei den gleichzeitigen Grossstadtratswahlen hatte die Kommunistische Partei 4 747 Stimmen erzielt, sodass die mir aus der Sozialdemokratischen Partei zugeflossenen Stimmen 2 772 betragen haben.

### Redaktor beim «Kämpfer»

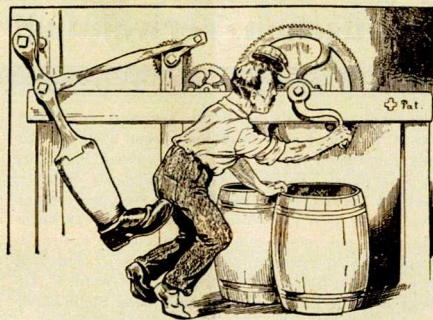
Was mir Fritz Platten\* schon Mitte Januar als Möglichkeit in Aussicht gestellt hatte, dass ich bei einer allfälligen Stellenlosigkeit Redaktor am «Kämpfer» werden könnte, erfüllte sich jetzt. Hans Bickel\*, der seit Januar 1921 unser kommunistisches Organ als Kopfblatt des Basler «Vorwärts» geführt hatte, trat aus persönlichen Gründen als Schriftleiter zurück. Zudem waren die Vorbereitungen soweit getroffen, dass der «Kämpfer» auf den 1. Juni 1922 in der im Hinterhaus der «Eintracht» eingerichteten Unionsdruckerei erscheinen sollte. Die Zürcher Parteiinstanzen übergaben mir die Führung des Blattes, und die Zentrale in Basel genehmigte den Vorschlag, nachdem ihr Verlangen, neben mir noch Bobst\* in Basel zum zweiten Redaktor einzusetzen, von den Zürichern entschieden abgelehnt worden war.

«Der Gemeinde- und Staatsarbeiter» verbildlicht mit dieser Zeichnung, wie die Treue des Arbeiters zum Freisinn belohnt wird.

## BELOHNTE TREUE!

So mancher treue Fridolin,  
Ging Neunzehn an die Urne hin —  
Vertrauensvoll stimmt er den „Älten“,  
Ob ihn die Ändern d'rob auch schalten.

Muss er sich bei der Arbeit quälen;  
Er half doch Häberlin mit wählen!  
Vom Morgen bis zum Abend spat,  
Dreht unaufhörlich er das Rad.



Als er den Dank sich holen wollt',  
Der Stadtrat wild die Augen rollt:  
Wem's so nicht passt, der kann ja geh'n!  
G'nug and're vor der Türe steh'n.

Die Ferien werden ihm verkürzt,  
Weil s'Nichtstun ihm ja doch nichts nützt.  
Der Chef jagt ihn zur Arbeit barsch,  
Sein Stiefel trifft ihn in den A.... bgrund.

Wenige Tage nach meiner Wegwahl als Stadtrat liess ich mich in der «Eintracht» als Redaktor nieder. Aber die bereits mit dem ersten Tag begonnenen Unhelligkeiten setzten nicht aus. Der Parteizentrale in Basel mit Welti\*, Bodenmann\* und Bobst erschien der «Kämpfer» zu wenig grundsätzlich und zu wenig kämpferisch gegen die Sozialdemokraten geführt. Diese Auffassung fand ihre Unterstützung in der von Herzog\* vertretenen Gruppe der ursprünglichen Kommunisten\*, die aus den seinerzeitigen Novemberunruhen von 1917 [siehe Seiten 45–48] bereits einen revolutionären Aufstand gemacht hatte. Ihnen war ich nicht genehm. Der Mangel an Vertrauen, die wiederholten Versuche der schweizerischen Zentrale auf Umgestaltung der Redaktion, das Ränkespiel von Winterthurer und Zürcher Genossen hemmten und vergällten mir meine Arbeit, sodass ich anfangs Juli meine Stelle kündigte. Am 31. Juli 1922 beschloss ich mit folgender Erklärung meine Tätigkeit am «Kämpfer»:

#### *Abschied*

*Als mich das Volk verworfen hatte, ward mir Gelegenheit geboten, am «Kämpfer» für die Sache der Arbeiterschaft zu wirken. Das geschah nicht reibungslos. Unsere höchste Parteistelle traute mir nicht den Willen zu, dass ich in der von ihr gewünschten und nötig erachteten Schärfe der nicht rechtgläubigen Zürcherrichtung den Weg weisen würde. Ich selbst griff zur Feder, hoffend, die Zeitung nicht viel schlechter zu gestalten als andere die ihrige nicht viel besser. Die Ermunterungen, die mir in Form abschätziger Kritik und dauernden Ränkespielen entgegentraten, führten mich zu erneuter Selbstprüfung. Dabei erkannte ich, dass mir nicht nur gewisse Fähigkeiten für einen Zeitungsschreiber abgehen, sondern dass mich auch Fragen beschäftigen, die mich zum Frontkämpfer untauglich machen. So lege ich die mir anvertraute Feder wieder weg. Möge denjenigen, die sie aufnehmen, eine gütigere Sonne, eine geringere Empfindsamkeit und ein grösseres Selbstvertrauen zum Wohle der Zeitung und der Bewegung beschieden sein!*

An der städtischen Parteiversammlung vom 15. August 1922 trat ich als kantonaler Parteipräsident zurück und schied aus dem Kantonsrat aus; womit auch meine Tätigkeit in der Kommunistischen Partei beendet war.

#### Literarische Tätigkeit

Ich wandte den Blick nach der Schule zurück. Anfangs Juli, als ich meine Stelle am «Kämpfer» gekündigt hatte, ersuchte ich bei der kantonalen Erziehungsdirektion um die Wiederaufnahme in den Schuldienst. Mitte September sprach ich bei Erziehungsdirektor Dr. Mousson\* vor und erhielt den Bescheid, dass grundsätzlich meiner Zulassung zum Schuldienst nichts entgegenstehe, dass aber im Hinblick auf die beschränkte Zahl von Verwesereien und die grosse Zahl stellenloser Lehrer er mir für den Herbst keine grossen Hoffnungen machen könne, wie auch bei meiner ausgesprochen extremen

**BILDUNGS AUSSCHUSS**  
**der Soz. Partei der Stadt Zürich**

---

Morgen Sonntag, den 21. März 1926,  
 abends 8 Uhr im großen Saale des  
 Volkshauses, Zürich 4

**März-Feier**

Mitwirkende:  
 Arbeitermännerchor Vorwärts (Dir.:  
 F. O. Leu); Arbeiterbühne Zürich;  
 Frä. Hanny Senn (Volne); Grete  
 Faas (Flügel); Nationalrat Reinhard,  
 Bern (Gedenkrede) - Die Arbeiter-  
 bühne führt den letzten Akt aus dem  
 fünftaktigen Schauspiel «Stephanus»  
 von Alfred Traber auf

Programme zum Eintritt berechtigt  
 à 50 Rappen an der Abendkasse

2336

An der «März-Feier» des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich wird der letzte Akt aus Trabers «Stephanus» aufgeführt. (Der Name der Feier bezieht sich auf die deutsche Märzrevolution des Jahres 1848).

politischen Richtung meine Abordnung nur in einzelne wenige Gemeinden möglich sei. Die Sicherheit, die ich hatte, waren meine Ferien und ein eigenes Haus, das über den Winter von der neuen Kolonie der Baugenossenschaft «Vrenelisgärtli» in Unterstrass erstellt worden war, in das ich anfangs Mai übersiedelt und das meine Abgangsentschädigung als Stadtrat als Anzahlung verschluckt hatte.

An schönen Tagen lag ich draussen in meinem Garten, in der frisch angelegten Spielwiese für die Kinder; zu kühleren Zeiten sass ich in meinem wohnlich ausgebauten Arbeitszimmer oben unter dem Dach, der Morgensonne zugewendet, und suchte über das Zurückliegende klar zu werden. Ich konnte dies in ungetrübter Ruhe tun. Meine Frau, die in ihrem Glauben, dass ich nur das Gute wolle und dass der Weg, den ich schritt, gegangen werden müsse, mich als treuer Kamerad begleitet hatte, nahm die gewordene Lage an, ohne je ein Wort der Klage oder des Vorwurfs über ihre Lippen kommen zu lassen.

Erst wollte ich einen Rückblick auf meine öffentliche Tätigkeit der letzten zehn Jahre werfen. Ich setzte die Feder an, schrieb, stockte. Statt der kritisch-sachlichen Würdigung drängte das persönliche Bekenntnis hervor. Ich legte die Feder weg und nahm das Sprachstudium wieder auf. Aber mitten aus meinem Latein zuckte die Eingebung, das Erlebte in Erzählungen, kleinen Geschichten, die ich vor mir sah, wegzuschreiben. Noch ging es nicht. Da sah ich die Geschichte meines ureigensten Erlebnisses der letzten Jahre vor mir. War all diese Arbeit, all mein Einsetzen, all mein Glaube «Umsonst?» So dachte ich die Überschrift. Diese Frage wollte ich mir beantworten, indem ich die Geschichte Karl Gerbers begann. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1922 schrieb ich daran.

Hinter diesem drängte sich bald die Gestalt des sich vom Saulus zum Paulus wandelnden Neubekehrten hervor. Dieser Stoff lockte mich zu dramatischer Gestaltung. Als ich am 14. Dezember 1922 in Fiebern nach Hause ging – ich hatte seit dem Oktober Vikariate im Schulkreis III erhalten –, sah ich die ganze fünftaktige Gliederung des Stoffes vor mir. Karl Gerber musste warten. Aus dem «Saulus-Paulus» wurde der «Stephanus», eine Folge von Bekehrungen, die, von Stephanus ausgehend, schliesslich auch den den neuen Glauben verfolgenden Saulus erfassen.

Dabei sah ich bereits eine Folge von vier Dramen, die den Kampf um die Durchsetzung des sozialistischen Gedankens zu verschiedenen Zeiten darstellen sollten: «Stephanus» als die Verkörperung der Kraft des Gedankens und die durch ihn erwirkte Bekehrung aus der Zeit des entstehenden Christentums, «Thomas Münzer» als der mittelalterliche Versuch seiner Umsetzung in neue gesellschaftliche Verhältnisse, ein Bild aus der französischen Revolution als ein weiterer solcher Versuch und schliesslich in «Lenin» seine Verwirklichung.

Weil ich meine sozialistische Überzeugung nicht in der Politik ausdrücken konnte, tat ich es jetzt in der Dichtung. Stunden wunderbarer Beseelung waren mir beschieden, als ich am «Stephanus»

schuf und mir Worte wie die nachfolgenden zuflossen, mit denen der bekehrte Paulus sich beim Einzug in Damaskus vor den Bürgern bekennt, die in ihm den Bekämpfer der Lehre vom neuen Reich erwarteten.

*Paulus: Ihr droht vergeblich uns mit harter Strafe, und töricht ist das Wüten eures Zorns. Sahst ihr schon jemals, dass ein Feuerbrand mit Ruten und mit Schwertern ward gelöscht? In seiner Glut vergehen beide und fachen höher nur der Lohe Schuss. Mit welcher Liebe opfert sich nicht eine Mutter, ihr Kind, ein einzig Wesen, zu erretten; doch was ist diese Liebe gegen unsre, die Millionen rettet aus dem Staube?*



In den letzten beiden Monaten des Jahres 1924 beendigte ich den Karl-Gerber-Roman. Ich nannte ihn «Unser Weg», denn er beschreibt den Gang durch die Kommunistische Partei.

1926 entstand der dreiaktige «De Schöeggel Tämperli git Bolizey-wachtmeischer». 1927 verbrach ich Anfänge weiterer Mundartstücke, trieb wie im Vorjahr geschichtliche Studien für den «Glücksüchtigen» und plante am «Weltspiel».

1929 plante und schrieb ich an einem «Der Gekreuzigte», stellte das vieraktige Schauspiel «Schnaps» fertig, belustigte mich mit der Dramatisierung zweier Erzählungen aus Boccaccios «Decamerone» und schuf an einzelnen Bildern aus dem «Weltspiel».

Nur Weniges davon hat das Licht der grossen Welt erblickt. Als ich in meinem Tagebuch den Abschluss des «Stephanus» vermerkte, fügte ich vorahnend den Satz hinzu: «Ich werde ja sehen, welche Enttäuschungen mir auf diesem Gebiet noch werden.»

Ich wollte mit dem, was mich bewegte, auch die Welt bewegen. Der «Stephanus», in zwei kleinen Kreisen vorgelesen, fesselte und fand Beifall. Dann lag er etliche Monate ungelesen bei Direktor Wenzler vom Schauspielhaus. Von einem Münchner Verlag wurde er mir ziemlich rasch zurückgesandt. Das Werk blieb vor fremden Blicken bewahrt.

Den «Thomas Münzer» sandte ich Ende 1923 nach Bern zur Bewerbung um den Berner Dramenpreis, der nach dem Entscheid der Schillerstiftung dann überhaupt niemandem zugesprochen wurde.

Der Roman «Unser Weg», den zwei Zürcher Verlagsunternehmungen abgewiesen, wurde von Hans Oprecht\* im «Öffentlichen Dienst» abgedruckt und dann auf Ende 1925 von seinem Bruder Emil Oprecht\* in seiner neu gegründeten Verlagsbuchhandlung Oprecht und Helbling aufgelegt.

Um meinen Theaterstücken schliesslich doch zu einer Aufführung zu verhelfen, gründete ich am 6. November 1925 die «Arbeiterbühne Zürich». Durch das Entgegenkommen des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei führten wir an der März-Feier 1926 im weissen Saal des Volkshauses den fünften Aufzug des «Stephanus» auf, wobei ich die Rolle des Saulus spielte, und am 1. Mai 1926 in der Stadthalle den zweiten Aufzug des «Prometheus», wobei ich mit Inbrunst die Titelrolle verkörperte.

Die teils abschätzigen Urteile, die uns wegen des fremden Stoffkreises zu Ohren getragen wurden, wie auch die ständigen Bemühungen um genügend Spielkräfte ermüdeten mich und führten am 21. September 1926, nach nicht einjährigem Bestehen, zu einer Verschmelzung unserer «Arbeiterbühne» mit dem mehr kommunistisch eingestellten «Arbeiter dramatischen Verein» unter dem neuen Namen «Proletarische Bühne Zürich».

Diese brachte mein Mundartlustspiel «De Schöeggel Tämperli git Bolizeywachtmeischer», das im «Volksrecht» abgedruckt und später in der Genossenschaftsbuchhandlung verlegt wurde, am 16. Januar 1927 mit Erfolg zur Uraufführung, der weitere Wiederholungen folgten. Die Streitigkeiten, die bald unter den Mitgliedern der ehemals getrennten Vereine einsetzten, veranlassten mich gegen Ende 1927 zum Austritt.

Im November 1931 [Traber war unterdessen Bezirksrichter, siehe unten Seiten 152 bis 156] las ich in der städtischen Frauengruppe einiges aus «Stephanus», «Thomas Münzer» und der «Stadt der Gegenwart». Der begeisterte Widerklang, den ich fand und der sich darin ausdrückte, dass die Frauengruppe in kurzer Zeit gegen dreihundert Bestellungen für einen Druck des «Thomas Münzer» aufbrachte, gab mir eine Ermunterung. Sie erfuhr erhöhten Auftrieb, als mich Genosse Dr. Ludwig Wille als Präsident des Bildungsausschusses Mitte Dezember 1931 anfragte, ob ich nicht für den 1. Mai ein geeignetes Werk zur Verfügung hätte. Es sollte durch das Schauspielhaus aufgeführt werden. So setzte ich mich hin und schrieb die begonnene «Stadt der Gegenwart» zu Ende.

Doch die Enttäuschung folgte auf dem Fusse. Direktor Rieser\* lehnte das Stück ab. Als Vorstandsmitglied der Genossenschaftsbuchhandlung bestürmte mich Hans Oprecht, den Druck von «Thomas Münzer» und «Stephanus», den Emil Oprecht bereits der Frauengruppe zugesichert hatte, nicht dem brüderlichen Privatverlag, sondern der Genossenschaftsbuchhandlung zu übergeben. Auf die feste Zusicherung, dass diese beide Stücke drucke, liess ich mich schliesslich dazu überreden, um dann später einer Vorstandssitzung der Genossenschaftsbuchhandlung beiwohnen zu dürfen, in der ich von allen Seiten beschworen und gedrängt wurde, auf den Druck von «Stephanus» zu verzichten, da sich die Herausgabe des «Thomas Münzer» als ein Verlustgeschäft erwiesen habe und ich die Genossenschaftsbuchhandlung nicht zum Ruin führen dürfe. Nach diesen Enttäuschungen legte ich die Dichtfeder entmutigt beiseite und verwandte meine freien Stunden der Erforschung meiner Ahnen.

*Mit diesem Brief bitten die «Strassenbahner» des Depots Hard Traber, Sekretär der Sektion Zürich ihrer Gewerkschaft zu werden.*

**Die Städtischen helfen mir, und ich helfe den Städtischen**

Es war gegen Abend des 10. Januar 1923, an einem Mittwoch, dass ich oben in meinem Zimmer sass und mich auf den Unterricht an der Klasse des erkrankten Genossen Reithaar vorbereitete, für den ich seit zwei Tagen im Bühl A Schule hielt. Da hörte ich schwere Schritte auf der Treppe zu meinem Dachzimmer emporsteigen, und vor mir standen die beiden Strassenbahner Wagenführer Kuder vom

SCHWEIZ. GEMEINDE- UND  
STAATSARBEITER-VERBAND

ZÜRICH, 5. 11. 1923

**SEKTION ZÜRICH**

STÄDT. ARBEITER U. ANGESTELLTE

SEKRETARIAT: VOLKSHAUS, ZÜRICH 4

Telephon: Selnau 7323



Lieber Freund Treber!

Die Kunde, dass unser  
alter Freund Treber, gewillt sei, das Amt  
als Sekretär im Gew. u. Staatsarbeiter-  
Verband Sektion Zürich anzunehmen,  
wurde im Depot Hard mit grösster  
Freude entgegen genommen. Die Ver-  
sammlung vom 27. Januar hat ein-  
stimmig beschlossen für Dich einzut-  
reten.

Sein Wille ist auch unser Wille,  
den wieder Aufbau des Proletariats  
sich werden wir nie verlassen.

Mit Genossegruss

Schweizerischer Gemeinde- u. Staatsarbeiter-Verband  
Sektion Zürich - Gruppe Strassenbahner  
Depot Hard  
Der Obmann:

*Einigkeit macht stark.*

J. Brack  
Haplats 9  
Zürich 3.

Depot Hard und Kondukteur Weilenmann von der Badenerstrasse. Sie kamen als Mitglieder des Ausschusses der Sektion Zürich des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, der nach einem neuen Sekretär an Stelle des zurücktretenden Albert Peter\* zu suchen hatte. Sie kamen ohne Auftrag ihres Ausschusses, von sich aus, um zu erfahren, ob ich mich als Sekretär berufen liesse. Ich wurde der hinter mir liegenden Enttäuschungen neu bewusst und lehnte rundweg ab, darauf hinweisend, dass die Gewerkschaft doch in ihre beiden Flügel zerrissen sei, zwischen denen ich, der ich von der Parteipolitik nichts mehr wissen wolle, wie Peter zerrieben würde, vor allem aber, weil ich daran zweifle, das nötige Vertrauen unter den Mitgliedern zu besitzen.

Da wurde Weilenmann eifrig, beteuerte mir, dass die Strassenbahner einmütig und die übrigen Städtischen zum weitaus grössten Teil für mich wären, sodass mich eine Generalversammlung, wenn nicht einstimmig, doch sicher mit einer Mehrheit bis zu vier Fünfteln berufen würde. Ich behielt mir eine Bedenkzeit bis Ende der Woche vor.

An der Sitzung des Wahlausschusses äusserten die Sozialdemokraten ihre Bedenken, ob mir die Arbeit nicht zu gering sei und ob ich es fertigbringen würde, mit den Stadträten als den ehemaligen Kollegen zu verkehren und zu verhandeln, während die beiden Kommunisten, die mich besucht hatten, mich neuerdings des Vertrauens der Mitglieder versicherten. Bei der Aussprache hierüber übernahm mich die Rührung. Ich konnte nicht ohne Tränen mein Empfinden bekennen, dass ich bei meiner Wegwahl als Stadtrat und bei meinem Weggang vom «Kämpfer» unter dem Eindruck gelitten, die Arbeiterschaft wolle meine Mitarbeit nicht mehr und ich sei zur Untätigkeit verdammt, während sich hier die Hoffnung auf den Gegenbeweis zeige und eine neue Gelegenheit zur Mitarbeit. Mich ärgerte meine rührselige Stimmung, da ich beargwöhnte, sie würde von den Sozialdemokraten fälschlicherweise dahin ausgelegt, ich weinte meinem Stadtratssitz nach.

[An der Generalversammlung vom 8. Februar 1923 wurde Traber nach «langer erregter Aussprache» und heftigen Auseinandersetzungen nachts um halb zwölf mit 539 Stimmen gewählt. Die Stimmen seiner Gegner konnten nicht mehr gezählt werden, da sich die Versammlung in Unruhe auflöste.]

## Der Kampf gegen den Lohnabbau

Wenn das Einstehen der Strassenbahner und weiterer Teile der Städtischen\* mit vom Gedanken geleitet war, mir wieder zu einer festen Anstellung zu verhelfen, so war mir andererseits gleich mit dem Antritt meiner Stelle Gelegenheit geboten, meinerseits den Städtischen den Dank dafür abzustatten. Nämlich mit meinem Beitrag an den Lohnabbaukampf. Dazu hatte ich übrigens vermehrten Anlass, indem ich mich gleichzeitig für mein eigenes Werk zu wehren hatte. Das, was in den Jahren 1917 bis 1919 an Besserstellung der untern Angestellten- und der städtischen Arbeiter erwirkt worden war, suchte der Stadtrat unter der Führung von Kruck\* mit einem Streich wieder

zunichtezumachen. Der Rückgang der Teuerung, die im Oktober 1920 ihren Höhepunkt erreicht hatte und bis zum Oktober 1922 ständig sank, schuf den Vorwand, um die Besoldungen und Löhne abzubauen.

Als Mass des Abbaus dienten dem ehemaligen Baumeister Kruck die Löhne der Privatarbeiterschaft, wie sie vor allem im Baugewerbe und der Metallindustrie bestanden und unter Ausnützung der Krise, die 1920 begonnen hatte, von den Unternehmern gleichfalls mit dem Hinweis auf den Teuerungsrückgang abgebaut worden waren. Der Versuch, die frühern Verhältnisse wiederherzustellen, drückte sich darin aus, dass der obersten Beamtenklasse die bisherige Besoldung belassen, den untern Angestelltengruppen und den Arbeitern aber ihre Jahreseinkommen um 1 400 und 1 700 Franken verringert werden sollten.

Der in diesem ungeheuren Masse drohende Lohnabbau führte zu einem geschlossenen Zusammengehen unserer Organisation mit dem bürgerlichen Föderativverband, an dessen Spitze das demokratische Mitglied des Grossen Stadtrates\*, Rechtsanwalt Dr. Albert Maag\*, berufen worden war. Dazu fand sich auch der städtische Lehrerverein, wiewohl er selber durch die Vorlage nicht bedroht war. Ausserhalb blieb der neutrale Strassenbahnerverein, der, von uns verstossen, den Abwehrkampf allein zu führen verkündigte.

Der Grosse Stadtrat bestand seit den Wahlen vom 2. April 1922 aus 41 Freisinnigen, 12 Demokraten, einem Evangelischen, 9 Christlichsozialen\*, 44 Sozialdemokraten, 13 Kommunisten und 5 Grütlianern\*. In ihm rückten Kommunisten, Sozialdemokraten, Grütlianer und Demokraten zusammen und schufen mit ihrer Mehrheit einen Gegenvorschlag, der den Abbau der am meisten betroffenen Gruppen auf 620 bis 660 Franken beschränkte.

Am 27. April 1923 hatte sich der Grosse Stadtrat mit 68 gegen 38 Stimmen für den gemässigten Lohnabbau der Kommissionsmehrheit ausgesprochen; am 3. Juni 1923 hatte die Gemeinde über die beiden Vorschläge zu entscheiden. Was der Stadtrat schon in seiner Weisung getan, wiederholten die Freisinnigen zum Überdruß im Abstimmungskampf: Sie suchten den Neid und die Missgunst der Privatarbeiterschaft gegen die städtischen Arbeiter wachzurufen. Verlockend stellten sie in Aussicht, dass die Annahme der stadträtlichen Vorlage eine starke Ermässigung der Taxen für Gas, elektrischen Strom und Strassenbahn nebst einer Senkung der Steuern um 20% ermögliche. Es galt alles daranzusetzen, diese Spekulation von Stadtrat und Bürgertum auf Neid und Selbstsucht der Privatarbeiter zunichte zu machen. Das Aktionskomitee der Verbände überliess die Hauptarbeit der Aufklärung unserm Verein der Städtischen und dieser seinem neu gewählten Sekretär. Mit Feuereifer gab ich mich dieser Aufgabe hin, die mich über einen Monat voll in Beschlag nahm.

Nicht nur mit dem Wort, auch mit dem Bild wollten wir wirken. Dazu standen uns zwei Künstler aus dem Lehrerstand zur Verfügung: Hans Witzig und Karl Lips. Es war eine Freude, wie sie meine Anregungen und Hinweise ins Bild umzusetzen wussten. Noch heute



Der freisinnige Stadtrat Kruck macht sich mit seinen Lohnabbauvorschlägen zum Hauptgegner der Linken.

ergötzen mich die Zeichnungen. Sei es das Gesicht des brutalen Privatunternehmers, das hinter der Maske des fürsorglichen Stadtvaters erscheint, sei es die Mausefalle, in der als Speck der Abbau der Taxen hängt, oder seien es die auf allen Vieren gehenden Werk-tätigen, die die fetten Herren der Reaktion auf ihren Rücken zum Sie-ge tragen. Schliesslich gar der arme Städtische\* als Versuchskanin-chen zur Feststellung der Lebensbedürfnisse unter einer Glasglocke, den wir im Flugblatt des Gewerkschaftskartells\* verwendeten und



*Der städtische Arbeiter überlebt auch mit den von Stadtrat Kruck reduzierten Lebensbedürfnissen ...*

als Postkarten zu Tausenden in Verkehr brachten, und nicht zu vergessen das zügige Plakat von Hans Witzig, auf dem der Städtische sogar um sein Hemd bedroht ist. Die Herren des Lichtspielverbandes glaubten meinen Worten, dass beim städt. Lohnabbau der städtische Arbeiter auf den Kinobesuch verzichten müsse, und brachten unsere Werbebilder kostenlos in ihren Vorprogrammen.

Zu Zehntausenden gingen unsere kleinen Werbekärtchen in der Form von Eisenbahnbilletten von Hand zu Hand, wobei einige Strassenbahner scharfe Verweise einheimsten, da sie sie mit ihren andern Billetten auf den Wagen abgaben. Das Billett dritter Klasse mit Schnellzugszuschlag, das ab dem 3. Juni 1923 eine Freifahrt nach Kanada in Aussicht stellte, für das in jener Zeit der Krise und Arbeitslosigkeit geworben wurde, fand besondern Anklang. Auch meine dichterische Ader betätigte sich im «Lied der Reaktionäre» und in der zeitgemässen Bearbeitung von Schillers Rütli Schwur. Schon



Abbau der Taxen als Falle, mit der der Stadtrat die Stimmenden ködert

im Maiumzug hatten einzelne Tafeln gegen den stadträtlichen Lohnabbau aufgerufen mit «Kruck-Löhne sind Hungerlöhne» oder: «Der Lohnabbau der Städtischen ist das Signal zu neuem allgemeinem Lohnabbau» oder: «Kruck der Vorarbeiter, Häberlin\* der Handlanger der Reaktion».

In den zwei ersten Tagen des Juni tobte im «Tagblatt» und im «Tages-Anzeiger» eine nie gesehene Inserateschlacht und wurden die Strassen von letzten Aufrufen und Flugblättern überschwemmt.

Meine Zuversicht und mein Glaube an die Mitverbundenheit der nicht öffentlichen Arbeiterschaft wurden nicht enttäuscht: Mit 24 151 Ja gegen 15 718 Nein wurde der Vorlage des Grossen Stadtrates zugestimmt, wobei nur die Kreise 2 und 7 verwarfen und die Arbeiterkreise Wiedikon, Aussersihl und Industriequartier allein einen Überschuss von 7 579 annehmenden Stimmen lieferten. Die Vorlage des Stadtrates fand nur in den Herrenkreisen von Zürich 2 und 7 Gnade und wurde bei 17 595 Ja mit 22 221 Nein verworfen.

Zum Abschluss der ganzen Bewegung verfasste ich im Auftrag unserer Sektion eine Werbeschrift an alle Städtischen. Mir selber aber übermittelte die Gruppe Seefeld der Strassenbahner den Dank für meine im Abstimmungskampf «erstklassig» geleistete Arbeit.

## Wieder Sozialdemokrat

So bestimmt ich meinen kommunistischen Strassenbahnern, als sie mich wegen der Übernahme der städtischen Sekretärsstelle aufgesucht hatten, erklärt hatte, dass ich künftig nichts mehr von der Parteipolitik wissen wolle, so sehr legten mir die Erfahrungen bei der Beratung und Verabschiedung der Vorlage über die Versicherungskasse den Gedanken einer Rückkehr zur politischen Betätigung nahe. Dabei konnte es sich nur um den Wiedereintritt in die Sozialdemokratische Partei handeln. Der Kommunistischen Partei\* gehörte ich seit Ende September 1923 nicht mehr an. Die Enttäuschung, die mir geworden war, war auch andern nicht erspart geblieben. Die Tatsache, dass die von uns erwartete Revolution nicht nach Deutschland und Westeuropa überschlug, führte dazu, dass die kleinlichen Rechthaber und Sektierer um Bobst\* und Bodenmann\* sich umso eifriger in ihre weltfremden Spekulationen über die einzig richtige Taktik verbißsen und damit auch die Einheit der Gewerkschaften bedrohten. Fritz Platten\*, der auf dem Sprung war, eine Russlandreise zu machen, beschwor uns damals, wir sollten mit unsern Entschliessungen noch zuwarten, bis er wieder zurückgekehrt sei.



Als Platten im September 1923 zum zweiten Mal in die Schweiz zurückgekommen war, um Ende des Monats bleibend nach Russland überzusiedeln, gestand er mir, dass er die damalige schweizerische Kommunistische Partei aufgegeben habe. Um etwas Richtiges fertigzubringen, müsste nochmals eine neue Partei gegründet werden. Auch die Spitzen in Moskau hätten ihm Recht gegeben, aber das, was nötig, in die heutige Partei hineinzubringen, sei unmöglich. Ich mit Konrad Wyss\* und Walter Kopp\* wären seine Leute gewesen. Diese klaren Worte formten meinen Entschluss: Am Tage von Fritz Plattens Abreise erklärte ich der Kommunistischen Partei meinen Austritt. Jetzt, anfangs November 1924, machte ich verschiedene Vertrauensleute meiner Gewerkschaft, Kommunisten und Parteilose, mit meinem Entschluss vertraut, wieder in die Sozialdemokratische

*In den Wahlen 1925 machen sich die Sozialdemokraten über die Kommunisten lustig.*

Partei einzutreten, welcher Entschluss zum Teil auch von den Kommunisten begrüsst wurde. Am 11. November, im Anschluss an eine Besprechung mit einer Anzahl führender Holzarbeiter, die gleichfalls wieder aus der Kommunistischen Partei ausgetreten waren, liess ich mit Walter Kopp\* und Konrad Wyss das nachfolgende Schreiben an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich abgehen:

*Aus der Erkenntnis, dass die politische Organisation für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft unerlässlich ist, und aus dem Bedürfnis, in diesem Kampfe mitzuhelfen, melden wir, die Unterzeichneten, uns zur Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei. Dabei erklären wir, dass unsere Auffassungen, die wir seinerzeit in der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck gebracht und die uns in der Folge zur Kommunistischen Partei geführt hatten, grundsätzlich noch die gleichen sind, wenn wir auch anderseits durch die Einsicht, dass die tatsächlichen Verhältnisse die jeweilige Kampfesart bedingen, wieder aus der Kommunistischen Partei weggeführt wurden. Sollte diese Gesinnung unserer Aufnahme kein Hindernis sein, so ersuchen wir Sie, uns bei den zugehörigen Kreisparteien zum Eintritt anzu-melden.*

Während Walter Kopp und Konrad Wyss bereits im Dezember 1924 von der Kreispartei Zürich 4 aufgenommen wurden, harzte dies bei meiner Kreispartei Ober-Unterstrass etwas mehr, geschah dann aber am 9. Januar 1925. Im folgenden März wurden Kopp und Wyss von ihrer Kreispartei wiederum als Kandidaten für den Grossen Stadtrat\* vorgeschlagen, während meine Kreispartei dies ablehnte. Dagegen setzte der Präsident der Städtischen es durch, dass ich bei ihnen auf den amtlichen Vorschlag gelangte und bei den Wahlen vom 22. März 1925 auch wieder in den Grossen Stadtrat gewählt wurde.

## Sozialpolitik

Von den vielen Bemühungen zur Wahrung der verschiedenen Anliegen der Städtischen\*, einzelner Gruppen oder einzelner Personen will ich keine Zeile schreiben. Ich will hier nur die grossen Fragen erwähnen, die mich in diesen sieben Jahren beschäftigt haben, oder die persönlichen Vorfälle, die mit meinem Wirken bei den Städtischen verbunden waren.

Ein Problem, das mir besonders am Herzen lag, war die Fürsorge für diejenigen, die altershalber, das heisst als über vierzigjährig, nicht mehr in die Versicherungskasse aufgenommen werden konnten und dann im hohen Alter einfach auf die Strasse gestellt wurden. Angeregt dazu wurde ich durch die Entlassung von 18 Arbeitern des Tiefbauamtes, denen am 23. Juni 1923, nach über zehnjährigem Dienst, kurzerhand auf vierzehn Tage gekündigt wurde. Genosse Bezirksanwalt Heusser benutzte den Anlass zu einer Interpellation im Grossen Stadtrat\*, bei der ihm Genosse Klöti\* als zuständiger Abteilungsvorstand antwortete, dass die Wirtschaftlichkeit der Regiebetriebe diesen Personalabbau verlange, dass zur Ausrichtung einer Entschädi-

gung dem Stadtrat die rechtlichen Grundlagen fehlten, dass er aber die Anstellung der Entlassenen bei privaten Unternehmern zu bewirken suche, da die Betroffenen trotz ihres vorgeschrittenen Alters beständiger, fleissiger, zuverlässiger und tüchtiger arbeiten würden als viele jüngere Arbeiter. In meinem Jahresbericht für 1923 hatte ich mit Bitterkeit festgestellt, dass mit diesem Frag- und Antwortspiel zwischen den beiden Genossen die Sache erledigt gewesen und niemand einen Antrag auf Krediterweiterung für eine Abfindung gestellt hatte.

Meine neue Zugehörigkeit zum Grossen Stadtrat benutzte ich am 13. Mai 1925 zur Einreichung einer Anregung, durch die der Stadtrat eingeladen wurde, eine Vorlage über die Errichtung einer besondern Hilfskasse für das nichtständige Personal einzubringen und beförderlich Bericht und Antrag vorzulegen, wie dieses, mit Einschluss der Witwen und Waisen, bis zur Errichtung einer Hilfskasse gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Unfall, Invalidität, Alter, unverschuldeter Entlassung und Tod angemessen geschützt werden solle.

Am 10. Juni 1925 wurde die Anregung behandelt und dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. Ein volles Jahr brauchte der freisinnige Finanzvorstand Dr. Bertschinger, bis er eine entsprechende Vorlage der Kassenkommission der städtischen Versicherungskasse zuleitete. Da unter dieser Voraussetzung die Schaffung der Hilfskasse noch lange auf sich warten lassen musste, unterbreitete ich am 30. Juni 1926 dem Grossen Stadtrat eine Motion, durch die dem Stadtrat ein Kredit von 50 000 Franken zur Verfügung gestellt werden sollte, aus dem nichtständige Angestellte und Arbeiter, die nach wenigstens zehnjähriger Beschäftigung wegen Invalidität oder Alter entlassen wurden, Unterstützungen ausgerichtet werden könnten, im Todesfalle an ihre Hinterbliebenen.

Die Sache kam nicht vom Fleck. Das veranlasste mich, am 4. Februar 1927 wegen der neuerlichen Verzögerung im Grossen Stadtrat zu interpellieren, worauf diesem endlich die Vorlage zuging. Am 23. März 1927 hiess er den Kredit gut, der die Leistung des Hilfsfonds auf 60 % der Leistungen der Versicherungskasse festlegte und dem Stadtrat die genaueren Ausführungsbestimmungen überliess. Dieser setzte entsprechend meiner Anregung die Rückwirkung auf den 1. Juli 1925 fest.

Die Abänderung der Statuten der Versicherungskasse, in die die Spar- und Hilfskasse für das nichtständige Personal eingebaut wurde, zog sich bis Ende 1929 hin. Am 13. Dezember 1929 schloss der Grosse Stadtrat das Revisionswerk, bei dem wir auch an den bisherigen Bestimmungen schöne Verbesserungen anbringen konnten, einmütig ab, und am 26. Januar 1930 hiess die Gemeinde es ohne eine parteimässige Gegnerschaft mit 26 416 Ja und 5 681 Nein gut. Auf den 1. Februar 1930 wurde die Spar- und Hilfskasse durch Beschluss des Stadtrates in Kraft gesetzt.

Das bedeutendste Werk, das ich den Städtischen\* geschaffen, ist das Personalrecht. Dass ich es ihnen geschaffen, darf ich, ohne unbescheiden zu sein, mit vollem Recht erklären. Das war auch jenen, die mitgeschaffen, die es entstehen sahen und die zuerst in seinen Genuss kamen, fraglos bewusst. Die Nachfahren, die es bei ihrem Eintritt in den städtischen Dienst vorgefunden, nehmen es als selbstverständlich hin und ahnen nicht, gegen welche Widerstände und mit welcher Beharrlichkeit es sich gegen das Alte durchzusetzen hatte.

Ende November 1924 stellte der Stadtrat einen ersten Entwurf zum Personalrecht den städtischen Berufsorganisationen zur Vernehmlassung zu. Dieser Entwurf entsprach aber den Wünschen und Auffassungen des Personals so wenig, dass das aus unserem Verein und dem städtischen Föderativverband gebildete Aktionskomitee, zu dem sich auch als Gäste die Vertreter des Lehrervereins der Stadt Zürich gesellten, schlüssig wurde, eine eigene, vollständige Verordnung auszuarbeiten, die als Gegenvorschlag an den Grossen Stadtrat gedacht war. Mein Entwurf hierzu wurde zuerst durch die von der Sektion eingesetzte Kommission durchberaten und hierauf durch das Aktionskomitee in sechzehn Sitzungen aufs Peinlichste bereinigt. Mit der Zustimmung unserer Sektionsversammlung wurde der bereinigte Entwurf Mitte April 1925 dem Stadtrat eingereicht.

[Im März 1926 begann die Beratung der beiden Vorlagen in der Kommission. Sie zog sich über fünfundzwanzig Sitzungen hin und dauerte bis im Frühling 1927. Im Juni dieses Jahres kam die Vorlage vor den Grossen Stadtrat\*, wurde in acht Sitzungen besprochen und im Oktober im Sinne der Kommission mit 79 gegen 33 Stimmen abgesegnet. Da die Freisinnigen das Referendum ergriffen, musste im Februar 1928 über das Gesetz abgestimmt werden. Der Stadtrat lehnte, da die Vorlage des Grossen Stadtrates nicht seinen Vorstellungen entsprach, die Abfassung der Weisung ab; diese Aufgabe übernahm Traber, der seit Oktober 1926 Sekretär des Grossen Stadtrates war.]

Die Gemeindeabstimmung fand am 12. Februar 1928 statt. Ihr voran ging ein Abstimmungskampf, ähnlich demjenigen beim Lohnabbau vom 3. Juni 1923. Die Freisinnigen führten die erhöhten Kosten und eine dadurch verursachte Steuererhöhung ins Feld und suchten damit auch die Arbeiter und kleinen Steuerzahler für sich zu gewinnen. Dieses Vorhaben galt es zunichtezumachen.

Auch diesmal standen uns mit Hans Witzig und Albert Hess zwei glänzende Zeichner bei. Hans Witzig schuf uns nach meiner Anregung die Bilder für das zusammenfaltbare Flugblatt, während Albert Hess das Grossplakat mit dem unwiderstehlich vorwärts schreitenden Arbeiter mit dem Personalrecht entwarf und die Bilder zum Zürcher Kasperlitheater zeichnete.

Ich war wieder ganz in meinem Element. Vom Lohnabbau her wurden die brauchbaren kämpferischen Klischees herausgesucht und mit Texten zum Personalrecht als Inserate gebraucht. Im Einverständnis mit den betreffenden Organisationen erschienen im «Tagblatt» und teilweise auch im «Tages-Anzeiger» in den beiden letzten

Tagen aus meiner Feder Aufrufe der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich und der Kreisparteien von Zürich 1, 3, 4 und 5, vom Gewerkschaftskartell\*, der Platzunion des eidgenössischen Personals, unserer eigenen Sektion und dazu noch eine Anzahl lediglich mit Buchstaben gezeichneter Inserate. Auch den Pegasus spannte ich wieder ins Joch.



*Oben: Gegen den muskulösen Arbeiter hat der kleine Kapitalist keine Chancen. – Rechts: Der Zürcher Kasperle mit den Versen Trabers*

Der Hauptschlager unserer Werbung war aber wohl das «Zürcher Kasperle» im «Tagblatt» und im «Tages-Anzeiger» vom Samstag, in zwei nebeneinander stehenden Bildern von Albert Hess und Versen von mir. Das erste Bild zeigte den mit dem Besen versehenen städtischen Arbeiter, zwischen Holzarbeiter und Metallarbeiter gestellt, die beide ihre Prügel zum Schlagen erhoben haben, und unten, vor der Bühne, den Freisinnigen, der die beiden Privatarbeiter aufmuntert, den Städtischen zu verprügeln. Das war «Wie sich di Freysinnige di mornerig Vorschteilig tänked». Das zweite Bild, «Wie di mornerig Vorschteilig aber use chunt», zeigte, wie die Privatarbeiter vereint



**Wie sich di Freysinnige  
di mornerig Vorschtellig  
tänked.**

**De Freysinnig:**

Verhaued jetz de Schtettisch rächt!  
Frisch eis is Gnick und uf de Huet!  
Nu wäge dem gahts Eu so schlächt!  
Dä isches, wo-n-Eu alls vertuet!

Ihr müend ja schtüre, 's ischt e Schand,  
nu, dass dä wie-n-en Härr cha läbe!  
Dänn hät er vo der Schtadt na 's Gwand!  
Und schaffe tuet er nüd bim Räge!

s'Mitspracherächt mües jetz au anne!  
Wie 's dänn erscht chunt, das chamme tänke.  
Vertribe tuets di beschte Manne,  
wänn jede will sis Mul dri hänke.

Und Färie will er, wie-n-en Härr!  
Frisch! Chlöpfed em sin Hochmuet abe!  
Suscht händ er 's Portmenee schtändig lär,  
und d'Schtüre gönd erscht rächt nüd abe!



**Wie di mornerig  
Vorschtellig aber  
use chunt.**

**De Holzarbeiter:**

Mir ischt, ich känn di na vo färn.  
Du häscht mi zu dim Huus usgheyt.  
Ich zeig dir würlkli schüli gärn,  
wie 's Wätter ischt, wänn 's Brügel schneyt.

**De Metallarbeiter:**

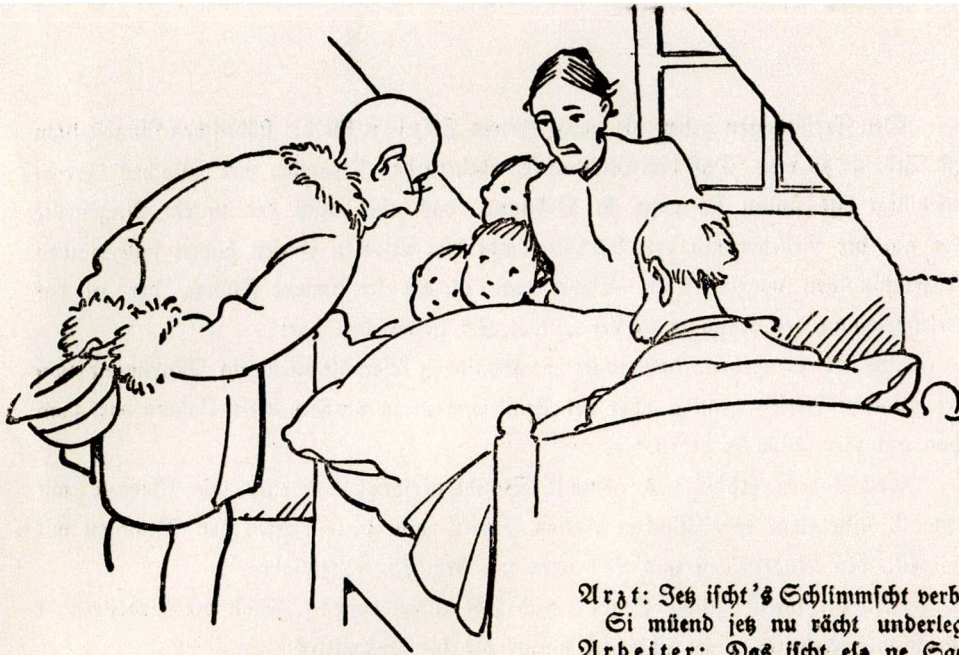
Du meinscht wohl, euserein heb kei Ehr?  
Da kännscht de Buezer du na schlächt.  
I nimm di grad e chli i d' Lehr!  
Heb schtill! Du chunscht mer jetz grad rächt.

**De Schtettisch:**

Bimeid, au ich bi gärn debi,  
wänn 's gilt d' Reaktion zverschlah!  
Wie schön ischts am füzfähte gsi!  
So wämmer wider zsämme schtah!

**De Freysinnig:**

Au! Hörred uf! Händ doch Verbarme!  
Ich glaubes jetz! Es brucht nüt meh!  
Ich bi der Aermscht vo alle Arme!  
Di alte Büle tüend na weh!



Arzt: Jes ischt 's Schlimmscht verbii.  
 Si müend jes nu rächt underlege.  
 Arbeiter: Das ischt es ne Sach,  
 Här Dokter.

Arzt: Si sind ja bi der Shtadt und händ doch Ire Loh.

Arbeiter: Ich bin nu en nichtschändige Arbeiter. Mir git d'Shtadt nüt, wänn i chrank bi.



Knabe: Papä, händ die Manne im Grabe kei Ferie?

Freisinniger Beamter: Die bruched keini. Si händs schön gnueg. Si sind 's ganz Jahr veruffe.

Arbeiter (brummt im Graben): Ja chaibe schön! Ich wett nu, dä hett mini Rheumatisme.

mit dem Städtischen dem Freisinnigen den Zylinder verbeulen. Meine Kampf- und Dichterfreude veranlasste mich, die Verse mit A. T. zu zeichnen [siehe oben Seite 145].

Meine Zuversicht täuschte mich bei diesem Kampf so wenig als am 3. Juni 1923. Die drei Arbeiterkreise Zürich 3, 4 und 5 nahmen als die einzigen die Vorlage an, und zwar mit einem derart entschiedenen Willen, dass ihre 6 698 überschüssigen Ja-Stimmen die 3 104 überzähligen Nein-Stimmen aller andern Kreise um mehr als das Doppelte aufwogen. Mit insgesamt 23 456 Ja gegen 19 862 Nein war so dem Personalrecht zum Sieg verholfen und damit das Grundgesetz über die Amts- und Dienstverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Zürich, für ständige und nichtständige Bedienstete, geschaffen.

### Der Kampf um ein rotes Zürich

Auf den 15. April 1928 wurden die Gesamterneuerungswahlen angesetzt. Auf unserer Seite war man entschlossen, den Kampf um die Mehrheit im Stadtrat aufzunehmen, nachdem die Wahlen von 1925 bereits eine Linksmehrheit im Grossen Stadtrat\* ausgewiesen hatten. Jean Briner\*, der Kreisschulpräsident von Zürich III, wurde als fünfter Vertreter vorgeschlagen und Dr. Klöti\* als Stadtpräsident aufgestellt. Die Bürgerlichen ihrerseits sahen sich durch unsern Erfolg in die Verteidigung gedrängt und suchten alles daran zu setzen, ihre bisherigen fünf Vertreter mit Einschluss des Grütlianers Ribi\* wieder durchzubringen. Schon einige Wochen vor den Wahlen kamen die ersten Flugschriften in Umlauf.

Ich sass wiederum im Wahlausschuss und tat mit Freuden mit. Auch der Poet meldete sich wieder. Die Freisinnigen warben mit verschiedenen Schriften, wobei sie das Bild des grimmig blickenden Zürileus verwendeten, der mit mächtiger Prutze die Zürcher Fahne an den Leib presst. Unser Zeichner verstand es vorzüglich, das Bild nach unten fortzusetzen, sodass es in der Hauptsache der Geldsack mit der Aufschrift «Freisinnig-kapitalistische Raubtier-Beute. Dividenden! Mietzinse!» war, die der Löwe zu schützen hatte. Ich verfasste dazu zwei Gedichte, die am 7. und 14. April im «Tagblatt» erschienen. Das eine lautete:

Ich bin der Zürcher Freisinnslu,  
Leb altbewährtem Grundsatz treu:  
Ich sorg für mich nach Leuenart,  
Und brüll dabei von Volkswohlfahrt.  
Dem Bauen bin ich abgeneigt,  
Besorgt's die Stadt, denn damit steigt  
Die Steuer nur, der Mietzins nicht;  
Drum brüll ich: Sparsamkeit ist Pflicht.  
Die Vettern, Freunde weit und breit,  
Versorgt ich bei der Stadt bis heut.  
Jetzt nimmt's ein End. Ich brüll nach Noten:  
Versorgungspolitik der Roten!  
Vernehmt, die ihr um mich euch schart:

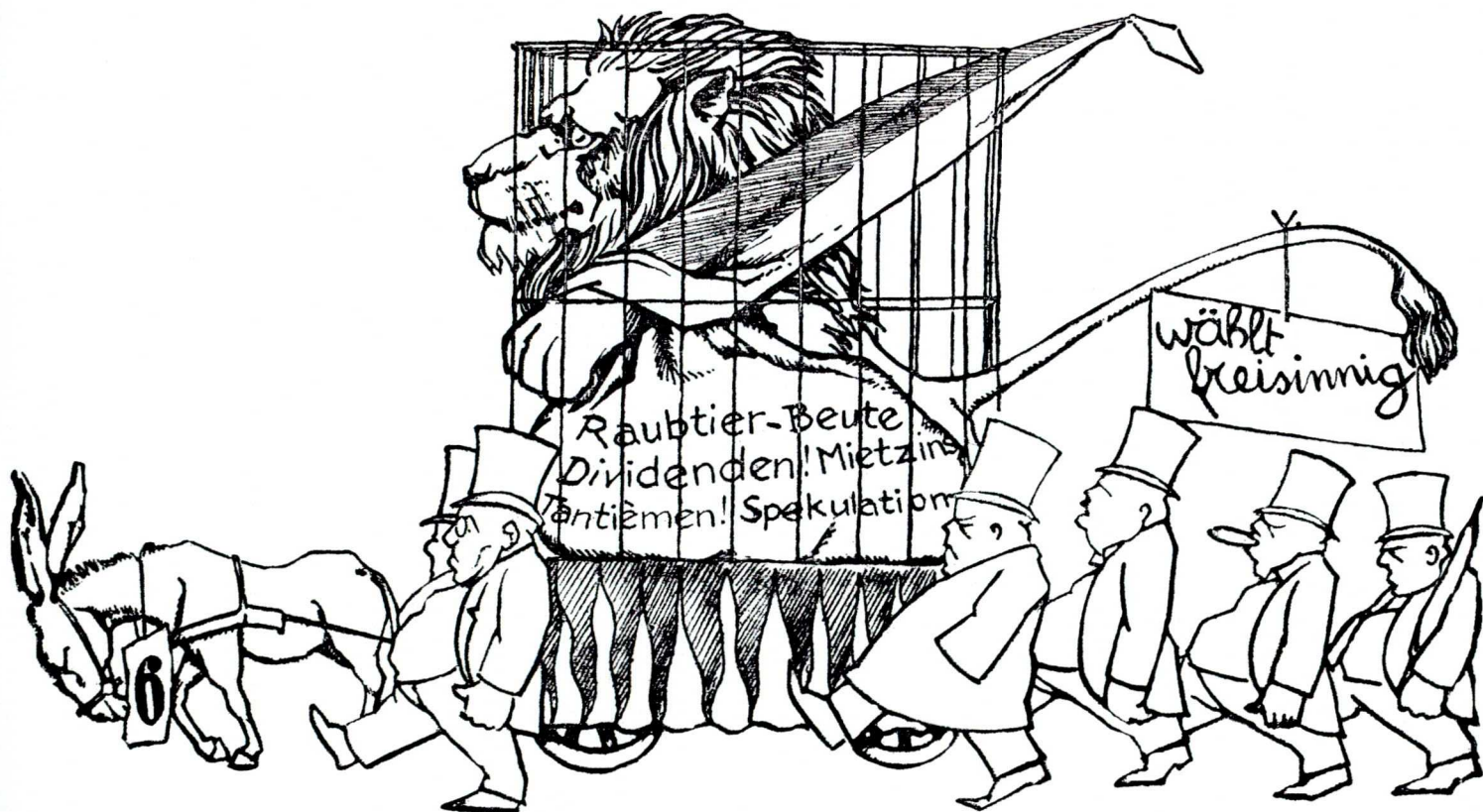
*Links: Zwei Seiten aus der Werbeschrift der Sozialdemokraten für das Personalrecht*

Was mir frommt, ist Volkswohlfahrt!  
Zu diesem Grundsatz steh ich treu,  
Ich, Zürichs alter Freisinnsläu.

Das zweite hiess:

Der Leu lebt recht nach Katzenart:  
Jetzt schielen friedlich seine Blicke.  
Kraul' ihm vertrauensvoll den Bart,  
Gleich reisst er dich auch schon in Stücke.  
Der Freisinn hält es wie die Leuen:  
Die Kleinen dienen ihm zur Beute;  
Drum, soll dich dein Entscheid nicht reuen,  
Wähl' sozial gesinnte Leute.

Dabei steuerte ich wiederum ein Flugblatt an die Städtischen\* bei, sorgte für einen Aufruf im «Öffentlichen Dienst», der Zeitung unserer Gewerkschaft, verfasste die ganzseitigen Inserate für die städtische Sozialdemokratische Partei und unsere Gewerkschaftssektion mit dem Appell: «Städtische, wählt rot!», wandte mich mit einem Beitrag an die Städtischen in der besonders herausgegebenen Wahlzeitung und lieferte noch ein weiteres halbes Dutzend Inserate, in wel-



*Freisinniger Sechseläuten-Reklame-Umzug für den 15. April*

chem einen sich «Unabhängige Lehrer» an die «Freunde der freien Volksschule» wandten, gegen die schmachvolle Listenverbindung der Demokraten mit den muckerhaften Evangelischen.

In der grössten Spannung erwartete ich am Sonntagnachmittag auf der Redaktion des «Volksrechts» die Meldungen der Ergebnisse von den einzelnen Stadtkreisen. Ich habe vor mir das vergilbte Blatt, auf dem ich die eingehenden Aufrufe laufend verzeichnete. 4 Uhr 46 kam der erste Bericht von Zürich 2. Ihm folgten 5 Uhr 30 derjenige von Zürich 3, um 5 Uhr 50 jener von Zürich 8 und drei Minuten später der von Zürich 1. Diese Ergebnisse zeigten bereits einen leichten Vorsprung unserer Kandidaten. Laufend wurden die Ergebnisse draussen am Hause angeschlagen, vor dem sich eine mehrtausendköpfige Menge eingefunden hatte. Nach sechs Uhr kamen Zürich 5 und Zürich 6, nach sieben Uhr Zürich 4 und als letzte Meldung die von Zürich 7, die die festgestellten Vorsprünge unserer Kandidaten von 5 000 bis 6 000 Stimmen nicht mehr ausgleichen, sondern nur noch etwas verkleinern konnte.

Wir hatten gesiegt. Bei einer Stimmbeteiligung von 89,2 %, waren unsere Bewerber, Dr. Klöti, J. Gschwend\*, B. Kaufmann\*, J. Baumann\* und J. Briner, mit 29 795 bis 27 257 Stimmen gewählt.

Die Bürgerlichen folgten mit Nägeli\*, Ribi, Höhn, Kruck\* und Dr. Häberlin\* mit 26 907 bis 24 922 Stimmen, wobei der Letztgenannte

*Die Propaganda der Sozialdemokraten macht sich in verschiedenen Inseraten (unten Mitte und links) über den «Zürcher Freisinnsläu» (unten rechts) lustig.*



*Freisinnjunior: «Jä, Pape, es ischt doch nümme Fasnacht?»*

*Freisinnsenior: «Wär redt denn vo Fasnacht? Aber vor de Wahle mueme sich gnau so chöne verstelle wie-n-a der Fasnacht!»*



# Wie Herkules den grimmigen Leu, Reiß', Volk, das Mammons-Tier entzwei!



Die beispiellose Agitation der kapitalistischen Parteien kann nur durch einen **Gewaltaufmarsch der Lohnarbeitenden Volksmassen** wettgemacht werden. — An die Urnen! Auf jede Stimme kommt es an!

Keine falschen Sentimentalitäten! Wenn ein Arbeiter oder Angestellter brutal entlassen wird, fragt kein Kapitalist nach Weib und Kind. Ein nicht wiedergewähltes Stadtratsmitglied aber ist pensionsberechtigt. Lasse kein Wähler sich von den erheuchelten Gefühlsduseleien der Gegenpropaganda auf den Leim führen!

Keine Stimme für das reaktionärste Mitglied des Stadtrates, den Freimaurergeneral **Häberlin!**

**Die Stunde der Entscheidung ist da!**

**Wer nicht sozialistisch wählt, der wählt bürgerlich-kapitalistisch!**

Wer kapitalistisch wählt, der wählt



**höhere Mietzinse!**

Wer kapitalistisch wählt, der wählt



**kleinere Löhne!**

Wer kapitalistisch wählt, der wählt



**unsichere Existenz**



**und Not im Alter!**

Wer aber **reduzierte Mietzinse,**

Wer die **Altersversicherung** will, der

**Wählt sozialdemokratisch!**

als überzählig aus der Wahl fiel. Als Stadtpräsident schlug Genosse Klöti den bisherigen Nägeli mit 26 894 gegen 25 813 Stimmen. Unter der Führung der rasch aufgebotenen Arbeitermusik bildete sich ein Zug mit den vor dem «Volksrecht» angesammelten Genossinnen und Genossen, der sich durch die Langstrasse und das Industriequartier nach der «Eintracht» bewegte, alle voll glühender Begeisterung ob dem errungenen «roten» Zürich.

**Wie Proletarier im Niederdorf wohnen.**

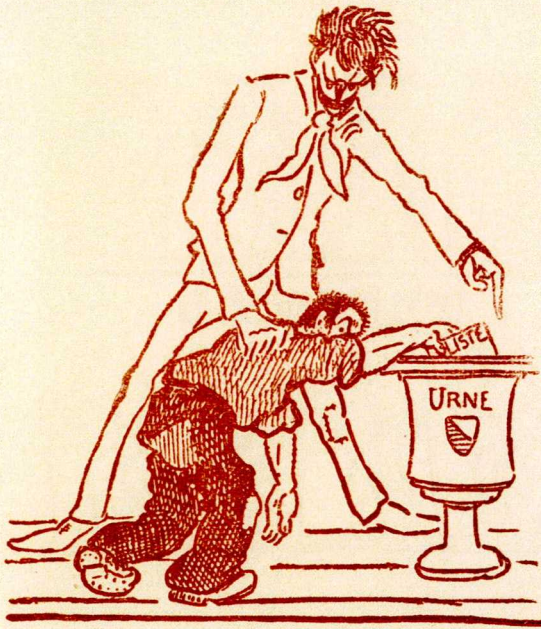


**In solchen Villen wohnen die Bourgeois, welche die Befitzer der Wohnhöhlen im Niederdorf sind.**

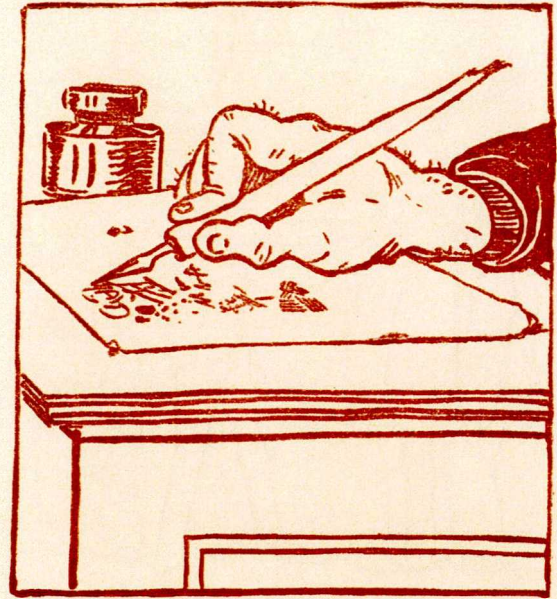
*Links: die Sozialdemokratie im Kampf mit dem Zürcher Freisinnslieu. Rechts: aus einem Flugblatt der Kommunisten*

Die gleichzeitige Wahl des Grossen Stadtrates bestätigte die Linksmehrheit: Die sozialdemokratische Vertreterzahl stieg von 55 auf 59, wozu noch fünf Kommunisten kamen, die ihrerseits vier Sitze eingebüsst hatten. Die Freisinnigen rückten von 39 auf 41 Sitze, womit sie sich über die bürgerliche Niederlage weg zu trösten suchten, während die Demokraten auf ihren zehn Sitzen verblieben, die Christlichsozialen von elf auf zehn zurückfielen und die Evangelischen wieder leer ausgingen.

So gross der Jubel auf der Linken, so stark die Niedergeschlagenheit auf der Rechten. Als schwarzer Undank wurde die Wegwahl



Dem Schlagwort-Bluffer kann's nicht fehlen,  
Dass ihn die «Unterdrückten» wählen;  
Er sagt ja selbst, dass er's versteht  
Und schafft, dass alles besser geht.

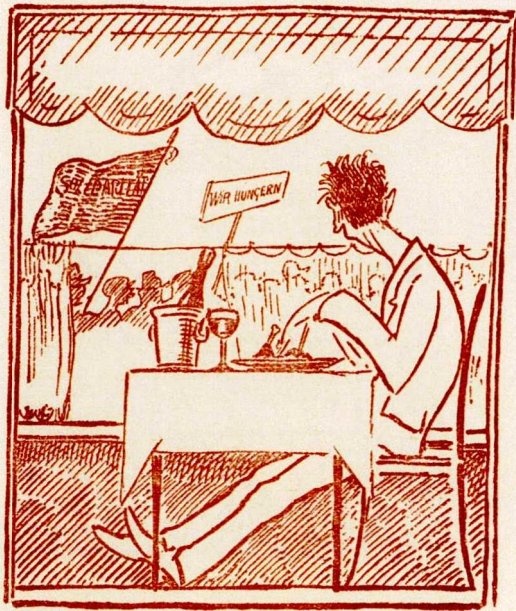


Ihm freilich dämmert's, dass Regieren  
Nicht ganz so leicht wie Kritisieren,  
Wenn er im Stadtratsstuhl ruht  
Und Unterschriften üben tut . . . .

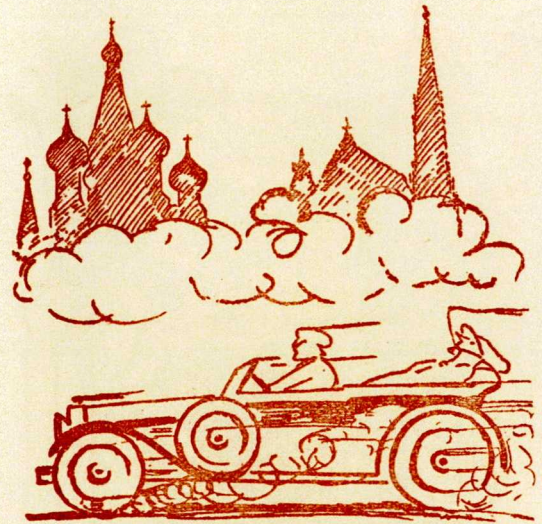
von Stadtpräsident Nägeli beklagt. Dieser, als Stadtrat wieder bestätigt, verzichtete stolz auf diese vermeintlich untergeordnete Stelle, liess sich in den Ruhestand versetzen und verlegte grollend seinen Wohnsitz nach Zollikon. Er verschwand derart aus dem Gedächtnis der Stadt, dass mir von keiner Seite eine Bemerkung gemacht wurde, als ich in meinem Amtsjahr 1945/46 als Vorsitzender des Gemeinderates den damals erfolgten Tod mit keinem Wort erwähnte.

### Bezirksrichter

Mein damaliger Sektionspräsident Rüegg verstand es vorzüglich, mir meinen Posten zu vereckeln. Neben den wohlbegründeten Begehren der einzelnen Gruppen der Sektion, die der Sekretär bei der Verwaltung zu vertreten hatte, wurden auch etwa spitzfindige Kleinigkeiten aufgejagt, mit deren Verfolgung ich meine übrige Arbeit nur hätte herabsetzen können. Zum Beispiel wenn ich bei der Einführung der Geldwechsler anstelle der bisherigen Geldtaschen für die Strassenbahner dagegen auftreten sollte, «da die neue Einrichtung zu Magen- und andern Krankheiten führen könnte». Solche Anregungen legte ich absichtlich zurück, um sie wenn möglich später durch Wiedererwägung hinfällig zu machen, was aber ihre eifrigen Verfechter nicht zur Ruhe kommen liess und zu allerhand Umtrieben führte, die beim



Am Mai-Umzug ist er mit nichten,  
 Natürlich wegen Amtspflichten;  
 Er sieht dem Spass in edler Ruh  
 Aus einer Bürgerpinte zu. —



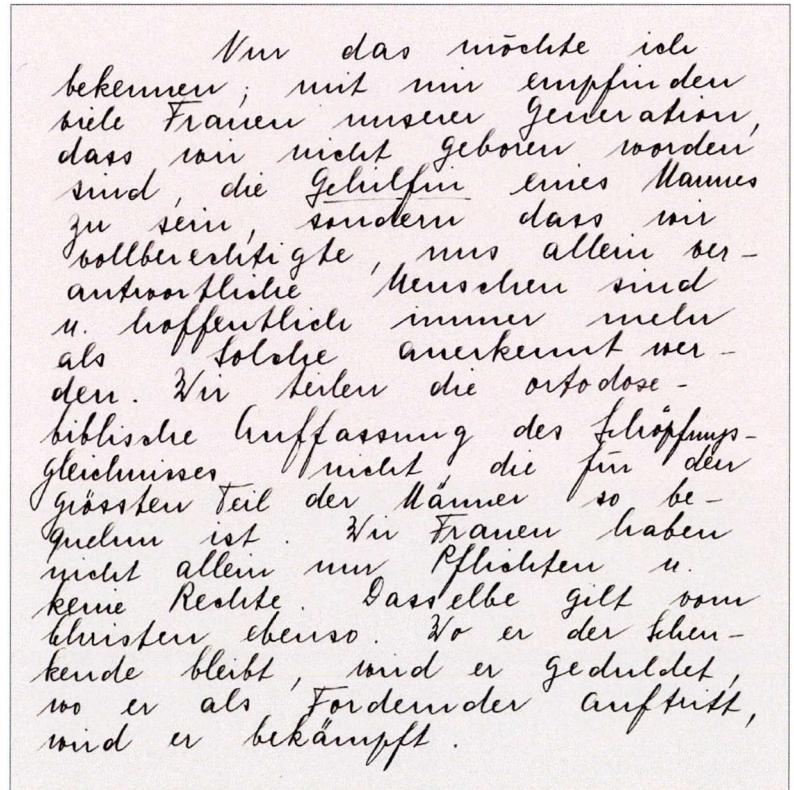
Als Volkstribun mit Geld von andern  
 Kann er nach Wien und Moskau wandern.  
 Nicht anders walzt er heute mehr,  
 Als mit Benzin und Sleeping-Car.

intriganten Charakter Rüeeggs noch Vorschub erfuhren. So wenig ich früher je daran gedacht hatte, meine Sekretärstelle aufzugeben, so stark drängte es mich jetzt unter seinem Einfluss auf Änderung. Ich wandte mich deshalb an einige Genossen, damit sie mich an der Bezirksdelegiertenversammlung vom 24. Februar 1929 als Bezirksrichter befürworten möchten. Der Kantonsrat hatte drei neue Stellen geschaffen, und zugleich waren zwei Sitze frei geworden.

[Die NZZ bewertete Trabers Kandidatur als «Unverfrorenheit sondergleichen», als «eine eigentliche Herausforderung des gesamten Bürgertums». Er fiel denn auch mit der geringsten Stimmenzahl aus der Wahl. Bei der Gesamterneuerungswahl ein Jahr später verzichteten die Freisinnigen darauf, seine Kandidatur zu bekämpfen; es hiess nun, er bringe mehr Intelligenz ins Gericht mit als manch einer der jetzigen Richter, auch auf bürgerlicher Seite. Auch habe er in letzter Zeit gezeigt, dass er nicht mehr der von früher sei. So wurde Traber am 6. April 1930 kampflos als zweitletzter ins Bezirksgericht gewählt. 1936 – Traber war unterdessen altershalber zum Vizepräsidenten des Bezirksgerichts aufgestiegen – wurde ihm auf seinen Wunsch die Abteilung für «nicht strittige Rechtssachen» zugeteilt. Besonders lockte ihn in dieser Abteilung der Eheschutz.]

*In der freisinnigen Wahlpropaganda werden die Arbeiterführer als Verräter, Dummköpfe und Bluffer karikiert (oder diffamiert).*

Ich fand vorerst nur Schönes und Unterhaltsames in meinem neuen Amte. Schon die freie Arbeitsweise, die es mir erlaubte, in meiner Ahornlaube zu Hause die Akten zu lesen, sowie die Erlösung von den ungezählten Abendsitzungen taten es mir an. Auch, dass ich nicht mehr nur Eingaben an andere zu richten hatte, über die, mochten sie noch so begründet sein, jene mit einigen nichtigen Bemerkungen weggehen konnten. Jetzt lag der Entscheid bei mir, und bei den Dreierverhandlungen in den Straffällen der Halbabteilung hatte ich die Befriedigung, dass ich für meine milderen Auffassungen in der Regel die Unterstützung des leitenden Vizepräsidenten fand.



Nur das möchte ich bekennen; mit mir empfinden viele Frauen unserer Generation, dass wir nicht geboren worden sind, die Gehilfin eines Mannes zu sein, sondern dass wir vollberedigte, nur allein verantwortliche Menschen sind u. hoffentlich immer mehr als solche anerkannt werden. Wir teilen die orthodox-biblische Auffassung der Schöpfungsgeschichte nicht, die für den grössten Teil der Männer so bequemer ist. Wir Frauen haben nicht allein nur Pflichten u. keine Rechte. Dasselbe gilt vom Christen ebenso. Wo er der schenkende bleibt, wird er geduldet, wo er als Fordernder auftritt, wird er bekämpft.

Diese «Klientin» dürfte Eheschutzrichter Traber doch etwas herausgefordert haben.

Der Eheschutz sprach mich besonders an und veranlasste mich auch, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. Bei meinem Antritt der Abteilung spielte er insoweit nur eine untergeordnete Rolle, als wöchentlich an ein bis zwei Halbtagen im Streite liegende Eheleute zu Verhandlungen vor den Richter geladen wurden, während die Entgegennahme der Begehren durch den Substituten in dessen Auskunftsstunden erfolgte. Dieses Verfahren hatte für den Richter den Nachteil, dass ihm vor der Verhandlung der Charakter des Widerstreites vollständig fremd war, da die Substituten lediglich die Begehren, zum Beispiel um Ermahnung oder Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes, schriftlich festhielten und keinerlei weitere Akten oder Aufzeichnungen dazu vorlagen. Andererseits empfand ich es immer mehr als nicht angebracht, dass bedrückte Frauen, um die es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle handelte, ihre Kümernisse vor den jungen, vielfach ledigen Substituten und in Anwesenheit eines noch weit jüngern, ledigen Auditors darlegen sollten. Dies um so mehr, als wie ich es

dann, als die Umgestaltung vorgenommen worden war, feststellen konnte, die bedrückten Eheleute sich in vielen Fällen nur nach einem guten Rate oder einer teilnahmsvollen Zusprache sehnten, während der Substitut oder sein Auditor den Rat suchenden lediglich den Weg zwischen Eheschutzrichter und Scheidung wiesen.

Aus diesen Überlegungen übernahm ich die Sprechstunden im Eheschutzverfahren selber, was mich an drei Halbtagen in Anspruch nahm – wozu dann noch an zwei Tagen die eigentlichen Verhandlungen mit den Parteien kamen –, und erreichte im Frühjahr 1945, dass der Kantonsrat dem Bezirksgericht Zürich einen weitem Vizepräsidenten bewilligte und die nicht streitigen Rechtssachen und das Konkursrichteramt vom Eheschutz abgelöst wurden.

In Dutzenden und Aberdutzenden von Vorträgen habe ich, bis zu meinem Übertritt in den Ruhestand, in allen möglichen Kreisen von meinen Erfahrungen als Eheschutzrichter gesprochen. Und diese Erfahrungen waren recht vielgestaltig. Nicht immer lag der Fehler am beklagten Teil. In einer meiner ersten Sprechstunden klagte mir eine Frau über ihren Mann, vor dessen Karabiner, den er unter dem Ehebett verwahre, sie ständig in Angst sein müsse. Doch wollte sie von einer Vorladung des Mannes nichts wissen. Stark beeindruckt verfolgte ich während Wochen mit Aufmerksamkeit die Zeitungen, eine Schreckensnachricht gewärtigend, bis nach etwa einem halben Jahr der Ehemann bei mir erschien, um mir darzulegen, welch schreckliches Leben ihm die Frau bereite.

In den verhältnismässig wenigen Fällen, in denen sich die Ehemänner zu beklagen hatten, war ihnen nicht zu helfen. Sie waren die weicheren Naturen, die sich in keiner Weise ihren Frauen gegenüber durchsetzen konnten und aus dieser gleichen Weichheit heraus auch nicht fähig waren, irgendeinem Rat zu folgen oder sich zu einer entschiedenen Handlung aufzuraffen. Es blieb dabei, dass sie von Zeit zu Zeit kamen, mir ihr Herz auszuschütten.

Neben den vielen Frauen, die sich zu Recht über ihre Männer zu beklagen hatten, lernte ich auch jene kennen, die in der lieblosesten Art ihren Mann vor den Eheschutzrichter schleppten, nachdem sie ihn schon bei allen Verwandten und allen privaten und kirchlichen Eheschutzstellen schlechtgemacht hatten. Es geschah dies in der Meinung, nun solle auch noch der Eheschutzrichter nach ihrem Willen den Mann in die Schuhe stellen. Diese Frauen verabschiedeten sich höchst entrüstet und aufgebracht mit dem Vorwurf, dass die Männer einander ständig helfen würden, wenn ich ihnen klarzumachen suchte, dass sie selber in sich zu gehen hätten und ihren Männern etwas Liebe zeigen sollten.

In meinen Vorträgen trat ich auch immer wieder dem von katholischer Seite in Umlauf gesetzten und von den übrigen kirchlichen Kreisen übernommenen Klagelied über die Seelenqualen der unglücklichen Kinder aus geschiedenen Ehen entgegen, womit der Erschwerung der Scheidung das Wort gesprochen wurde. Gelangten doch in wiederholten Fällen Ehefrauen nach zwanzigjähriger und länger dauernder Ehe mit dem Begehren um Aufhebung des gemeinsamen

Haushaltes an mich, weil ihnen ihre verdienstfähigen erwachsenen Kinder mit dem Verlassen des Haushaltes drohten, falls sie sich nicht von ihrem Gatten trennten, da sie des ewigen Streites und der Beunruhigung genug hatten. Mir zum Beweis, dass es Kindern weit grössere Seelenqualen bereitet, während Jahren in einer zerrütteten Familie leben zu müssen, als durch die Scheidung einen der Elternteile zu verlieren.

## Epilog

In dem Masse, wie ich mehr und mehr von der Kampflinie zurücktrat und zum betrachtenden Parteigenossen wurde, begann ich das «Volksrecht» aufmerksamer und sorgfältiger zu lesen. Und in diesem gleichen Masse begann ich mich über die dabei in Erscheinung tretende Entwicklung aufzuhalten. Ende des Jahres 1955 hatte meine ganze Familie derart genug von unserem Parteiblatt, dass ich mich entschloss, es nach Neujahr nicht mehr zu beziehen. Da es für mich immerhin etwas bedeutete, das «Volksrecht» aufzugeben, wollte ich es nicht tun, ohne dem Chefredaktor Paul Schmid-Ammann\* dafür meine Begründung bekannt zu geben. So schrieb ich diesem am 20. Januar 1956:

*Weil mir das Aufgeben des «Volksrechts» nicht leicht fällt, habe ich das Bedürfnis, Ihnen dafür meine Beweggründe zu nennen. Und doch geschieht dies wiederum mit zwiespältigen Gefühlen. Denn obgleich ich aus wiederholten Gesprächen mit ältern Genossen weiss, dass ich mit meinen Auffassungen nicht allein stehe und somit auch für das Redaktionskollegium ein Anlass vorliegen würde, meine Äusserungen einer ernsthaften Betrachtung zu unterziehen, so kann ich mir doch auch wieder vorstellen, dass wir jung gebliebenen Alten als der verholzte, überständig gewordene Teil der ehemaligen Bewegung erachtet werden, der dem neuen Zeitgeist nicht mehr zu folgen vermag und von dem die Bewegung ohnehin in absehbarer Zeit durch sein Aussterben erlöst werden wird. Ich suche deshalb auch meine Darlegungen so kurz als möglich zu halten.*

*Um meiner Haltung zur heutigen Führung der Redaktion des «Volksrechts» unmissverständlichen Ausdruck zu geben, erscheint es mir zum Eingang angebracht, darzulegen, was ich mir unter sozialistischer Bewegung seit fünfzig Jahren vorstelle. Es ist vor allem die Auffassung, dass unsere Bewegung nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern im tiefen Sinn eine kulturelle sei. Dass die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse und die Ausweitung ihrer politischen Rechte lediglich als Mittel zur gesundheitlichen, geistigen und sittlichen, d.h. allgemein kulturellen Hebung der eigenen Klasse und – mit der Sprengung und Aufhebung der Klassengegensätze – darüber hinaus der ganzen Menschheit zu betrachten sei. Dass im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Auffassung, die ihr Profitstreben ungehemmt und unbesehen um die dadurch hervorgerufenen gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen des Volkes betätigt, unsere sozialistische Einstellung getragen sei vom Bewusstsein der tiefen Mitverantwortung für den Nebenmenschen*

*und die Aufwärtsentwicklung der Menschheit. Dass die Kampfkraft der Arbeiterschaft in der Masse gesteigert werde, als sie sich geistig von den einlullenden und zur Demut verführenden Auffassungen der religiösen und kirchlichen Überlieferungen frei mache, um auf dieser Welt ihr Paradies zu schaffen. Dass dieser Ausblick auf die mögliche Entwicklung der Menschheit den einzelnen Genossen derart beglücke und seelisch erfülle, dass er der überbrachten bürgerlich-christlichen Vertröstungen nicht mehr bedürfe. Und dass dies alles errungen werde durch die Arbeiterschaft selbst, erfüllt vom Vertrauen in ihre eigene Kraft und getragen vom Bewusstsein ihrer Kulturmission.*

*Was aber zeigt heute das «Volksrecht» von diesem Vertrauen in die Werktätigen und welches ist sein Beitrag zur Kulturförderung? Wenn ich die Seite «Erzähltes Leben» betrachte, so kann ich nur wiederholen, was ich an der im letzten Juni stattgefundenen Kulturtagung der Partei erklärte: Dass sich die Redaktorin ernstlich bemüht, das Kulturbedürfnis unserer Leser auf dem Niveau der seichtesten bürgerlichen Unterhaltung abzufertigen, und nicht einmal merkt, wenn sie dabei die im politischen Teil verfochtenen Auffassungen lächerlich macht. Dass statt innerlich bereichernder Erzählungen schale Dekadenzromane, wie der eben begonnene von Maugham, geboten werden und nicht versucht wird, sozialistisches Gedankengut dem Leser nahezubringen, wo an solchen Möglichkeiten kein Mangel [besteht], wenn man an die Schriften unserer Vorkämpfer oder das reiche Memoirenwerk der aufsteigenden sozialistischen Bewegung denkt.*

*Im persönlichen Gespräch erklärte mir Hans Oprecht\* an jener Kulturtagung, die Volksrechtsdruckerei verlange nach den Aussagen der Genossin Kleiner dieses Niveau, damit das «Volksrecht» mit dem «Tages-Anzeiger» konkurrieren könne. Ich habe daraufhin für den Monat Juli den «Tages-Anzeiger» abonniert, musste aber feststellen, dass dieser seine Leser augenscheinlich höher einschätzt als das «Volksrecht» die seinen. [...]*

*Wie sich in dieser Weise auf dem kulturellen Gebiet das vollständige Fehlen sozialistischer Auffassungen bekundet, so konnte ich letztes Frühjahr auch auf dem politischen Gebiet die gleiche Feststellung machen. Als das erste Gerümsel über Escher-Wyss im «Volksrecht» erschienen war, habe ich Hans Ott angerufen und ihm erklärt, dass im Hinblick auf die durch die Firma schon vorgenommenen Massregelungen und Aussperrungen vom Standpunkt der Arbeiterbewegung nicht alles an ihr zu loben sei. Ich anerkennend mich, hierüber einiges zu schreiben, und Hans Ott forderte mich auch dazu auf. Weder ist der Artikel erschienen, noch wurde er mir zurückgesandt, noch hat mir Hans Ott irgendwelche Mitteilung zukommen lassen. Ich habe verstanden, dass der Artikel zu den grossen Tönen, mit denen unsere beiden Regierungsräte als Regierungspräsidenten der heutigen Fabrikleitung scharwenzelten und um den Bart strichen, nicht gut gepasst hat, halte aber heute noch dafür, dass er eines sozialistischen Blattes angemessener gewesen wäre als jene regierungspräsidentlichen Anbiederungstiraden auf die glänzenden liberalen Industriekapitäne.*

*Vielleicht war man am «Volksrecht» auch nur ängstlich, es könnte durch meinen Artikel die Verbrüderungsfeier zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung der Escher-Wyss-Unternehmung gestört werden und bei den vor der Türe stehenden Wahlen der Partei eine Stimme verloren gehen. Man will in die Breite wirken und muss deshalb Beiträge ablehnen, die auf die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit hinweisen und die sozialistische Auffassung vertiefen könnten. Wie das «Volksrecht» aus dem gleichen Bemühen der Rücksichtnahme auf bestehende Strömungen über die Weihnachtszeit zu einer evangelischen Tageszeitung geworden ist, in der Artikel breiten Raum gefunden haben, die im methodistischen Jargon vom «Tag des Herrn» und der «Geburt unseres Herrn» sprechen. [...]*

*Wenn es mir heute scheint, dass das «Volksrecht» immer mehr den Einflüssen einer bürgerlichen Denkweise offensteht und die Kulturfragen, aus Gründen der Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessentengruppen oder auf den Zeitgeist oder auf die finanziellen Auswirkungen, nicht von einem klaren sozialistischen Standpunkt aus zu behandeln und zu vertreten wagt, geschieht dies vielleicht auch nur, weil ich selber erst in den letzten Jahren mich mehr mit Kulturfragen befasste und dabei das Parteiblatt unter diesem Gesichtspunkt aufmerksamer las. Dass die Parteigrundsätze aber in der angeführten Weise sozusagen täglich mit Füßen getreten werden, setzt mir heute so zu, dass ich aus gesundheitlichen Gründen das «Volksrecht» nicht mehr lesen kann.*

In seiner Antwort an mich verzichtete Schmid-Ammann auf eine sachliche Auseinandersetzung, die ich auch nicht erwartet hatte. Ich war mir bewusst, dass ich damit die Türe zum «Volksrecht» endgültig zugeschlagen hatte. Damit verlor ich aber auch nichts. Die Erfahrungen mit dem Aufsatz: «150 Jahre Escher-Wyss – Die Kehrseite der Medaille», hatten mir ja bereits gezeigt, dass mir das «Volksrecht» für meine der grundsatzlosen Parteiströmung entgegenstehenden Auffassungen nicht mehr offenstand.

Revolutionäre Taktik...

Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde innerhalb der Parteien der Zweiten, der Sozialistischen Internationale über die Taktik gestritten, wie die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsform in eine sozialistische Eigentums- und Produktionsform vonstatten gehen solle. Dieser Frage nach der Taktik lag das Problem zu Grunde, ob die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur in einem revolutionären Machtkampf nach dem Sturz der herrschenden Klassen überwunden oder ob sie im Rahmen des bestehenden Staates unter dem wachsenden Einfluss der Arbeiterklasse in einem evolutionären Prozess umgewandelt werden könne.<sup>1</sup> Der unter der Oberfläche schwelende Konflikt zwischen den beiden Strömungen der evolutionären und der revolutionären Sozialisten brach 1899 offen aus, als in Frankreich der Sozialist Alexandre Millerand in eine bürgerliche Regierung berufen und damit das erste sozialistische Mitglied eines europäischen Kabinetts wurde. Dieser Schritt von Millerand war im marxistisch geprägten europäischen Sozialismus ein Tabubruch, denn er stellte die vorherrschende Theorie des proletarischen Klassenkampfes in Frage.

Selbstverständlich wurde der «Fall Millerand» in allen Parteien diskutiert. Besonders heftig waren die Reaktionen der deutschen SPD, die ihrerseits engste Beziehungen zu den Schweizer Sozialdemokraten pflegte.

In Deutschland stiess dieser «Angriff auf die Grundanschauungen der Partei» auf besonders grosse Kritik, war die SPD doch vor nicht allzu langer Zeit durch das Sozialistengesetz während zwölf Jahren verboten gewesen. In der Schweiz sah das 1899 jedoch noch ganz anders aus: Das politische System mit Referendums- und Initiativrecht machte punktuelle politische Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner zur Pflicht – Klassenkampf hin oder her.

Alfred Traber wurde 1884 geboren. Die einen Menschen gewöhnlich am stärksten prägende Altersstufe zwischen 15 und 25 durchlebte er von 1899 bis 1909, also genau in den Jahren dieser Auseinandersetzungen.

In Zürich war dies eine Zeit krasser sozialer Gegensätze. Nach einer Rezession um die Jahrhundertwende begannen die Gewinne wieder munter zu sprudeln, die Löhne wurden jedoch nur angepasst, wenn gestreikt wurde. So häufig und so heftig wie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden die Tarifkonflikte in der Schweiz nie mehr ausgetragen.

Im Kantonsratswahlkampf von 1902 eroberte die Sozialdemokratische Partei den Wahlkreis Aussersihl. Das Wahlergebnis wurde vom Kantonsrat unter fadenscheinigsten Gründen kassiert und ein zweiter Wahlgang angeordnet, den die Sozialdemokraten allerdings wiederum und noch klarer für sich entscheiden konnten. Die vor-

<sup>1</sup> Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Berlin, Bonn, 2. Auflage 1978, erster Band, S. 263

her noch praktizierte Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien wurde weitgehend eingestellt. Die politische Atmosphäre blieb über Jahre hinaus völlig vergiftet.

Wenn also Otto Lang,<sup>2</sup> der Autor des Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei von 1904, schrieb: «Die wirtschaftlich herrschende Klasse wird ihre politische Machtstellung benutzen, um ihre soziale Stellung zu sichern und sich vor den ›Begehrlichkeiten‹ der unterdrückten Klassen durch Vorkehrungen dieser oder jener Art zu schützen, wie andererseits die unterdrückten Klassen dem Drange nach Verbesserungen ihrer Lage folgen», so tönte dies in einer derart angespannten politischen und sozialen Lage alles andere als demagogisch, sondern schon fast wie eine realistische und distanzierte Beschreibung.

Als eine der «Vorkehrungen, mit denen die wirtschaftlich herrschende Klasse ihre Stellung zu sichern versucht», galt in den 1910er-Jahren das Mehrheitswahlrecht. Dieses durch das Proportionalwahlrecht<sup>3</sup> zu ersetzen, wurde zum politischen Nahziel. Ein Nahziel, das sich mit der Gemeindeordnung von 1912 für das Städtzürcher Gemeindeparlament erstmals erfüllte. Bei den Wahlen vom April 1913 gelang es der Sozialdemokratischen Partei denn auch, die magische Grenze von 49 (von 125 Mandaten), die sie im bisherigen Wahlkreis III (also Wiedikon, Aussersihl und Industriequartier) in den Wahljahren 1907 und 1910 erreicht hatte, zu durchbrechen und um 4 Mandate (auch aus anderen Stadtkreisen) zuzulegen. Es wurde zur allgemeinen Gewissheit, dass die Sozialdemokratie der Stadt Zürich irgendwann einmal in nächster Zukunft die Parlamentsmehrheit erringen würde und die Regierungsverantwortung in der Stadtregierung zu übernehmen hätte.

### ... contra Regierungsverantwortung

Nach dem Ersten Weltkrieg verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungsschichten als Folge von Versorgungsengpässen und einer rasanten Geldentwertung ganz gewaltig. Die Partei radikalisierte sich stark, und der Anteil jener Mitglieder, denen nun die soziale Revolution als einziger Ausweg erschien, näherte sich etwa einem Drittel des Mitgliederbestandes. Auf diesem linken Flügel, zu dessen Exponenten Traber zu zählen war, wuchs die Unzufriedenheit mit den eigenen Behördemitgliedern ständig. Die Parteilinke stellte verärgert fest, dass die in Ämter gewählten Sozialdemokraten jeweils umgehend ihre Parteipositionen relativierten und sich als Vertreter der Staatsmacht begriffen.

Es war deshalb das zentrale persönliche Anliegen des nach dem Landesgeneralstreik im November 1918 in den Stadtrat gewählten Alfred Traber, diesem Loyalitätswechsel zu widerstehen. Im Rückblick kann kein Zweifel bestehen, dass er mit seinen politischen Handlungen seinen eigenen Ansprüchen gerecht geworden ist.

<sup>2</sup> Otto Lang: Sozialismus oder Kapitalismus, Zürich 1920, S. 45

<sup>3</sup> Emil Klöti: Die Proportionalwahl in der Schweiz. Geschichte, Darstellung und Kritik, Dissertation, Bern 1901

Ein erfolgreicher Exekutivpolitiker konnte er allerdings so nicht werden. Wirkliche politische Erfolge als Stadtrat reklamierte Traber in seiner autobiografischen Schrift denn auch nicht für sich. Zweifellos hätte er diese in aller Ausführlichkeit dargestellt: an mangelndem Selbstbewusstsein hat Alfred Traber wohl kaum gelitten! Dass er 1922 die Wiederwahl in den Stadtrat nicht schaffte, ist ihm nicht als persönlicher Misserfolg anzulasten. Seine Wiederwahl wäre im Gegenteil ein politisches Wunder gewesen: Als Mitglied der kleinen Kommunistischen Partei, die sich noch mitten in der Ablösung von der grösseren Sozialdemokratischen Partei befand, konnte er nicht mit Stimmen ausserhalb seiner Parteigrenzen rechnen.

Aber dass Alfred Traber den Versuch unternommen hat, sich diesem Loyalitätskonflikt zu stellen, macht ihn zu einer historisch einzigartigen Persönlichkeit. Natürlich beeindruckte und beeindruckt dieser Versuch besonders jenen Kreis von Personen nachhaltig, die ein Sensorium für diesen Loyalitätskonflikt hatten und haben. Bei den Zürcher Politikern und Politikerinnen der 1968er-Generation etwa, die den Marsch durch die Institutionen unter die Füsse nehmen wollten, genoss Alfred Traber schon fast einen kultischen Status. Für sie ist er als der rote Stadtrat in die Zürcher Geschichte eingegangen.

## Das Personalrecht der Stadt Zürich

Für Alfred Traber gehörte nicht seine eigenständige oder vielleicht sogar eigenwillige Einstellung zu seinen Amtspflichten als Stadtrat und Polizeivorstand zu seinen bedeutendsten politischen Leistungen. Wahrscheinlich hat er dies selbst gar nicht als eine politische, sondern eher als eine Charakterfrage angesehen. In seinem Lebensrückblick stellt er die Schaffung eines Personalstatuts, des Personalrechts für die Verwaltung der Stadt Zürich, als seine wichtigste politische Leistung in den Vordergrund. Obwohl diese Gewichtung auf den ersten Blick nicht offensichtlich ist, hat Alfred Traber hier sehr wahrscheinlich recht.

Der Aufgabenbereich der Stadtverwaltung hat sich schon im 19. Jahrhundert massiv in Richtung einer Leistungsverwaltung ausgeweitet. Die Stadt übernahm von Privaten die Funktion eines Anbieters von Gas und Elektrizität, sie musste sich vermehrt um die Entsorgung von Kehrriecht und Abwasser kümmern, sie wurde für den öffentlichen Nahverkehr zuständig und musste sich auch viel stärker im Bau- und im Wohnungswesen engagieren. Zudem hatte sich die Bevölkerungszahl der Stadt mit der Stadtvereinigung von 1893 schlagartig von 28099 Personen auf 121057 mehr als vervierfacht. Die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung hatte bedeutend zugenommen, und auch die Aufgaben waren vielfältiger geworden.

Betriebswirtschaftlich drängte es sich nun auf, die Fragen im Zusammenhang mit den Anstellungsbedingungen nicht mehr im Einzelfall, sondern grundsätzlich zu entscheiden.

Es genügte nicht mehr – wie bis anhin in der Gemeindeordnung – die Rechte und Pflichten der Städtischen in den Grundzügen festzulegen. Ein rationaler, verlässlicher und rechtsgleicher Umgang mit

dem Personal war nur noch denkbar, wenn auch die Einzelheiten des Personalrechts geklärt und schriftlich festgehalten wurden. Und nicht nur die Inhalte, auch das Verfahren für Personalentscheidungen musste verrechtlicht werden: Der Betroffene oder manchmal auch schon die Betroffene hatte von nun an einen Anspruch auf Entscheidungen, die sowohl begründet als auch rekursfähig waren.

Mit dieser Verrechtlichung stiegen auch die Einflussmöglichkeiten der Personalvertretungen, der Gewerkschaften. Nun konnte unabhängig von konkreten Beschwerdefällen – im Rahmen von Tarifverhandlungen – auch grundsätzlich über die Einzelheiten von Dienstverhältnissen wie Einstufungen oder Pflichtenhefte, Fürsorgepflichten und Anstellungsbedingungen diskutiert werden.

Die von Alfred Traber initiierte «Verordnung über die Amts- und Dienstverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Zürich (Personalrecht)» wurde am 12. Februar 1928 mit 23 456 Ja zu 19 862 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 72,3% von den Stimmberechtigten der Stadt Zürich angenommen.

Das Personalrecht ist aus der heutigen Stadtverwaltung nicht mehr wegzudenken. Es hat Rechtssicherheit geschaffen. Es trug sicher mit dazu bei, dass die Stadtverwaltung eine sehr beliebte Arbeitgeberin wurde und ist. Ohne nun konkrete Umfrageresultate vorliegen zu haben, steht es ausser Zweifel, dass die Identifikation der Städtischen mit dem öffentlichen Dienst, den Gemeindeangelegenheiten der Stadt Zürich, sehr hoch ist.

Und so profitiert die Stadt als Arbeitgeberin, so profitieren die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich davon, dass sich Alfred Traber so vehement für das Personalrecht eingesetzt hat.

Alfred Traber ist im Zürich seiner Zeit einer der wichtigsten SP-Politiker (siehe dazu den Beitrag von Nicola Behrens, Seiten 159–162). Seine lange Karriere verdankt er einerseits seiner Hausmacht, den «Städtischen»\* (besonders den Strassenbahnern), andererseits sicher auch seiner gewaltigen Arbeitsleistung, mit der er sich für Gewerkschaft und Partei unentbehrlich macht.

Doch als er Ende der Fünfzigerjahre seinen «Rückblick auf mein Leben» schreibt, hat er die Beziehungen zu seiner Gewerkschaft, zu den Organisationen der Abstinenzbewegung sowie zur Sozialdemokratischen Partei, für die er sich fast ein Leben lang mit grösster Energie einsetzte, schon seit Jahren aufgegeben:

*Heute hat es den vollen Anschein, dass bis dahin [bei Trabers Tod] mich der Partei- und Gewerkschaftsapparat wird zu vergessen wissen. Mussten schon bei meinem siebzigsten Geburtstag einige Kameraden das Parteiblatt zu einem nachträglichen Gedenken veranlassen, so blieb der fünfundsiebzigste in völliges Schweigen gehüllt.<sup>1</sup>*

Die Gründe für seine zunehmende Distanzierung (Traber schreibt sogar, er habe gewissermassen alle «Beziehungen mit der Aussenwelt» abgebrochen, A 575) liegen vor allem in der Unzufriedenheit über den Kurs der Partei sowie – und dies wohl noch mehr – im Ärger über ihre Exponenten. Dieser Prozess der Ablösung erreicht seinen mindestens symbolischen Höhepunkt in der Kündigung des Abonnements des «Volksrechts» im Januar 1956 (156). Ein Artikel zum 125-Jahr-Jubiläum von Escher-Wyss war so unkritisch, dass sich Traber provoziert fühlen musste. Als seine Gegendarstellung unter dem Titel «Die Kehrseite der Medaille» nicht abgedruckt wurde, war ihm klar, «dass mir das ›Volksrecht‹ für meine, der grundsatzlosen Parteiströmung entgegenstehenden Auffassungen nicht mehr offenstand» (158). Angesichts dieser «grundsatzlosen Parteiströmung» fühlt sich Traber innerhalb der Partei zunehmend alleine; auch erfährt er nicht die Anerkennung, die er zu verdienen glaubt.

### Eine Rechenschaft vor sich selbst

Trabers «Rückblick auf mein Leben» ist der Rechenschaftsbericht eines Mannes, der sich in vielem in Frage gestellt sieht und der darum nochmals aussprechen will – und sei es nur vor sich und seiner Familie –, dass er richtig gedacht und gehandelt, richtig gelebt hat:

*Für mich muss es genügen, dass alle meine entscheidenden Handlungen einer zwingenden Denkart entsprungen und, welches immer ihre Folgen waren, nie ein Gefühl der Reue erweckten. So stehe ich*

<sup>1</sup> Seite A 552. Seitenangaben mit einem vorangestellten «A» beziehen sich auf die Abschrift von Trabers Autobiografie (erhältlich im Stadtarchiv Zürich), Seitenangaben ohne Buchstabe in runden Klammern auf die (auf ungefähr einen Viertel des Originals gekürzte) vorliegende Fassung.

*mit meinen fünfundsiebzig Jahren auch heute noch zum jugendlichen Politiker meiner Dreissigerjahre. [...] Auch dass ich mich heute mit meinen Auffassungen vereinsamt sehe, darf mich nicht bitter stimmen. Ich wagte es, mich zum Überbrachten in Gegensatz zu stellen, ich mied die Landstrasse der Gedankenlosen und der Streber, ich hatte Freude am eigenen Weg – aber führt denn nicht jeder eigene Weg in die Einsamkeit?» (17)*

Keine Selbstzweifel also, aber doch die Feststellung, dass ihn sein Weg in die Einsamkeit führte. Tatsächlich bestanden nur wenige Genossen vor seinem Urteil. Traber hat bei der Niederschrift seiner Erinnerungen die Gefahr, aus dem Ressentiment heraus zu schreiben, gespürt und sich deshalb ermahnt, seine Gefühle unter Kontrolle zu halten:

*Die Gefühle, die die Rückerinnerungen, denen ich mich in den letzten Tagen hingab, in mir wieder wachriefen, mahnen mich, diese Erinnerungen aus dem Abstand der Jahre zu betrachten und mich davor zu hüten, in das Urteil der jugendlichen Leidenschaft zu verfallen, auch wenn das Herz immer noch mit Leidenschaft erfüllt ist. (17)*



Trotz dieses Vorsatzes nimmt die Kritik an ehemaligen Genossen viel Raum ein. Trabers Erinnerungen kennen keine Altersmilde; sie sind alles andere als versöhnlich. Auch im Alter beurteilt er Menschen nach dem Schema: Wer nicht mit der gleichen Konsequenz und Gradlinigkeit handelt wie ich, tut dies aus eigennützigen Motiven. Dass Genossen aus ihren Einsichten andere, ebenso ehrenwerte Handlungsmaximen ableiten, kann Traber in seinem Innersten nicht glauben. Es ist schwer vorstellbar, dass diese seine Ablehnung nicht spürten.

Dass Traber sich in seinen Auffassungen vereinsamt sah, bedeutet aber nicht, dass er im Alter ein ungeselliges Leben führte. Seine Tochter Liselotte schildert ihn als Menschen, der Freundschaften pflegte – doch waren seine Freunde nicht Parteigrössen, sondern Männer und Frauen, die zwar politisch aktiv, aber nicht auf eine Karriere aus waren. Diese Menschen waren «mehr als Parteifreunde»: der Maler Fontana, der aus dem Tessin nach Zürich gezogen war; der «verlässliche» Fritz Kauer, ein Mann aus einfachen Verhältnissen, der Verwalter des Volkshauses wurde; der früh verstorbene Karl Stamm\*, der die Verse zum Buch «Die Kinder im Schlaraffenland» schrieb, der Verleger Hans Oprecht\* und seine Frau Emmi\*, Emil Küng\* und Fritz Platten\* («ein grosser, stämmiger Kerl, der es gut mit uns Kindern verstand»), Willi Trostel\* (Plattens Sohn war von Trostels Eltern aufgezogen worden) und Erika Nobs, die Tochter des späteren Bundesrates.

Dass Traber neben seiner Berufsarbeit und seiner politischen Arbeit noch regelmässig jasste mag erstaunen; es fügt dem Bild dieser vielfältigen Persönlichkeit eine weitere Facette hinzu.

*Die Fotografien in diesem Kapitel sind einem Album der Familie Traber entnommen. Oben Trabers Jassrunde mit Ehefrau Anny, den beiden Töchtern Liselotte und Anneliese (mit ihrem Mann Milo Vuillard), rechts mit den Freunden Josef Veselić (Mitte) und Jakob Baumann.*

## Harmonisches Familienleben

*Montag, den 15. April, wurde ich auf dem Zivilstandsamt in Zürich mit Anny, nämlich Anna Frauenfelder von Rüti, Tochter des Theodor, Primarlehrer, und der Anna, geborene Kunz, getraut und hierauf die Hochzeitsfahrt nach dem «Löwen» in Meilen gemacht. Am 16. April traten wir die Hochzeitsreise nach Venedig an, von der wir Samstag, den 20. April, wieder in Zürich eintrafen.* (24)

Mit diesen wenigen Zeilen handelt Alfred Traber in seinem «Rückblick auf mein Leben» seine Hochzeit ab; seine Frau erscheint noch vier, fünf Mal als kritische und solidarische Kameradin und die beiden Töchter auch nicht öfter. Die beiden grossen Themen seiner Autobiografie sind die Politik und die Dichtung. Über seine Gefühle der Familie gegenüber schweigt sich Traber im «Rückblick» aus. Man gewinnt darum bei der Lektüre leicht den Eindruck, dieser Lebensbereich sei für ihn nicht wichtig gewesen.

Auch dieser Anschein wird von Liselotte Traber korrigiert. Sie erzählt von einem harmonischen Familienleben, das – so spürt man aus ihren Berichten – von den Eltern wohl sehr bewusst gepflegt wurde. Ihr Vater habe, sagt sie, die Spannungen der Politik von der Familie fernhalten wollen (nicht aber die Politik, am Mittagstisch sei intensiv politisiert worden). Nie sei zwischen den Eltern ein böses Wort gefallen. Die Familie sang im Garten, begleitet vom Lautenspiel des Vaters, danach setzte sich dieser ans Klavier und improvisierte über die Lieder, die sie eben gesungen hatten – «grossartig». Auch die Mutter war musikalisch: Sie konnte ab Blatt singen und spielte ebenfalls Klavier. Ihr gefielen vor allem die Lieder Schuberts. Die Eltern besuchten mit den beiden Töchtern das Weihnachtsmärchen im Stadttheater, Konzerte, Zirkusvorstellungen oder das Marionettentheater im Kunstgewerbemuseum (danach kaufte Vater Traber Marionetten und führte selber ein Stück auf). Jeder Hochzeitstag der Eltern wurde gefeiert.

Anny Traber entstammte einer protestantischen Lehrerfamilie und war Handarbeitslehrerin. Sie hat nach den Worten Liselotte Trabers «für Ordnung gesorgt», also den Haushalt gemacht und damit Trabers politisches Engagement ermöglicht. Sie selber engagierte sich in der freiwilligen Armenpflege.

Unter der grossen Arbeitslast des Vaters scheinen die Töchter nicht gelitten zu haben; er sei jeweils am Sonntag für sie dagewesen und auch immer für das Nachtessen nach Hause gekommen.

Von all dem ist in den Erinnerungen nicht die Rede. Vielleicht hielt es Traber nicht für notwendig, seinen Töchtern – ihnen sind die Erinnerungen gewidmet – Geschichten zu erzählen, die sie selber erlebt hatten. Oder er hoffte insgeheim doch auf eine Veröffentlichung seiner Erinnerungen und hielt darum das Private zurück.

## Ein Mann von tiefen Empfindungen

In Politik und Dichtung hingegen zeigt sich Traber als ein Mann von intensiven Empfindungen. Immer wieder ist die Rede von Stunden tiefster Seligkeit bei der Lektüre oder beim Dichten. So wird die Spitteler\*-Lektüre dem 26-Jährigen zum «Spitteler-Erlebnis»: Er ist

«beglückt von der tiefen Poesie» und «berauscht vor allem durch das Hohelied auf die Persönlichkeit, den Kämpfer und Dulder» (A 17–18, siehe auch Seite 178). Auch politische Ereignisse berühren den jungen Traber tief. Der Generalstreik vom 12. Juli 1912 erfüllt ihn «mit heiligem Feuer». Am Tag darauf eröffnet er ein neues Tagebuch mit dem folgenden Eintrag:

*Am Tag nach dem Generalstreik und am Tag des Truppenaufgebotes, wo in allen Gemütern die Erregung vom Kampf der zwei Welten entstanden, lege ich den Anfang zum Ausbau meiner Ansichten und deren konsequenter Ausführung. Es sollen werden die Tagebuchblätter eines Sozialisten.* (29)



Aus der Lähmung, die nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs Traber und die Linke erfasst, erlöst ihn erst Fritz Brupbacher\* Zeitschrift «Der Revoluzzer». Darüber schreibt er in sein Tagebuch:

*Gestern Abend kaufte ich im SAB [Sozialistischen Abstinentenbund] die erste Nummer des «Revoluzzers», und heute bin ich den ganzen Tag in der gehobenen Stimmung. Endlich das erlösende Wort, der Kreis, von dem aus unsere Ideale, die uns seit dem ersten August so ganz verraten erschienen und die wir alle verraten, wieder gepflegt und von dem aus die grosse Tat vorbereitet werden mag.* (34)

Auch in Trabers Gedichten brennt dieses «heilige Feuer»; heute muten sie allerdings mit ihrem politischen Pathos unfreiwillig komisch an. Seine Gefühle beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs schildert er in «Über Trümmern», in dem er seinen Glauben an den Sozialismus zu einem Tempel macht:

Die Balken sanken krachend ein.  
Aus Rauch und Qualm ein letzter Schein,  
ein Funkenstrauss zum Himmel schnell,  
auf glühnde Trümmer niederfällt.  
Ich starrt in den erstorbenen Brand  
mit heissen Augen, unverwandt,  
und auf mir lag in dumpfer Schwere  
des ausgeraubten Herzens Leere.  
Noch sah im Geist ich den Palast,  
den tausend Hände ohne Rast,  
in Fleiss und Liebe hingestellt,  
ein Tempel der bedrängten Welt.  
Ein Hoffnungsblick Millionen Armer,  
die irr am göttlichen Erbarmer  
aus eigener vereinter Kraft  
sich kämpfen aus des Elends Haft.  
Des Krieges erste Bombe fiel.  
Des Tempels Kuppel war ihr Ziel.  
In Flammen barst der hehre Bau.

Traber als Seminarist (1903)

Blutrot färbt sich der Wolken Grau.  
Und von den vielen tausend Händen,  
die einst gebaut, konnt keine enden  
der gieren Flammen Frevlerwut.  
Wir standen mit erstarrtem Blut.  
Und einige gar ums Feuer liefen  
und sinnverwirrt ein Amen! riefen.  
Und alle schauten zu in Ruh.  
Mein feiges Herz, was tatest du?

Jetzt ist der Tempel ausgebrannt.  
Ein Trümmerhaufen deckt das Land.  
Darüber schweift der Blick ins Leere  
zum rotverglühten Wolkenmeere.  
Und wie ich in die Weite sann,  
löst stetig sich des Schreckens Bann.  
Es weicht der Druck, der auf mir lastet,  
und neu zum Herzen Hoffnung tastet:  
Unendlich, wie der Himmel blaut,  
ist Menschenmut, der neu erbaut,  
was das Geschick ihm niederreisst.  
Unendlich ist des Menschen Kraft,  
die stets aufs neue wieder schafft,  
was ihr des Geists Verheissung preist.  
Kalthertzig, wie der arge Tod,  
peitscht Menschengestalt des Lebens Not,  
und lässt ihn nimmermehr erschlaffen,  
und heisst ihn sinnen, wirken, schaffen,  
bis dass der weite Kreis der Erde  
ihm Hort und Herd des Glückes werde.

(A 118–119)

Es ist ein und dieselbe Person, die solche Gedichte schreibt und die in unzähligen Rats- und Kommissionssitzungen, den ultimativen Vernichtern jeder politischen Romantik, mit dem bürgerlichen Gegner etwa um Details einer Besoldungsverordnung ringt – an Traber erstaunt, dass er sich mit seiner Vision einer umfassenden Veränderung des Menschen nie zu gut ist, sich mit Eifer und Ausdauer in die politische Kleinarbeit hineinzuknien. Gerne möchte ich wissen, welche Kraft Trabers politisches Engagement antrieb und ihm im oben (Seite 161) von Nicola Behrens beschriebenen Loyalitätskonflikt half, seinen Überzeugungen treu zu bleiben.

Leider sucht Traber in seinen Erinnerungen nicht nach den tieferen Gründen für seine Abstinenz, seinen überaus grossen Fleiss – seine enorme Arbeitsleistung ist kaum nachvollziehbar –, sein unermüdliches politisches Engagement und seine Fähigkeit, trotz Niederglagen weiterzumachen. Um die Quelle dieser Kraft zu finden, zitiere ich ausführliche Passagen aus seinem sozialistischen Bildungsroman «Unser Weg»<sup>2</sup> (der Arbeitstitel war «Umsonst?»), der 1925 ver-

<sup>2</sup> Alfred Traber: Unser Weg. Roman. Zürich 1925 (Verlag Dr. Oprecht und Helbling). Zitiert als: UW plus Seitenzahl

öffentlich wurde. Ich gehe davon aus, dass Traber in diesem Roman Bereiche von sich preisgibt, die er im «Rückblick» nicht thematisiert. Diese Annahme kann ich nicht beweisen; ich hoffe aber, dass sie im Verlauf meiner Argumentation plausibel erscheint.

## Alfred Traber und Karl Gerber

Auf 220 Seiten erzählt Traber in «Unser Weg» von der politischen Bewusstwerdung und Selbstfindung des Proletariers Karl Gerber. Gerber ist ein Idealist, der mancherlei Entwicklungsphasen durchlaufen muss, um schliesslich zu erkennen, dass er alleine die Welt nicht verändern kann, dass er nur ein ganz kleines Rädchen in einem ungeheuren Getriebe ist, das sehr langsam, aber stetig, auf den gesellschaftlichen Fortschritt hinarbeitet.

Traber schreibt diesen Roman, nachdem er die Kommunistische Partei, die er mitbegründete, verlassen und seinen Posten als Redaktor des «Kämpfers» aufgegeben hat. Er ist politisch heimatlos und versucht, das Vergangene zu verstehen:

*Erst wollte ich einen Rückblick auf meine öffentliche Tätigkeit der letzten zehn Jahre werfen. Ich setzte die Feder an, schrieb und stockte. Statt der kritisch sachlichen Würdigung drängte das persönliche Bekenntnis hervor. [...] Noch ging es nicht. Da sah ich die Geschichte meines ureigensten Erlebnisses der letzten Jahre vor mir. War all diese Arbeit, all mein Einsetzen, all mein Glaube «Umsonst»? So dachte ich die Überschrift. Diese Frage wollte ich mir beantworten, indem ich die Geschichte Karl Gerbers begann. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1922 schrieb ich daran.* (132)

«Unser Weg» ist die «Geschichte meines ureigensten Erlebnisses» – und doch ist es keine Autobiografie: «Erlebnis» meint hier vor allem das innere Erlebnis, das Empfinden, und nicht «Erlebnis» als Ereignis. Gerbers Laufbahn ist eine geradezu exemplarische Proletarierlaufbahn, was von Trabers Leben bei all seinem politischen Engagement nicht behauptet werden kann. Die politischen Ereignisse im Roman sind nicht Nacherzählungen konkreter Ereignisse, sondern aus verschiedenen Elementen solcher Ereignisse neu zusammengesetzt. Für die Romanpersonen lassen sich konkrete Vorbilder finden, aber doch eher so, dass in einer fiktiven Person verschiedene Vorbilder zusammenfließen. Sowohl Personen wie Ereignisse folgen einem Kompositionsprinzip, das die Läuterung und Vertiefung von Gerbers politischen Ideen zum Ziel hat. Die Personen tendieren zum Typus, der ein Prinzip zu repräsentieren hat: die Ehefrau und treue Kampfgefährtin auf der einen, die Dirne auf andern Seite; der aufrechte, selbstlose Sozialist im Gegensatz zum prinzipien- und charakterlosen politischen Trittbrettfahrer.

Während seiner Lehre als Eisengiesser gerät Gerber unter den Einfluss des Studenten Bucher. Bucher ist der Kopf einer Jugendgruppe, die sich zum Sozialismus und zur Abstinenz bekennt. Als privilegierter Fabrikantensohn verfügt er über Bildung und Bücher, und leicht lässt sich der einfach-demütige Gerber von ihm beeindruckt. Er

lernt die Gedanken Marx', Lasalles, Nietzsches und Forels kennen – und vor allem Spittelers «Prometheus und Epimetheus». In Grete Wang findet der von seinem neuen inneren Reichtum überfließende Gerber eine ZuhörerIn und erste Liebe. Doch zerbricht diese Liebe schon bald, weil Grete von ihrem Leben Konkretes erwartet als die Schwärmereien von einer glücklichen Zukunft der Menschheit, die er ihr zu bieten hat.

Nach der Lehre hält sich Gerber ein paar Jahre «im Süden» auf. Hin- und hergerissen zwischen der «Gier nach dem Weibe» und der «Angst vor dem Weibe» (UW 34), versagt er als Mann in einem Bordell und erlebt den Zusammenbruch seiner Persönlichkeit und seiner Ideale. In zwei Naturerlebnissen kommt er bald darauf wieder zur Ruhe und zu neuer Selbsterkenntnis. Nach vier Jahren Aufenthalt im Süden kehrt er in die Heimat zurück und findet Arbeit in einer Fabrik und Gesinnungsgenossen in einer Gewerkschaft. Tief beeindruckt von den verheerenden Wirkungen des Alkohols in der Gewerkschaft und im Familienleben seiner Genossen, gründet er zusammen mit einem Freund einen Enthaltungsverein.

Zu einer ersten Herausforderung an seine Charakterfestigkeit wird ein militärisches Aufgebot. Während eines Streiks soll das Militär Streikbrechern den Zugang zur Fabrik sicherstellen. Gerber rückt ein, verweigert dann aber den Dienst. Er wird zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt.

Nach der Entlassung lernt Gerber den Holzarbeiter Hans Brunner kennen, der ihn bei sich zu Hause aufnimmt. Brunner vermittelt ihm eine Stelle als Schriftgiesser bei der «Volkswacht». Nun engagiert sich Gerber mit seinem ganzen Eifer bei der Gewerkschaft, der Partei und dem Arbeiterenthaltungsverein. Als es darum geht, den Wahlkampf für die Kreisrichterwahl zu führen, reagiert Gerber mit Skepsis. Denn Kandidat ist ausgerechnet jener Schwarz, der ihn seinerzeit ins Bordell führte. Nun will er als Befürworter von «Gerechtigkeit, Sittlichkeit und Volkstum» gewählt werden. Schwarz gewinnt die Wahl und bedankt sich bei den Genossen mit einer Rede, die Gerber nur als verlogen empfinden kann. Doch in der Freude über den Sieg verliert sich sein Unbehagen Schwarz gegenüber.

Eines Abends bringt Brunner Grete Wang nach Hause. Er hat sie bei der Bahnhofanlage getroffen – eine Dirne, die eben von einem Kunden geschlagen wurde. Der Kunde war Rechtsanwalt Bucher, der Mann also, der Gerber in die Ideen eines höheren Menschentums und des Sozialismus eingeweiht hatte.

Bei den Landtagswahlen erhöht die Arbeiterpartei ihre Mehrheit und eine «berauschende Siegeszuversicht ergriff die ganze Arbeiterschaft» (UW 107). Zwei Ereignisse, die von Gerber tief empfunden werden, bestärken ihn in seiner politischen Haltung. Das erste ist die Friedenskonferenz in Reinach. «Wie ein Fieberschauer überrieselte ihn die Feierlichkeit, in der sein Herz mit tausend und abertausend Herzen das Gelübde empfing und bebend beteuerte: Wir Arbeiter werden den Krieg unmöglich machen!» (UW 108, historisches Vorbild ist die Friedenskonferenz in Basel, Seiten 29–30).

Das zweite ist die Beerdigung Bebels\*, die Gerber «nochmals ein Bild der gesteigerten Macht der Arbeiterklasse» bietet (UW 109).

Doch dann, im Sommer 1914, beginnt der Krieg, und die internationale Arbeiterschaft wird über Nacht patriotisch. Gerber versucht, seine Freunde zur Kriegsdienstverweigerung zu bewegen, hat aber keinen Erfolg; reihum kippen die Genossen. «Ein furchtbares Gefühl der Vereinsamung» überkommt ihn. «Mich nimmt eigentlich nur wunder, warum ich nicht selbst zu trinken anfangte, sagte er eines Abends gebrochen zu Brunner» (UW 114–115).

In dieser Stimmung vergehen Monate, bis Gerber vom «langen Kägi», Schriftsetzer und stellvertretendem Schriftleiter der «Volks-wacht», aus seiner politischen Lethargie geweckt wird. Zusammen beschliessen sie, den deutschfreundlichen Chefredaktor der «Volks-wacht» zu stürzen und den Verwaltungsrat «mit unseren Leuten» (UW 117) zu besetzen. Kägi wird Chefredaktor, und mit ihm erhält die Parteilinke wieder eine Stimme.

In der Arbeiterpartei setzt nun eine Diskussion über die Stellung zur Landesverteidigung ein. An einem Landesparteitag soll sie entschieden werden. Gerber tritt für die Ablehnung ein, Schwarz befürwortet sie. Diesmal gehört Gerber zu den Siegern. Nach dieser Niederlage verlassen Schwarz und mit ihm die Volksbündler die Partei. Und Gerber fasst wieder «frohen Kampfesmut».

Bald darauf bittet Gerber um die Hand der Käthe Moor: «Käthe, wollen Sie meine Kampfgefährtin fürs Leben werden?» (UW 126). Käthe sagt zu. Als treue, manchmal kritische, immer aber aufbauende und solidarische Gemahlin und Mutter zweier Kinder erfüllt sie ihre Aufgabe eher im Hintergrund. In schwierigen Momenten seiner Laufbahn versichert sie Gerber ihrer Liebe.

Nach Schwarz' Wahl ins Landesgericht wird er dessen Nachfolger als Zweiter Sekretär der Arbeitskammer.

Die Revolution in Russland wird zur grossen Hoffnung für die Arbeiterschaft: «Eine namenlose Seligkeit griff Gerber ans Herz. Seine Augen füllten sich mit Wasser. Das Elend all der Jahre wollte sich befreien» (UW 143). Ein Jahr später hat seine Ortsgruppe der sozialistischen Partei über den Beitritt zur «neuen Arbeiterinternationale» (UW 150) zu entscheiden. Gerber gehört zu den Befürwortern eines Beitritts und der von der russischen Kommunistischen Partei gestellten Bedingungen, doch bleibt er in der Minderheit. Heinrich Nötzli, der Jugendfreund, der Gerber mit Bucher bekanntmachte, warnt ihn vor den Genossen, die die Parteispaltung wollen:

– *Bist du wirklich so blind, Karl? Hast du nicht gesehen, wer an der Parteiversammlung bereits das grosse Wort führt? Nicht die einfachen Arbeiter werden in eurer neuen Partei leiten, sondern diese Schönredner und Frasendrescher, denen die Freude am eigenen Wort alles, das Wohl des Arbeiters aber nichts ist. Ich seh es voraus, dass die die Leitung in die Finger nehmen, und wenn jemand erledigt wird, so seid ihr es.*

– *Das kann ich nicht glauben, Heinrich. Das ist nicht wahr. Sie sind auch nicht so, wie du sie darstellst. Sie mögen ja ihre Schwächen*



Traber als Hauslehrer der Familie Hirzel in Palermo (1907 oder 1908)

*haben; aber alle sind doch mit uns vom ehrlichen Willen beseelt, dass wir der kommenden grossen Zeit den Weg ebnen müssen durch eine neue Partei, die sich all dieser grossen Aufgaben bewusst ist.*

*Sie waren vor Gerbers Wohnung angelangt.*

*– Ich sehe, Karl, dass du dich durch keine Vorstellungen zurückhalten lässtest. Aber ich weiss: wir werden wieder einmal zusammenkommen. Leb wohl!*

*Nötzlis Augen glänzten feucht. Da überkam auch Gerber die Rührung.*

*– Bleiben wir unsern Auffassungen treu, so sind wir auch in verschiedenen Parteien miteinander verbunden. Leb wohl, Heinrich!*

*(UW 162–163)*

Bei der Demonstration gegen die Ermordung von Karl Liebknecht\* und Rosa Luxemburg\* wird geschossen, ein Mensch wird getötet, zwei werden verwundet. Die Gewerkschaften antworten mit dem Aufruf zu einer vierundzwanzigstündigen Arbeitsniederlegung. Scharfmacher innerhalb der neuen Kommunistischen Partei fordern den bewaffneten Kampf. Brunner bezeichnet diesen Vorschlag als unsinnig und gewissenlos und setzt sich mit seinem Vorschlag einer ruhigen und ernstesten Arbeitsniederlegung durch. Auch Gerber tritt gegen die Gewaltanwendung ein. Andere Kommunisten wollen aber am gewaltsamen Aufstand festhalten – ihr Anführer ist Wipf, ein Spitzel der Polizei, wie Gerber später erfahren wird. Sie veröffentlichen einen Aufruf zum bewaffneten Kampf. Gerber lässt sich von einem Soldaten überzeugen, dass das Militär bereit sei, revolutionären Widerstand zu leisten. Nun setzt er einen Aufruf zur Meuterei und Bildung von Soldatenräten auf; Brunner bringt ihn in die Druckerei. Doch die Meuterei bleibt aus, den Meuternden geht bald die Munition aus und der Aufstand endet in einem völligen Fiasko.

Gerber wird als Unterzeichner des Aufrufs zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ankläger ist der unterdessen zum Staatsanwalt aufgestiegene Bucher. Nach Gerbers Entlassung kommt es zu einer hässlichen, von Animositäten geprägten Aussprache in der KP über den Rückgang an Mitgliedern und die Zellenbildung in den Gewerkschaften. Im Verlaufe der Aussprache erkennen Gerber und Brunner, dass sie in dieser zur Politsekte gewordenen Partei mit ihren Argumenten nicht durchkommen und keinen Rückhalt mehr haben. Gerber sieht sich in seiner Hoffnung enttäuscht, die KP werde zu einer Partei disziplinierter Kämpfer lauterer Charakters. Beide treten aus der Partei aus.

*Mit entschiedenem Ruck drückte Gerber die Türe ins Schloss. Mit festen Schritten ging er neben Brunner durch den Gang. Aber schon auf der Treppe warf es sich bleischwer auf ihn und drückte ihn in die Knie. Vor dem Hause trennten sie sich. Langsam, des Weges unsicher, ging Gerber durch die Strassen. Er ging, als folge er seinem eigenen Leichenzug, als würden seine erstorbenen Hoffnungen vor ihm hergetragen und er wanke hinten nach, noch nicht den ganzen Schmerz seines Schicksalsschlages erfassend.*

*Schwere Nebelschwaden drängten von den Seiten heran und schlossen vor ihm jeden Ausblick. Er ging im Dunkeln ohne Ziel. So wars gewesen, bevor ihn Bucher an der Hand genommen hatte. Doppelt schwer sank diese Erkenntnis auf ihn. Umsonst? War sein Ringen und Streben, der Einsatz seiner besten Jahre umsonst gewesen? Hatte er sein Herz an eine schöne Hoffnung gehängt, um stärker und tiefer leiden zu müssen? War alles, alles umsonst gewesen? (UW 214)*



Anny Frauenfelder (1908)

Bei einem Mittagsausflug diskutieren Gerber und Brunner ihre Zukunft. Brunner gesteht, dass er sich von der Kommunistischen Internationale nicht lösen kann; er will nach Russland auswandern. Auch Gerber spielt mit diesem Gedanken, gerät dabei ins Schwärmen und malt sich eine Zukunft zusammen mit seiner Familie als Ansiedler in der russischen Steppe aus. Doch dann erinnert er sich an die Lehre, die ihm nach seinem missglückten Bordellbesuch der Wellenschlag des Meeres erteilt hatte:

*Was hatte ihn der Wellenschlag des Meeres, was jene salzigen Tropfen in der Stunde des Zweifels an sich selbst gelehrt? Dass er, der Millionen einer, im grossen Raum der Zeiten und der Entwicklung, für sich bedeutungslos und nichtig, dass er als Glied des Ganzen, durch die Geschlechter verbunden, sein Unmerkliches an den Fortschritt der Zeiten fügen könne. Was hatte er sich vermessen, mehr als anspruchsloser Diener des grossen Gedankens zu sein? Was hatte er in verhärtetem Trotz auswandern wollen? Ob die Entwicklung in wilden, erschütternden Stössen, ob sie in scheinbar friedlichem Fortschritt sich durchsetzen sollte, ihm blieb das Grosse: ihr Diener zu sein.*

*Der Friede der Versöhnung erfüllte ihn. Den hundert bittenden Augen aus der Tiefe schrie sein Herz entgegen:*

*– Ich komme, ich komme, ihr Brüder!*

*Und in weher Seligkeit sank er über den samteneen Rain in die milde Tiefe hinab. Neben ihm leuchteten vier helle Kinderaugen.*

*– Ja, ihr sollt mir leuchten, betete er, eure und eurer Mutter Liebe sei mein Lohn, und streben will ich, Menschen aus euch zu machen, die mit mir ihr Herzblut der leidenden Menschheit opfern.*

*Am gleichen Abend klopfte es zu später Stunde an Nötzlis Türe. Verwundert öffnete er. Karl Gerber stand vor ihm, mit ernstem Gesicht, aber leuchtenden Augen. In feierlicher Erregung bot er ihm beide Hände:*

*– Ich wusste es, zitterte Nötzlis Stimme.*

*Gerber trat ein.*

*(UW 221–222)*

Wellenschlag und Wassertropfen lehren Gerber, dass er nur ein Diener einer die ganze Geschichte der Menschheit umfassenden Entwicklung ist. Als solcher hat er nicht die Aufgabe, in Russland die Revolution voranzubringen, sondern in der Schweiz «sein Unmerkliches» zu leisten. Den Weg weist ihm also ein Naturerlebnis – und nicht etwa eine nüchterne Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse –, in dem religiöse Elemente nicht zu übersehen sind: Es weckt Gerbers Bereitschaft, sich zu opfern, führt ihn in die Demut

und erfüllt ihn mit dem «Frieden der Versöhnung». Und es setzt einen Glauben voraus: den Glauben an die Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Ohne diesen Glauben ergibt die Einordnung in das grosse Ganze keinen Sinn. Er ist der Gegenpol zu Passivität und Resignation, ist eine Kraftquelle: «Ohne lebendigen Glauben, ohne eisernen Willen, arm an innerer Kraft waren sie [die am Krieg verzweifelten Massen der Besitzlosen M.F.] wieder zurückgesunken in den alten Schlaf selbstverleugnenden Duldens» (UW 221).

Uns mag der Aufwand an Gefühl, den Gerber betreibt, um sich zu entscheiden, ob er gehen oder bleiben und wieder der Arbeiterpartei beitreten wolle, etwas übertrieben erscheinen. Doch ist Gerber ein tief empfindender Mensch, der in allen seinen Entscheidungen auf das Grundsätzliche zielt.

Nimmt man eine innere Verwandtschaft zwischen Gerber und Traber an, so darf man folgern, dass dessen Entscheidung zum Austritt aus der KP und zum Wiedereintritt in die SP von ähnlichen Gefühlen begleitet war. Er hat diese Ereignisse sicher tiefer empfunden, als er dies im Rückblick beschreibt. Bei Traber gibt es nichts zu einem geringen Preis; alles ist emotional hoch besetzt. Das wird an seinem Roman deutlicher als an seinen Erinnerungen.

## Enthaltbarkeit als Selbstbestimmung

Noch vor dem Sozialismus entscheidet sich der junge Traber für die Abstinenz. Ihr wird er sein Leben lang treu bleiben – und sie wird sein Leben wesentlich bestimmen.

Als Abstinenzler lernt Traber früh, sich in der Position einer Minderheit zu behaupten – einer Minderheit allerdings, die sich als Elite empfindet. Einer Mehrheit der (Männer-)Gesellschaft, in der er verkehrt, gilt das Trinken von Alkohol als Zeichen der Männlichkeit: Sie fühlt sich sehr schnell angegriffen, wenn einer in diesem zentralen Ritual nicht mitspielt. Die Argumente der Gegner der Abstinenz sind manchmal geradezu peinlich, etwa wenn ein Visiteur, Bauernführer und Nationalrat dem jungen Lehrer entgegenhält, auch Sirup werde zu Alkohol, da er im Magen gäre. «Bei diesem Bildungsgrad durfte ich ihm nicht verübeln, dass er meine Schulführung mit Il taxierte» (A 26).

Im Frühling 1918 stellt Traber in der Fraktion des Kantonsrats den Antrag, die Staatskellerei aufzuheben. Er verweist darauf, dass «schweizerische Parteitagsentscheide die Bekämpfung des Alkoholismus zur Pflicht machen» und gibt zu bedenken, «dass der Staat hier ein Alkoholgeschäft betreibt und andererseits aus dem Alkoholzehntel den Alkoholismus zu bekämpfen hätte. Aus der eigenen Fraktion erhob sich August Huggler und empfahl meinen Antrag abzulehnen, da der Staatskeller für ein gesundes, naturgemäßes Getränk Sorge» (A 399).

In seinem missionarischen Eifer merkt Traber aber nicht, dass er Menschen, die sich nicht zur Abstinenz bekennen, verletzt. Die Gratulation zum sechzigsten Geburtstag Klötis am 26. Oktober 1937 verbindet er mit dem Wunsch, dieser «möchte zur Stärkung der alkoholgegnerischen Einstellung der Partei sich zum erklärten

Abstinenten bekennen. Das mir zugetragene Echo war, er sei doch kein Süffel» (A 522). Traber versteht nicht, dass es für Klöti zwischen Alkoholismus und Abstinenz einen Mittelweg gibt, nämlich den der bei den Abstinenten in schlechtem Ruf stehenden Mässigkeit. Für einen überzeugten Abstinenten wie Traber ist diese der Vorhof zum Alkoholismus und muss darum besonders bekämpft werden. Dieses dezidierte Entweder-Oder bestimmt Trabers ganzes Denken, also auch seine politische Haltung oder seine Beziehung zu Menschen.

Den Entscheid zur Abstinenz hätten der Einfluss seines Konfirmandenpfarrers und ein kleiner Rausch, den er als Dreizehnjähriger hatte, mitbestimmt (18). Diese Begründung steht in keinem Verhältnis zur Energie, mit der Traber das Thema besetzt. Die Abstinenz ist viel tiefer in seinem Wesen verankert, als diese Episödchen es glauben lassen. Auch widerspräche es seiner Art, eine Entscheidung von so grosser Tragweite nicht tiefer und grundsätzlicher in seinem Wesen zu verankern.

Wir wenden uns wieder an Karl Gerber in der Hoffnung, etwas mehr über Trabers Gründe zu erfahren.

Anders als Traber ist der junge Karl Gerber Sohn eines Säufers, der seiner Frau und seinem Sohn das Leben schwermacht. Bei der ersten Zusammenkunft bei Bucher geht dem proletarischen Lehrling eine neue Welt auf:

*Gerber sah im Geiste Bucher als Führer des grossen Befreiungsheeres der Unterdrückten, und seine demütige Seele suchte nach einer Möglichkeit, als einer der letzten im grossen Heere dem vergötterten Führer durch eine Tat im kleinen seinen festen Willen der Mithilfe und Unterordnung zu beweisen. Als diese Tat reifte in ihm der Entschluss, künftig die berauscheden Getränke zu meiden. Und dieser Entschluss hob seine Seele. [...] Seine Brust schwellte sich voll drängenden Glücks. Tränen schossen ihm in die Augen. Die Feierlichkeit des hervordrängenden Gelöbnisses übermannte ihn. Mit mühsamem, trockenem Schluchzen stiess er hervor:*

– Mutter .... ich will ... nie mehr ... Most trinken.

*Überrascht und erschrocken fuhr die Frau vom Stuhle auf und fasste ihn beschwichtigend am Arm.*

– Aber was ist denn los, was hats denn gegeben? und ihr Blick forschte in seinen Augen.

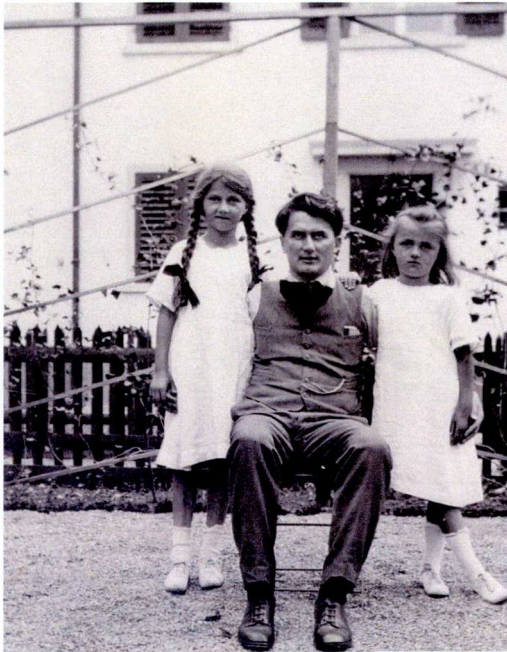
*Laut aufschluchzend warf er sich in ihre Arme und sein Gesicht auf ihrer Achsel bergend, schluchzte er fassungslos:*

– Ich will anders werden als der Vater. Ich will dir helfen.

*Da perlten auch ihr die Tränen über das Leidensgesicht. (UW 14)*

*Für Karl Gerber begann ein neues Leben. Sein heisses Sehnen, aus der Not dieses Lebens loszukommen, das bislang unter dem drückenden Gefühl der Hülflosigkeit niedergehalten worden war, sah einen Ausweg vor sich, erwachte in voller Kraft und zeugte einen eisernen Willen. Was bedeutete ihm das Gespött und Geneck der Arbeitskameraden, alten und jungen, ob seiner Teeflasche, was all*

die törichten Mahnungen von der Unmännlichkeit, dem kranken Aussehen und frühen Tod der Abstinenzler! Je spitzer die Steine, die sie ihm auf den Weg warfen, je verletzender der Spott und Hohn, mit dem sie ihn in ihre Reihen zurückzwingen wollten, um so fester wurzelte in dem verschlossenen Jungen der ruhige Trotz und die stille Auflehnung gegen die Welt. Aus seinen schwarzen Augen aber leuchtete das stille Feuer verborgenen Glücks. Die Seligkeit, die an jenem Abend in der «Krone» an ihn herangetreten war, war seine Begleiterin geworden und vertiefte sich mit jedem Tag. (UW 17)



Traber mit den Töchtern Anneliese und Liselotte (um 1920)

Gewiss, Gerber will nicht so werden wie der Vater. Dies ist aber nur die negative Seite seines Entscheids. Die positive Seite ist sein fester Wille zur Mitarbeit im «Befreiungsheer der Unterdrückten». Dieser gibt ihm Glück, Kraft und eine klare Bestimmtheit. Mit ihm befreit er sich aus seiner Hilflosigkeit, gibt er sich einen Lebenssinn. Der Entsch eid ist ein Akt der Selbstbestimmung; nicht einfach Verzicht.

Auch die sexuelle Entsagung macht der junge, nicht verheiratete Gerber zu einem Element seiner Selbstdefinition, nachdem seine Initiation in einem Bordell gescheitert ist:

Seine langverhaltene Gier peitschte sein Blut zum Gehirn, trieb es ihm in die Augen, jagte es ihm ins Ohr. Alles wirbelte im tanzenden Nebel vor ihm: auf rotem Meer brauner Samt, blauschwarzes Gerissel, alabasternes Blinken, lustsprühendes Gefunkel. Aus dem saussenden Gebraus und Getön lockte bettelnd eine weiche Stimme: – Komm doch, komm! und warme Lippen suchten seinen Mund. Ein kalter Schauer fasste ihn: Aus den tanzenden Farben und Bildern grinsten die höhnischen Larven seiner Kameraden, aus dem brandenden Tosen wieherte ihr rohes Gelächter. Sein Leib versagte. In wahnsinniger Angst suchte er mit seinem ganzen Willen gegen seine Vernichtung anzukämpfen.

– Du bist zu aufgereggt, wart ein wenig, tröstete ihn eine Stimme.

Eine eisige Scham überrieselte ihn. Seine Seele und sein Stolz erwachten und schrien entsetzt auf. Eine Dirne tröstete ihn. Ein namenloser Ekel schüttelte ihn. Als würde seine Haut von brennendem Feuer versengt, sprang er erschreckt empor. [...] Als er aus dem Zimmer stürzen wollte, vertrat ihm das Mädchen den Weg.

– Geh nicht, geh jetzt nicht, armer Junge! suchte sie ihn zu beschwören. Er sah nicht den erschrockenen Ausdruck ihrer Augen, hörte nicht den besorgten Klang ihrer Stimme. Er sah sie nur ihm den Weg verwehren. Ein neuer Wall tiefster Erniedrigung schlug ihm glühend zu Kopf. Er griff hastig in die Tasche, warf seinen Geldbeutel aufs Bett, schob die Weigernde mit seinen starken Armen zur Seite und tappte in den dunkeln Gang hinaus. (UW 43–44)

Gerbers Gefühl der Erniedrigung ist nicht frei von sozialem Dünkel, der ihn den Trost, den ihm die Dirne bieten will, nicht wahrnehmen lässt. Die Selbsterniedrigung in der folgenden, von Traber emotional hoch aufgeladenen Passage ist – wenn auch unausgesprochen – gleichzeitig eine Erniedrigung der Dirne Bianca:

*Seine beengte Brust schrie nach Luft und Raum, seine glühende Scham nach löschender Kühle, seine erniedrigte Seele nach dem Trost der Natur. Er floh, floh vor sich und seinem Elend. Er lief und lief. Mit siedendem Kopf, mit brennenden Augen, mit krampfendem Herzen. Vor ihm tanzten die wilden Bilder seines Sündenfalles, der Selbstbefleckung und Selbsterniedrigung. Alles, was er Grosses gedacht, was er Hohes erlebt, was seine Menschheit und sein Menschentum geadelt hatte, das sah er zerschmettert vor seinen Füßen, durch ihn selbst zertrümmert, durch ihn selbst geschändet. Aus dem Alltag hatte er losgestrebt, die goldenen Berge der Selbstbefreiung hatte er erklettern wollen, doch schon in der ersten Gefahr hatten seine Kräfte versagt, war er gefallen. Tiefer, als er je gewesen war. Er fühlte sich nicht nur ausgestossen aus jeder Gemeinschaft der Edeln und Tüchtigen, ihn sengte das Brandmal des Verworfenen. Er war nicht nur unfähig, seinen Trieben zu wehren, er war auch unfähig, seinen Trieben zu leben. Schwach und verächtlich im Guten, schwach und verächtlich im Schlechten, zwiefach Ekel und Scham, weder Mensch noch Tier.* (UW 44)

Traber macht aus Gerbers sexuellem Versagen ein moralisch-geistiges Versagen, macht die Krise seiner Männlichkeit zu einer Krise seines «Menschentums». «Menschentum» (oder «Menschheit») meint nicht Menschsein generell, sondern Menschsein in seiner edelsten Ausprägung: vergeistigtes Menschsein als Gegensatz zum triebhaften Sein der Tiere. Es verwirklicht sich nur da, wo der Mensch fähig ist, «seinen Trieben zu wehren». Dies wird von Traber als Akt der «Selbstbefreiung» verstanden; sie gelingt nur den «Edeln» und «Tüchtigen», aus deren Gesellschaft Gerber durch seinen Bordellbesuch gefallen ist.

In zwei Naturerlebnissen lässt Traber Gerber sein Gleichgewicht wieder finden. Zuerst sprechen der «Wellenschlag des Meeres» und die »salzigen Tropfen« der Gischt zu ihm: Sie lehren ihn die «Kraft des Verharrens» und «unsere Leidenschaft des Glaubens». An diese Lehre wird sich Gerber später erinnern, als er beschliesst, wieder in der Arbeiterpartei mitzumachen (UW 221–222, siehe Seite 172).

Das zweite Erlebnis entzündet sich beim Anblick der funkelnden Gestirne am Nachthimmel:

*Beseligend, wie der Anblick der funkelnden Gestirne, dämmerte in ihm die Erkenntnis auf, dass die Kraft seines Leibes durch die Kraft seines Geistes gebannt gewesen war, dass ein Funken glimmenden Stolzes ihn vor dem vollen Fall zum Tiere bewahrt, dass die Not seiner Seele die Lust seines Leibes vereitelt hatte. Eine Glückswelle durchflutete heiss seinen Körper und löschte alles Frösteln aus. Mensch, wahrhaft Mensch, der seine Triebe in strenger Zucht seinem Geiste unterworfen hatte, war er noch nicht; aber so weit war sein Menschentum gediehen, dass er nicht mehr Tier sein konnte. Was ihn vor wenigen Stunden in die tiefste Verzweiflung gestossen, das hob ihn jetzt ins höchste Glück. War ihm die Brust zu eng gewesen für seine Scham und hatte er gefürchtet, an seinem Ekel zu*

*ersticken, so ward sie ihm jetzt zu eng für seinen Reichtum. Tränen schossen ihm in die Augen und schluchzend taumelte er seines Weges, schluchzend vor Glück und reicher Beschenkung. (UW 46–47)*

Die neue Deutung seines Versagens macht den Geist wiederum zum Sieger. Dank dieser psychologisch wenig plausiblen, aber psychohygienisch hilfreichen Deutung erfährt Gerber jetzt höchstes Glück. Zwar hat er die Triebe noch nicht völlig unterworfen, doch ist er kein Tier mehr. Durch strenge Zucht wird es ihm gelingen, die Herrschaft des Geistes immer weiter auszubauen. So verstanden wird Entsaugung nicht zur Qual, sondern zur Lust der Selbstbestätigung. (Dass bei dieser Erkenntnis eine «Glückswelle seinen Körper heiss durchflutet», mag man als Indiz dafür nehmen, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.) Etwas später wird Gerber diesen Gedanken Grete Wang gegenüber nochmals äussern:

*Und wenn wir von unsern tierischen Ahnen den Leib und die Triebe und alles das ererbt haben, dann dürfen wir diesen Leib und diese Triebe nicht herrschen und toben lassen, bis wir wieder Tiere sind, dann sollen in der Liebe dieser Leib und diese Triebe ihre Heiligung erfahren. (UW 99)*

Alles spricht dafür, dass dies auch Trabers Haltung ist. Rauschzustände beim Genuss von Alkohol und eine Sexualität, die nicht durch Liebe vergeistigt wird, sind auch für ihn ein Rückfall ins Tierhafte und bedeuten den Verlust der Herrschaft über sich selber. Umgekehrt gewinnt der Mensch durch «Zucht» Selbstbestimmung und verhilft dem Geist zur Herrschaft.

Dieses anspruchsvolle Programm hat einen starken Zug ins Elitäre und ist nicht frei von Dünkel. Dass Traber in seinem politischen Handeln dennoch keine aristokratischen oder gar faschistischen Positionen vertrat, ist seinem Gefühl für Gerechtigkeit und der helvetischen demokratischen Tradition zu verdanken. Er demokratisiert seine Position, indem er den von ihm erstrebten Übermenschen zum Ziel der ganzen Menschheit erklärt.

*Meine Begeisterung für Nietzsches «Also sprach Zarathustra» vertrug sich ohne Schaden mit meiner wachsenden sozialistischen Überzeugung. Sagte mir diese doch nichts anderes, als dass als Forderung der Gerechtigkeit jedem Menschen die volle Entwicklung seiner geistigen Kräfte ermöglicht und gesichert werden solle, womit erst die Bahn für die Höherbildung des Menschengeschlechtes dem Übermenschen entgegen geöffnet sei. (19)*

Trotzdem ist Traber ein Grundgefühl von Überlegenheit nicht abzusprechen. Das zeigt sich zum Beispiel in seiner Reaktion auf die Departementszuteilung im Stadtrat (104). Es erlaubt ihm, wenig Rücksicht auf seinen Ruf bei den Bürgerlichen zu nehmen und politische Tabus zu brechen. Dass er den Stolz zu einer Kraft des Geistigen macht (UW 47, 176), ist deshalb nur folgerichtig.

Im Frühling 1922 stellt sich Traber wieder zur Wahl in den Stadtrat, doch er weiss, dass seine Wahlchancen gering sind. 1921 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei und damit zum Gegner der Sozialdemokraten. Seine neue Partei hat zu wenig Anhänger, um ihm die Wiederwahl zu sichern. Tatsächlich erreicht er das absolute Mehr nicht. Am 1. April 1922 – Wahltag ist der 2. April – publiziert er das folgende, doch sehr ambitionierte «Bekanntnis» im «Tagblatt»:

*Vor zwanzig Jahren begeisterte mich die sozialistische Idee des Rechts eines jeden auf Menschentum und Persönlichkeit.*

*Mein höchster Stolz liegt im Bewusstsein, bis heute mein Menschentum und meine Persönlichkeit nicht verraten und verkauft zu haben. Blickt aus den Begeiferungen des «Volksrechts» nicht etwas vom Hass und Neid der Charakterlosen gegen die Aufrechten?*

*Mögen meine bürgerlichen Gegner und ehemaligen Kampfgenossen vereint mich mit Verleumdungen, Beschimpfungen, Verdächtigungen überschütten und meine Tätigkeit herabsetzen, die Art ihres Kampfes wird mir nur die Art ihrer Denkweise verraten und mich weiter nicht anfechten.*

*Als derjenige, den die Wähler ins Amt gesandt, als derjenige komme ich wieder zurück.* (129–130)

Ohne weiteres erklärt Traber Menschentum und Persönlichkeit zu sozialistischen Anliegen und nimmt sie für sich in Anspruch. Persönlichkeit heisst für ihn Treue zu seinem Wesen, bzw. Treue zu dem, was er für richtig und wahr hält. In dieser Treue verwirklicht sich sein Menschentum. Dieses Verständnis von Persönlichkeit erklärt Trabers Unermüdlichkeit, seinen Eifer für die Sache des Sozialismus und seine grosse Frustrationstoleranz: Er macht immer weiter, weil er damit sich selber verwirklicht. Sein politisches Engagement ist Selbstaussdruck: Indem er politisch handelt, macht er sich zu dem Menschen, der er sein will. 1945 schrieb er zu Spittellers hundertstem Geburtstag im Volksrecht den kleinen Aufsatz «Mein Spitteler-Erlebnis», in dem er sich an dessen Vortrag «Meine poetischen Lehrjahre» am 5. Dezember 1900 im Kleinen Tonhallsaal erinnert (siehe Seiten 165–166):

*[...] so war ich beglückt von der tiefen Poesie, der Kraft des Wortes, der Schönheit der Bilder und berauscht vor allem durch das Hohelied auf die Persönlichkeit, den Kämpfer und Dulder, der in allen Widerwärtigkeiten des Lebens seinem Wesen die Treue hält und trotz Verfolgung und Befeindung zu seiner in sich gegründeten Überzeugung steht. Die innere Verpflichtung, mich zu dem damals in mir aufkeimenden Ideal einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kämpferisch zu bekennen, hat dadurch die stärkste Förderung erfahren.* (A 17–18)

Traber hat diese «in sich gegründete Überzeugung» in einem idealisierten Sozialismus gefunden. Er engagiert sich in der Partei, von der er glaubt, sie verfolge am ehesten – aber natürlich immer zu wenig! – sein Ideal. Darum kann er, ohne seine Haltung zu ändern, nach den

Enttäuschungen mit den Sozialdemokraten Kommunist werden und nach den Enttäuschungen mit diesen wiederum Sozialdemokrat.

Ein anderes Lektüreerlebnis ist Ibsens\* «Volksfeind». In Dr. Stockmann, der Hauptperson dieses Dramas, hat der junge Traber ein Vorbild. Stockmann bestärkt ihn darin, «unbeirrt zu meiner Auffassung zu stehen, und so trat ich in der Versammlung von Samstag, den 10. Juli 1909, der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Rüti-Tann bei» (22). Ibsens Protagonist entdeckt, dass das Wasser des Bades, das der Gemeinde Wohlstand bringen soll, kontaminiert ist. Weil er mit seiner Entdeckung die Gemeinde vor Unglück zu bewahren glaubt, sieht er sich schon als grossen Wohltäter. Doch die Vertreter der Gemeinde wollen die Entdeckung unter Verschluss halten und den Badebetrieb weiterführen. Im Kampf um die Wahrheit fallen diejenigen, die Stockmann für seine politischen Freunde hält, schon bald von ihm ab, sodass er auf verlorenem Posten steht.

In dieser Situation macht Stockmann seine zweite Entdeckung, nämlich dass die «kompakte Majorität», der «Pöbel», nicht reif sei für die Politik. Diese Entdeckung verkündet er vor einer Volksversammlung, die ihn danach zum Volksfeind erklärt. Stockmann werden seine Stelle als Badearzt und seine Wohnung gekündigt; er beschliesst, eine freie Schule zu gründen, in der «Strassenbengels» zu freien und vornehmen Charakteren herangezogen werden sollen.

Zweifellos ist Stockmann ein gradliniger Charakter («Was ich tue, tue ich im Namen der Wahrheit und um meines Gewissens willen»<sup>3</sup>, aber in seinem Trotz auch masslos («Und wenn die ganze Welt zugrunde ginge, ich krieche nicht zu Kreuze»). Vor allem aber wird er immer mehr zu einem Verächter des «Pöbels», der «niedereren Klassen»: «Der gefährlichste Feind der Wahrheit und Freiheit bei uns – das ist die kompakte Majorität». Darum sei es falsch zu glauben, dass der gemeine Mann die gleichen Rechte habe «wie die kleine Zahl der geistig vornehmen Persönlichkeiten». «Die Mehrheit hat die Macht – leider –; aber das Recht hat sie nicht. Das Recht habe ich und noch ein paar andere. Die Minorität hat immer das Recht.»

Dem jungen Traber imponiert die Gradlinigkeit Stockmanns; dessen elitäre, undemokratische Haltung scheint ihn nicht zu stören. Der Versuchung, die «Majorität» zu verachten, hat Traber (und mit ihm Gerber) widerstanden, auch wenn «geistesaristokratischer» Dünkel in Gerbers Verachtung der Dirne Bianca hineinspielt (Seite 175–176).

Im Spätherbst 1923 «schuf» Traber seinen «Thomas Müntzer». Nicht um geschichtliche Genauigkeit sei es ihm gegangen, schreibt er im Vorwort, ihn habe die Gestalt des seine Persönlichkeit dem Ideal unterordnenden «opferfreudigen Kämpfers» gelockt:

*Des Menschen, der ungeachtet der ihm entgegenstehenden wirtschaftlichen und politischen Mächte zu den Entrechteten und Unterdrückten steht, auch wenn er darob zugrunde gehen sollte. Einzig aus der Kraft seiner Seele und seines Gerechtigkeitsempfindens.*

<sup>3</sup> Die fünf «Volksfeind»-Zitate stammen aus: Henrik Ibsen, Sämtliche Werke, vierter Band. Volksausgabe in fünf Bänden, herausgegeben von Julius Elias und Paul Schlenther, Berlin 1911 (Fischer), Seiten 233, 227, 263, 267, 264.

*Das Kämpferideal wollte ich gestalten, das die eigene Persönlichkeit ganz dem grossen Zukunftsideal unterordnet, mit ihm eins wird. Das leidenschaftliche Herz, das aus seinem Mitgefühl für die Geknechten das leere Wort verwirft und zur unerbittlichen Tat greift.<sup>4</sup>*



Die wohl markanteste Probe seiner Persönlichkeit liefert Traber am 19. Dezember 1918 im Grossen Stadtrat. Die Linke will an der letzten Sitzung des Jahres verhindern, dass die bürgerliche Mehrheit den Beamten der obersten Gehaltsklassen noch im laufenden Jahr eine Lohnerhöhung zuspricht, obwohl diese kurz zuvor in einer Abstimmung verworfen worden war. Traber übernimmt die Aufgabe, das Sitzungsende so lange hinauszuzögern, dass das Traktandum nicht mehr zur Abstimmung kommen kann, «indem ich die seinerzeit für alle dreizehn Besoldungsklassen und ihre zwölf einzelnen Dienstaltersstufen, unter Berücksichtigung der Jahresaufbesserungen und der auf fünf Jahre wirkenden Übergangsbestimmungen, einzeln ermittelten Gehaltserhöhungen zu verlesen anfang» (55). Nach zweieinhalb Stunden erklärt er, bei der siebten von insgesamt zwölf Besoldungsklassen angelangt zu sein. Die Sitzung wird abgebrochen, das Traktandum auf die erste Sitzung nach Neujahr angesetzt.

Dass Traber im Parlament die Rolle des Spielverderbers übernimmt, ist gewiss typisch für ihn: Nur er ist fleissig genug, die nötigen Berechnungen anzustellen, und nur er ist bereit, sich mit diesem Vorgehen beim Bürgertum verhasst und zum Aussenseiter zu machen. Doch Traber tut, was er für richtig hält, ohne Rücksicht auf die Folgen. Für ihn ist dies ein Akt der Verwirklichung seiner Persönlichkeit – und sicher auch ein Akt des Trotzes.

Überhaupt ist der Trotz für Traber ein starker Motivator; auf Angriffe reagiert er mit einem Die-kriegen-mich-nicht-unter. Auch liebt er kleinere und grössere Akte des Ungehorsams, die er zuletzt durch juristische Spitzfindigkeiten zu seinen Gunsten zu wenden weiss. Etwa als er, um an der Teuerungsdemonstration teilnehmen zu können, am 30. August 1917 morgens seiner Klasse frei gibt, ohne den Schulpräsidenten darum zu bitten, «wie ja auch die übrigen Demonstranten ihr Wegbleiben von der Arbeit nicht vom Entscheid ihrer Brot Herren abhängig machen würden». Die Demonstration hat für ihn «ein vergnügliches Nachspiel» (A 159), weil es Traber gelingt, dem ungeliebten Erziehungssekretär nachzuweisen, dass er gar nicht zu Sanktionen berechtigt sei. Dieser Ausgang der Angelegenheit erfüllt ihn «mit nicht geringer Genugtuung.» (A 162)

Als Traber gegen seinen ausdrücklichen Willen zum Polizeichef gemacht wird, lässt er vor dem Grossen Stadtrat eine persönliche Erklärung vorlesen, die mit dem folgenden Satz endet:

*Wenn ich in der mir zugewiesenen Verwaltungsabteilung nicht zur Zufriedenheit der bürgerlichen Mitglieder des Stadtrates und ihrer Fraktionen und Parteien wirke, so werden sie dafür die Verantwortung selbst tragen müssen.* (105)

Traber im Garten seines Hauses in Zürich-Unterstrass (1924)

<sup>4</sup> Alfred Traber, Thomas Münzer. Trauerspiel in fünf Aufzügen. Zürich, o.J., Seite 3

Mit dieser Erklärung verletzt Traber jedes stadträtliche Comment, und er tut dies wenig später nochmals mit der Anstellung seines Genossen Küng, der wegen der Teilnahme an der Junidemonstration vom Bundesrat entlassen worden war:

*Die kleine Verfügung, die ich vierzehn Tage später erliess, hatte dafür die Wirkung eines Steinwurfs in ein Wespennest. Es war die Ernennung Emil Küns zum dritten [und interimistischen] Adjunkten der Fremdenpolizei.* (A 352)



Von Klöti\*, damals zweiter Vizepräsident des Stadtrates, wird er aufgefordert, zu erklären, wieso er nicht den Stadtrat um eine Ermächtigung ersucht habe. Wieder rechtfertigt sich Traber juristisch: Die Anstellung habe provisorischen Charakter und dafür sei nach Art. 148 der Gemeindeordnung und Art. 110 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Abteilungsvorsteher zuständig. In sein Tagebuch schreibt Traber: «Ich will sehen, wer hier nachzugeben hat» (A 355).

Diesmal muss er sich allerdings von einem Rechtskonsulenten belehren lassen, dass der Stadtrat einen Entscheid eines Abteilungsvorstandes aufheben könne, wenn er gegen Gesetz oder die gute Sitte verstosse. Küng erklärt auf Bitte Trabers sofort seinen Rücktritt. Die Reaktionen der Presse auf diesen Entscheid Trabers sind massiv. In seiner Antwort im «Volksrecht» erinnert er daran, dass man ihm das Polizeidepartement gegen seinen Willen zugeteilt habe, und wehrt sich gegen persönliche Vorwürfe der NZZ:

*Der Vorwurf der krankhaften Veranlagung, die darin besteht, dass ich ohne Hemmung meiner politischen Gesinnung Ausdruck gebe, kann mich nicht kränken. Es haben schon grössere Geister daran gekrankt, ohne Hemmung ihrem Ideal nachzustreben, zum Leidwesen der herrschenden Klasse.* (A 363)

## Im Reich des Geistes

Ein anderer starker Motivator ist für Traber die Begeisterung. Natürlich nicht die Begeisterung auf Abruf, mit der ein Verkäufer ein Produkt anpreist, sondern die Begeisterung für Ideale – eine Begeisterung, die sozusagen ein Geschenk des Geistes ist und die eine Verbindung zum Ideal herstellt. Im folgenden Zitat – es ist der für Karl Gerber so wichtigen Ansprache Buchers entnommen – steht die «Begeisterungsfähigkeit der Jugend» in einem geradezu religiösen Kontext (Tempel, Glaube, Erlösung):

*Nur die Jugend vermag aus der tiefen Sehnsucht nach dem Wahren, Guten und Schönen die ganze Armut und Verlogenheit der sogenannten bürgerlichen Ideale, wie sie Staat und Kirche predigen, zu erkennen. Nur der Jugend wächst aus ihrer leidenschaftlichen Hingabe für alles Grosse der Mut, diesen steingewordenen, blutlosen Götzen den Kampf anzusagen und in ihrem Herzen dem Sozialismus einen Tempel zu bauen, dem werktätigen und lebendigen Glauben an die Erlösung der Menschen durch sich selbst. Nur aus der Begeis-*

*terungsfähigkeit der Jugend wird die Kraft fließen, heute schon mit verderblichen Lebensgewohnheiten, die am Geist und Körper des Volkes nagen, zu brechen.*  
(UW 11)

In seinem «Rückblick» hebt Traber immer wieder die Begeisterung hervor, von der die Gewerkschaften oder die Partei bei gewissen Gelegenheiten ergriffen worden seien. Etwa am Friedenskongress vom Basel: Wir «begeisterten uns an der Gewissheit, dass dieser heilige und von den klassenbewussten Vertretern der internationalen Arbeiterschaft allgemein beteuerte Wille sich auch durchsetzen werde» (30), bei den Gemeindewahlen 1916: «Voll Zuversicht und Begeisterung setzten wir uns für die Gemeindewahlen vom 26. März 1916 ein» (A 132), beim Landesstreik: «Wir aber, die damals diese Hintergründe und Zusammenhänge nicht kannten, wir waren begeistert, dass die oberste Leitung den Mut zur Auslösung des Landesstreikes gefunden hatte» (82), oder bei den Gemeindewahlen 1919: «Der Gedanke, dass die Welt einer Erneuerung entgegengehe, erfüllte ausnahmslos alle Welt. Aber während uns dieser Gedanke begeisterte und mit froher Hoffnung erfüllte, lastete er bedrückend auf unsern politischen Gegnern» (95). Mit der Betonung der Begeisterung hebt Traber das politische Engagement auf eine geistige, ideale Ebene. In dieser Begeisterung ist – man wird dies so sagen dürfen – die Höherentwicklung des Arbeiters für einen Moment Realität geworden.



Die höchste Stelle nimmt im Reich des Geistigen die Kunst – für Traber ist das die Dichtung – ein. Die «volle Entwicklung seiner geistigen Kräfte» (19) erfüllt sich für ihn im Kunstgenuss und mehr noch im «dichterischen Schaffen» (von Musik oder Malerei ist nie die Rede). Beim Rezitieren altdeutscher Volksdichtung hat er sogar ein regelrechtes Entrückungserlebnis:

*Am 24. August hielt ich meinen ersten Vortrag in der Monatsgesellschaft. Über die altgermanische Götterlehre unter dem Titel: «Altdeutsche Volksdichtung». Dabei hatte ich ein besonderes, persönliches Erlebnis. Ich begann den schriftlich niedergelegten Vortrag mit starkem Herzklopfen zu lesen, um mich dann plötzlich in die wunderbare Stimmung dieser Poesie erheben zu fühlen. Ich hatte das Empfinden, körperlich von meinem Sitze erheben zu werden, entrückt im eigentlichen Sinne des Wortes.*  
(A 54)

Beim Schreiben seines «Stephanus» erlebt Traber «Stunden wunderbarer Beseeligung» (132). Den Akt des Schreibens empfindet er – sehr romantisch – als Musenkuss und Inspiration, die Transpiration scheint er nicht zu kennen. Als er am 14. Dezember 1922 «in Fiebern nach Hause ging, [...] sah ich die ganze fünfstufige Gliederung des Stoffes [des «Stephanus»] vor mir» (A 431). Die Verse fliegen ihm nur so zu, ebenso Pläne für neue Dramen oder Erzählungen, ein Einfall folgt dem andern (A 452). «Stephanus» ist nur eines von vier geplanten Dramen, «die den Kampf um die Durchsetzung des sozialistischen Gedankens zu verschiedener Zeit darstellen sollten».

1925 wälzte ich verschiedene (literarische) Pläne und schrieb «Liese Halm», Schauspiel in vier Aufzügen, die «Einheitsfront», ein bitterfröhlich Spiel der Zeit, «Der Streikbrecher», Schauspiel in drei Aufzügen, «Soll ich meines Bruders Hüter sein?», eine Tragödie des erwachten Gewissens in fünf Aufzügen, «Prometheus», ein Menschheitstrauer-spiel in fünf Aufzügen und «Schweizer Dramatiker gesucht», Lustspiel in drei Aufzügen. [...]

1929 plante und schrieb ich an einem «Der Gekreuzigte», stellte das vieraktige Schauspiel «Schnaps» fertig, belustigte mich mit der Dramatisierung zweier Erzählungen aus dem Decamerone, eine in die Jetztzeit übertragen, und schuf an einzelnen Bildern aus dem «Welt-spiel» in «Die Stadt der Gegenwart».

Nur wenig davon hat das Licht der grossen Welt erblickt. Als ich in meinem Tagebuch den Abschluss des «Stephanus» vermerkte, fügte ich vorahnend den Satz hinzu: «Ich werde ja sehen, welche Enttäu-schungen mir auf diesem Gebiet noch werden». (A 453)

Tatsächlich werden von Trabers Theaterstücken einzig «Thomas Mün-zer» und die Dialektkomödie «De Schöeggel Tämperli git Bolizei-wachtmeischer» gedruckt. Hoffnungen auf Aufführungen des «Ste-phanus» im Zürcher Schauspielhaus zerschlagen sich. Um seinen «Theaterstücken schliesslich doch zu einer Aufführung zu verhelfen», gründet er im November 1925 die «Arbeiterbühne Zürich». Diese führt im März 1926 im Weissen Saal des Zürcher Volkshauses den fünften Aufzug des «Stephanus» auf [siehe das Inserat Seite 132], am 1. Mai 1926 den zweiten Aufzug des «Prometheus» – mit Traber in der Titelrolle. Wegen interner Streitigkeiten tritt Traber Ende No-vember 1927 aus dem unterdessen zur «Proletarischen Bühne» fusio-nierten Verein aus.

## Sozialismus als Kulturbewegung

Bei der Bedeutung, die Traber der «Persönlichkeit» und dem Geisti-gen beimisst, ist es nur folgerichtig, dass er auch seinen Sozialismus aus diesen Begriffen ableitet: Dessen letztes Ziel ist «Persönlichkeit» aller. Darum kann Traber auch sagen, sein Sozialismus habe sich ohne weiteres mit dem Übermenschentum Nietzsches vertragen (19). Er strebt die geistige Höherentwicklung des Proletariats an, die materielle Besserstellung ist nur die Voraussetzung dazu. In «Unser Weg» begründet Bucher vor seiner Gruppe suchender Jugendlicher die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktivkräfte mit fol-genden Worten:

*Liebe Jugendgenossinnen und -genossen! Es ist mir eine besondere Freude, in euerm Kreise über den Sozialismus als Kulturbewegung zu sprechen. Soll das Kulturstreben, das in der Arbeiterbewegung enthalten ist, gefördert und entwickelt werden, bedarf es vielfältig der Jugend. Nur die Jugend vermag aus der tiefen Sehnsucht nach dem Wahren, Guten und Schönen die ganze Armut und Verlogenheit der sogenannten bürgerlichen Ideale, wie sie Staat und Kirche predigen, zu erkennen. [...]* [Siehe das Zitat Seiten 181–182]

*Und dann führte er aus, wie die heutige Gesellschaft sich auf der Ausbeutung und Übervorteilung der wirtschaftlich Schwächern aufbaut, wie die Unsicherheit des Daseins und Wirtschaftskampfes alle geistigen Fähigkeiten in den Dienst des Erwerbes presse und jede künstlerische Neigung und Fähigkeit im Besitzlosen zugrunde gehen lasse, wie die Selbstsucht und der Eigennutz aus dieser Grundlage erwachse und herrsche und die sittlichen Bande der Menschen löse, wie die Arbeitenden ihrer Früchte beraubt und in Entbehrung dahinleben müssten, die Untätigen aber durch ihren Besitz sich diese Früchte aneignen und in Völlerei und Verschwendung ihr Leben verbrächten. Wie andererseits mit der Vergesellschaftlichung der Fabriken, des Bodens, der Bodenschätze und der Naturkräfte jedem Arbeitenden sein Dasein gesichert, wie allen die volle Entwicklung ihrer Geisteskräfte ermöglicht würde, und wie daraus die Dankbarkeit gegen die Gemeinschaft wachsen und bei der Unmöglichkeit, sich persönlich Reichtümer anzueignen, die Selbstsucht und der Eigennutz absterben müssten. Dass, wenn aber auf dieser Grundlage die Menschheit einer höhern Entwicklung entgegenstreiten solle, dann auch alle jene diese Entwicklung hemmenden und vernichtenden Kräfte bekämpft und ausgeschaltet werden müssten, sprach in eindringlichen Worten vom Elend durch den Alkohol und den verheerenden Wirkungen der Geschlechtskrankheiten und wie diese Volksseuchen durch die auflehrende Tat des einzelnen heute schon bekämpft werden müssten. Dies führte er aus in Bildern und schwunghaften Worten, um nach einer Stunde zu schliessen.*

*(UW 11–12)*

Was Bucher hier vorträgt, ist auch Trabers Meinung; dies lässt sich an vielen Beispielen zeigen. Etwa an einer zweifellos von ihm formulierten Eingabe des Vereins der städtischen Arbeiter und Strassenbahner aus dem Jahr 1916, in der die Einführung des Achtstundentags mit der «Anteilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben» gefordert und begründet wird:

*Als ersten Grundsatz für die Arbeitsordnung nennen wir die Forderung, es möge die regelmässige tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden festgesetzt werden, ebenso bei Schichtenwechsel. Wenn wir die Auffassung vertreten, die Belohnung des Arbeiters soll nicht nur zur Bestreitung der notwendigen Bedürfnisse seiner Lebenshaltung ausreichen, sondern ihm auch noch die Anteilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben ermöglichen, so soll nicht andererseits eine lange Arbeitszeit eine derartige Ermüdung schaffen, die dem Arbeiter aus physischen Gründen diese Anteilnahme verunmöglicht. Grosse Ermüdung und Abspannung lässt nicht mehr die Kraft zurück zu geistiger Arbeit; die kürzere Arbeitszeit wird zu geistiger Regsamkeit und Betätigung führen und mit zur kulturellen Hebung des Arbeiterstandes beitragen.*

*(A 215)*

Oder an einer improvisierten Rede vor Studenten der Universität Zürich im Wintersemester 1916 [zitiert nach dem «Volksrecht»]:

*Dieser [Traber] spricht ruhig und gelassen, wie zu Kindern, die er über einen Irrtum aufklären muss. Nicht die materielle Not allein, auch das Bedürfnis, seine Persönlichkeit, seine Anlagen zu entwickeln, an den Kulturerrungenschaften teilzunehmen, veranlasst die Arbeiterschaft, bessere Löhne zu verlangen. [6. Dez. 1918] (A 290)*

Oder an seinem Kündigungsschreiben 1956 an Paul Schmid-Ammann, den Redaktor des «Volksrechts»:

*Um meiner Stellung zur heutigen Redaktionsführung am «Volksrecht» unmissverständlichen Ausdruck geben zu können, erscheint es mir zum Eingang angebracht, darzulegen, was ich mir unter sozialistischer Bewegung seit fünfzig Jahren vorstelle. Es ist vor allem die Auffassung, dass unsere Bewegung nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern im tiefern Sinn eine kulturelle sei. Dass die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse und die Ausweitung ihrer politischen Rechte lediglich als Mittel zur gesundheitlichen, geistigen und sittlichen, d. h. allgemein kulturellen Hebung der eigenen Klasse und – mit der Sprengung und Aufhebung der Klassegegensätze – darüber hinaus der ganzen Menschheit zu betrachten sei. (156)*



Die Beispiele umspannen den Zeitraum 1916 bis 1956; Traber vertritt also während diesen vierzig Jahren immer dasselbe kultursozialistische Grundsatzprogramm.

Wie Traber sich diesen Sozialismus konkret vorstellt – werden alle in ihrer Freizeit dichten, malen, musizieren, komponieren? – muss offen bleiben; am ehesten wohl so, dass dann alle Menschen – nicht bloss das Bürgertum! – Zeit und Verständnis für die Kunst, wahrscheinlich vor allem für die Literatur, haben werden.

## Charakter und Karriere

*Bei diesen Beratungen [über die Besoldung des städtischen Personals, 1919] äusserte sich der Demokrat Staatsschreiber Keller mir gegenüber, ich hätte doch keinen Grund, mich gegen die Erhöhung der Besoldungen des Stadtrates derart zur Wehr zu setzen, da ich ja der erste sei, der davon geniessen würde, womit ich, verblüfft und ungläubig, zum ersten Mal dieser Möglichkeit bewusst wurde. (57)*

Wir können nicht wissen, ob Traber so frei von Ehrgeiz war, wie er hier vorgibt. Sicher ist aber, dass es zu seinem Selbstbild gehörte, etwas um der Sache und nicht um der Karriere willen zu tun. Die Probe dafür lieferte er mit seinem Übertritt zur Kommunistischen Partei, mit dem er sich seine Wiederwahl als Stadtrat verdarb. Und er hätte wohl auch den Aufstieg ins Obergericht geschafft, wenn er sich wirklich darum bemüht hätte:

*Meine selbständige Stellung als Einzelrichter befriedigte mich voll- auf, so dass mich auch nie ein Gelüsten ankam, nach dem Obergericht zu schießen, wiewohl ich verschiedene meiner Kollegen dort*

Das Ehepaar Traber mit Tochter Liselotte auf der Ufenau



Das Ehepaar Traber mit den beiden Töchtern und dem Schwiegersohn auf dem Weg zum Crestasee (oberhalb von Trin)

einziehen sah, mit denen ich meinen Kopf nicht hätte tauschen mögen. Zu sagen ist, dass ich auch keine Freunde zur Seite hatte, die es hätten auf sich nehmen wollen, gegen den voraussichtlichen Widerstand der Heeb [Präsident der Stadtpartei] und Henggeler [Präsident der Kantonalpartei], die in der Kantonsratsfraktion, dem Wahlkörper der sozialdemokratischen Obrichter, das grosse Wort führten, sich für mich einzusetzen. Mir genügte die Anerkennung, die mir bei einem gelegentlichen Zusammentreffen in der Stadt der christlichsoziale Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, [...] zum Ausdruck brachte, als er meinte, er hätte immer erwartet, mich einmal am Obergericht zu treffen. (A 531)

Fast gewinnt man den Eindruck, Kompliment und Verzicht seien mehr wert als der Karriereschritt: Traber wird anerkannt und bestätigt sich gleichzeitig in seinem Selbstbild, kein Karrierist zu sein.

Dass er nicht die Freunde hatte, die sich gegen die Platzhirsche Heeb und Henggeler durchsetzen konnten und wollten, ist wohl eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Seinen Genossen gegenüber ist er zu kritisch, um Seilschaften einzugehen. Er ist auch nicht der Mann, der reihum Hände schüttelt (wie etwa der Genosse Ribì\* an der Beerdigung Bebels\*):

Peinlich berührte mich das Benehmen des Genossen Ribì, [...] dessen ganze Aufmerksamkeit den die Strasse Säumenden galt, indem er nicht nur jeden Bekannten mit wichtigem Hutlüften beehrte, sondern, wenn der mächtige Trauerzug durch irgendeinen Anlass stockte, beim Weitergehen sich von den eben Begrüssten auch durch ein Kopfentblößen wieder verabschiedete, als am Leidgang unbeteiligter, eitler, wichtiger Gockelhahn. (A 95–96)

In «Unser Weg» wird es dann Schwarz sein, der diese erbärmliche Vorstellung gibt (UW 109). Trabers kritischer Blick auf seine Zeitgenossen, die hohen Massstäbe, die er an sich und auch an die andern stellt, sein Beharren auf seinen Standpunkten, das auch als Sturheit empfunden werden kann oder muss – all das macht ihn zu einem schwierigen Genossen. Mit dem Übertritt zur Kommunistischen Partei macht er sich ehemalige Genossen zu Gegnern, und es kommt zu einigen hässlichen und kleinlichen Streitigkeiten.

Da für Traber die politische Haltung Ausdruck von Charakter ist, kann er für seine politischen Gegner (auch innerhalb der eigenen Partei) keine Sympathie empfinden. Über sein Verhältnis zu den «Kollegen» im Stadtrat schreibt er im «Rückblick»:

Auch ohne diesen Zwischenfall [die Zuteilung des Polizeidepartements] betrachtete ich die bürgerlichen Vertreter als meine politischen Gegner, nach denen mich nicht das geringste freundschaftliche oder auch nur kameradschaftliche Sehnen zog. (124)

Dass Traber an der Unvereinbarkeit der politischen Gegensätze und damit eben auch an der menschlichen Unvereinbarkeit festhält, ist

seine Stärke und zugleich seine Schwäche. Seine Stärke insofern, als er nicht Gefahr läuft, aus Rücksicht auf eine gute Zusammenarbeit voreilige Kompromisse zu schliessen; seine Schwäche, als er sich damit innerhalb des Stadtrates zum Fremdkörper machen lässt. Die Probleme beginnen schon bei der Departementszuteilung. Als er merkt, dass der Stadtpräsident Angst davor hat, offen zum Beschluss zu stehen, ihm das Polizeidepartement zu übertragen, macht er sich nicht klein – wie es die bürgerlichen Kollegen wohl von ihm erwarten –, sondern reagiert mit Überlegenheit:

*Ich fühlte die Herausforderung, die darin lag, dass die Bürgerlichen ihre Hoffnung darauf setzten, ich müsste in ihrem Sinne das Polizeiwesen führen und mich dann unweigerlich vor der Arbeiterschaft blossstellen, und nahm diese Herausforderung an.* (A 333)

Die Stimmung ist von Anfang an vergiftet; am deutlichsten wird dies natürlich bei der Neubesetzung des Polizeidepartements (nach der Nacht vom 13. Juni 1919), als ihm der Stadtpräsident erklärt, «dass es sich darum handle, mir eine Abteilung zuzuweisen, bei der ich durch gesetzliche Vorschriften und nebengeordnete Behörden in meiner Handlungsfreiheit eingeschränkt sei und auch mit den übrigen Mitgliedern des Stadtrates eine äusserst geringe Berührung habe» (oben. S. 113). Diese Kaltstellung Trabers durch den Stadtrat hat den Charakter eines Racheaktes.

### Trabers politisches Come back

Nach dem Bruch mit den Kommunisten und dem Wiedereintritt in die Sozialdemokratische Partei gelingt Traber ein politisches Come back: Im Frühling 1925 wird er wieder in den Grossen Stadtrat gewählt, ab Oktober 1926 ist er dessen Sekretär. Im Frühling 1934 wird er Präsident der Stadtpartei, doch schon 1936 tritt er mit dem ganzen Vorstand zurück.

Während des Aktivdienstes fallen die jüngeren Männer für die politische Arbeit aus; es werden wieder die «Älteren» – Traber ist 1939 fünfundfünfzig – in die Vorstände der Kreisparteien gerufen, Traber in den Vorstand der Kreispartei 6 (A 530.) 1943 wählt ihn der Gemeinderat zum zweiten Vizepräsidenten, 1945 zum Präsidenten. Doch nimmt er kaum mehr an den Sachgeschäften teil, profiliert sich dafür als Kenner und Hüter der Geschäftsordnung. Traber fällt jetzt durch Abgeklärtheit und Ironie auf und wird deshalb von einigen nicht wiedererkannt. Er ist amtsmüde und beabsichtigt, auf Ende der Amtsdauer im Frühling 1946 aus dem Gemeinderat zurückzutreten. Doch als er dem Kreispartei Vorstand seine Rücktrittsabsichten bekannt gibt, bestürmt ihn dieser, als Spitzenkandidat die Liste anzuführen. In der neuen Legislatur tritt er vor allem als Verfechter der Rechte der Zentralschulpflege und als profunder Kenner des Verwaltungsrechts hervor. Am 15. März 1950 nimmt er als 66-Jähriger Abschied vom Rathaus.

Auch beruflich fasst Traber schon bald nach seinem Rücktritt vom «Kämpfer» wieder Fuss: Er wird, gegen den massiven Widerstand der

Sozialdemokraten um Hans Oprecht\* – Traber ist zu jener Zeit noch Kommunist – am 8. Februar 1923 zum Sekretär des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter gewählt. Hier «verekelt» ihm sein Sektionspräsident Rüegg\* die Arbeit, indem er ihm «spitzfindige Kleinigkeiten» aufhalst, «mit deren Verfolgung ich meine übrige Arbeit nur hätte herabsetzen können» (152). Traber sucht deshalb nach einer beruflichen Änderung und stellt sich 1929 der Wahl zum Bezirksrichter. Der erste Versuch scheitert, doch ein Jahr später wird er kampflos gewählt – diesmal nicht gegen den Widerstand der Freisinnigen, sondern der Kommunisten. 1936 wird er Vizepräsident des Bezirksgerichts. Bis zu seiner Pensionierung am 1. Januar 1950 bleibt er in dieser Position, entwickelt sich zu einem Spezialisten für Eheschutz und findet hier «die volle Befriedigung».

## Enttäuschungen und Rückzüge

Wesentlich weniger befriedigend ist Trabers Tätigkeit im Dienste der Partei und der Abstinenzbewegung:

*Als ich mich im Frühjahr 1934 der städtischen Partei als Präsident zur Verfügung stellte, sollten mir auch auf dem politischen Gebiet die Enttäuschungen nicht mangeln. Weniger verursacht durch die Unrast und Unruhe der Zeit, als durch das Intrigenspiel bestimmter Genossen.* (A 491)

Das sechste Buch seiner Erinnerungen enthält reichlich Beispiele solcher «Intrigenspiele» und sonstiger Streitereien. Die Besoldungsrevision im Jahre 1947 verstärkt sein Gefühl, der Stadtrat segle «unter der Führung des Vorstehers des Personalamtes, des Genossen Brenn, frisch-fröhlich im bürgerlichen Fahrwasser, ohne dass vom VPOD dagegen angekämpft worden wäre» (A 542). Traber empfindet sich immer mehr als «Überbein», seine Amtsmüdigkeit setzt sich immer mehr durch (A 543).

*Auch die Haltung des mehrheitlich sozialdemokratischen Stadtrates in der Angelegenheit von Stadtrat Woog hatte nicht dazu gedient, meinem wachsenden Gefühl der Enttäuschung gegenüber der Marschrichtung der Partei Einhalt zu tun.* (A 547)

Edgar Woog\* hatte 1946 Gelder aus einer Sammlung für die Nachkriegshilfe in Polen als Darlehen für den Druck des «Vorwärts» verwendet, wenige Monate darauf aber zurückgegeben. Im Herbst 1947 wird er wegen Veruntreuung für schuldig erklärt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Als Woog im Frühling 1949 sein Amt wieder antreten will, schreibt der Stadtrat an den Bezirksrat, es gehe nicht an, dass ein verurteiltes Behördemitglied dienstliche Funktionen ausübe. Der Bezirksrat enthebt Woog sofort seines Amtes. Besonders empört Traber, dass ein sehr ähnlicher Fall im Lager der Freisinnigen durch Einstellung des Strafverfahrens erledigt wurde. Traber sieht den Kommunisten Woog von den Sozialdemokraten fast noch schlimmer behandelt als sich seinerzeit von den Bürgerlichen.

Eine weitere Enttäuschung bereiten ihm die Genossen bei seinem Rücktritt vom Gemeinderat:

*Dieser Abschied wurde mir dadurch ein wenig vergällt, dass mir bei diesem Anlass weder von meinem Kreispartei Vorstand noch von der Fraktion ein Wort des Dankes geboten wurde. [...] Hintennach suchte dies der Parteivorstand noch gutzumachen, indem mir Otto Schütz als Fraktionspräsident ein halbes Jahr später eine Einladung zum Herbstausflug der Fraktion zukommen liess, in der Meinung, dass mir dazumal noch eine Ehrung zuteil werden solle. So gerne ich ein Wort des Dankes zur gegebenen Zeit entgegengenommen hätte, so sehr war mir eine besondere Inszenierung zuwider. Ich lehnte also ab, Schütz auf den Nekrolog verweisend, für den Fall, dass ich bei meinem Tod den Genossen noch bekannt sei.* (A 552)



So sehr Trabers Enttäuschung und Ärger zu verstehen sind – indem er die Einladung zum Herbstausflug ausschlägt, verbaut er den Genossen die Wiedergutmachung.

1936 wird Traber zum Parteipräsidenten des Sozialistischen Absinentenbundes gewählt. Auch hier folgen Enttäuschungen über Genossen, die Versprechen nicht einhalten, im entscheidenden Moment der Enthaltensamkeit abschwören oder Anliegen der Abstinenzbewegung zu wenig klar vertreten. Dieses Amt gibt er nach sechs Jahren 1942 ab. Anfang 1946 wird er Vorsitzender der Fürsorgestelle für Alkoholranke; auch hier trifft er auf menschliche Unzulänglichkeiten. Dieses Amt behält er aber bis 1958.

Auf diese Enttäuschungen reagiert Traber, indem er sich immer mehr zurückzieht. Nachdem er mit der Kündigung des «Volksrechts» «gewissermassen alle Beziehungen mit der Aussenwelt abgebrochen» hat (A 575), bleibt ihm noch die Tätigkeit für das Volkshaus. Hier begegnet er «Ränke spinnenden Genossen», so dass er schliesslich dem Volkshausverein den Rücken zuwendet.

Auch als Autor erlebt Traber viele Enttäuschungen: Ausgerechnet die Arbeiterbildungszentrale entschädigt seine Schrift über das Vereinsrecht nach einer Berechnungsweise, «die von keinem bürgerlichen Verleger angewendet» werde (A 557). Und seine zum fünfzigsten Jubiläum 1953 erschienene «Geschichte des VPOD, Sektion Zürich» wird – seiner Ansicht nach – von der Gewerkschaft nicht grosszügig an die Mitglieder abgegeben, sondern «ängstlich zurückgehalten»; er glaubt, dass sich beim zuständigen Sekretär wieder die alte Eifersucht durchgesetzt habe und es ihm widerstrebe, Traber «zu neuer Anerkennung zu verhelfen» (A 558).

Als es 1955 darum geht, eine Gedenkschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des (schweizerischen) VPOD zu schreiben, sagt er zu, mit Valentin Gitermann\* und Robert Grimm\* das Buch zu verfassen. Doch als er erfährt, dass Hans Oprecht\* seinen Text vor der Drucklegung sehen möchte, widerruft Traber sofort seine Zusage; er geht sofort davon aus, dass Oprecht ihn zensurieren wolle, die beiden Grössen Grimm und Gitermann aber nicht. Nach all diesem Ärger widmet sich Traber ausgerechnet der Ahnenforschung.

Im Verlauf seiner langen Karriere als Politiker muss Traber viel einstecken, doch geht auch er mit seinen Gegnern nicht eben schonend um. In seinen Polemiken kann er sehr giftig und aggressiv sein; stilistisch ist er hier, wo das Pathos der Gedichte wegfällt, am besten. Einer seiner Gegner ist der Christlichsoziale Dr. Emil Buomberger\*, Chefredaktor der katholischen «Neuen Zürcher Nachrichten». Mit seinem «eitlen und salbungsvollen Wesen» gibt er Traber massiv auf die Nerven. Ein Artikel Buombergers zum Personalrecht im Jahr 1927 provoziert seine Polemik im «Volksrecht»:

*Emil Buomberger ist ein gewichtiges Mitglied des Grossen Stadtrates. In des Wortes vollster Bedeutung. Er gehört der christlichsozialen Fraktion an. Das will zwar nicht heissen, dass er in selbstverleugnerischer Demut jenem einen nachstrebt, der seiner Partei zur einen Hälfte den Namen leihen musste. Wenn er sich zur Rede erhebt, umstrahlt ihn nicht der stille Glanz eines Heiligenscheines, dafür leuchtet um so stärker die Sonne der selbst empfundenen eigenen Würde und des tiefen Durchdrungenseins der eigenen Bedeutung. Seinem Munde entrinnt nicht das schlichte Wort der selbst zeugenden Wahrheit; aus ihm flammt auch nicht das wilde Feuer des Eiferers und Jüngers. Salbungsvoll, wohlgesetzt reihen sich die schön gerundeten Sätze, um in gemessenen Abständen, mit berechnetem Tonfall durch eine gemachte Pathetik, dem Hörer ein nicht vorhandenes Gefühl vorzutäuschen.* (A 459)



Ein anderer Gegner ist der Freisinnige Ernst Bieri\*; gegen ihn richtet sich eine Polemik im «Volksrecht» während der Beratung des Vorschlags für das Jahr 1950. Bieri hatte im Januar 1950 Traber im Gemeinderat und in der NZZ angegriffen und an seine frühere Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei erinnert (und damit doch wohl einen wunden Punkt Trabers getroffen). Traber seinerseits erinnert Bieri an sein Theologiestudium.

*Er wirft mir vor, ich sei bei meinem Votum im Gemeinderat in «die Niederungen persönlicher Gehässigkeit abgerutscht». Kein Leser seines Aufsatzes wird bestreiten können, dass er selber schon von Beginn seines Artikels an bis zum Hals in jenem Sumpf steckt. Oder was hat meine über ein Vierteljahrhundert zurückliegende Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei, was die Tatsache, dass ich 1922 kommunistischer Stadtratskandidat war, [...] was hat das alles mit meiner kurzen Rede, die ich im Januar 1950 hielt, sachlich zu tun? Doch nichts; rein gar nichts. [...]*

*So schamlos hat noch kein Gemeinderat seine Bildungsverpflichtung mit Füssen getreten. Oder tue ich Dr. theol. Bieri unrecht? Er schreibt in seinem Artikel, er sei nie Mitglied des zürcherischen «Ministeriums» gewesen. Warum betont er dies? Betrachtet er die Tatsache, dass er sich nicht unter die Seelsorger aufnehmen liess, als eine Befreiung von der Verpflichtung, ein christliches Verhalten üben zu müssen? Es scheint so. Denn neben dem theologischen Phrasengeklingel tritt eine erbärmliche Gesinnung zutage.* (A 545–546)

Wo es ihm notwendig scheint, polemisiert Traber auch gegen ehemalige Genossen der SP, etwa gegen Ernst Nobs, der auf sein «Bekenntnis» im «Tagblatt» vom 1. April 1922 mit einer Polemik im «Volksrecht» reagierte. (Traber hatte sich dort als «Aufrechten» vorgestellt und seine ehemaligen Gegner in der Partei als «Charakterlose» bezeichnet, 128–130.) Am 5. April schreibt er im «Kämpfer»:

*Ein Vergleich mit den wahren Revolutionären aller Zeiten lag mir dabei viel ferner, als es in Nobsens Streben zum Ausdruck kommt, seine ausserordentliche Gesinnungsbeweglichkeit hinter grössern ausländischen Genossen zu verbergen. Dass Nobs besonders aufgebracht wurde, dass ich auf meine geistige Unbeweglichkeit einen gewissen Stolz legte, begreife ich.*

*An den Spiegel aber hätte er mich nicht gemahnen sollen. Denn seit er mit seiner Gesinnung jene überraschende Kurve schlug, ist es mir bis heute stets noch ein Rätsel, wie Nobs wohl vor den Spiegel treten kann, ohne sich vor Ekel erbrechen zu müssen. (A 427)*

Traber verübelt Nobs den Gesinnungswandel in der Diskussion über den Beitritt zur Dritten Internationale. Nobs hatte sich erst auf die Seite der Befürworter eines Beitritts, dann auf die Seite der Gegner geschlagen. Traber nimmt ganz selbstverständlich an, Nobs habe dies getan, um schliesslich auf der Seite der Gewinner zu stehen und damit an Einfluss zu gewinnen; es kommt ihm überhaupt nicht in den Sinn, Nobs könnte seinen Seitenwechsel aus sachlichen Erwägungen für richtig gehalten haben.

### «Die Seligkeit der wehevollen Stunden»

Trabers Polemiken zeigen ihn als Autor, der weiss, wie man Effekte erzielt. Vergleicht man diese mit seinen Gedichten und Theaterstücken, so muss man feststellen, dass der Zorn seinem Stil guttut; neben den Polemiken wirken seine Theaterstücke und Gedichte papieren und schwülstig. In ihnen formuliert Traber seine Weltanschauung (im «Stephanus» etwa die «Verkörperung der Kraft des Gedankens», 132), während er in den Polemiken sehr viel spontaner loslegt und sich nicht um einen speziell poetischen oder gehobenen Stil bemüht. Hier zum Vergleich ein Ausschnitt aus «Stephanus»:

*Paulus: Mit welchem Jubel wollen wir uns opfern, das kommende Geschlecht der Menschen, die ganze Menschheit zu erretten! Gleich wie die Rute in der Feuerglut mit innigem Gesang die harte Kraft in weiche Asche tauscht, so wandeln sich im Feuer unsres Glaubens eure Hiebe in sanfte Hände, die liebkosend unsre Hand berühren. Gleich wie das Schwert, sobald es in die weiche Flamme taucht, sich seiner Härte schämend, rot erglüht, um bis zuletzt in weiche Tropfen zu verrieseln, so werden wir, wenn ihr den Todesstreich uns wähnt zu geben, in höchster Wollust unsrer Seelen schaudern. (A 431–432)*

Mit den Versuchen, seine Stücke aufführen zu lassen, muss Traber auch wohlmeinende Freunde in Verlegenheit gebracht haben; dass

es einige vorzogen, zu schweigen, anstatt ihre Meinung zu sagen, ist nachvollziehbar. Doch führt er seine Erfolglosigkeit nicht auf die mangelnde Qualität seiner Werke zurück, sondern darauf, dass sie quer zum Zeitgeist liegen. In den Erinnerungen beharrt Traber darauf, dass ihn diese Erfolglosigkeit nicht wirklich anfiicht:

*Die erlebten Enttäuschungen, die mir bei den Bemühungen, einzelnen Werken den Weg in die Öffentlichkeit zu bahnen, geworden sind, haben mir das Bild der Menschen geformt, meinen Sinn haben sie nicht verdüstern können. Ist dies ein Erbe meiner Mutter, von der ihre Mutter sagte, sie liesse sich den Kummer nie über die Knie hinauf kommen?* (A 577)

Mag man auch an diesen Beteuerungen zweifeln, muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass Traber sich vom ausbleibenden Erfolg nicht niederdrücken lässt: Er verzichtet auf Anerkennung und versteht nun sein Schreiben als Tätigkeit, die er aus Freude an der Sache ganz für sich selber ausübt – allerdings mit einer letzten kleinen Hoffnung auf Publikation. Dabei erlebt er «Verzückung» und die «Seligkeit der weihvollen Stunden». Bei allem Ärger und bei allen Enttäuschungen findet Traber im Schreiben einen Weg, sich seinen Lebensabend nicht verderben zu lassen:

*Wenn ich heute so munter plane, tue ich es ganz auf die Freude des Schaffens erpicht. An das Ringen um die öffentliche Anerkennung denke ich nicht. Ob ich das eine oder andere, wie gegenwärtig den «Uranos», auf eigene Kosten in Druck gebe, um es als freie Gabe in Freundeshand zu legen, mag offen bleiben.* (A 577)

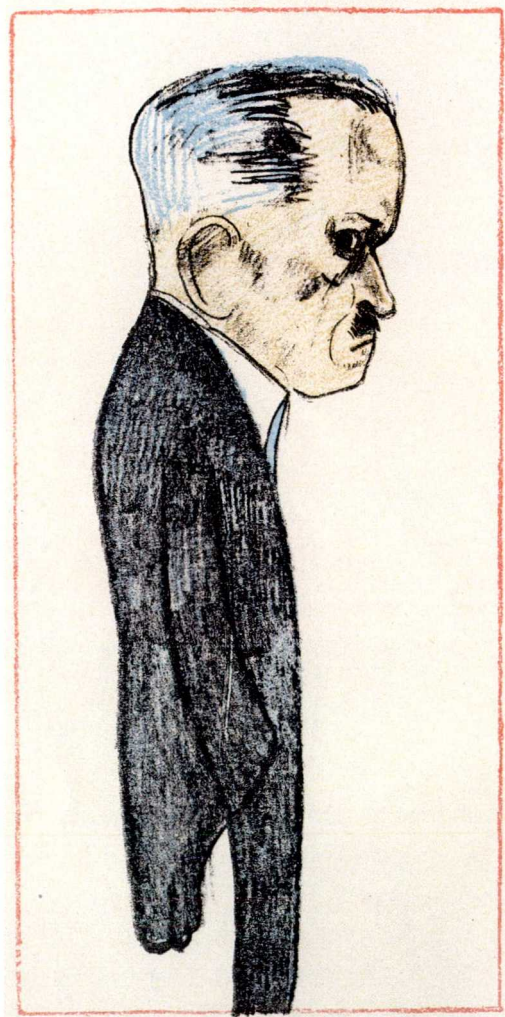
## PERSONEN

Fast alle hier aufgeführten Personen waren Zürcher Politiker; wenn nicht anders angegeben, sind darum mit «(Grosser) Stadtrat» (oder «Grossstadtrat»), «Gemeinderat» und «Kantonsrat» immer die Stadtzürcher und Kantonalzürcher Räte, bzw. Ratsherren gemeint.

**Adler, Friedrich** (1879–1960): Statistiker und Journalist, SP, Österreich. Studium in Zürich. Mitarbeiter und 1910–11 Chefredaktor des «Volksrechts». Erschoss 1916 aus Protest gegen den Krieg den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh; 1918 amnestiert. 1923–40 Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. 1940 Flucht in die USA, 1947 Rückkehr nach Zürich. Sohn von Victor Adler. **Adler, Victor** (1852–1918): Arzt, SP, Österreich. 1889 Begründer und erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Lehnte während des Kriegs die Zimmerwalder Bewegung ab und trat für die Kriegskredite ein. **Affolter, Hans** (1870–1936): Jurist, SP. 1911–30 Nationalrat. 1917–31 erster SP-Regierungsrat des Kantons Solothurn. **Anseele, Edward** (1856–1938): Journalist und Politiker, SP, Belgien.

**Bader, Hans** (1875–1935): Pfarrer in Zürich-Aussersihl, SP. Treibende Kraft bei der Gründung des Zürcher «Limmathauses». **Baumann, Jakob** (1887–1975): Lehrer, SP. 1910 Vorstandsmitglied der Arbeiterunion und Grossstadtrat, 1917–1919 Präsident VPOD, Sektion Zürich Städtische, 1928–1954 Stadtrat. **Bebel, Ferdinand August** (1840–1913): Unternehmer und Politiker, SP, Deutschland. Mitbegründer und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Auf dem Zürcher Friedhof Sihlfeld begraben. **Bickel, Hans** (1884–1961): Typograf, SP/KP/SP/PdA. 1911–18 Redaktor des Zürcher «Volksrechts», 1918–21 kantonaler Parteisekretär der SP. 1921 Gründungsmitglied der KP, Redaktor des kommunistischen «Kämpfers». **Bloch (-Bollag), Rosa** (1880–1922): Juwelier-Vertreterin («Diamanten-Rosa»), SP/KP. Während des Landesstreiks 1918 Mitglied des Oltener Aktionskomitees. Exponentin des linken Flügels innerhalb der SPS, entwickelte grosse Aktivitäten in der sozialistischen Frauenbewegung. **Bloch, Siegfried** (1869–1929): Kaufmann und Bibliothekar, SP. 1909–29 Leiter der Zentralstelle für soziale Literatur (heute Schweizerisches Sozialarchiv). Autor diverser wissenschaftlicher Broschüren und unzähliger Artikel zu volkswirtschaftlichen Themen. **Blocher, Hermann** (1872–1942): Ökonom, SP. 1910–18 Basler Regierungsrat. Bedeutender Vertreter der Abstinenzbewegung. **Bobst, Hermann** (1886–1961): Typograf, SP/KP/SP. Während des Ersten Weltkriegs einer der führenden Parteilinken innerhalb der Zürcher SP. 1919 Anschluss an die «Altkommunisten», 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). 1921 Redaktor des Basler «Vorwärts», 1922 des «Kämpfers» in Zürich. 1932 Ausschluss aus der KP. **Bodenmann, Marino** (1893–1964): ungelernter Arbeiter und Parteisekretär, SP/KP/PdA. 1921 Gründungsmitglied der KP, ab 1923 Mitglied des Zentralkomitees und des Parteisekreta-

*Die Zeichnungen auf den folgenden Seiten sind der Broschüre eines gewissen Luzifer entnommen, der im Landesstreik-Prozess 1919 Angeklagte, Richter und Zeugen karikierte.*



**Robert Grimm**

riats. 1926–29 Leiter der Basler KP-Sektion. **Bosshart, Jakob** (1862–1924): Gymnasiallehrer und Schriftsteller. In «Neben der Heerstrasse» (Novellen, 1923) und «Ein Rufer in der Wüste» (Roman, 1921) rückte er die kritische Darstellung der sozialen Verhältnisse ins Zentrum. **Briner, Jean** (1876–1967): Typograf, SP. 1928–42 Stadtrat im roten Zürich. **Bringolf, Walther** (1895–1981): Maurer und Politiker, SP/KP/KPO/SP. Nach der Parteispaltung zählte er 1921 zu den Gründungsmitgliedern der KP, seit 1922 Mitglied der Parteizentrale. 1925–71 Nationalrat. 1930 aus der KP ausgeschlossen, ab 1935 wieder in der SP. 1932–68 Stadtpräsident von Schaffhausen. **Bruggmann, Hans** (1892–1984): ungelernter Arbeiter, Buchhändler, KP/PdA. Ab 1918 in Zürich in enger Beziehung mit Jakob Herzog in der Gruppe «Forderung». Mitbegründer der Altkommunisten und 1921 der KP. **Brupbacher, Fritz** (1874–1945): Arzt im Arbeiterquartier Zürich-Aussersihl, SP/KP. Ab 1898 Mitglied der SP, 1901–04 Grosser Stadtrat. Wandte sich früh gegen die Beschränkung der Sozialdemokratie auf parlamentarische Reformen. 1920 Parteaustritt. 1921 schloss er sich der KP an. 1933 Parteausschluss. **Bürkli, Karl** (1823–1901): Gerber und Wirt, SP. Vertreter des Genossenschaftsgedankens, Mitbegründer des Zürcher Konsumvereins. Er brachte die Traditionen des Frühsozialismus in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

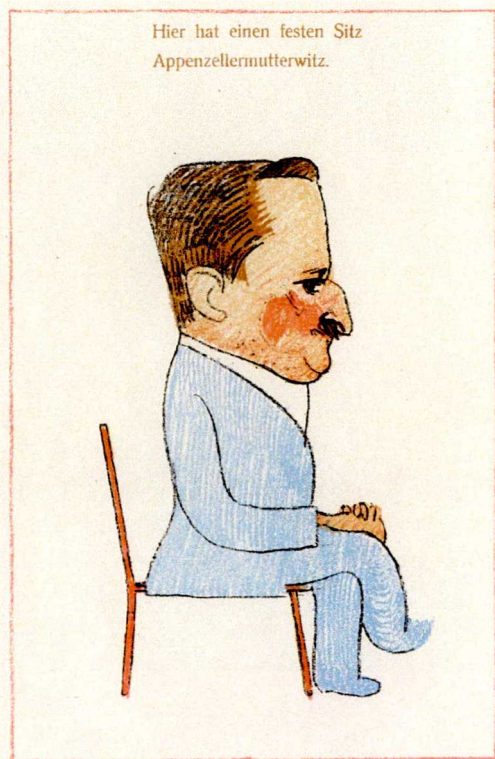
**Calonder, Felix** (1863–1952): Jurist, FDP. 1913–20 freisinniger Bundesrat (als zweiter Bündner und als erster Rätoromane). Während des Landesstreiks im November 1918 übernahm er als Bundespräsident die harte Haltung von Armeespitze und bürgerlicher Parlamentsmehrheit.

**Daszynski, Ignacy** (1866–1936): Redaktor, SP, Polen. Mitbegründer der Polnischen Sozialdemokratischen Partei. **Dätwyler, Max** (1886–1976): Kellner und Pazifist. Verweigerte 1914 den Fahneid aus Protest gegen den Krieg, wurde psychiatrisch interniert und aus der Armee ausgeschlossen. Lebte fortan für die Friedensförderung. Eine von ihm und Max Rotter einberufene Kundgebung löste die Novemberunruhen von 1917 aus.

**Ebert, Friedrich** (1871–1925): Sattler und Redaktor, SP, Deutschland. Massgeblicher Politiker der SPD während des Ersten Weltkriegs. Vertrat eine Politik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens.

**Ernst, Heinrich** (1847–1934): Lehrer, SP (Grütlianer). 1890–97 und 1920–22 Kantonsrat für den Grütliverein, später für die SP. 1897–1920 Regierungsrat. Ernst war der erste Arbeitervertreter in einer kantonalen Regierung.

**Fähndrich, Moritz** (1865–1934): Typograf und Sekretär, SP (Grütlianer). 1895–1901 Grossstadtrat, 1896–1905, 1917–19 Kantonsrat. 1898–1905 Redaktor der «Helvetischen Typographia». 1905–15 Sekretär des Grütlivereins, 1905–18 auch Sekretär der SP. 1919–31 Friedensrichter. **Farbstein, David** (1868–1953): Rechtsanwalt, SP.

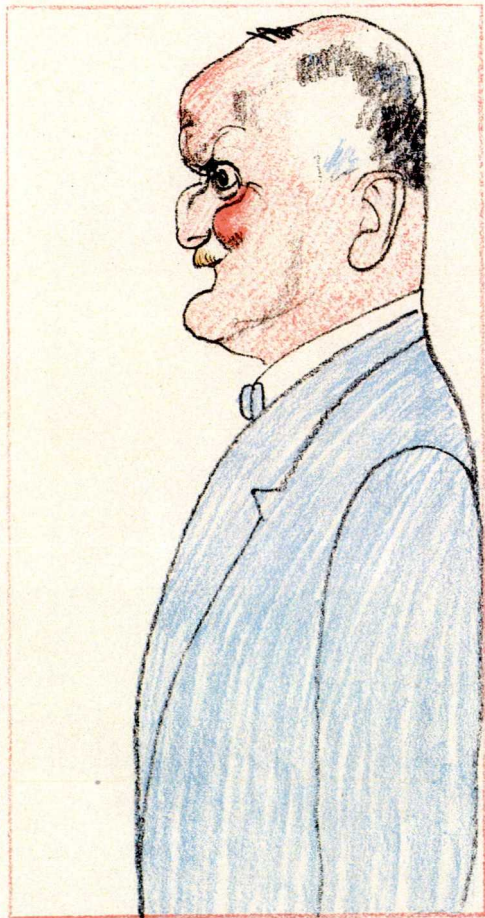


**Jakob Gschwend**

Ab 1897 Rechtsanwalt in Zürich. 1902–26 Kantonsrat, 1904–22 Grosser Stadtrat, 1922–38 Nationalrat. Mehrmals Verteidiger streikender Sozialdemokraten und Gewerkschafter, u.a. im Landesstreik-Prozess 1919. Ab den 1890er-Jahren aktiver Zionist. **Forster, Georg** (1881–1945): Lehrer und Sekretär Kantonbank, SP. Schwager von Alfred Traber. 1914–26 Kantonsrat, 1918–19 Grosser Stadtrat, 1918–19 Präsident der SP des Kantons Zürich. 1919–22 Nationalrat, 1920–26 Bankrat der Zürcher Kantonbank.

**Gitermann, Valentin** (1900–1965): Historiker, SP. Zahlreiche Vorträge und Publikationen über Russland, die Aufklärung, die sozialistischen Ideen und die Schweiz. 1944–65 Nationalrat. **Graber, Ernest Paul** (1875–1956): Lehrer, SP. Trug mit Charles Naine massgeblich zum Erstarren der SP in der Westschweiz bei. 1912–43 Nationalrat (1919–25 Fraktionspräsident). Wegen seiner pazifistischen und antimilitaristischen Überzeugung distanzierte er sich 1914 von der Unterstützung der Landesverteidigung durch die SP. **Greulich, Herman** (1842–1925): Buchbinder, Statistiker, Arbeitersekretär, SP. Wegbereiter der Schweizer Arbeiterbewegung. Gründete Gewerkschaften und eine erste sozialdemokratische Partei (1870), die aber keinen Bestand hatte. 1890–1925 (mit Unterbrüchen) Kantonsrat, 1892–1925 Grosser Stadtrat. 1902–05 und 1908–25 Nationalrat. 1905 Mitbegründer des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter (heute VPOD) und bis 1915 erster Präsident. Gegenüber der sich nach 1900 radikalisierenden Arbeiterbewegung war Greulich kritisch eingestellt. **Grimm, Robert** (1881–1958): Typograf und Journalist, SP. 1909–18 Chefredaktor der «Berner Tagwacht». 1911–19, 1920–55 Nationalrat. Präsident des Oltener Aktionskomitees. 1920 lehnte die SP unter seinem Einfluss den Beitritt zur III. Internationale ab, blieb aber in ihrem von Grimm verfassten neuen Parteiprogramm dem Klassenkampf treu. 1938–46 Berner Regierungsrat (als erster Sozialdemokrat). **Gschwend, Jakob** (1882–1952): Schriftsetzer und Buchdrucker, SP. 1907–22 Grosser Stadtrat, 1908–43 Kantonsrat. 1910–11 Präsident der Arbeiterunion, 1913–16 Sekretär des Zürcher Gewerkschaftskartells. 1914–16 Präsident der Stadtpartei, 1916–22 Bezirksanwalt, 1916–17 und 1919–20 Präsident des VPOD, Sektion Zürich, «Städtische», 1918 Präsident der SPS. 1922–42 Stadtrat.

**Haase, Hugo** (1863–1919): Jurist, SP, Deutschland. Politiker und Pazifist. **Häberlin, Hermann** (1862–1938): Arzt, FDP. 1904–20 Grosser Stadtrat, 1914–35 Kantonsrat, 1920–32 Stadtrat. 1929–35 Nationalrat. **Hardie, James Keir** (1856–1915): ungelernter Arbeiter und Journalist, SP, Grossbritannien. Einer der Gründer der Labour Party. **Hauth, Emil** (1873–1932): Journalist, SP. 1899–1906 Redaktor des «Volksrechts»; während des Arbenzstreiks ausgewiesen. 1911–15 wieder beim «Volksrecht», dann bei der «Schwäbischen Tagwacht», dem «Organ der Sozialdemokraten Württembergs». **Heeb, Friedrich** (1884–1958): Typograf, SP. 1909–18 Redaktor der «Tagwacht», 1918–21 der «Arbeiterzeitung», 1921–44 des «Volksrechts». 1921–26 Präsident der Kantonalpartei, 1922–46 Grosser



**Bernhard Kaufmann**

Stadtrat, 1928–44 Kantonsrat, 1932–34, 1936–42 Präsident der Stadtpartei. Autor mehrerer Werke zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. **Henggeler, Josef** (1889–1950): Typograf, SP. 1922–28 Sekretär der Arbeiterunion Winterthur. 1926–38 Kantonsrat, 1928–38 Zentralsekretär des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). 1932–41 Präsident der Kantonalpartei, 1938–50 Regierungsrat, 1943–47 Nationalrat. **Herzog, Jakob** («Joggi») (1892–1931): Ab 1913 Agitationsleiter und Vizepräsident der Sozialdemokratischen Jugendorganisation (SJO). 1917 Mitbegründer der Gruppe «Forderung», aus der 1919 die sogenannten Altkommunisten hervorgingen. In Erwartung der bevorstehenden Revolution gründete die Gruppe sozialistische Soldatenorganisationen und rief zur Meuterei auf. 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Schweiz. **Heusser, Jakob** (1901–1965): Jurist, SP. 1929 Bezirksrichter, 1936 Oberrichter, 1951–53 Präsident des Obergerichts, 1964–65 Bundesrichter. **Heusser, Otto** (1884–1949), Jurist, DP. Bezirksanwalt, Polizeiinspektor, Direktor der Strafanstalt Regensdorf. Präsident des Schweizerischen Vaterländischen Verbands. **Hitz, Christian Albert** (1883–1954): Jurist, SP/KP/PdA. 1919–21 Redaktor des Zürcher «Volksrechts», 1921 und 1926–29 des «Kämpfers». 1920–31 Kantonsrat, 1920–21 Präsident der Kantonalpartei. Ab 1921 Mitglied der KP. 1922–31 Grosser Stadtrat, 1922–25 Nationalrat, ab 1927 im Zentralkomitee der KPS. 1936–54 Rechtsanwalt in Zürich, **Huggler, August** (1877–1944): Schlosser und Verbandssekretär, SP. 1907–16 und 1940–43 Berner Stadtrat, 1909–15 Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), 1917–39 Nationalrat. 1919–37 Sekretär und Mitglied der Geschäftsleitung der SPS. Vertrat in der Zwischenkriegszeit gewerkschaftliche Interessen (Arbeiterschutz und Krisenbekämpfung). **Humbert-Droz, Jules** (1891–1971): Pfarrer, Journalist und Sekretär, SP/KP/SP. Spielte eine entscheidende Rolle bei der Gründung der KP. 1926 ins Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gewählt. 1943 aus der KP ausgeschlossen, trat danach der SP bei.

**Ilg, Konrad** (1877–1954): Schlosser und Gewerkschaftssekretär, SP (Grütlianer). 1917–54 Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands (SMUV). 1918–19 und 1922–47 Nationalrat. Während des Landesstreiks 1918 Vizepräsident des Oltener Aktionskomitees. 1937–41 Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Aus Ilgs pragmatischer Betrachtungsweise resultierte 1937 das sogenannte Friedensabkommen zwischen dem Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller und dem SMUV. **Ilg, Paul** (1875–1957): Schriftsteller («Das Menschlein Matthias», «Die Brüder Moor», «Lebensdrang», «Der Landstörtzer»). Sein Roman «Der starke Mann» (1916), der einen fanatischen Schweizer Militaristen porträtiert, wurde in der Schweiz negativ aufgenommen.

**Jaurès, Jean** (1859–1914): Historiker und Journalist, SP, Frankreich. Einer der bekanntesten Vertreter des Reformsozialismus.

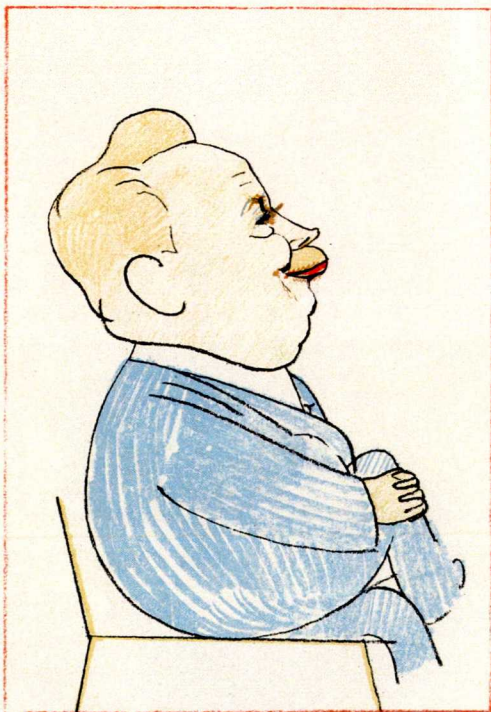


**Otto Lang**

**Kaufmann, Bernhard** (1873–1940): Typograf, SP. 1908–18 Bezirksanwalt, 1918–23 Bezirksrichter. 1914–37 Zentralpräsident des Vereins schweizerischer Weichen- und Bahnwärter und als solcher Mitglied des Oltener Aktionskomitees. 1923–38 Stadtrat. **Kern, Hans** (1867–1940): Jurist und Ökonom, DP. 1892–1914 Grosser Stadtrat, 1914–25 Stadtrat. Kern war Kommandant des Truppenaufgebots beim Generalstreik von 1912. Als Polizeivorstand verteidigte er Ruhe und Ordnung gegen die Linke. **Klöti, Emil** (1877–1963): Jurist, SP. 1907–28 Stadtrat, 1919–30 Nationalrat, 1928–42 Stadtpräsident. 1930–55 Ständerat. Er förderte den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau sowie die zweite Eingemeindung (1934). In der Krise (1928–38) führte er im «roten Zürich» Lohnabbau beim städtischen Personal und Steuererhöhungen durch. 1929 und 1938 scheiterte seine Wahl zum Bundesrat am Widerstand der bürgerlichen Mehrheit. **Kopp, Walter** (1879–1949): Schreiner und Verbandssekretär, SP/KP/SP. 1919–23 und 1925–42 Grosser Stadtrat, 1921 Präsident der KP der Sektion Zürich. 1924–44 Sekretär der Rechtsauskunftsstelle der Arbeitskammer. 1926–43 Kantonsrat. Experte beim Ausbau der Sozialgesetzgebung. **Kraft, Adolf** (1861–1928): Arzt, SP (Grütlianer). 1902–07 und 1920–28 Kantonsrat, 1903–04 Präsident der Arbeiterunion, 1905–07 Präsident der Kantonalpartei. 1905–28 erster Schularzt von Zürich. 1916 trat er vorübergehend dem Schweizer Grütliverein bei und war 1918–23 dessen Zentralpräsident. Er setzte sich für die Schulhygiene ein und förderte das Krankenkassenwesen. **Kruck, Johann Gustav** (1875–1934): Baumeister und Architekt, FDP. 1908–17 Grosser Stadtrat, 1914–29 Kantonsrat. 1917–34 Stadtrat. **Küng, Emil** (1889–1943): Postbeamter und Kaufmann, SP/KP. 1919 Grosser Stadtrat. Präsident der Arbeiterunion. Nach den Ereignissen vom 13. Juni 1919 vom Bundesrat aus dem Postdienst entlassen und von Stadtrat Traber als Adjunkt angestellt. Diese Stelle kündigte er auf Druck des Stadtrates.

**Lang, Otto** (1863–1936): Rechtsanwalt, SP. Bezirksanwalt, Bezirksrichter, 1890–1936 Kantonsrat. 1890–36 Grosser Stadtrat. 1900–15, 1920–35 Oberrichter. 1915–20 Stadtrat. Lang gehörte 1888 zu den Mitbegründern der SPS (Präsident von 1897–1902). Er war innerhalb der Partei der bedeutendste Vertreter des orthodoxen Marxismus, lehnte aber 1918 den Generalstreik ab. **Lenin, Wladimir Iljitsch** (1870–1924): Jurist und politischer Schriftsteller, SP/KP, Russland. Lebte 1914–16 zurückgezogen in Bern und Zürich. Noch Anfang 1917 kannten ihn selbst gut informierte Mitglieder der SP nicht. Nur im Winter 1916–17 versuchte er, diese zu beeinflussen, allerdings ohne Erfolg. Die Oktoberrevolution von 1917 machte ihn dann auch in der Schweiz berühmt. **Liebknecht, Wilhelm** (1826–1900): Lehrer und Journalist, SP, Deutschland. Einer der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie. Hielt sich oft in der Schweiz auf. **Luxemburg, Rosa** (1871–1919): Ökonomin, SP/KP, Deutschland. Führende Vertreterin des linken Flügels der deutschen wie auch der internationalen Sozialdemokratie. 1889–97 an der Universität Zürich. Kriegsgegnerin und Mitbegründerin der deutschen KP.

**Maag (-Socin), Albert** (1890–1946): Rechtsanwalt, DP. 1920–45 Sekretär des Föderativ-Verbands der Beamten und Angestellten der Stadt Zürich. 1923–38 Grosser Stadtrat. 1923–40 Kantonsrat, 1939–46 Nationalrat. Er engagierte sich für die Angestellten, war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, verteidigte Spanienkämpfer und Kommunisten. **Manz (-Schäppi), Karl** (1856–1917): Buchbinder und Spezereiwarenhändler, SP. Nach dem Erlass des Sozialistengesetzes im Deutschen Reich 1878 Flucht nach Zürich. 1904–17 Grosser Stadtrat, 1906–17 Kantonsrat. 1910–17 Präsident der Kantonalpartei. **Mousson, Heinrich** (1866–1944): Rechtsanwalt, FDP. 1904–12 Stadtrat, 1912–29 Regierungsrat. **Müller, Gustav** (1860–1921): Notar, FDP/SP. 1895–1920 Berner Gemeinderat (1918–20 Stadtpräsident). Zur Zeit des Ersten Weltkriegs betrieb er eine den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten Rechnung tragende Kommunalpolitik. 1919 Präsident der SP Schweiz.

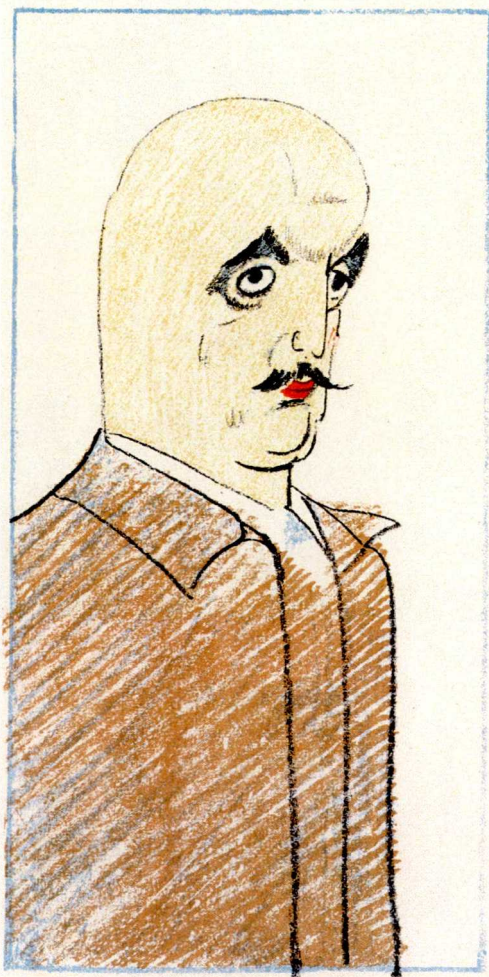


**Ernst Nobs**

**Nägeli, Hans** (1865–1945): Pfarrer, DP. 1907–17 Zürcher Stadtrat, 1917–28 Stadtpräsident. **Nietzsche, Friedrich** (1844–1900): Philosoph, Deutschland. Ab 1870 ordentlicher Professor für griechische Sprache und Literatur an der Universität Basel. Hielt sich häufig in Sils-Maria auf. In seinen Werken konzipierte er eine neuartige, zugleich radikal kritische und an den menschlichen Lebensinteressen orientierte Philosophie, die vorerst kaum auf Resonanz stiess, bis sie dann das Denken des 20. Jahrhunderts beeinflusste. **Nobs, Ernst** (1886–1957): Lehrer und Journalist, SP. 1915–35 Redaktor des «Volksrechts», 1916–19, 1920–33 Grosser Stadtrat, 1916–18 und 1919–23 Präsident der Stadtpartei, 1919–43 Nationalrat, 1935–42 Regierungsrat, 1942–43 Stadtpräsident. 1944–51 erster Bundesrat der SP, 1949 Bundespräsident. Er steht beispielhaft für den Weg der Sozialdemokratie von der Opposition zur Regierungsverantwortung.

**Oprecht, Hans** (1894–1978): Lehrer und Psychologe, SP. 1918–26 Amtsvormund der Stadt Zürich. 1921–31 Präsident des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter (ab 1924 VPOD), 1925–63 Nationalrat, 1928–46 Mitglied des Bundeskomitees des SGB, 1931–46 Geschäftsleitender Sekretär des VPOD. 1936–52 Präsident der SPS. Er hatte massgeblichen Anteil an der Integration der SPS und der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat. **Oprecht, Emil** (1895–1952): Ökonom und Verleger, SP. 1925 Mitgründer des Verlags und der Buchhandlung Dr. Oprecht & Helbling, 1933 der Europa-Verlags AG, die v.a. politische und zeitgeschichtliche Sachbücher publizierte. **Oprecht (-Fehlmann), Emma** (1899–1990): Kauffrau und Verlegerin. In den 1920er- und 30er-Jahren baute sie mit ihrem Ehemann Emil Oprecht in Zürich die Buchhandlung und das Verlagshaus Oprecht auf. Während der Zeit des Nationalsozialismus fanden viele verfolgte Kulturschaffende bei den Oprechts Zuflucht und Hilfe. **Ott, Arnold** (1840–1910): Schriftsteller. Autor historischer Festspiele.

**Peter, Albert** (1885–1955): Strassenbahnführer, SP. 1918–23 Sekretär des Schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeitersverbands,

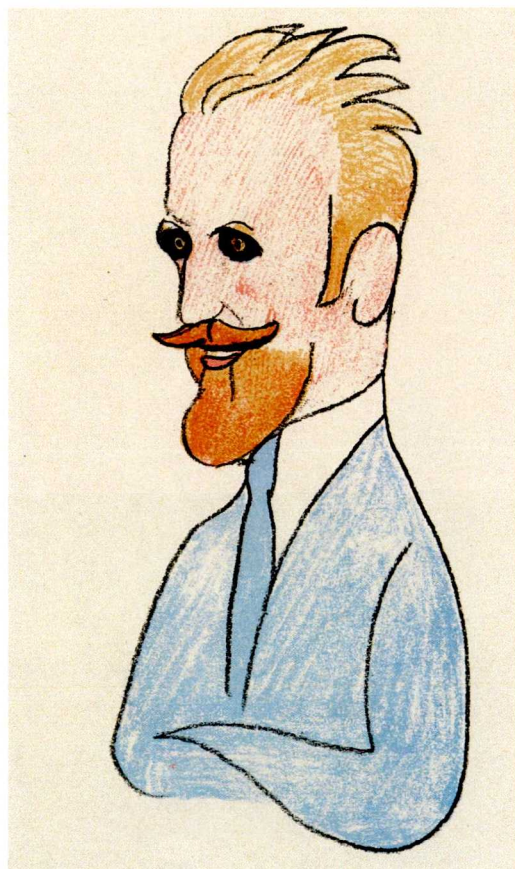


**Emil Rieder**

Sektion Zürich, städtische Arbeiter und Angestellte. 1919–20 Präsident des Vereins der Angestellten der Strassenbahn Zürich. **Pfleg- hard, Otto Wilhelm** (1869–1958): Architekt FDP. 1898 mit Max Haefeli Gründung der Firma Pflughard & Haefeli. 1913–31 Gemeinderat, 1917–36 Kantonsrat, 1931 Nationalrat. **Pflüger, Paul** (1865–1947): Pfarrer und Politiker, SP (Grütlianer). 1898–1910 Pfarrer in Zürich Ausersihl. 1899–1920 Kantonsrat, 1901–10 Grosser Stadtrat. 1910–23 Stadtrat. 1911–17 Nationalrat. 1912–16 Zentralpräsident des Grütlivereins, 1912–18 Vizepräsident der SPS. Gründer zahlreicher Vereine, u.a. 1906 der Zentralstelle für soziale Literatur der Schweiz (heute Schweizerisches Sozialarchiv). **Platten, Fritz** (1883–1942): ungelerner Arbeiter und Parteisekretär, SP/KP. 1912–19 Mitglied der Geschäftsleitung, 1915–19 Sekretär der SPS. 1916–19, 1922–23 Grosser Stadtrat. 1917–19, 1920–22 Nationalrat. Er organisierte im April 1917 die Rückreise Lenins bis zur russischen Grenze. Spielte 1918 eine führende Rolle beim Landesstreik in Zürich und wurde deswegen in Abwesenheit verurteilt. 1921 zählte er zu den Mitbegründern der KPS. Lebte ab 1926 in Moskau, wurde 1938 verhaftet und 1942 in einem Arbeitslager erschossen.

**Reichmann, Franz** (1880–1941): Schreiner und Verbandssekretär, SP/KP/SP. 1912–40 Sekretär und 1937–40 Präsident des Schweizer Bau- und Holzarbeiterverbands. 1918 im Oltener Aktionskomitee. 1924–38 im Bundeskomitee des SGB. **Ribi, Ulrich** (1871–1933): Lehrer, SP (Grütlianer)/EVP. 1908–25 Kantonsrat, 1910–16, 1919–20 Grosser Stadtrat, 1920–33 Stadtrat. **Rieder, Emil** (1874–1963): Typograf und Richter, SP. 1901–46 Grosser Stadtrat (1916–17 Präsident), 1902–11 Kantonsrat, 1905 Sekretär der Arbeitskammer. Ab 1911 Bezirksrichter, ab 1926 Oberrichter. **Rieser, Ferdinand** (1886–1947): Weinhändler und Theaterdirektor. 1926–38 Generaldirektor des Schauspielhauses Zürich, das er 1922 mit seinem Bruder erworben hatte und ab 1926 als unabhängiges Privattheater führte. Unter seiner Direktion entwickelte es sich in den 1930er-Jahren zur antifaschistischen Bühne. **Rotter, Max** (1881–1964): Architekt, SP/KP/PdA. Gründete 1914 den «Weltfriedensbund», organisierte mit Max Dätwyler 1917 die Sperrung einer Zürcher Munitionsfabrik. **Rüegg, Paul Emil** (1898–1942): Modellschreiner, SP/KP. Teilnahme am Landesgeneralstreik. 1918 Eintritt in die SP. 1919–21 Kurier der Komintern. 1921–23 Administrator des «Vorwärts» in Basel, Mitglied der Zentrale der KPS. Student in Moskau, Arbeit in sowjetischen Fabriken. 1937 während des grossen Terrors verhaftet.

**Sakasoff, Janko** (1860–1941): Journalist, SP, Bulgarien. **Scheidemann, Philipp** (1865–1939): Typograf und Publizist, SP, Deutschland. Er verkündete am 9. November 1918 den Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches und proklamierte die neue Republik. **Schmid (-Ammann), Paul** (1900–1984): Agronom, Sekretär und Redaktor, Bauernpartei/SP. 1928–39 Sekretär der Bauernpartei. 1940–48 Redaktor der «Neuen Bündner Zeitung» und zwischenzeitlich der «Nation». 1948–64 Redaktor (ab 1950 Chefredaktor) des Zürcher



**Friedrich Schneider**

«Volksrechts». Seit 1949 in der SP. **Schneider, Friedrich** (1886–1966): ungelerner Arbeiter und Verbandssekretär, SP/KP/ SP. 1916 Arbeitersekretär in Basel, 1917–20 Redaktor des «Vorwärts», 1920–23 Regierungsrat von Basel-Stadt, 1923–37 vollamtlicher Redaktor der «Arbeiterzeitung» und Parteisekretär der SP. Im Oltener Aktionskomitee stimmte er 1918 gegen den Abbruch des Landesstreiks. **Schütz, Otto** (1907–1975): Mechaniker, KP/SP. 1938–75 Zürcher Gemeinderat. 1942–74 Sekretär des Gewerkschaftskartells der Stadt Zürich. 1947–75 Nationalrat. **Sigg, Johannes** (1874–1939): Möbelschreiner, SP. 1901–28 (mit Unterbrüchen) Grosser Stadtrat, Kantonsrat und Nationalrat. 1907–15 Redaktor beim «Volksrecht». 1912–16 Mitglied der Geschäftsleitung der SPS. 1916–19 Adjunkt des eidgenössischen Fabrikinspektorats, 1919–29 Fabrikinspektor des Kantons Zürich. 1929–35 Regierungsrat. Ursprünglich Antimilitarist, verteidigte er im Ersten Weltkrieg die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg. **Sonderregger, Emil** (1868–1934): Berufsmilitär, Berater für Schweizer Rüstungsfirmen. Während des Generalstreiks Kommandant der Ordnungstruppen in Zürich. Vertrauter General Willes, 1920–23 Generalstabschef. Entwickelte sich immer mehr zu einem Gegner der parlamentarischen Demokratie. **Spitteler, Carl** (1845–1924): Schriftsteller. Studium der Theologie. Hauslehrer in St. Petersburg, Feuilletonredaktor der NZZ. Nach anfänglicher Erfolglosigkeit eroberte er v.a. mit seinem Epos «Olympischer Frühling» (1900–10) einen Platz unter den bekanntesten deutschsprachigen Schriftstellern; 1919 erhielt er als erster Schweizer den Nobelpreis für Literatur. **Stamm, Karl** (1890–1919): Lehrer, Lyriker: «Aus dem Tornister» (Gedichte, 1915), «Die Kinder im Schlaraffenland» (1917), «Der Aufbruch des Herzens» (Gedichte, 1919).

**Tobler, Max** (1876–1929): Zoologe und Mediziner, SP/KP. 1904–10 Redaktor des «Volksrechts», verliess dieses, weil sein libertär-sozialistischer Kurs auf Widerstand stiess. Wurde danach Arzt. 1923 Präsident der Roten Hilfe Schweiz. **Trostel, Willi** (1894–1942): Schriftsetzer, KP. Ab 1909 Mitglied der Sozialistischen Jugendorganisation (SJO). 1920 erste Russlandreise. 1921 Gründungsmitglied der KPS, Mitglied des Zentralkomitees. 1923–1940 (mit Unterbrüchen) Kantonsrat, 1923–35 Redaktor beim «Kämpfer». 1923–39 Leiter und Sekretär der Roten Hilfe. 1925–31 Grosser Stadtrat. **Trotzki, Leo** (1879–1940): Politiker, KP, Russland. Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der Partei der Bolschewisten: Volkskommissär für Äusseres und für Militärwesen (Aufbau der Roten Armee). Nach dem Tode Lenins (1924) unterlag er im Machtkampf gegen Stalin, 1940 von einem Agenten Stalins ermordet. 1917 war er während vier Monaten in Zürich.

**Vogelsanger, Jakob** (1849–1923): Gärtnergehilfe, Redaktor, SP (Grütlianer). 1870–72 Hilfsredaktor, 1878–92 Hauptredaktor des «Grütlianers». 1881–90 Grosser Stadtrat in Chur. 1890–1905 Nationalrat. 1891 Übersiedelung nach Oberstrass (heute Gemeinde Zürich). 1892–1905, 1907–11 Kantonsrat. 1892–1919 Stadtrat. Mitbegrün-

der Schweizerischen Grütli-Krankenkasse. Er zählte zu den führenden Grütliern und war der erste sozialdemokratische Vertreter im Nationalrat. Blieb 1916 in der SP (siehe unten: Grütliverein), hielt aber an der Haltung der Grütliern fest, was ihm wachsende Kritik eintrug.

**Welti, Robert** (1859–1940): Rechtsanwalt, FDP. 1900–07 Stadtrat. Rechtskonsulent der Schweizerischen Kreditanstalt. **Wille, Ulrich** (1848–1925): Berufsmilitär. Wurde am 3. August 1914 zum General gewählt. Mit seiner offenen Sympathie für Deutschland, seiner preussischen Dienstauffassung und vor allem seinem Armeeinsatz während des Generalstreiks machte er sich bei der Linken unbeliebt. **Witzig, Hans** (1889–1973): Zeichner, Illustrator und Plastiker. **Woog, Edgar** (1898–1973): Bibliothekar, SP/KP/PdA. Aufenthalte in Mexiko, Moskau und Spanien; ab 1935 in Zürich. 1936 im Zentralkomitee der KPS. Verurteilt wegen Anwerbung Kriegsfreiwilliger für die spanische Republik. 1944 Mitbegründer der PdA. 1946 Wahl in den Zürcher Stadtrat, 1947 Amtsenthebung. **Wullschleger, Eugen** (1862–1931): Journalist, SP. 1902–20 Basler Regierungsrat. **Wyss, Konrad** (1877–1958): Schreiner und Verbandssekretär, SP/KP/SP. 1918–41 Sekretär des Gewerkschaftskartells. Gründungsmitglied der KPS. Trat 1924 wieder der SP bei. **Wyss, Melchior Heinrich** (1854–1928): Jurist, SP/DP. Bezirksrichter, Bezirksgerichtspräsident, Stadtschreiber. 1901–10 Zürcher Stadtrat, verantwortlich für den Bau der ersten städtischen Wohnkolonien. Ab 1910 Oberrichter (1915 Präsident) und Grossstadtrat.

**Zetkin, Clara Josephine (geb. Eissner)** (1857–1933): Lehrerin, Übersetzerin und Redaktorin, SP/USP/KP; Deutschland. Einflussreiche Politikerin und Frauenrechtlerin. Während der Weimarer Republik (1920–33) Reichstagsabgeordnete. Nach dem Reichstagsbrand floh sie in die Sowjetunion. **Zinowjew, Grigori Jewsejewitsch** (1883–1936): Jurist und Publizist, SP/KP, Russland. Ab 1903 mehrere längere Aufenthalte in Bern. 1914–17 intensive Zusammenarbeit mit Lenin, mit dem er an den Konferenzen von Zimmerwald 1915 und 1916 die bolschewistische Fraktion vertrat. 1917 Rückkehr nach Russland. Nach der Oktoberrevolution in hohen Ämtern. Nach Lenins Tod 1924 im Führungsgremium der UdSSR, dann von Josef Stalin ausgeschaltet.

#### Quellen

Fast alle biographischen Angaben habe ich dem Historischen Lexikon der Schweiz ([www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch)) entnommen und stark gekürzt. Deren Autor ist in den meisten Fällen Markus Bürgi. Weitere Informationen fanden sich in den Publikationen von Brigitte Studer, Peter Stettler und Peter Huber. Die Quellen für die Stichworte unter «Organisationen und Ereignisse» (Seiten 202 bis 207) sind in der Regel angegeben. Wo nicht, entstammen die Angaben verschiedenen Quellen und wurden stark bearbeitet. Ich danke Markus Bürgi und Nicola Behrens für ihre Hinweise und Korrekturen. (M.F.)

## ORGANISATIONEN UND EREIGNISSE

**Arbeiterunion:** Das wichtigste Kennzeichen der Arbeiterunionen war, dass in ihnen die lokale Partei, lokale Gewerkschaften sowie die Parteipresse zusammengefasst wurden. Die Delegiertenversammlung einer Arbeiterunion bildete oft eine Art lokales, den offiziellen bürgerlichen Institutionen entgegenstehendes Arbeiterparlament. Von der Vereinigung der lokalen Partei- und Gewerkschaftssektionen versprachen sich die Linkssozialisten und linken Gewerkschafter eine progressivere Politik, die weniger *in* als *neben* den Parlamenten gegen die bürgerlichen Institutionen zu wirken hätte. Den Befürwortern dieser Organisationsform war wichtig, dass die Entscheidungsgewalt von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden oder vom zentralen Aktionskomitee (etwa dem Oltener Aktionskomitee) in die Hände der grösseren, unter starkem Linksdruck stehenden lokalen Arbeiterunionen zu liegen komme. Weil die Arbeiterunionen die erstarkenden Gewerkschaftsverbände konkurrierten, begannen der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die SP nach 1900 die politischen und gewerkschaftlichen Funktionen klarer auseinanderzuhalten. Einen letzten Aufschwung erlebten die Arbeiterunionen in den Jahren 1918–22. (Hans Ulrich Jost; Die Altkommunisten. Frauenfeld 1977; Historisches Lexikon der Schweiz; Schweizerisches Sozialarchiv: Angaben zur Signatur Ar 2)

**Arbenzstreik:** Im Jahr 1906 streikten 75 Metallarbeiter der Automobilfabrik Arbenz in Zürich-Albisrieden. Sie forderten die Wiedereinstellung eines Kollegen, die Entlassung zweier missliebiger Werkmeister und zehn Prozent mehr Lohn. Die Firma entliess sämtliche Arbeiter und begann, auswärtige Streikbrecher anzustellen, die unter Polizeischutz zur Firma geleitet wurden. Die entlassenen Arbeiter ihrerseits stellten Streikposten auf. Der Konflikt eskalierte, als mit Gabeln und Stöcken bewaffnete Bauern aus Albisrieden die Streikenden bedrohten und sich auf der andern Seite die Bevölkerung immer mehr mit den Streikenden solidarisierte. Am 19. Juli, etwas über einen Monat nach Beginn des Streiks, wurde die Armee aufgeboten. Ein Protestmarsch wurde vom Polizeivorstand verboten. Darauf nahmen rund 6 000 Menschen an einem «Spaziergang» zum «Velodrom» teil. Nach zwölf Wochen musste der Streik ergebnislos abgebrochen werden. Der Arbenzstreik bildete in Zürich den Höhepunkt der Streikwelle in den Jahren zwischen 1900 und 1910 und wirkte durch den eindeutigen Stellungsbezug der Behörden für die Arbeitgeberseite extrem polarisierend. (Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, S. 242–243)

**Bolschewiki:** So hiessen die Anhänger Lenins («Mehrheitler»), seitdem sie als Fraktion am zweiten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Russlands 1903 in London die Menschewiki («Minderheitler») überstimmt hatten. Sie wollten als streng hierarchisch organisierte Gruppierung von Berufsrevolutionären den politischen Umsturz in Russland herbeiführen.

**Bombenprozess:** Prozess gegen Anarchisten, denen der Besitz von Bomben angelastet wurde. Zwei als deutsche Agenten tätige Inder hatten Bomben an italienische Anarchisten in der Schweiz übergeben, die in Italien Anschläge verüben sollten. Die Ermittlungen riefen grosse Empörung hervor, weil 70 Personen mehrere Monate in Untersuchungshaft genommen wurden, aber nur 28 angeklagt und bloss sieben verurteilt werden konnten. Das Verfahren wurde als Beweis dafür angesehen, dass es in Zürich eine Klassenjustiz gebe. Die Urteile wurden am 13. Juli 1919 bekannt; sie scheinen aber die Unruhen dieses Tages nicht provoziert zu haben. (Volksrecht, verschiedene Nummern vom 3. Juni bis 14. Juli 1919)

**Bürgerverband:** 1905 als Reaktion auf die Streiks und die «Schlappheit» der Behörden gegründet. Er vertrat die Interessen der selbständig Erwerbenden und verstand sich als unabhängig von Demokraten und Freisinnigen, die ihm mit ihren Konzessionen an die Arbeiterschaft zu weit gingen. Mit einer Initiative gelang es dem Bürgerverband 1906, eine bedeutende Verschärfung des Strafrechts bei Streikvergehen durchzusetzen. (Samuel Zurlinden; Hundert Jahre. Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich. Bd. 2, S. 325–326)

**Christlichsoziale (Bewegung):** Oberbegriff für die katholischen Arbeiterinstitutionen, die zwar gewerkschaftlich ausgerichtet waren, sich aber klar gegen die atheistische Sozialdemokratie stellten. Die christlichsoziale Bewegung entstand infolge der durch die zweite Industrialisierung hervorgerufenen starken Migration katholischer Arbeitskräfte in die Industriegebiete des Mittellandes. Sie stellte sich die Aufgabe, die Lebensbedingungen der katholischen Arbeiterschaft in der Diaspora mittels Arbeiter- und Bildungsvereinen, Berufsverbänden, gesellschaftlichen und politischen Selbsthilfeorganisationen zu verbessern. 1907 Zusammenschluss der bestehenden christlichsozialen Berufsverbände zum «Christlichsozialen Gewerkschaftsbund der Schweiz». 1919 Gründung des «Christlichsozialen Arbeiterbunds der Schweiz» (CAB). (Historisches Lexikon der Schweiz)

**Generalstreik 1919:** Im Frühling und Sommer 1919 war die Zürcher Innenstadt fast wöchentlich Schauplatz von Grossdemonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Achtsturentag oder gegen politische Unterdrückung demonstrierten. Beim Generalstreik vom 1. bis 4. August 1919 ging es jedoch nicht nur um wirtschaftliche Anliegen, sondern ebenso sehr um einen Machtkampf innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung. Der Versuch radikaler Kräfte, auf diese Weise die Initiative an sich zu reißen, misslang gründlich. Die Streikbereitschaft war überschätzt worden, und die staatliche Repression war übermächtig. Der Misserfolg hatte eine enorme Signalwirkung sowohl innerhalb der Arbeiterschaft als auch für ihre Gegner. Der Regierungsrat sollte recht behalten, als er feststellte, dass solche Massenaktionen für die nächste Zeit wohl auszuschliessen seien. (Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, S. 255).

**Grosser Stadtrat:** Name des Gemeindeparlaments der Stadt Zürich bis zur zweiten Eingemeindung von 1934. Von da an heisst die Legislative «Gemeinderat».

**Grütliverein:** 1838 in Genf gegründeter patriotischer Handwerkerverein, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker zu einem Arbeiterverein entwickelte. Zwar verwarf er 1868 den Beitritt zur Internationalen Arbeiter-Assoziation, doch wurde mit der zunehmenden Proletarisierung der Mitglieder ihr Handwerker selbstverständnis immer mehr in Frage gestellt. 1878 hiessen die Grütlianer das Programm der Sozialdemokratischen Partei gut, lehnten aber den Zusammenschluss ab. In den 1880er-Jahren wirkten Grütli-sektionen bei der Gründung von selbständigen Arbeiterparteien und Gewerkschaften mit. 1901 fusionierte der Grütliverein mit der Sozialdemokratischen Partei, behielt aber seine selbständige Organisation. Um die vollständige Integration in die Sozialdemokratische Partei zu verhindern, trennten sich die Grütlianer 1916 von dieser und führten danach mit der halbierten Mitgliederzahl ein Schattendasein, bis der Verein 1925 den Sektionen den Übertritt in die SP empfahl. (Historisches Lexikon der Schweiz)

**Internationale:** 1864 in London als Internationale Arbeiter-Assoziation gegründeter Zusammenschluss der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder. Die IAA (später Erste Internationale genannt) erreichte in der Schweiz 1868 mit 120 Sektionen und etwa 10 000 Mitgliedern ihren Höhepunkt. Sie zerfiel wegen des Streits zwischen den Anhängern von Karl Marx und denen von Michail Bakunin (Anarchisten). Ihre Wiedererrichtung als Zweite Internationale gelang erst 1889; sie stützte sich nun ausschliesslich auf sozialistische und sozialdemokratische Parteien ab und zerbrach, weil die meisten angeschlossenen Parteien bei Kriegsausbruch (1. August 1914) ihre Regierung unterstützten und damit den Internationalismus aufgaben. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde die Zweite Internationale offiziell aufgelöst, und es standen sich die beiden konkurrierenden Projekte einer Kommunistischen Internationale (Komintern oder Dritte Internationale) und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Zweieinhalbte oder Wiener Internationale) gegenüber. Die Frage, ob sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz der Kommunistischen Internationale anschliessen sollte oder nicht, führte 1921 zur Parteispaltung.

Die Nachfolge der Zweiten Internationale trat die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien an, aus der sich die Sozialistische Arbeiter-Internationale bildete. Sie setzte sich für einen demokratischen Sozialismus ein und ging in den Wirren des Zweiten Weltkriegs unter. Die Kommunistische Internationale, Komintern, wurde 1943 von Stalin aufgelöst und 1947 durch die Kominform ersetzt. 1951 wurde in Frankfurt am Main die heute bestehende Sozialistische Internationale wieder gegründet. Der Begriff «Internationale» wurde auch von den Trozisten übernommen, die 1938 eine Vierte Internationale gründeten.

**Kommunisten:** Die am 5. und 6. März 1921 in Zürich gegründete Kommunistische Partei der Schweiz stellte eine Vereinigung von im Wesentlichen zwei Gruppierungen dar, den Altkommunisten und den Neukommunisten. Die Altkommunisten hatten sich um die von Jakob Herzog herausgegebene Zeitung «Forderung» gebildet. Sie wollten den Bankenstreik (1. Oktober 1918) nach dem Abbruch weiterführen, widersetzten sich damit der Streikleitung und wurden deshalb von der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Danach gründete Herzog am 6. Oktober 1918 die Kommunistische Partei. Die Kommunisten entfalteten eine rege Aktivität, gaben, nachdem die «Forderung» bereits im März 1918 verboten worden war, verschiedene Zeitschriften heraus und gründeten kleine Ortsparteien. Im Mai 1919 vereinigten sich diese kleinen kommunistischen Ortsparteien zur Kommunistischen Partei der Schweiz. Ein Mitglied nahm an der Gründungsversammlung der Dritten Kommunistischen Internationale in Moskau teil. Mit ihren radikalen Forderungen blieben die Altkommunisten weitgehend wirkungslos. Als «Neukommunisten» wurde der von der Sozialdemokratischen Partei abgespaltene linke Flügel bezeichnet (siehe: Parteispaltung).

**Parteispaltung:** Nach dem Ersten Weltkrieg führten die Schweizer Sozialdemokraten eine erbitterte Auseinandersetzung darüber, ob der Sozialismus auf dem Weg demokratischer Reformen oder eines revolutionären Umsturzes herbeizuführen sei. Zur Parteispaltung kam es schliesslich am Berner Parteitag im Dezember 1920, der sich gegen den Beitritt zur Dritten Internationale aussprach. Streitpunkt waren die vom zweiten Kongress der Dritten Internationale im Sommer 1920 formulierten **21 Bedingungen**. Diese verlangten, dass die Mitgliederparteien ihre Eigenständigkeit aufzugeben, Reformisten aus der Organisation auszuschliessen und sich den Weisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu unterwerfen hätten. Ihre Annahme durch die SPS hätte den Ausschluss von Vertretern der Parteirechten bedeutet.

**Sozialistischer Abstinenterbund (SAB):** Der Sozialdemokratische Abstinenterbund Zürich wurde 1895 von Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Zürich III gegründet. Im Mai 1900 schloss er sich mit andern Sektionen zum SAB Schweiz mit Zürich als erstem Vorort zusammen. 1921 wurde der Verein in «Sozialistischer Abstinenterbund» umbenannt. Als Präsident der Sektion Zürich von 1937 bis 1942 übernahm Alfred Traber auch das Präsidium des SAB Schweiz.

Der SAB gehört zur Lebensreformbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts. Er sah seine Aufgabe vor allem darin, der Arbeiterbewegung «geistigen Schwung» zu verleihen, da gerade sie «für ihren Kampf Nüchternheit, edlen Charakter und hellen Geist so notwendig» habe. Mit einem Jahresbeitrag von 5 Franken konnte man das volle Stimmrecht an Versammlungen erlangen, auch wenn man dem Alkohol nicht ganz den Rücken kehrte. (Schweizerisches Sozialarchiv, Angaben zur Signatur Ar 201.54)

**Städtische:** Zum einen ist mit diesem Begriff die Gesamtheit der von der Stadt Zürich angestellten Personen gemeint. Zum andern bezeichnet er nur die Mitglieder des Vereins der Städtischen Arbeiter, der 1893 auf Initiative Herman Greulichs gegründet wurde, u.a. um «die Rechte der Arbeiter gegen Massregelungen und Übergriffe von Vorgesetzten mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen und zu wahren». Beteiligt waren die Arbeiter der drei städtischen Werke (Gas, Wasser, Elektrizität), der Abfuhr, der Strassen usw., nicht aber (neben andern) der Gaswerke Schlieren oder der Strassenbahnen. Über die Zugehörigkeit zur Arbeiterunion waren die Städtischen organisatorisch mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften der Privatarbeiterschaft verbunden. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts bildeten sich weitere Werkgruppen, von denen sich aber nicht alle dem Verein der Städtischen anschlossen. Der Verselbständigung der Werkgruppen und Vereine sollte durch die Bildung eines städtischen **Kartells** der Gemeinde- und Staatsarbeiter entgegengewirkt werden (1906). Es umfasste «die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Vereine der Beamten, Angestellten und Arbeiter der städtischen Verwaltungen Zürichs» (neben den Städtischen auch die Gasarbeiter in Schlieren, die Arbeiter der Kehrichtverbrennungsanstalt, des Sanitätskorps und der Strassenbahnen).

Die Statuten des 1905 gegründeten *schweizerischen* Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, dem der Zürcher Verein unterdessen angehörte, verlangten, dass an einem Ort nur *eine* Sektion des Verbandes bestehen dürfe. So wurde aus dem ehemaligen «Verein städtischer Arbeiter in Zürich» neu der «Schweizerische Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Sektion Zürich, städtische Arbeiter und Angestellte» (1918). Das Kartell bestand danach nur noch aus dieser Gesamtsektion der Städtischen und dem Verein der Angestellten der Strassenbahn; 1919 wurde es in der bestehenden Form aufgelöst. Zur Fusionierung der Städtischen mit den nun ebenfalls gesamtschweizerisch organisierten Strassenbahnern kam es 1920. (Alfred Traber; Geschichte des VPOD, Sektion Zürich, Städtische Arbeiter und Angestellte)

**Strassenbahner:** Alfred Traber versteht unter diesem Begriff in der Regel nicht den Berufsstand der Trämlier, sondern «seine» Gewerkschaft. Der Verein der Zürcher Transportangestellten wurde 1896 gegründet mit dem Zweck der «Pflege freundschaftlicher Beziehungen unter den Mitgliedern» und um «durch Einigkeit ein gemeinsames für alle[s] nützlich Wirken zu erzielen und in keiner Noth und Unangelegenheit, in welche ein Mitglied des Vereins in unverschuldeter Weise fallen sollte, zurückzustehen». Die Vereinsmitglieder waren zu diesem Zeitpunkt noch «Privatarbeiter»; erst ab 1896 gingen die verschiedenen Tramlinien in städtischen Besitz über, bzw. wurden von der Stadt erweitert. In den auf die Gründung folgenden Jahren zeigte es sich, dass es nicht einfach war, die einzelnen Mitglieder gleichermassen an den Verein zu binden, da diese verschiedenen Verwaltungen unterstanden (städtischen und privaten). Dieser Schwierigkeit

begegnete man, indem man den Verein nach Depotgruppen (d. h. nach dem Arbeitsort der Mitglieder) organisierte. Bei der Statutenrevision, die diese Organisationsform einführte, erhielten die Strassenbahner den Namen «Verein der Angestellten der Zürcher Strassenbahnen» (1898).

Erste Versuche einer Zusammenfassung der Strassenbahner Zürichs mit Berufskollegen anderer Städte in einem Zentralverband scheiterten. Dafür traten die Zürcher Strassenbahner der Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten (AUST) bei. 1905 gründeten die Strassenbahner einen eigenen gesamtschweizerischen Verband, der sich 1907 der AUST anschloss.

Im Januar 1920 waren die Verhandlungen zwischen den (gesamtschweizerischen) Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Strassenbahner so weit fortgeschritten, dass die Vereinigung der beiden Verbände beschlossen werden konnte. Aus ihr ging am 1. Juli 1920 der Schweizerische Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband hervor. Die Zürcher Sektionen beider Verbände folgten diesem Zusammenschluss.

Den jetzigen Namen «Verband des Personals der öffentlichen Dienste» gab sich der Verband im Jahr 1924. (Alfred Traber, Geschichte des VPOD, Sektion Zürich, Städtische Arbeiter und Angestellte)

**Zimmerwalder Bewegung:** Während des Ersten Weltkriegs zerfiel die Zweite Internationale, weil die Sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten sich den nationalistischen Kriegsprogrammen gefügt und den Kriegskrediten ihrer Regierung zugestimmt hatten. Um diesen Zustand («Sozialpatriotismus») zu beenden und die Sozialistische Internationale wiederzubeleben, organisierte Robert Grimm die Konferenz von Zimmerwald (5. bis 8. September 1915 im Berner Dorf Zimmerwald). Die Konferenz verabschiedete ein Manifest, das die kapitalistische Gesellschaft, die monarchischen und die republikanischen Regierungen für den Krieg verantwortlich machte und den Burgfrieden aufkündigte. Es gestand aber auch ein, dass die sozialistischen Parteien die Kriegskredite ihre Länder bewilligt und die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes aufgefordert hatten. Nun gelte es, durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf für die Erlösung der unterdrückten Völker und der geknechteten Klassen einzutreten. Die Konferenzteilnehmer erklärten, sie hätten sich zusammengefunden, um «die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen» der sozialistischen Parteien «neu zu knüpfen». Mit dieser Zweckbestimmung stellte sich das Manifest gegen die an der Konferenz ebenfalls anwesende Gruppe um Lenin, die eine *neue* Internationale wollte und deshalb nach dem Krieg die Dritte Internationale ins Leben rief.

Im Oktober 1915 solidarisierte sich die Stadtzürcher Delegiertenversammlung mit der Konferenz von Zimmerwald; die Aarauer Delegiertenversammlung der SPS im November postulierte sogar, der Friede könne nur erreicht werden «durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse».



Alfred Traber (1884–1970): Sozialdemokrat, Gewerkschafter, Abstinente. Auch als Polizeivorstand der Stadt Zürich blieb er seinen radikalen Auffassungen treu und weigerte sich im Sommer 1919, die Polizei gegen eine Demonstration einzusetzen.

